Donnerstag, 11. Oktober 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 239 - 41.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anschläge: Aus Protest gegen die Einlagerung von radioaktivem Abfall in das Zwischenlager Gorleben rissen Atomkraftgegner auf der Strecke Uelzen–Dannenberg Bahnschwellen aus dem Gleiskörper und legten Baumstämme auf die Gleise. Die Polizei nahm zwei Verdächtige fest.

Rote Armee Fraktion: Nach Meinung von Bundesanwalt Löchner ist die RAF „personell und logistisch" zu Gewaltverbrechen in der Lage. Auf einer internationalen Terrorismus-Konferenz in Münster sagte er, sichergestellte „Aktionspapiere" bewiesen, daß die RAF „Bestrafungsaktionen" gegen Symbolfiguren des Staates und NATO-Offiziere plane. (S. 6)

Wehretat: Trotz der Austerity-Politik steigerte Paris seinen Wehretat gegenüber 1984 um nominal 5,7 Prozent auf rund 50 Milliarden Mark. Verteidigungsminister Hernu kündigte an, die Streitkräfte erhielten mehr Panzer, Hubschrauber und Kanonen. Außerdem sei die „Eingreiftruppe" bis Juli 1985 aufgestellt. (S.7)

Polen-Besuch: Als erster hoher Regierungsbeamter Londons wird Staatssekretär Rifkind aus dem Foreign Office seit Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 in Polen Warschau am 4. November besuchen.

Arabische Manöver: Heeres- und Luftwaffenverbände der sechs im Kooperationsrat vereinten arabischen Ölländer proben bis Ende Oktober im Nordosten Saudi-Arabiens ihre Verteidigungsbereitschaft.

Engere Beziehungen: In einem Schreiben an Italiens Ministerpräsident Craxi, das der albanische Gesundheitsminister Alushani bei einem Besuch übermittelte, schlägt Tirana Rom den Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen vor. (S. 7)

Botschafter-Entführung: Der Botschafter Madrids in Libanon, Aristegui, ist vor der Botschaft im moslemischen Teil Beiruts unter Waffengewalt entführt worden.

Kurden-Überfall: Aufständische Kurden haben eine Woche nach der Ermordung zweier türkischer Soldaten erneut acht Soldaten einer türkischen Militärpatrouille in der südöstlichen Provinz Hakkari getötet.

Geldstrafen: Wegen Mißachtung eines Richterspruchs, der den Bergarbeiterstreik für illegal erklärt hatte, verurteilte das Londoner Hohe Gericht die Bergarbeitergewerkschaft NUM und ihren Vorsitzenden Scargill zu einer Geldstrafe von 200 000 Pfund. Scargill muß 1000 Pfund zahlen.

ZITAT DES TAGES



„Wer die deutsche Staatsangehörigkeit als wichtigstes Element der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik aufs Spiel setzen will, gefährdet in unverantwortlicher Weise die vitalen Lebensinteressen Berlins und seiner Bürger"

Der Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz

FOTO: HANS HÖFT

WIRTSCHAFT

Seehäfen: Bei einer Verschärfung des Seehafen-Wettbewerbs werden die deutschen Häfen nach Meinung von Fachleuten zu einer zentralen Frage der nationalen Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Auf dem 10. Transport-Forum in Bremerhaven hieß es, ein Kompromiß zwischen Transportgewerbe und Seehäfen müsse gefunden werden. (S. 11)

US-Kapitalimport: Hohe Renditen privater Dollaranlagen und gesunkene Bank-Ausleihen in Dritte-Welt-Länder führten in den USA zu einem höheren Kapitalimport als -export. Die Attraktivität der Wertpapiere sei so groß, daß US-Unternehmen im September erstmals mehr Obligationen im Ausland als zu Hause abgesetzt hätten. (S. 11)

Arbeitsplätze: Mit Finanzhilfen von insgesamt 42 Millionen Mark für die Mikroelektronik-Forschung will Bayern bis 1989 20 000 neue Arbeitsplätze in der Elektronik-Industrie schaffen.

Börse: Fehlende Kaufaufträge aus dem Ausland ließen die Aktienkurse leicht abbröckeln. WELT-Aktienindex 156,1 (156,4). Auch am Rentenmarkt gaben die Notierungen etwas nach. Dollar-Mittelkurs 3,0976 (3,0723) Mark. Goldpreis je Feinunze 337,75 (341,00) Dollar.

KULTUR

„Kaiser Jones": Mit einer ungewöhnlichen Orchestrierung erlebte die Königliche Oper Stockholm die Uraufführung der neubearbeiteten Oper „Kaiser Jones" nach dem gleichnamigen Drama von O'Neill. Nur vier Musiker gaben dem Stück den musikalischen Rahmen. (S. 21)

Film-Kritik: Mit Überraschungen wartet Regisseur Gloor in seinem neuesten Krimalstück „Mann ohne Gedächtnis" auf. Einerseits erlaubt er Blicke in die Schreckenskammern des psychischen Terrors, andererseits entwirft er die Utopie einer menschenwürdigen Psychiatrie. (S. 21)

SPORT

Rallye-Weltmeister: Audi-Werksfahrer Stig Blomqvist (Schweden) steht als neuer Rallye-Weltmeister fest. Nach dem Lancia-Verzicht auf einen Start bei der Rallye Elfenbeinküste ist er in der Wertung nicht mehr einzuholen.

Radsport: Dietrich Thurau will 1985 wieder am Giro d'Italia und an der Tour de France teilnehmen. Der 30 Jahre alte Profi steht kurz vor dem Abschluß eines Vertrages mit einem italienischen Rennstall. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Spiel-Festival: Rund 15 000 Besucher erwartet Essen zum „2. Deutschen Spielertag". Das Interesse zeigt den Trend: weg vom langweiligen Fernsehabend, hin zum Familien-Spiel. (S. 22)

Meister-Betrüger? Mit Steuerhinterziehungen von rund 232 Milliarden Mark (von 1975 bis 1983) zeigen sich die Italiener als Meister des Betrugs. In einem Weißbuch des Finanzministerium heißt es, die hinterzogene Summe betrage 75 Prozent der erklärten Beträge.

Wetter: Wolkig mit Aufheiterungen. 14 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kreml baut Gorbatschow als Tschernenko-Nachfolger auf

Prawda-Chef nennt den 53jährigen „zweiten Sekretär" der KPdSU

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die sowjetische Führung will den Nachfolger Tschernenkos dem Westen gegenüber bereits zu Lebzeiten des Generalsekretärs aufbauen. So bezeichnete Viktor Afanasjew, Chefredakteur der sowjetischen Parteizeitung „Prawda", den Benjamin des sowjetischen Politbüros, den 53jährigen Michail Gorbatschow, als „zweiten Generalseketär" der sowjetischen Partei.

Diese im offiziellen sowjetischen Sprachgebrauch weder vorgesehene noch übliche Titulierung benutzte Afanasjew in einem Gespräch mit japanischen Zeitungsleuten. Afanasjew ließ gegenüber den Japanern – von denen einer fließend Russisch spricht – durchblicken, Gorbatschow habe seine Position als „zweiter Sekretär" konsolidiert.

Die Möglichkeit, daß es auf dem vorgezogenen ZK-Plenum der KPdSU zu einem Rücktritt Tschernenkos kommen werde, schloß der „Prawda"-Chefredakteur allerdings aus. Der Generalsekretär, so sagte er, erfreue sich guter Gesundheit und arbeite normal. Allerdings sei nicht auszuschließen, daß es zu kleineren personellen Veränderungen kommen könne.

Auf dem ZK-Plenum sollen nach den Ausführungen Afanasjews vor allem landwirtschaftliche Probleme behandelt werden. Es wird für möglich gehalten, daß Gorbatschow, der bisher im Politbüro für Landwirtschaftsfragen zuständig ist, von dieser Aufgabe entbunden werden wird. Dies würde jedoch keineswegs eine Absetzung oder Zurücksetzung, sondern vielmehr eine Entlastung des 53jährigen bedeuten, weil Gorbatschow sich in diesem Falle zentralen politischen Themen zuwenden könnte. Die Mißerfolge der sowjetischen Agrarpolitik der vergangenen vier Jahre scheinen seine Position nicht geschwächt zu haben.

In manchen osteuropäischen Hauptstädten – vor allem in Budapest und Warschau – setzen einflußreiche Parteikreise ihre Hoffnungen auf den kommenden „Benjamin". Bereits kurz nach dem Tod Andropows hatte der Chefredakteur der ungarischen Parteizeitung „Nepszabadsag", Janos Berecz, zu erkennen gegeben, daß man in Budapest der Person Gorbatschows große Bedeutung beimesse. Gorbatschow gilt als konsequenter, technokratischer Politiker, der vor allem modernen Methoden der Wirtschaft gegenüber aufgeschlossen ist.

Hintergrund der Lancierung Gorbatschows als „zweiter Sekretär" der KPdSU ist der schlechte Gesundheitszustand des sowjetischen Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko. Wie aus Moskau zu Beginn diesen Monats zu hören war, sei sein Leben durch zunehmende Herzschwäche akut gefährdet. Infolge nachlassender Herzleistung verschlimmere sich das schwere Lungenemphysem, unter dem der Kremlchef leidet. Der 73jährige stehe an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit.

Die Vermutungen, daß Tschernenko zu größeren Aktionen nicht mehr fähig sei, wurden durch die Tatsache bestätigt, daß die Moskauer Delegation zu den Ostberliner Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Gründung der „DDR" am 7. Oktober von Außenminister Gromyko geleitet wurde.

Peking: Erfolg für deutsche Wirtschaft

1,3-Milliarden-Zuschlag für Ausbau eines Stahlwerks? / VW faßt in China festen Fuß

HERBERT KREMP, Peking

Bundeskanzler Kohl beendete gestern seinen dreitägigen Aufenthalt in Peking mit einem bemerkenswerten Erfolg für die deutsche Wirtschaft. Mit der per Unterschrift vollzogenen Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens nahe Shanghai ist es dem Volkswagenwerk gelungen, auf dem Automobilmarkt Chinas festen Fuß zu fassen. Auch das deutsche Konsortium unter Führung von Schloemann und Siemag liegt hinsichtlich der zweiten Ausbaustufe des Stahlwerks Baoshan bei Shanghai gut im Rennen. Das Volumen des Geschäfts beträgt 1,3 Milliarden Mark.

Am Vormittag war Kohl mit dem starken Mann Chinas, Deng Xiaoping, zu einem Meinungsaustausch zusammengekommen. Unter dem Eindruck der Begegnung mit dem 80jährigen agilen Politiker sprach der Kanzler in einer anschließenden Pressekonferenz von einem „gewaltigen Aufbruch Chinas", das für sein „Jahrhundertwerk der Modernisierung" Partner suche und in den Deutschen finden könne.

Deng hatte wie vor ihm andere hohe Funktionäre die Öffnung des Landes zur Welt als „unumkehrbaren Prozeß" dargestellt. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei wird in nächster Zeit ein wirtschaftspolitisches Dokument verabschieden, das diese Entscheidung bestätigen und für das Land verbindlich machen soll. Wie zu erfahren war, werden darin Elemente der Marktwirtschaft zur Richtlinie erklärt.

SEITE 2:
China und der Markt
SEITE 11:
Gemeinsames Unternehmen

Nach einer Vereinbarung der Regierungschefs wird das Abkommen über Wirtschaftskooperation, das 1985 ausläuft, um weitere zehn Jahre verlängert. Außerdem soll nach langen Verhandlungen das Doppelbesteuerungsabkommen endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Bereits für diese Woche zitierte Kohl eine deutsche Delegation von Bonn nach Peking. Ohne Abkommen müßten zum Beispiel von der 1,3-Milliarden-Mark-Summe des Baoshan-Geschäfts 45 Millionen Mark an den chinesischen Fiskus entrichtet werden.

China mit seinen unübersehbaren Ressourcen und das moderne Industrieland Bundesrepublik Deutschland sind nach Ansicht beider Seiten ideale Partner für eine enge Zusammenarbeit. Für deutsche Produkte war Deng des Lobes voll. So erwähnte er, daß nach dem schweren Erdbeben im nordchinesischen Tangshan 1976 – die Stadt wurde zerstört, 240 000 Menschen kamen um – alle Grubenmaschinen zerstört waren, nur die deutschen hätten die Katastrophe überstanden.

Besonderen Wert legte Kohl auf die Feststellung, daß er die Zusammenarbeit mit China „auf eine neue Ebene" bringen wolle. Sie soll nicht nur auf das „gewaltige Entwicklungspotential" gerichtet sein, sondern auch die Gebiete Technologie, Wissenschaft und Kultur umfassen. Beide Seiten planen, die Zahl der Austauschstudenten zu erhöhen. Vor Studenten der Pekinger Beida-Universität wies Kohl am Mittwoch auf die Notwen-

● Fortsetzung Seite 10

Karlsruhe: Die RAF bleibt eine Bedrohung

AP, Münster

Die Sicherheitsbehörden registrieren nach Angaben von Bundesanwalt Gerhard Löchner einen verstärkten Zulauf zur terroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF). Eine Reihe von Indizien lasse, so Löchner gestern auf einem Terrorismus-Seminar der Internationalen Vereinigung der Polizeigewerkschaft bei Münster, befürchten, daß die Zahl der Kadermitglieder größer ist, als bisher angenommen wurde.

Die RAF sei noch immer zu schweren Gewaltverbrechen, insbesondere zu Aktionen gegen „Symbolfiguren unseres Staates und der NATO" in der Lage. Aus dem Umfeld der RAF habe sich ein militanter Teil entwikkelt, der eine Reihe von Brand- und Sprengstoffanschlägen begangen habe. Der Bundesanwalt lehnte den von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf ab, den Straftatbestand des „Werbens für eine terroristische Vereinigung" ersatzlos zu streichen.

Seite 5: Besorgnis

Dollinger will sich politischem Druck nicht beugen

DW. Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) will sich in der Frage der Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Landstraßen und Autobahnen „nicht einem politischen Druck beugen". In einem Interview der „Zeit" erklärte Dollinger, das gute Wollen für die Umwelt genüge nicht. Es komme auch darauf an, was das „Wirkungsvollste für die Umwelt" sei. Um das herauszufinden, habe das Kabinett den Großversuch in Sachen Tempolimit beschlossen.

„Wir sollten außerdem jetzt nichts tun, was den Umstellungsprozeß auf Katalysatoren negativ beeinflußt", sagte Dollinger, der sich in der Vergangenheit wiederholt gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen ausgesprochen hat. Wenn gesagt werde, die Abgaswerte würden durch Tempolimits sowieso heruntergedrückt, dann werde die Neigung der Autofahrer, sich auf Katalysatoren umzustellen, dadurch wieder vermindert. Das sollte man nicht unterschätzen.

Kairo und Amman kündigen Initiative an

dpa/DW. Kairo

Ägypten und Jordanien werden nach den Worten des ägyptischen Staatspräsidenten Hosni Mubarak im kommenden Jahr eine gemeinsame Nahostinitiative starten. Vor der Presse in der jordanischen Hauptstadt Amman sagte Mubarak, die Konsultationen Kairos mit Jordanien würden „ständig fortgesetzt und in Hinblick auf die koodinierte Initiative im nächsten Jahr intensiviert" werden. Nähere Angaben machte er nicht.

Nach den Worten Mubaraks standen „die Zukunft der Palästinenserfrage" und „künftige Initiativen" zu ihrer Lösung im Mittelpunkt seiner Gespräche mit König Hussein in Jordanien. Die Palästinenser forderte der ägyptische Staatspräsident auf, ihre Reihen zu schließen.

Mubarak dementierte Berichte, er werde von Jordanien nach Irak reisen. Ihn könne allerdings nichts von einer Reise nach Bagdad abhalten, sagte der Ägypter.

EG-Schlagabtausch um saubere Autos

WILHELM HADLER, Luxemburg

Der Beschluß der Bundesregierung zur Einführung umweltfreundlicher Autos ist im EG-Ministerrat – erwartungsgemäß – auf Kritik gestoßen. Die Äußerungen der betroffenen Regierungen ließen jedoch darauf schließen, daß auf allen Seiten noch Verhandlungsbereitschaft besteht.

Anlaß für den ersten politischen „Schlagabtausch" nach dem Bonner Kabinettsbeschluß gab eine Sitzung der für Binnenmarktfragen zuständigen Minister in Luxemburg. Dabei verlas Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann eine Erklärung, in der es als „oberstes Ziel" der Bundesregierung bezeichnet wird, eine EG-einheitliche Lösung für die Reduzierung der Schadstoffemissionen zu finden.

Nach den Worten Bangemanns begrüßt Bonn zwar die Zielsetzung der Kommissionsvorschläge für eine Emissionsbegrenzung, kann aber die von der EG-Behörde in Aussicht genommene Frist von über zehn Jahren (1995) „nicht akzeptieren". In der Bundesrepublik sei „mit großer Schärfe" eine Diskussion über eine einseitige nationale Festsetzung strengerer Abgasbestimmungen entbrannt. „In Öffentlichkeit, Bundesrat und Bundestag drängen starke Kräfte auf 1986 als obligatorischen Einführungstermin."

Bangemann sagte, Bonn habe sich zunächst für eine Lösung auf freiwilliger Basis entschieden, um den EG-Partnern entgegenzukommen und der gesamten europäischen Kfz-Industrie die Umstellung zu erleichtern. Die steuerlichen Vergünstigungen würden ohne Unterscheidung für deutsche wie für eingeführte Autos gewährt. Daher sei eine Diskriminierung ausländischer Hersteller von vornherein ausgeschlossen.

Nach dieser Erklärung kam es im Rat noch zu keiner Diskussion in der Sache. Sie ist vor allem den Umweltministern vorbehalten, die am 6. Dezember in Brüssel zusammentreffen. Frankreichs Verbraucherministerin Catherine Lalumière nutzte jedoch die Gelegenheit, „Überraschung" und „Erstaunen" über das einseitige Bonner Vorgehen zum Ausdruck zu bringen. Der britische Handelsminister Paul Channon warnte davor, den europäischen Kraftfahrzeugmarkt „in zwei Teile zu spalten".

Große Bedeutung messen EG-Kreise jetzt der im November geplanten Debatte des Europaparlaments zu. Dabei gehen sie davon aus, daß sich die Abgeordneten für kürzere Fristen aussprechen werden. Eine entsprechende Entschließung würde den politischen Druck auf Frankreich, Italien und Großbritannien verstärken. Auch die Kommission könnte sich dadurch veranlaßt sehen, ihre bisherigen Vorschläge zu ändern.

DER KOMMENTAR

Neuer Titel

CARL GUSTAF STRÖHM

Nichts ist schwerer, als im sowjetischen Machtsystem ein „Kronprinz" zu sein. Da gibt es gebündelte Erwartungen und Befürchtungen, sicher auch Intrigen – und es gibt die Gefahr, vorzeitig abzustürzen. Michail Gorbatschow, der mit 53 Jahren immer noch relativ „junge Mann" aus dem Politbüro, mag an das Schicksal anderer designierter Parteiführer denken: an Schdanow und Malenkow in der Stalin-Ära, an den jungen Wosnessenskij, der erschossen wurde – oder in jüngerer Zeit an Koslow, der mit Chruschtschow, oder an Schelepin, der mit Breschnew über Kreuz geriet.

Wenn der Chefredakteur der „Prawda", Afanasjew, im zwanglosen Gespräch für Gorbatschow den amtlich nicht vorhandenen Titel eines „zweiten Generalsekretärs" erfindet, so kann das nur zweierlei bedeuten: Entweder gibt es jemanden, der dem „Benjamin" des Politbüros eine Art Todeskuß verpaßt – oder aber die Stellung des derart Herausgehobenen ist wirklich bereits so stark, daß er nicht nur der kommende, sondern bereits heute der eigentliche Mann ist.

Eine Stärke Gorbatschows könnte sein, daß die Riege der vier alten Männer – Tschernenko, Gromyko, Ustinow, Tichonow – die Probleme nur noch dilatorisch zu behandeln vermag. Selbst ein so eingefahrenes System wie die Sowjetmacht benötigt aber Dynamik, Erkennen neuer Probleme, Sachkunde und für den Mann an der Spitze auch körperliche Ausdauer. Irgendwie muß das russische Reich, das sich heute Sowjetunion nennt, schließlich regiert werden. Die Probleme türmen sich auf, nach innen wie nach außen.

Gorbatschow, wenn er wirklich der starke Mann im Kreml werden sollte, wird kein Wundermann sein. Das System wird er so wenig ändern können wie die äußeren Bedingungen, unter denen der Sowjetstaat existieren muß. Aber wenn der unvermeidliche Generationenschub in Moskau eine Pragmatisierung und damit eine Versachlichung der sowjetischen Politik sowie ein rationaleres Verhalten der Sowjets gegenüber der Umwelt bewirken würde, wäre schon einiges gewonnen. In diesem Sinne darf man auf den „zweiten Generalsekretär" gespannt sein.

USA unterstützen Israels neue Wirtschaftspolitik

DW. Washington

Die amerikanische Regierung ist bereit, das Programm zur Sanierung der israelischen Wirtschaft des neuen Kabinetts in Jerusalem zu unterstützen. Nach einem Treffen mit Premier Shimon Peres sagte US-Präsident Reagan in Washington, er sei beeindruckt von den „kühnen und weitreichenden Plänen" Israels. Reagan sagte, eine amerikanisch-israelische Arbeitsgruppe solle gebildet werden, um Israel bei der Bewältigung seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen.

Washington hatte Jerusalem keine neuen konkreten Hilfsmaßnahmen zugesagt. Man sei jedoch bereit, „mit Israel eng zusammenzuarbeiten", um eventuell auftretende Zahlungsbilanzschwierigkeiten Jerusalems lösen zu helfen, sagte der Präsident.

Peres hatte die USA ersucht, die für das laufende Etatjahr vorgesehene Wirtschaftshilfe für Israel in Höhe von umgerechnet rund 3,6 Milliarden Mark bereits im ersten Quartal voll auszuzahlen.

Israel wird nach den Worten von Peres in den nächsten drei bis vier Wochen über einen Abzug seiner Truppen aus Libanon entscheiden. In einem Interview des Fernsehsenders ABC sagte Peres, bis zum Abschluß des Abzuges würden allerdings noch mehrere Monate vergehen. Im Kabinett in Jerusalem herrsche Übereinstimmung, daß Israel sich aus Libanon zurückziehen müsse. Allerdings müßten noch Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz Israels getroffen werden, sagte Peres.

Seite 2: Offenes Ohr

„DDR" fragt nach den Namen der Flüchtlinge

Co. Bonn

Konkrete Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der „DDR"-Regierung über das Schicksal der in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag geflüchteten „DDR"-Einwohner haben noch nicht begonnen. Nach zuverlässigen Informationen hat Ost-Berlin als Voraussetzung eine Namensliste der Betroffenen angefordert. Eine solche Liste ist inzwischen übergeben worden, ohne daß die „DDR" darauf bisher konkret reagiert hat. Bonn erstrebt Ausreisegenehmigungen für die in der Botschaft Wartenden.

Offiziell beschränkte sich Regierungssprecher Jürgen Sudhoff gestern auf die Mitteilung, das Bundeskabinett habe sich mit der Angelegenheit befaßt. Die Bundesregierung bleibe im Interesse einer Lösung bei ihrer Linie äußerster Zurückhaltung. Die Bonner Bemühungen, mit der „DDR" zu einer Regelung zu kommen, gingen weiter. Wie Sudhoff mitteilte, wird der konsularische Verkehr in Prag auch nach der Schließung der Botschaft für Besucher fortgesetzt; Visa würden jetzt über ein Prager Reisebüro erteilt.

Sudhoff dankte dem österreichischen Bundeskanzler Sinowatz im Namen der Bundesregierung dafür, daß er eine Aufnahme der in die Prager Botschaft geflüchteten „DDR"-Einwohner in Österreich angeboten habe. Bonn schätze das darin zum Ausdruck kommende Verständnis hoch ein. Aber die Regelung des Problems bleibe eine Frage zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR".

Den Haag: Moskautreuer KP-Flügel will eigene Partei

„Der Klassenkampfgedanke gerät in Vergessenheit"

BODO RADKE, Den Haag

Die immer heftiger gewordenen Flügelkämpfe in der Kommunistischen Partei der Niederlande (CPN) zwischen „Orthodoxen" und „Erneuerern" haben jetzt zu der Ankündigung einer Gruppe von Fundamentalisten geführt, bis spätestens zum Herbst nächsten Jahres eine eigene Partei zu gründen, die dann für die Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 eigene Kandidaten aufstellen werde.

Hauptvorwurf der Dissidenten an die CPN-Führung: Der Klassenkampfgedanke gerate immer mehr in Vergessenheit. Statt dessen wende sich die von Reformern beherrschte Parteispitze sozialdemokratischen Theorien zu und träume von der Bildung eines Volksfront-Blocks mit anderen Linksparteien einschließlich der sozialistischen „Partei der Arbeit" des früheren Regierungschefs Joop den Uyl.

Die Kommunisten erreichen bei allgemeinen Parlamentswahlen in den Niederlanden in der Regel einen Stimmenanteil von drei bis vier Prozent. In der derzeitigen Abgeordnetenkammer verfügen sie über drei (von insgesamt 150) Mandaten. Kommunalwahlen in manchen Großstädten bescherten der CPN jedoch schon Stimmenanteile bis zu 15 Prozent und damit auch Dezernenten-Posten.

Da in den Niederlanden schon 0,75 Prozent der bei allgemeinen Wahlen landesweit abgegebenen Stimmen genügen, um ein Mandat zu erhalten, können sich die kommunistischen Dissidenten mit der Gründung einer eigenen Partei durchaus Chancen ausrechnen, 1986 in der Haager Abgeordnetenkammer vertreten zu sein.

Ein Sprecher des CPN-Parteivorstandes nannte allerdings die eventuelle Gründung einer zweiten kommunistischen Partei ein „totgeborenes Kind". Die Dissidenten versuchten, auf etwas „in primitiver Sprache zurückzugreifen, was es in Holland niemals gegeben hat". Er spielte damit auf die Tatsache an, daß die niederländischen Kommunisten niemals revolutionäre Parolen gebrauchten, sondern sich stets als Vertreter der Interessen sozial Benachteiligter ausgaben. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Martschenkos Tod

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Nachricht kam nicht unerwartet, und doch wirkt sie wie ein Schock: Waleri Martschenko, der ukrainische Dissident und Bürgerrechtskämpfer, ist in einem Leningrader Gefängniskrankenhaus qualvoll an Nierenversagen gestorben. Er wurde nur 37 Jahre alt.

Im März hatte man ihn zu zehn Jahren Lagerhaft des „besonderen Regimes" sowie zu fünf Jahren inneren Exils, also Verbannung, verurteilt. Begründung: Er hatte Informationen über politische Gefangene gesammelt und weitergegeben. Andere Dissidenten behaupten, das Leiden, an dem er jetzt starb, sei in der Haft ungenügend und zu spät behandelt worden.

Wenn wir von sowjetischen Dissidenten und Oppositionellen sprechen, denken wir meist an Sacharow und seine Frau. Denen geht es schlecht genug, aber sie können wenigstens mit der stetigen Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit rechnen. Das gibt ihnen einen gewissen Schutz. Viel zahlreicher sind dagegen die im Westen Unbekannten – jene, die keinen glanzvollen internationalen Namen besitzen, für die es keine Solidaritätskomitees gibt. Martschenko, obwohl nicht ganz unbekannt, gehörte zu diesen Menschen.

Was ist das Leben eines Menschen wert, der die Frage nach der Existenz seiner Nation, nach menschlicher und nationaler Freiheit gegenüber dem herrschenden System zu stellen wagt? Muß es das Schicksal eines Menschen sein, der nach den politischen Gefangenen fragt, selber zum politischen Gefangenen zu werden?

Im Westen kommt mancher Raubmörder mit weniger als fünfzehn Jahren davon. In der Sowjetunion wird ein Mann, der niemandem etwas zu Leide getan hat, für anderthalb Jahrzehnte aus dem Verkehr gezogen. Und dann läßt man ihn sterben, weil ein politischer Häftling keinen Anspruch auf erstklassige medizinische Versorgung hat.

Alle schönen Worte über Humanismus und Menschenfreundlichkeit müßten den Exponenten des sowjetischen Regimes im Halse stecken bleiben. Die Schmach lastet nicht auf den Opfern, sondern auf jenen, die so mit Menschenleben umgehen und dann noch von Frieden sprechen wollen.

Schafft viele Grenadas

Von Werner Kahl

International ist der Terrorismus durchaus weiter präsent; seine neuen Bombenanschläge in westeuropäischen Metropolen und seine mobilen Attentatskommandos zeigen es. Auf dem deutschen Schauplatz allerdings überläßt er anscheinend den militanten Umfeldgruppen die Szene. Ohnehin werden die Detonationen kaum wahrgenommen; Formaldehyd und Tempolimit und die Lage der FDP sind viel aufregender.

Dennoch äußerten sich Experten aus europäischen Ländern, die am stärksten vom Terrorismus betroffen sind, auf einer Tagung in der Bundesrepublik besorgt über Anzeichen neu formierter und weltweit operierender Terrorbrigaden aus Mitgliedern verschiedener Nationalitäten. Diese Zusammensetzung schafft bessere Logistik und kürzere Fluchtwege.

So macht in diesem Herbst eine „Karibische Aktion" in Frankreich von sich reden. Sie erinnert an Parolen nach der Vertreibung linksradikaler Eilandputschisten im Karibischen Meer, viele kleine Grenadas zu schaffen. Bei den Sicherheitsbehörden weiß man so gut wie nichts darüber, wie sie sich finanziert. Aber man kennt die ideologische Leitlinie für die Inselwelt in Mittelamerika.

Kreml-Propagandist Wadim Sagladin hat sie soeben in seinem Werk über die „Internationale Kommunistische Bewegung" gezogen: Die karibischen Kommunisten meinten, „daß die Volksmassen lernen müssen, mit Waffen umzugehen und diese, wenn nötig, auch zu gebrauchen".

Und nun sieht sich zudem der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, Gerhard Boeden, durch Erfahrungen ausländischer Kollegen bei der Bekämpfung des Linksterrorismus bestätigt: in seiner 1982 in Rom aufgestellten und von vielen kritisierten These, daß terroristische Strömungen durch politische Macht und Doktrin beeinflußt werden. Eine auf der Tagung der Terrorismus-Experten vorgelegte Analyse aus Italien belegt, daß es das Ziel der Roten Brigaden war, alle revolutionären Kräfte im Land unter einem Programm zu vereinen, das den Namen einer „Kämpfenden Kommunistischen Partei" verdienen würde. Diese Wechselbeziehung KP–Terrorismus verdient also weiter größte Aufmerksamkeit.

Wendung in El Salvador?

Von Günter Friedländer

Kolumbiens Präsident Belisario Betancur hatte erwartet, daß der Waffenstillstand seiner Regierung mit der kolumbianischen Guerrilla zu ähnlichen Versuchen in El Salvador führen würde. Mit Recht: Lateinamerikas Guerrillagruppen hängen zusammen und stimmen ihre Politik aufeinander ab.

Die Bitte der Aufständischen, daß Betancur die Rolle des Vermittlers übernehmen solle, bestätigt diese internationale Dimension ebenso wie die von der Guerrilla veröffentlichte Mitteilung, daß sie bereits im Mai, als der Waffenstillstand in Kolumbien Tatsache wurde, José Napoleon Duarte Verhandlungen vorgeschlagen habe, ohne damals Antwort zu erhalten. In diese Richtung weist auch, daß die große Herbstoffensive der salvadorianischen Guerrilla in diesem Jahr unterblieb.

Duarte überraschte die Guerrilla nun mit der dramatischen Geste, sie in einer Rede vor der UNO nach La Palma einzuladen, wo am Montag die ersten Unterhaltungen stattfinden werden. Die politische Führung der Guerrilla ist darüber verstimmt. „Wir nehmen (die Gespräche) ernst", sagt Guillermo Manuel Ungo in ihrem Namen. „Wir wissen nicht, ob Duarte sie ernst nimmt, da er stets doppelzüngig spricht." Weil es eher umgekehrt ist, macht Duarte die Weltpresse und die Kirche zum Zeugen seiner ersten Unterhaltung.

Man sollte keine dramatischen Wendungen erwarten. Betancurs Waffenstillstandsverhandlungen in Kolumbien dauerten zwei Jahre, und die Durchsetzung des Waffenstillstands stößt immer noch auf Schwierigkeiten. Aber das kolumbianische Modell erlaubt Konzessionen der Guerrilla, die bisher vor Neuwahlen ihre Teilnahme an der Regierung forderte, darauf aber nun zu verzichten scheint. Dafür würde Duarte, ebenfalls nach kolumbianischem Muster, von der Entwaffnung der Guerrilla absehen, bis sie sich durch Teilnahme an Wahlen in das politische Leben El Salvadors eingegliedert hat.

Jeder würde ein Ende der Metzelei begrüßen. Die Verhandlungen in La Palma sind aber auch im besten Fall nur der erste Schritt auf einem langen Weg, der schließlich auch zur Befriedung Nicaraguas und Guatemalas und zu Garantien für Costa Rica und Honduras führen müßte, um erfolgreich zu sein.



„Natürlich bleibt er!" KLAUS BÖHLE

China und der Markt

Von Herbert Kremp

Die Fassade war immer glänzend. Ob zu den Zeiten der Kaiser, ob unter Mao oder heute unter Deng Xiaoping – die Chinesen wußten ihre Gäste stets zu beeindrucken. Sie genießen das Ansehen des Älteren, und sie leben aus einem Stolz, der den Gast unnachsichtig einen Fremden bleiben läßt. Unter dieser imprägnierten Haut entfaltet China seine Gegensätze: Die Jungen wollen Hongkong, die Alten reiben wieder ihre Schmeichelsteine, und die Maoisten, stark in der mittleren Funktionärsgeneration, wünschen sich die Fügbarkeit der Massen zurück. Für den, der sich nichts vormachen läßt, sind die Gegensätze sichtbar.

Sie lassen sich als „Prozeß der Öffnung" deuten. Davon ist viel die Rede, auch beim Besuch des Bundeskanzlers und seiner namhaften Begleiter aus Wirtschaft und Kultur, denn auf diesen Nenner bringt das offizielle China heute seine Politik. Der große kleine Mann Chinas, Deng, sprach am Mittwoch in der Unterredung mit dem Kanzler sogar von einer Revolution, die zu erwarten sei, wenn nach der Zulassung privater Initiative in der Landwirtschaft nun auch die Städte unter den Wandel desselben Prinzips gestellt würden. Die Politiker und Industriellen, die das Land gegenwärtig bereisen, aber auch einige der professionellen China-Beobachter sprechen mit Verwunderung und noch mehr Hoffnung vom Einzug der Marktwirtschaft in das Reich der einst schärfsten Revolution. Und in der Tat: Ohne die Wiederentdeckung der alten Erfindung des Marktes wäre der Wirtschaftsaufschwung nicht zu erklären.

Aber birgt dieses Urteil, für das erkennbare Ansätze, keineswegs aber schon eine freie Entfaltung der Marktkräfte sprechen, nicht die Gefahr eines Irrtums? Zu Recht warnen der Kanzler und seine Begleiter (sich selber) vor einer „Euphorie", die ja infolge der offiziellen Selbstdarstellungskunst der chinesischen Nomenklatur so leicht entstehen kann. Man möchte gern nüchtern bleiben, aber ein bißchen „Alice im Wunderland" scheint doch durch. Das Land ist imponierend groß, seine Führer sind durch wilde Experimente ernüchterte, pragmatische, lernbegierige und zum Teil fachkundige Männer, und die Besucherdelegationen ziehen wie Karawanen auf geebneten Wegen dahin. Dabei wird leicht übersehen, daß sich erhebliche Teile der mächtigen Armee und die Schicht der mittleren und unteren Funktionäre in der Tiefe des Landes den modernen, Maßstäbe verändernden Sozialbefehlen von oben verweigern.

Was das bedeutet, kann man an den Gewehrläufen abzählen. Traditionell sind die chinesischen Provinzen schwer zu regieren. Die Parteigeschichte weist eine unübertreffliche Begabung zum Machtkampf aus. Die einflußreichen Seilschaften der Kader pflegen Ideologie in die Schlagworte zu laden. „Bereichert euch" – dieser Aufruf Dengs an die Bauern gleicht einer Waffe. Diese löst den Gegenschlag aus: „Bleibt gleich". Er kann Wirkung entfalten, weil der Milliarden-Geleitzug der Chinesen sich unter dem Druck des unterschiedlichen Entwicklungstempos der Regionen, Begabungen und Chancen weit auseinanderzieht. Es ist also kein Risiko, Spannungen vorauszusagen.

Sie sind so natürlich und uns so gut bekannt, daß man aus ihnen kein Gegenargument gegen den spürbaren Aufbruch und vor allem keine schwarze Prognose herleiten sollte. Der überwiegende Teil der Chinesen befürwortet die Politik der Öffnung und Selbstentfaltung – es bedürfte einer fürchterlichen Neuauflage der Kulturrevolution, um die heute schon geweckten Antriebe und Hoffnungen zu unterdrücken. Aber man kann das Prinzip des Mehrheitswillens, seine Aktions- und Verteidigungskräfte, auf China nicht übertragen – es kommt in seiner Geschichte nur in der Form des überwälzenden Aufruhrs vor. Das Land wurde stets von Minderheiten regiert, weshalb den Führern der Leninismus sehr gut gefällt. Aber sie müssen auf der anderen Seite wie seit je auch eine neue Harmonie herstellen, die heute nicht mehr in der faulenden Utopie des Marxismus bestehen kann.



Nichts hindert das Zusammenspiel: Deng, Kohl FOTO: DPA

Die neue Harmonie Chinas, das ist der traditionelle Familien- und Gruppenindividualismus, der alle Dynastien und Fremdherrschaften des Landes überlebt hat. Der Bundeskanzler folgte daher einem guten, von wer weiß welchen Weisen gegebenen Rat, Politik, Wirtschaft und Kultur in seiner Darstellung von Zusammenarbeit nicht zu trennen. Mehr Studenten auszutauschen, Einblick in die Wissenschaft zu gewähren, Schulungen zu ermöglichen, wie das Volkswagenwerk es vorhat, den großen Markt zu sehen, ohne so gierig hineinzugreifen wie die Japaner – das ebnet den für die chinesische Mentalität geeigneten Weg zum materiellen Erfolg auf anderen Gebieten. Eine solche Form der Zusammenarbeit verspricht auch jene Kontinuität, die der ungewöhnlichen Größenordnung des Landes und den ausgelösten Wirkungen angemessen ist. Wenn es den nachrevolutionären Führern Chinas gelingt, die neue Harmonie der Gruppenfreiheit in die bindende Staatsform zu fügen, werden sich die Investitionen, zu denen wir eingeladen sind, reichlich auszahlen.

Daß der Weg, auf den sich China begibt, mit einer defensiven, also auf Selbstbehauptung, Integrität und Ruhe gegründeten Außenpolitik verbunden ist, hat Helmut Kohl deutlich feststellen können. Der Sowjetunion begegnet Peking mit einer anhaltenden zuverlässigen Skepsis. Die Deutschen hält man für eine unzerstörte, wieder zu einigende Nation, weil man unter Spaltungen selber lange gelitten hat, ohne sich je mit ihnen abzufinden. Die härteren, scharfen Töne der Mao-Zeit sind verklungen. In der Distanz zwischen den Staaten liegt nichts, was das enge Zusammenspiel ihrer Interessen behindern könnte.

IM GESPRÄCH E. Kleindienst

Der jüngste „General"

Von Peter Hornung

Als Eugen Kleindienst nach Canon 833 Nr. 5 des kirchlichen Gesetzbuches das Glaubensbekenntnis ablegte, wurde der 32jährige bisherige Domvikar zu Augsburg mit dieser Amtshandlung jüngster Generalvikar Deutschlands. Seine Blitzkarriere spiegelt die Änderungen in der katholischen Hierarchie. Der Vorgänger, Prälat Otto Weckbach, Divisionspfarrer im Zweiten Weltkrieg, war 61 Jahre alt, als er in das wichtigste Amt nach dem Bischof in einem Bistum berufen wurde.

Nach der Priesterweihe 1978 war Eugen Kleindienst zunächst Aushilfspriester in Günzburg an der Donau und in Asch. Noch im gleichen Jahr wurde er Stadtkaplan in St. Anton zu Augsburg. Dann stellte ihn Bischof Josef Stimpfle frei als Assistenten für den Pastoraltheologen Professor Karl Forster, der einst lange Zeit als „Graue Eminenz" des deutschen Katholizismus galt. Mit 28 Jahren von Kardinal Wendel zum Direktor der neugegründeten „Katholischen Akademie" in München ernannt, erregte Forster bald Aufsehen, als er Herbert Wehner in die Akademie einlud und für einen Dialog mit der SPD plädierte. Als Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz war Forster jahrelang mehrmals als Bischof im Gespräch gewesen, ehe er sich überraschend vom kirchlichen Management zurückzog und den Lehrstuhl für Pastoraltheologie in Augsburg übernahm.

Eugen Kleindienst nennt Pofessor Forster den prägenden Lehrmeister: „Ihm verdanke ich den intensiven Zugang zu den entscheidenden Fragen im Bereich von Kirche und Gesellschaft." Unter seiner Anleitung setzte er sich in der Dissertation mit dem Problem der „Partnerschaft als Prinzip der Ehe" pastoral auseinander. Nicht weniger beeinflußte ihn die Religionsphilosophie Romano Guardinis.

Als er sein Amt als Sekretär des Bischofs von Augsburg antrat, setzte sich Eugen Kleindienst einen Zeitraum von vier Jahren. Dann wollte er zur Universität zurückkehren. Mit seiner Habilitationsschrift hatte er schon begonnen – über „Romano Guardini als Seelsorger".



Wissenschaft vergrößert das Blickfeld: Kleindienst FOTO: SCHÖLLHORN

Künftig ist Eugen Kleindienst für das mit 13 625 Quadratkilometern zweitgrößte Bistum in der Bundesrepublik zuständig. Es reicht von Lindau am Bodensee bis nach Feuchtwangen nahe bei Nürnberg. Annähernd zehntausend Bedienstete unterstehen ihm. Der Etat für 1984 beträgt mehr als dreihundert Millionen Mark.

Eugen Kleindienst gehört der neuen Generation von katholischen Priestern an: Engagierte Seelsorger, aber auch mit den Mechanismen der heutigen Gesellschaft vertraute Manager. Den umgekehrten Weg von der Universität zu einem Spitzenamt in dem Bistum sieht Eugen Kleindienst nicht als Nachteil: „Warum soll praktische Erfahrung nicht durch die andere Möglichkeit der pastoralen Erfahrung ausgeglichen werden? Die Wissenschaft vergrößert das Blickfeld, verhilft zur Perspektive für das Amt." Die Mahnung des bayerischen Ministerpräsidenten bei der Vereidigung des neuen Bischofs von Passau nimmt Eugen Kleindienst ernst. Strauß hatte davor gewarnt, daß sich der Glaube nicht ausreichend kämpferisch in der Öffentlichkeit repräsentiert: „Unsere Gesellschaft ist am Christentum gewachsen. Sie hat deshalb Anspruch auf das Christentum, denn sie kann das Christentum nicht verabschieden, ohne sich selbst zu verabschieden."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Die Zeitung kommentiert Äußerungen des IG-Chemie-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Rappe:

Hermann Rappe hat in einem Interview laut über künftige Koalitionsmöglichkeiten nachgedacht. Sein Plädoyer für die Bildung auch großer Koalitionen überrascht dabei nicht. In der Tat: Auch derartige politische Zweckehen müssen einfach wieder möglich werden, ein Zusammengehen von Unionsparteien und Sozialdemokraten kann nicht als politische Todsünde verteufelt werden, wie dies zum Beispiel die Jungsozialisten tun.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Pariser Zeitung beschäftigt sich mit der Armut in Frankreich:

Es hat sich zwar die Armut geändert, doch die Art, darüber zu sprechen, blieb gleich. Ausmaß und Ernst des Phänomens bleiben unberücksichtigt. Man sieht weiterhin in der Armut eine Art Einzelschicksal, obwohl es sich bei dieser Form des sozialen Ausschlusses, wie auch bei der Arbeitslosigkeit, deren Endstation sie ist, um eine kollektive Realität handelt, die jederzeit jeden von uns treffen kann. Aus diesem Unterschied zwischen Bild und Wirklichkeit erklärt sich, daß die angebotenen Antworten unzureichend sind. Es gilt immer noch die gute alte Wohltätigkeit, obwohl eine echte Politik gegen den sozialen Ausschluß notwendig wäre.



Das Blatt überlegt, wie den Deutschen in der Prager Botschaft geholfen werden könnte:

Unter unwürdigen Verhältnissen müssen 140 Deutsche in stickigen, überfüllten Zimmern unserer Botschaft leben. Wie Mäuse hocken sie in der Falle. Ost-Berlin rührt das nicht. Das SED-Regime glaubt offenbar, die Bundesrepublik durch Sturheit mürbe machen zu können. Aber es gibt Mittel dagegen: Wann werden Fernsehfilme, Fotos, Reportagen aus der Botschaft in die Welt geschickt? Wann dürfen die 140 der Welt sagen, warum sie die „DDR" verlassen haben?

MÜNSTERSCHE ZEITUNG

Sie schreibt zum Tempolimit:

Man erinnere sich. In Bonn war bisher nur von einem zeitlich begrenzten Test einzelner Fahrzeuge die Rede. Dies mag repräsentative und hochzurechnende Ergebnisse im technischen Bereich geben. Über die Auswirkungen auf Verkehrsfluß und Fahrverhalten im größeren Rahmen werden aber kaum Erkenntnisse zu gewinnen sein ... Die bisher vorliegenden und sehr unterschiedlichen Resultate schreien direkt nach einer Klärung durch einen Test unter halbwegs realen, der Praxis gerecht werdenden Bedingungen.

Das neue Thema: So long, Teflon – Fritz sticks

Wird das Alter für Reagan doch zu einem Problem? / Von Thomas Kielinger

Vor Monaten spekulierte ein amerikanischer Kolumnist, wie Reagans Alter doch noch zum – womöglich entscheidenden – Wahlkampfthema werden könnte: Der Präsident bekommt Nasenbluten, es gibt eine Diskussion ... Man lächelte darüber. Jetzt ist das Alter tatsächlich zum Thema geworden. Zwei altvertraute Figuren des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes haben am Sonntag in Louisville, Kentucky, die Bühne des Zeitgeschehens verlassen. In neuen Rollen kehren sie jetzt wieder.

Reagan, der Superman, und Mondale, die lebende Karikatur – das war einmal. „Born again" dagegen – wiederauferstanden – sind Ronald Reagan, der verwundbare Präsident, und Walter Mondale, der ernstzunehmende Herausforderer. Diese Verwandlung der beiden Protagonisten hat dem Wahlkampf zurückgegeben, was jedes Bühnenstück braucht, um das Publikum zu fesseln: Spannung und Drama. Denn da Wiedergeburten zumeist in verbesserter Gestalt erfolgen, hat der Präsident den kürzeren gezogen. Wer möchte schon, nachdem er unverwundbar schien, mit einer Achillesferse wiedergeboren werden? Wer möchte schon, nachdem an ihm wie an einer mit dem Zauberstoff „Teflon" bestrichenen Pfanne nichts haftenblieb, kein Schaden und keine Schmähung – wer möchte schon gerne Walter Mondale plötzlich an sich kleben sehen? „So long, Teflon. Fritz sticks" (Adieu, Teflon. Fritz klebt) stand groß auf einem Plakat, an dem die Polizeikolonne des Präsidenten am Montag in Baltimore langsam vorbeirollte.

Mondale gewann den Vergleich von Louisville ja nicht nur, weil er in Stil und Präsentation ausgeglichen, entspannt, humorvoll, dabei angriffslustig – kurz: präsidentiell wirkte. Das allein wäre schon eine Aufwertung für ihn gewesen, neben einem sicher agierenden Präsidenten.

Aber Reagan tat dem Herausforderer einen zusätzlichen Gefallen, indem er weit hinter seine eigene Form zurückfiel. Nun weiß man von Reagans Pressekonferenzen, daß sie nie jene Politur und Kraft entfalten, die etwa die Reden des Präsidenten, auch seine Radioansprachen, auszeichnen. Er spricht, befragt, häufig in Satzteilen, die syntaktisch unverknüpft aufeinanderfolgen; er nimmt sich Zeit, sucht nach Worten, stockt zuweilen und scheint freundlich lächelnd in seiner Erinnerung zu kramen. Das hat die Amerikaner nie sonderlich bekümmert, vor dem Hintergrund von Reagans beruhigendem Können als Großmeister öffentlicher Auftritte.

Doch die gleiche vertraute, manchmal stockende Sprechweise, zusammen mit einem merkwürdig angestrengten Blick, stach am Sonntagabend gegenüber Mondales fließendem Vortrag ungünstig hervor. Ein vertrautes Bild verwandelte sich in eine unvertraute Frage: Ist er zu alt? Verliert Reagan den Faden zu häufig? Läßt ihn sein Gedächtnis im Stich, die Fähigkeit, auf unerwartete Fragen rasch die richtigen Antworten hervorzubringen?

Und so haben die Republikaner plötzlich mit einer Thematik zu kämpfen, die sie längst ad acta gelegt glaubten: das Alter des Präsidenten (er wäre am Beginn seiner zweiten Amtszeit 74 Jahre alt). Plötzlich rechnen alle Medien, beginnend mit dem seit langem überaus reaganfreundlichen „Wall Street Journal" (sogar auf Seite eins) mit dem Alter als einem neuen Faktor im Wahlkampf.

Natürlich wird hier übertrieben und überinterpretiert. Die Ursache seiner zeitweiligen Artikulationsschwäche, darin sind sich die meisten Exegeten einig, lag unzweifelhaft bei Reagans Beratern, allen voran Haushaltsdirektor David Stockman, die ihren Champion mit Zahlen und Statistiken über seine Amtszeit so vollstopften, daß er die eigene Botschaft seiner vier Jahre, die Ausstrahlung der Reagan-Revolution, schier vergaß. Aber in den USA ist das Medium nur zu oft die Botschaft; ein Zwinkern oder Stocken zur unrechten Zeit kann zur Staatsaffäre werden, besonders in einem „langweiligen" (weil scheinbar schon entschiedenen) Wahlkampf. Kein Zweifel: In den Wahlkampf ist neue Spannung eingeführt worden. Vizepräsident George Bush kann heute abend in seiner Debatte mit Geraldine Ferraro versuchen, den Schaden zu beheben – und Reagan selber, natürlich, in seinem zweiten TV-Duell mit Mondale am 21. Oktober.

Eine stabile Mehrheit der Amerikaner hat sich bisher durch nichts in ihrer Liebesaffäre mit Ronald Reagan stören lassen. Sollte diese enden, weil das Alter des Präsidenten in schärferem Profil erscheint? Wie immer, wenn das Auge genauer hinsieht, erfährt die Zuneigung ihre eigentliche Feuerprobe. In unseren Schwächen bewähren sich unsere Freundschaften – oder sie gehen auseinander. In Amerika kann jeder Präsident werden. Doch Präsident zu bleiben, das ist die eigentliche Kunst.

Dem kleinen Hospital droht der Tod

Deutschlands kleinen Krankenhäusern steht das Wasser bis zum Hals. Wächst ihre Überlebenschance durch die Reform der Krankenhausfinanzierung, die gestern im Bundeskabinett beraten wurde?

Von PETER JENTSCH

Montag, 31. Dezember 1975: Aus dem katholischen „Drei-Königinnen-Hospital" in Köln-Mühlheim werden Patienten in umliegende Kliniken gebracht. Grund: Das 320-Betten-Spital ist pleite; es drückt eine Schuldenlast von fünf Millionen Mark. An diesem Tag lehnt der Kölner Richter Wilhelm Uhlenbrock einen von der Krankenhausleitung beantragten Vergleich ab. Ein Konkursverfahren kommt mangels ausreichender Masse nicht zustande. Barvermögen der Klinik: 15 000 Mark.

November 1982: Die Kinderklinik „Rothenburgsort" in Hamburg schließt für immer ihre Pforten. Verluste aus der Minderung der Einweisungshäufigkeit durch die niedergelassenen Ärzte und einer Senkung der Verweildauer hat das Krankenhaus nicht mehr finanzieren können. Erst in diesen Tagen hat der Hamburger Senat noch einmal 500 000 Mark zur Tilgung von Folgekosten bereitstellen müssen.

Ende dieses Jahres wird das Hamburger „Elisabeth-Krankenhaus" geschlossen. Im Bedarfsplan der Hansestadt war kein Platz mehr für die 160-Betten-Klinik. Glück für Ärzte und Pflegepersonal: Sie werden von einer anderen Klinik übernommen.

Die drei Beispiele beweisen: Deutschlands kleinen Krankenhäusern geht es an den Kragen. Sarkastisch drückt es Franz Spiegelhalter, Finanzdirektor des Caritas-Verbandes, aus: „Die Kliniken sterben im Würgegriff des Staates."

In der Tat. 1973 zeigte die Krankenhauslandschaft in der Bundesrepublik noch folgendes Bild: Es gab 3519 Hospitäler mit insgesamt 701 263 Betten, und zwar

- 1322 öffentliche Krankenhäuser mit 381 315 Betten,
- 1239 freigemeinnützige Kliniken mit 255 002 Betten und
- 958 privat getragene Hospitäler mit 64 946 Betten.

Dabei verfügten 39,1 Prozent aller Akutkrankenhäuser über weniger als 100 Betten, weitere 12,8 Prozent der Spitäler besaßen bis zu 150 Betten, und 11,1 Prozent hielten 150 bis 200 Betten vor. Anders ausgedrückt: 63 Prozent aller Krankenhäuser besaßen nicht mehr als 200 Betten.

Heute hat sich dieses Bild völlig geändert. Das 1972 eingeführte und als „Jahrhundertwerk" gepriesene Krankenhaus-Finanzierungsgesetz (KHG) förderte den Trend zum Großklinikum à la Aachen und führte viele kleinere, vor allem nicht öffentlich-rechtlich getragene Hospitäler in den Exitus. Sie konnten nicht wie Städte, Länder und Gemeinden ihre Häuser mit Milliardenbeträgen aus Steuermitteln subventionieren.

Der Zeitgeist heißt: „Aachener Dimensionen"

In der Folge dieses Gesetzes, das unter dem Zwang entstanden war, das Defizit von rund zwei Milliarden Mark, das die Kliniken 1972 „erwirtschafteten", zu beseitigen, wurden die kleinen Kliniken nicht mehr öffentlich gefördert. Der Zeitgeist forderte „Aachener Dimensionen", das KHG schrieb vor, die Investitionen aus öffentlichen Mitteln (ein Drittel Bund, Rest Länder und Gemeinden) zu bezahlen (Mischfinanzierung) und die Benutzerkosten über die Pflegesätze aufzubringen (duales Finanzierungssystem).

Folge: Bis heute mußten rund 400 Krankenhäuser, das sind 17 Prozent aller Akutkrankenhäuser, aufgeben. Es waren fast ausschließlich Kliniken mit weniger als 100 Betten.

Die einzelnen Trägergruppen wurden davon unterschiedlich getroffen: Die Zahl der öffentlich-rechtlichen Kliniken sank um 12,1 Prozent, die der frei-gemeinnützigen um 16,2 und die der privaten um 26 Prozent. Dabei stieg die durchschnittliche Größe eines Akutkrankenhauses von 200 auf 250 Betten.

Franz Spiegelhalter bescheinigt dem Krankenhaus-Finanzierungsgesetz sogar eine Art „Vernichtungsautomatik, der gerade die frei-gemeinnützigen Häuser ausgeliefert sind, da sie nicht den finanziellen Rückhalt eines öffentlichen Haushalts haben". Deutlicher: da sie nicht auf Kosten des Steuerzahlers subventioniert werden können.

Um das Faß nicht zum Überlaufen zu bringen und die bürgernahe Krankenhausversorgung zu gewährleisten, wurde 1981 im Zuge des Krankenhaus-Kostendämpfungs-Gesetzes (KHKG) die 100-Betten-Grenze, unter der die Förderung ausgeschlossen war, aufgehoben. Aber auch das nutzte wenig. Wie das Beispiel Kinderklinik „Rothenburgsort" beweist, hat das Klinikum Verluste etwa aus geringerer Einweisungshäufigkeit durch die niedergelassenen Ärzte, aus Verweildauerverkürzung oder falscher Bedarfsplanung selbst zu tragen. Mögliche Gewinne werden aber von den Krankenkassen kassiert, weil sie bei der Pflegesatzberechnung von den Selbstkosten des folgenden Jahres abgezogen werden.

Das führt dazu, daß konfessionelle, private oder frei-gemeinnützige Kliniken von ihrer Substanz, das heißt vom Eigenkapital leben müssen. Dieses Kapital wird ihnen aber durch ein Abschreibungsverbot des KHG auf investierte Eigenmittel entzogen.

Hier will die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte Reform der Krankenhausfinanzierung Abhilfe schaffen. Das Gesetz, zu dem der Bundesrat eine Alternativlösung vorgeschlagen hat, will unter anderem Gewinn- und Verlustmöglichkeiten für die Kliniken zulassen. Blüm: „Die plurale Trägerstruktur ist für alle Reformansätze eine unverzichtbare Vorgabe. Frei-gemeinnützige Krankenhäuser müssen in ihrem originären Auftrag gestärkt werden."

Es bleibt abzuwarten, ob dieser Wunsch mit dem Reformwerk in Erfüllung geht. Denn mehr und mehr spielen die Kosten im Krankenhaus die größte Rolle. Und auf ihre Entwicklung, besser gesagt auf ihre Bremsung, sollen die Krankenkassen erheblichen Einfluß bekommen.

Schon heute überbieten die Mammutkliniken die Bettenpreise eines Luxushotels um das Mehrfache. Die Einrichtung eines Bettes kostet 600 000 Mark. Die Gesundheitsfabriken bieten zwar alles, was das Medizinerherz höher schlagen läßt. Aber in einem solchen Bett liegt, wenn es nicht gerade leer steht, später womöglich nur ein Gipsbein- oder Blinddarm-Patient seine Zeit ab.

50 Milliarden Mark für die Krankenhauspflege

Da wird dann verständlich, daß sich – gemessen an den Gesamtausgaben für die Krankenhauspflege von jährlich rund 50 Milliarden Mark – die Schließung von 400 Kliniken nicht bemerkbar gemacht hat. Denn die Betriebskosten des Krankenhauses entstehen vor allem durch die Behandlung und Pflege von Patienten. Sie sind größtenteils unabhängig davon, auf wie viele Betten sich diese Patienten verteilen.

Andererseits reduziert der Rückgang der Verweildauer und der Pflegetage die notwendige Bettenzahl. Von 50 000 überflüssigen Betten spricht selbst der Bundesarbeitsminister. Da aber, so die Sorge der frei-gemeinnützigen Träger, niemand auf den Gedanken kommen wird, etwa das Großklinikum Aachen zu opfern, ist das Ende der kleinen Hospitäler abzusehen.

Und das kann an sich nicht im Sinne des Erfinders sein. Denn die Vorteile der kleinen Krankenhäuser liegen nicht nur in ihrer größeren Humanität, sondern vielmehr in ihrer kostengünstigeren Leistungserbringung. Billiger deshalb, weil weniger Betten weniger teures Personal brauchen, weil die kleinen Kliniken medizinisch-technisch weniger anspruchsvoll ausgerüstet sind oder weil sie über Ordensschwestern verfügen, die nicht wie teure Fachkräfte bezahlt werden, obgleich sie nicht weniger leisten.

Ronald Reagan und Shimon Peres: *Die erste Reise als Regierungschef ging zum Freund nach Washington* FOTO: AP

In Washington findet Peres ein offenes Ohr für Israels Probleme

Es war sein erster Besuch als Premierminister in den USA, und es war ein schwerer Gang. Shimon Peres bat in Washington um mehr wirtschaftliche Hilfe für sein in Bedrängnis geratenes Land. Es gab keine Beschlüsse, aber die Zusage wohlwollender Prüfung.

Von THOMAS KIELINGER

Wenn ein israelischer Premierminister vier Wochen vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl Washington einen Besuch abstattet, dann setzt er sich mehreren Interpretationen aus: Er will noch rasch in die Wiederwahl des Amtsinhabers im Weißen Haus investieren, oder die Lage zu Hause, in Israel selber, ist wirtschaftlich so verzweifelt, daß keine Aufschub der Reise nach Washington geduldet werden kann, jede Hilfe gesucht werden muß, die sich anbietet. Es gibt noch eine dritte Interpretation: daß man in diesen Oktobertagen 1984 aus beiden Gründen an den Potomac kommt.

Shimon Peres, kaum vier Wochen als Israels neuer Premier im Amt, wußte von diesen Vermutungen, denn bei jeder Gelegenheit vor seinem und während seines jetzt beendeten Besuches in Washington dementierte er sie. Im ersten Fall klingt das Dementi glaubhafter als im zweiten. In der Tat arrangierte Peres auch ein ausgiebiges Treffen mit Walter Mondale in New York, um den überparteilichen Charakter seiner USA-Reise zu betonen.

In Sachen israelische Wirtschaft dagegen ragen die Fakten allzu stark hervor, um viele Umschweife zuzulassen: Die Lage ist ernst, das Land im Teufelskreis einer 400prozentigen Inflation, sinkender Produktivität, bedrohlich geschwächter Zahlungsbilanz. Peres selber hatte darauf bestanden, schon jetzt, noch vor der Präsidentschaftswahl, nach Washington zu kommen und nicht erst im Februar, dem anderen in Betracht gezogenen Termin.

Aber was kann ihm ein Präsident anbieten, der selber mit einem erdrückenden Haushaltsdefizit von über 175 Milliarden Dollar zu kämpfen hat? Mehr Hilfe für Israel – das Land empfängt im laufenden Haushaltsjahr von den USA 2,6 Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe, das meiste davon praktisch als Geschenk – ist zwar immer ein dem Weißen Haus und der Legislative am Herzen liegendes Anliegen. Aber Ronald Reagan sah sich angesichts des Besuches von Peres in einem Dilemma: Mehr Geld würde die jüdisch-amerikanischen Wähler beeindrucken, die Vertreter fiskalischen Konservativismus aber vor den Kopf stoßen.

Aus der nicht beneidenswerten Lage befreite sich das Weiße Haus, indem es tat, was man angesichts unappetitlicher Alternativen in Washington immer tut: Man gründete eine Kommission. Diesmal eine gemischt amerikanisch-israelische Beraterkommission, die dem Präsidenten nach 30 Tagen einen Untersuchungsbericht vorlegen soll, wie die USA der angeschlagenen israelischen Wirtschaft am besten helfen können.

Peres war vorsichtig genug, in seinen Gesprächen mit Außenminister Shultz, dem Luncheon-Treffen mit dem Präsidenten und während seiner Aussprachen auf dem Kapitol keine konkreten Geldsummen als neue amerikanische Medizin für Israels Wirtschaft zu erbitten. Aber der israelische Gast ließ keinen Zweifel, daß er in der nächsten Legislaturperiode mehr von den USA erwartet. Er knüpfte daran eine Hoffnung, die manche Beobachter für kühn halten. Vermehrte amerikanische Unterstützung, so meinte Peres, sei nötig „als Hilfe, damit wir uns selber helfen können …, so daß wir einst jenen Tag erreichen, an dem wir nicht mehr von der außerordentlich gütigen und generösen amerikanischen Hilfe abhängig sind".

So wie die Dinge laufen, vermehrt sich diese Abhängigkeit eher, als daß sie abnimmt. Ein großer Freund Israels, der Kolumnist William Safire, malte daher in einem scharfen Kommentar die Gefahr israelischen Vasallentums an die Wand. „Für die Musik muß jetzt bezahlt werden, und zwar von allen Israelis, damit aus dem Wohlfahrtsstaat kein Vasallenstaat wird." Und erneut: „Die Gefahr besteht, daß Israels gegenwärtiger wirtschaftlicher Verfall in politisches Vasallentum mündet." Erpreßbarkeit ist das Wort, das der Kolumnist nicht verwendet, aber mit dem er ständig spielt.

Wie Safire in seinem Aufsatz in der „New York Times" fragen sich auch verschiedene Berater des Präsidenten, ob die neue Regierung in Jerusalem genug an Einsparmaßnahmen verordnet hat, um der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Im Grunde reiben sich die Amerikaner an der israelischen Praxis der Indexierung, wonach Löhne und Ersparnisse den jeweiligen Preissteigerungen laufend angepaßt werden. „Das verheimlicht der Öffentlichkeit nur die Verheerungen, die der Nation angetan werden", kritisierte Safire.

Es ist nicht erinnerlich, daß irgendein Besuch der israelischen Führung in Washington in den letzten Jahren so von der wirtschaftlichen Diskussion dominiert gewesen ist wie dieser Auftritt des „an sich ungleichen Paares" (ein US-Beamter) Peres–Shamir. Daran läßt sich auch ablesen, wie zurückhaltend, ja, wie fast nicht vorhanden die USA derzeit ihre Rolle im übergreifenden arabisch-israelischen Konflikt sehen. Präsident Reagan machte keine neuen Avancen zugunsten seines eigenen Friedensplans vom 1. September 1982, der ein palästinensisch-jordanisches Kondominium auf dem Westjordanufer und im Gaza-Streifen vorgesehen hatte.

Die Zeit für derartige Avancen wäre auch denkbar ungünstig, wo Jordanien gerade wieder jede Verhandlung mit Israel ausgeschlagen hat und Israel selber aus seiner fortgesetzten Ablehnung des Reaganschen Friedensplans keinen Hehl macht – auch nicht unter einer von Peres geführten Koalition.

Für amerikanische Initiativen derzeit ebenfalls ungeeignet scheint die Frage des israelischen Truppenrückzugs aus Libanon. Es gebe zwar „neue Töne" aus Syrien, meinte ein höherer US-Regierungsbeamter; doch kann Washington darin noch keine Melodie erkennen.

So blieb ein Erfolg des Peres-Besuchs nur im bilateralen Bereich zu erhoffen. Schließlich wollte man auf amerikanischer Seite auch testen, ob man mit der Koalition in Jerusalem etwas besser vorankommen könne als mit der alten, meist sehr stacheligen Nur-Likud-Regierung. Und siehe da: In der Tat ließen sich die Besucher im Gegenzug für die erwartete zusätzliche Hilfe Washingtons einige kleine Konzessionen im Themenbereich der Palästinenser abhandeln.

„Wir werden unser Haus in Ordnung bringen", versprach Shimon Peres mehrmals seinen Zuhörern in Washington. Und, an Reagan gewendet, sagte er zum Abschied: „Unser Land ist kein Land der Skeptiker, sondern der Gläubigen." Doch überwogen unter den Gastgebern diesmal eindeutig die Skeptiker.

Der Pate aus Palermo geht in die Verbannung

Die Rechtspraxis in Italien kennt eine in der westlichen Welt wohl einmalige Strafe: die Verbannung. Jetzt traf diese Maßnahme einen mutmaßlichen Mafia-Boß.

Von F. MEICHSNER

Dem christdemokratischen Ex-Bürgermeister von Palermo, Vito Ciancimino, ist durch richterliche Entscheidung ein „provisorischer Zwangswohnsitz" zugewiesen worden. Er mußte seine palermitanische Wohnung verlassen und in ein Hotel nach Patti, einem kleinen, westlich von Messina gelegenen Ort, umziehen, der in Italien vor allem als Geburtsort des Mafia-Bankiers Michele Sindona bekannt wurde. Er muß sich dort in regelmäßigen Abständen auf dem Polizeirevier melden.

Die „Sektion Vorbeugungsmaßnahmen" des palermitanischen Tribunals verfügte die „Verbannung" auf der Grundlage gesetzlicher Sonderbestimmungen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechertums und des Terrorismus. Ciancimino steht im Verdacht, einer der politischen „Paten" der Mafia zu sein.

Die Möglichkeit, „Personen, die die Sicherheit und die öffentliche Moral gefährden", ohne ordentlichen Prozeß einen Zwangswohnsitz zuzuweisen, war in Italien 1956 durch ein generelles Gesetz gegen die Umtriebe von „Arbeitsscheuen", „Gewohnheitsvagabunden" und solchen Personen geschaffen worden, von denen aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Lebensführung „angenommen werden muß, daß sie aus dem Erlös von Verbrechen oder deren Begünstigung leben …, zu Verbrechen neigen …, gewohnheitsmäßig und notorisch illegalen Geschäften ergeben sind …, die Prostitution begünstigen oder daraus Nutzen ziehen" sowie „gewohnheitsmäßig anderen der öffentlichen Moral und den guten Sitten zuwiderlaufenden Tätigkeiten nachgehen".

Dieses Gesetz wurde 1965, 1979 und 1980 noch durch speziell auf die Mafia und den Terrorismus bezogene gesetzliche Sonderbestimmungen ergänzt. Mit ihm wurde an die während der faschistischen Zeit weithin geübte Praxis der Verbannung (confino) angeknüpft – mit dem grundlegenden Unterschied allerdings, daß die neuen Gesetze ausschließlich der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung, nicht mehr der Unterdrückung politisch oppositioneller Strömungen dienen. In der Rechtspraxis der westlichen Welt sind sie trotzdem wahrscheinlich ebenso einmalig wie es das Phänomen der Mafia ist.

Die gegen Ciancimino ergriffene „provisorische Vorsichtsmaßnahme" geht auf einen Antrag des palermitanischen Polizeipräsidiums an die Staatsanwaltschaft zurück, der von dieser „Sektion Vorbeugungsmaßnahmen" des Tribunals weitergeleitet wurde. Das Polizeipräsidium hatte sogar Vorbeugehaft und nur im Ablehnungsfall Zuweisung eines Zwangswohnsitzes beantragt. Die Richter entschieden sich für das mildere „Provisorium", das sie bis zum 30. Oktober begrenzten. Am Tage darauf wollen sie nach Anhörung Cianciminos eine definitive Entscheidung auf der Grundlage des bis dahin vorliegenden Ermittlungsmaterials treffen. Einige der Richter plädierten jetzt schon für einen Haftbefehl. Die Mehrheit sprach sich jedoch für behutsames Vorgehen aus, um nicht durch unbedachte Aktionen, die dann unter Umständen wieder rückgängig gemacht werden müßten, die Glaubwürdigkeit der ganzen, gegen die politischen Drahtzieher der Mafia gerichteten Operation zu gefährden.

Der 60jährige Ciancimino war lange Zeit Assessor für öffentliche Arbeiten und dann für einige Monate Bürgermeister von Palermo gewesen. Während seiner Amtszeit als Assessor für öffentliche Arbeiten war er zu erstaunlichem Wohlstand gelangt. Von den 4000 Baulizenzen, die während dieser Zeit von seinem Assessorat vergeben wurden, gingen 2500 an drei alte, völlig mittellose Pensionäre, deren einzige Funktion offensichtlich darin bestand, als Strohmänner für die wirklichen, wahrscheinlich Mafia-abhängigen Bauunternehmer zu dienen.

Als die parlamentarische Anti-Mafia-Kommission diese und andere Praktiken aufdeckte, verschwand Ciancimino zwar von der politischen Bühne, konnte aber gerichtlich nicht belangt werden.

Erst die Aussagen des gesprächigen Mafia-Bosses Tommaso Buscetta ermöglichten der Justiz das Eingreifen. Laut Buscetta befand sich der Ex-Bürgermeister ganz in der Hand der Mafia-„Familie" der „Corleonesi". Buscetta machte dazu offenbar derart dezidierte Angaben, daß ein Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Notabeln der palermitanischen DC eingeleitet werden konnte.

Nürnberg rechnet 1985 mit weniger Arbeitslosen

dpa, **Nürnberg**

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg geht für das kommende Jahr von deutlich weniger Arbeitslosen und Kurzarbeitern aus, für die sie Leistungen erbringen muß. In dem gestern festgestellten Etat für 1985 sind nur noch 810 000 Empfänger von Arbeitslosengeld (1984: 1 036 000) *und 400 000 (750 000) Kurzarbeiter* vorgesehen. Bei Unterhaltsgeld wird mit 123 000 (114 400) Empfängern gerechnet, bei Beschäftigung in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – *ABM mit 80 000(70 000) Personen.*

Bei der Bundesanstalt heißt es dazu, daß sich in den neuen Beträgen für Unterhaltsgeld- und ABM das Bemühen der Bundesanstalt widerspiegele, *den Arbeitsmarkt 1985 „mit* arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen noch stärker zu entlasten als in diesem Jahr". Hierunter fallen auch die erstmals in diesem Haushalt berücksichtigten Zahlungen für 80 000 Empfänger von Vorruhestandsgeld. Der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1985 umfaßt 34,2 Milliarden Mark, das sind 600 Millionen Mark weniger als im vergangenen Jahr.

Der Verwaltungsrat der Bundesanstalt ging davon aus, daß das Bruttosozialprodukt im kommenden Jahr real um zwei Prozent (Ansatz 1984: 2,5 Prozent) steigen und das Bruttoentgelt für jeden beschäftigten Arbeitnehmer um 3,5 Prozent (3,4) zunehmen wird. Die Zahl der Beitragspflichtigen ist auf 20,3 Millionen (20,15) vorausgeschätzt worden.

Kontroverse um Kritik Wetzels

AP, **Wiesbaden**

Die Auseinandersetzungen zwischen der hessichen Landesregierung und dem amerikanischen General Robert Wetzel während der NATO-Herbstmanöver in Osthessen haben gestern im Landtag in Wiesbaden zu einer heftigen Kontroverse zwischen den Oppositionsparteien CDU und FDP sowie SPD und Grünen geführt. Sprecher der CDU-Fraktion, die eine aktuelle Stunde zur „Mißbilligung des Verhaltens des Innenministers Winterstein wegen amerikafeindlicher Äußerungen" be*antragt hatte, erklärten, der Minister* habe mit seiner Kritik am Kommandierenden General des V. US-Korps „der deutsch-amerikanischen Freundschaft einen bösen Dienst erwiesen".

SPD-Innenminister Horst Winterstein sagte, er stehe zu seiner damaligen Aussage gegenüber dem General, die nicht amerikafeindlich sei. Wetzel habe mittlerweile den Einsatz der Polizei als hervorragend bezeichnet, damit betrachte er „die Kontroverse für erledigt". Auch Ministerpräsident Börner dankte Wetzel für seine abschließende Erklärung zum Einsatz der Polizei. Die Zusammenarbeit zwischen den Amerikanern und den deutschen Behörden werde „vertrauensvoll und gut bleiben."

General Wetzel hatte Ende September gewalttätige Demonstranten als Kriminelle und Anarchisten bezeichnet. Der Innenminister hatte daraufhin von einem „ungeheuren pauschalen Vorwurf" gegenüber der Friedensbewegung gesprochen und erklärt, die Bundesrepublik Deutschland sei „Verbündeter, aber kein Versall der Vereinigten Staaten".

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Ernst Welteke unterstrich die Notwendigkeit, daß „beide Seiten die innere Ordnung des Partners achten".

„Schwarzer Peter" weiß sich in Szene zu setzen

Von PETER SCHMALZ

Das 174. Münchner Oktoberfest gehört seit Sonntag der Vergangenheit an und wird in die Stadtgeschichte eingehen als das Bierfest der Besucher-, Trink- und Eßrekorde, bei dem auch noch die Ungeheuerlichkeit geschah, daß ein Wies'n-Wirt wegen Unzuverlässigkeit des Zeltes verwiesen wurde. Dem oberflächlichen Beobachter verborgen, hatten die spektakulären Umstände dieses Bierfestivals zugleich aber eine politische Dimension, die aufschlußreiche Einblicke gibt in die Strömungen in einem der größten unter den deutschen Rathäusern. Bier und Politik wagen ja bekanntlich an der Isar gerne eine Liebschaft miteinander.

Schon zu Beginn der Wies'n wurde in München gemunkelt, der erst 36jährige CSU-Politiker Peter Gauweiler wolle sein Amt als Kreisverwaltungsreferent, in das er vor drei Jahren zu Zeiten der absoluten CSU-Mehrheit vom Stadtrat auf sechs Jahre gewählt wurde, zur poli-



tischen Profilierung nutzen, indem er seine Beamten zu besonders strengen Kontrollen auf die Theresienwiese abkommandiert.

Gauweiler, der als Markenzeichen seiner strammen konservativen Haltung den Namen „Schwarzer Peter" trägt, dementiert solche Unterstellungen, wenngleich sie auch von eigenen Parteifreunden erhoben werden. Das Dementi erscheint zumindest insoweit glaubhaft, als in diesem Jahr vom Stadtrat über den bayerischen bis hin zum Bonner Justizminister ein regelrechter Wettlauf der Politiker zu beobachten war, die einmütig einen Liter Bier im Maßkrug forderten. Dem Kreisverwaltungsreferenten als Münchner „Ordnungsminister" blieb also gar nichts anderes übrig, als hart durchzugreifen.

Der Erfolg war frappierend: Noch nie war die Maß so gut eingeschenkt wie in diesem Jahr, weshalb die *Münchner die berechtigte Hoffnung* haben, daß Bräuche wie 1983, als die Brauereien nach Recherchen des Gauweiler-Referats 3,2 Millionen Liter Bier auf die Wies'n geliefert, die Wirte daraus aber 4,4 Millionen Maß gezaubert hatten, nun endgültig der Vergangenheit angehören.

Die harte Behördenhand brachte Gauweiler Kritik wie Zustimmung. „Sie haben München mit Dreck beworfen", hörte er von der einen Seite, und „Sie haben eine Goldmedaille verdient" von der anderen. Aber das Lob überwiegt: Eine Telefonaktion, bei der er Lesern der „Bild"-Zeitung Rede und Antwort stand, brachte ihm eine eindeutige Zustimmung von neun zu eins.

Weniger erfreut über die seit nunmehr zwei Wochen alltäglichen Gauweiler-Fotos in mindestens einer der fünf Münchner Zeitungen aber zeigte sich CSU-Fraktionschef Erich Kiesl, der den *Medien-Favoriten* vor versammelten CSU-Stadträten stellte: Die Kontrollen seien zu streng – und überhaupt: „Man sollte nicht so viel tun, daß man immer groß in der Zeitung steht."

Das war schon deshalb ein denkwürdiger Satz Kiesls, da allgemein bekannt ist, daß dieser zu der Zeit, als er im Rathaus Oberbürgermeister war, die Qualität der täglichen Nachrichtenlage an der Zahl der veröffentlichten Kiesl-Fotos zu messen beliebte.

Gauweiler jedenfalls nahm den Fehdehandschuh auf und begründete in 20 Minuten aus dem Stegreif seine Aktivitäten mit solcher Überzeugungskraft, daß er anschließend offenen Beifall erhielt. Kiesl verließ *daraufhin schweigend die Sitzung* und soll seither erheblich verärgert sein.

Er scheint den Verlust des Oberbürgermeisterstuhls im März noch *immer nicht verwunden zu haben,* weshalb nicht wenige der CSU-Stadträte glauben, daß erst dann wieder Ruhe in ihre Fraktion einkehren wird, wenn Kiesls Wunsch in Erfüllung gegangen ist, bei der Landtagswahl im Herbst 1986 in das Maximilianeum zu wechseln.

Wer aber wird die Rathaus-CSU in die Zukunft führen? Ein Teil der Partei baut auf Walter Zöller, Fraktions-Vize und vielbeschäftigter Notar mit ruhig-behäbigem Habitus, andere würden eher Wetten für Gauweiler annehmen, dessen Chancen bei diesem Oktoberfest erheblich gestiegen sind.

Mit 22 Jahren war Gauweiler einst der jüngste Stadtrat, der jemals in diesem Rathaus saß, und machte mit strammen Worten auf sich aufmerksam. Er reizte zum Widerspruch und lächelte darüber: „Was uns nicht umbringt, macht uns stärker." Widerwillig mußte Erich Kiesl ihn, den Vertreter des rechten Fraktionsflügels, als Kreisverwaltungsreferent in seine engere Mitarbeitermannschaft aufnehmen. Mit über 3000 Beschäftigten führt Gauweiler seither das größte der Münchner Referate *und nutzt das Instrumentarium zum* Feldzug für ein „sauberes München".

Dabei legt er stets Wert darauf, alle Fraktionen von der Notwendigkeit *seiner Aktivitäten zu überzeugen,* was ihm meist sogar auch bei der SPD gelingt. „Sie sind zwar ein harter Rechter", sagte ein SPD-Stadtrat zu ihm, „aber auf Vereinbarungen mit Ihnen kann man sich wenigstens verlassen."

Dem Vernehmen nach wollen sich die Sozialdemokraten nicht querlegen, wenn Gauweiler in drei Jahren zur Wiederwahl antritt. Und er selbst bestreitet nicht, mit dem Posten des Oberbürgermeisters zu liebäugeln, denn Ehrgeiz, so sagt er, muß ein Politiker haben.

Entscheidung über IG Bau vertagt

rtr, **Frankfurt**

Um die Rechtmäßigkeit der Wahlen zum Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden ist gestern in zweiter Instanz vor dem Frankfurter Oberlandesgericht gestritten worden, ohne daß ein Urteil verkündet wurde. Wie der 19. Zivilsenat in der mündlichen Verhandlung bekanntgab, soll die Entscheidung am 9. Dezember fallen. Es geht bei dem Verfahren um die Klärung der Umstände, unter denen die Wahl auf dem Gewerkschaftstag am 12. Okto*ber 1982 in Frankfurt stattgefunden* hat.

CSU in Schwaben nicht hinter Kiechle

rtr, **München**

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle ist wegen der umstrittenen Beschlüsse zur Eindämmung der Milchproduktion auch in seiner schwäbischen Heimat unter Druck seiner Partei geraten. Der Vorsitzende der CSU-Bezirks Schwaben, Bayerns Wirtschaftsminister Jaumann, trat gestern vor der Presse ausdrücklich Berichten entgegen, wonach sich der Bezirksvorstand in der Frage der Milchpreisbeschlüsse voll hinter Kiechle gestellt habe und damit eine *andere Linie vertrete als der baye*rische Ministerpräsident Strauß.

Düsseldorf: OB per Losentscheid?

Bruno Recht (FDP) will wieder Bürgermeister werden / Er droht „auszupacken"

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Vorsichtiges Abtasten des Gegners oder möglichen Koalitionspartners mag in den späten Abendstunden des Dienstag die Devise der Grünen und der Sozialdemokraten gewesen sein. Sie *trafen sich zur ersten Runde im* großen Sitzungssaal des Düsseldorfer Rathauses. Symbolcharakter haben diese Verhandlungen nicht nur für die Landeshauptstadt. Die SPD mit *Spitzenkandidat Klaus Bungert* ist mit ihren 34 Mandaten auf die acht Sitze der Grünen angewiesen, will sie nach fünf Jahren wieder die CDU/FDP-Koalition unter Oberbür*germeister Josef Kürten ablösen.* Aber so einfach ist die Rechnung nicht, denn schon signalisierte eine grüne Dame, sie wolle aus grundsätzlichen Erwägungen überhaupt keinen OB wählen. Also am 18. Oktober ein Patt von 41:41 und nach dreimaliger Wahl ein Losentscheid?

Die Verwirrung wird sich nicht vor dem Abend des 17. Oktobers lösen, wenn Grüne und SPD getrennt darüber befinden, welchen Weg sie nun einschlagen werden. Denkbare Modelle, etwa einen OB Kürten, einen Bürgermeister Bungert und einen zweiten Bürgermeistersessel für die SPD-Kandidatin Marlies Smeets, scheiterten an dem FDP-Mann Bruno Recht. Der sieht seine Pfründe dahinschwinden und drohte gar, würde er nicht berücksichtigt, werde er auspacken. Nun rätselt Düsseldorf, was Bruno Recht so Schlimmes über Kürten oder Bungert weiß. Kürten selbst scheint inzwischen gar bereit, der FDP einen *vierten* Bürgermeisterstuhl einzuräumen, nur um ein „rot-grünes Bündnis" zu vermeiden. Für die Regierbarkeit der Landeshauptstadt wäre dies ein hilfreicher Ausweg, *denn bei den Grünen ist* bislang schwer auszumachen, ob sie überhaupt bereit sind zur Verantwortung.

Der vorsichtige Auftakt der öffentlichen Gespräche *zwischen Rot und* Grün beweist das ebenfalls. Auf dem Programm stand das Thema Umweltschutz, und es wäre einem Wunder gleichgekommen, wenn sich darob ein Streit entzündet hätte. Nach dem Verteilen von süßen Alternativplätzchen forderten die Grünen eine ökologische Abfallbeseitigung, einen Tausalzstopp und mehr Recyclingbetriebe. Wer sollte da nein sagen?

Mittags zuvor hatten sich die gewählten Ratsvertreter schon darauf verständigt, daß in jedem Ausschuß zwei Grüne, aber nur ein Liberaler sitzen soll – schmerzlich für die *FDP.* Aber verdutzt waren doch alle, als die Alternativen auch einen Frauenausschuß nur von Frauen besetzt verlangten. Über den Sinn gab's noch keine einhellige Meinung.

Nach dem Vorgeplänkel werden in den kommenden fünf Runden die wirklichen Probleme aufgetischt. *„Dann geht's ans Eingemachte",* seufzte ein SPD-Mann und dachte dabei an den Grünen-Katalog: denn Bungert soll danach gegen eine Parallelbahn des Flughafens sein, die drin*gend als Ausweichmöglichkeit* benötigt wird, gegen den U-Bahn-Bau, der inzwischen die halbe Innenstadt aufwühlt, und gegen den Zaun um den Volksgarten, der zur Bundesgartenschau 1987 errichtet werden soll. Noch ist sich Bungert schlüssig: „Gibt es keine Übereinstimmung, sage ich: ‚dann eben nicht'."

Auch „Untaugliche" zur Bundeswehr?

Würzbach: Kein Konflikt zwischen Union und FDP in Frage der Wehrdienstverlängerung

DW. **München**

Das Bundesverteidigungsministerium bemühte sich gestern, den Anschein eines Koalitions-Konflikts in der Frage der Wehrdienstverlängerung herunterzuspielen. Hier gebe es zwischen der Union und der FDP keine Widersprüche und keine Probleme, sagte der parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) in München.

Er spielte auf Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher an, der gesagt hatte, für seine Partei stehe eine Verlängerung des Wehrdienstes „nicht an der Spitze der Prioritätenliste, sondern eher am Ende". Das gilt nach Darstellung des Staatssekretärs auch für den Maßnahmenkatalog seines Ministeriums.

Eine Verlängerung des Wehrdienstes, die angesichts der „Talsohle" der geburtenschwachen Jahrgänge in vier bis fünf Jahren notwendig sei, müsse ohnedies vom Bundestag beschlossen werden. An erster Stelle eines Katalogs zur Bundeswehrplanung, den Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) am 17. Oktober dem Kabinett zur Beschlußfassung vorlegen wird, steht nach Angaben von Würzbach die Einberufung von „angeblich untauglichen jungen Männern" zur Bundeswehr.

Danach sollen zur personellen Stärkung der Truppe in Zukunft auch Verheiratete eingezogen werden, darauf wurde bisher aus finanziellen Gründen verzichtet. Die Bundeswehr denkt auch daran, künftig mehr Zeitsoldaten zu verpflichten und die *Dienstzeit* der „Langdiener" von 15 auf 20 Jahre zu verlängern.

Es soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, anstelle des Wehrdienstes bei Polizei, Rotem Kreuz, Feuerwehr oder Technischem *Hilfswerk* den Dienst abzuleisten. Nach Berechnungen des Ministeriums könnten dadurch rund 25 000 Wehrpflichtige für die Bundeswehr gewonnen werden. Würzbach will außerdem mehr Reservisten zu Wehrübungen einberufen.

In den Jahren 1992 bis 1995, so sagte Würzbach weiter, könne daran gedacht werden, eine bestimmte Zahl von Stellen bei der Bundeswehr für Frauen zu planen, die sich freiwillig melden. Anfang der 90er Jahre müßte hierüber eine Entscheidung gefällt werden.

Schon heute liege „eine ungewöhnlich hohe Zahl" von Bewerbungen von Frauen vor. Voraussetzung zur Einstellung von Frauen sei unbedingte Freiwilligkeit. Der Staatssekretär schätzte die Zahl der möglichen Stellen für Frauen auf 15 000 bis 20 000.

Würzbach wollte sich jedoch nicht festlegen, ob das Kabinett nächste Woche schon das gesamte Konzept beschließen wird und die Regierung den Wehrdienst noch vor der Bundestagswahl 1987 billigt.

Ein Transferbüro für die Bremer Uni

W. WESSENDORF, **Bremen**

Ein anderer Wind soll künftig durch Bremen in Richtung Universität wehen, um das schlechte Klima zu verbessern. Dafür will der Initiativkreis „Bremer und ihre Universität" sorgen. Diese überparteiliche Vereinigung will Zeichen setzen, aber auch mittels Informationsveranstaltungen Brücken schlagen zwischen der ungeliebten Alma mater und der Bevölkerung der Hansestadt. Denn die Initia*tive ist davon überzeugt: „Die Bremer* Universität ist besser als ihr Ruf." Zahlreiche wissenschaftliche Beiträge und Untersuchungen hätten inzwischen weit über das Bundesland hinaus Anerkennung gefunden.

Bei dieser Initiative werden unkonventionelle Wege beschritten, es soll ein sogenannter Transfer geschaffen werden, eine Zusammenarbeit zwischen Praxis und Wissenschaft. Für diese Zwecke wurde eigens ein Tranferbüro eingerichtet, das an der Universität und im Stadtkern angesiedelt ist. Über das Transferbüro sollen beispielsweise Betrieben Studierende als Praktikanten vermittelt werden, die für Lösungen konkreter Projekte einsetzbar sind. Unternehmen und Professoren können gemeinsam Diplomarbeitsthemen for*mulieren, die eine praxisbezogene* Analyse und gegebenenfalls Lösungen anstehender Probleme ermöglichen.

Einerseits brauche die Wissenschaft Kontakte zur Bevölkerung, zur Wirtschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit, um Bedarf und Bedürfnisse für wissenschaftliche Forschung besser zu erkennen, meint der Initiativkreis. Andererseits benötige die Praxis gutausgebildete Studenten, die in der Lage seien, ihr Wissen schnell in Können umzusetzen und den Zugang zu ihrem Berufsleben zu finden.

Die Kostenfrage für die Problemlösungen soll von Fall zu Fall entschieden werden. „Kleinere Anfragen", so *meint Rektor Jürgen Timm, „werden* auch künftig kostenlos sein." Falls sich Unternehmen allerdings aufwendigen wissenschaftlichen Rat holen, müssen sie dafür bezahlen. Die Universität hofft, bei interessanten Fragestellungen zusätzliche Drittmittel kassieren zu können.

Unterstützt wird dieser Vorstoß durch ein vielseitiges Informationsblatt des Initiativkreises mit dem Titel „Transfer". Es erscheint viermal im Jahr in einer Auflage von 15 000 Exemplaren; angesprochen seien damit alle, die Sachprobleme hätten, zu deren Lösung Wissenschaft und Forschung einen sinnvollen Beitrag leisten könnten. Der Sprecher des Initiativkreises, der ehemalige Bremer Finanzsenator Rolf Speckmann: „Vor allem auch mittelständische Betriebe sind die Zielgruppe. *Ihnen soll* 'Transfer' zeigen, was die Universität an Problemlösungspotential zu bieten hat."

„Transfer" soll den Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Praxis aber auch in der umgekehrten Richtung bewerkstelligen helfen. „Problembörse" heißt die Rubrik, die dazu beitragen soll. Leser sind aufgefordert, Probleme beispielsweise aus der betrieblichen Praxis vorzustellen.

Die Universität Bremen wurde 1971 gegründet, mit ihr sollten die Reformvorstellungen in der Bundesrepublik konsequent verwirklicht werden. Reformziel war die Schaffung eines leistungsfähigen sozialverpflichteten und demokratischen *Hochschulwesens. Bald nach ihrer* Gründung erhielt die Bremer Uni allerdings den Stempel aufgedrückt, eine rote Kaderschmiede zu sein. Ihr schärfster Gegner, die Bremer CDU, sprach und spricht von einer „Politisierung" der Universität, bescheinigte ihren Gremien „Volksfrontcharakter". Viele Bremer Bürger distanzieren sich von der Universität.

1982 wurde das Hochschulgesetz novelliert, dessen Schwerpunkt die Dezentralisierung der Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen war. Mit dem neuen Rektor Timm hat sich dann der scharfe Wind ein wenig gelegt.

In diese Zeit fällt auch die Gründung des Initiativkreises, der bislang mehr im stillen versuchte, das schlechte Image der Universität aufzupolieren. Sein Sprecher: „Die Gründung der Universität war keine Fehlentscheidung, sicherlich gab es aber Fehlentwicklungen." Immerhin unterstützen inzwischen alle Parteien die *Ziele des Initiativkreises* „Bremer und ihre Universität".

Genscher warnt vor Gedanken an Große Koalition

rtr, **Bonn**

Der FDP-Vorsitzende, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, hat die Unionsparteien vor Überlegungen über Große Koalitionen mit der SPD in den *Ländern gewarnt. In einem* gestern im FDP-Pressedienst veröffentlichten Artikel vertrat Genscher die Ansicht, daß die Bonner Koalitionsparteien aufeinander angewiesen seien. Die Chancen für absolute Mehrheiten würden geringer im Vier-Parteien-System. Die früher „allein der FDP aufgebürdete" Koalitionsfrage stelle sich heute mindestens genauso der Union, der SPD und den Grünen. Von allen werde Klarheit erwartet.

Wenn die CDU entsprechend den Empfehlungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in den Ländern mit Koalitionen „liebäugeln" sollte, setzt sie nach Ansicht Genschers in den Landtagswahlen „auf Platz und nicht auf Sieg". Das verwirre *die Wähler und könne den Sieg* kosten.

Strauß hatte am Montag nach einer CSU-Vorstandssitzung in München eine Große Koalition auf Bundesebene derzeit ausgeschlossen, nicht jedoch ein Zusammengehen der Union mit der SPD in den Ländern.

Dem Vorsitzenden der IG Chemie–Papier–Keramik und SPD-Bundestagsabgeordneten *Hermann* Rappe, der am Dienstag erneut eine Große Koalition ins Gespräch gebracht hat te, warf Genscher vor, ihm gehe es „um Gefälligkeitspolitik ohne *Rücksicht auf Staatsfinanzen".* Allerdings mache sich „der gestandene Sozialdemokrat" Rappe auch Sorgen um das „Abdriften seiner Partei in das Kielwasser der Grünen".

Im übrigen sollten sich die Gewerkschaften, wenn sie sich als Einheitsgewerkschaften verstünden, in der Frage von Koalitionen zurückhalten, schrieb Genscher.

„Steuerentlastung viel zu gering"

dpa, **Osnabrück**

Die Steuerentlastung der Bürger wird bei der bevorstehenden Tarifreform nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler um mehrere Milliarden Mark niedriger ausfallen, als von der Bundesregierung zugesagt wurde.

In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" erklärte der Präsident der Organisation, Armin Feit, eigene Berechnungen hätten Differenzbeträge für 1986 in Höhe von 700 Millionen Mark und für 1988 sogar von 3.6 Milliarden Mark ergeben. „Die von uns *berechnete Steuerentlastung fällt viel* zu gering aus, um volkswirtschaftlich etwas bewegen zu können", sagte Feit.

Es gehe schließlich nicht nur um *Steuergerechtigkeit,* sondern auch um eine Belebung der wirtschaftlichen Antriebskräfte, um positive Auswirkungen auf die private Nachfrage und um das Zurückdrängen *von „Schattenwirtschaft" und* Schwarzarbeit.

Feit forderte, die Tarifreform schon 1986 in einem Schritt und mit einem Umfang von 19 bis 20 Milliarden *Mark zur Entlastung der Steuerzahler* zu verwirklichen.

Kopelew-Sendung am 3. November

Nea. **Mainz**

Nicht schon am kommenden Samstag (wie die WELT auf Grund einer mißverständlichen Auskunft meldete), sondern erst in der „Damals"-Sendung vom 3. November (ZDF) wird der russische Schriftsteller Lew Kopelew über seine Erinnerungen an den Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen 1944 berichten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Dem WDR droht die „Kartellfrage“

fac. Bonn

Die Zeitungsverleger haben kartellrechtliche Bedenken gegen einen angeblich geplanten Medienverbund zwischen WDR und der Essener WAZ-Zeitungsgruppe angemeldet. Zur generellen Frage einer Zusammenarbeit zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der privaten Presse äußerte sich Joseph Schaffrath, Vorsitzender des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger, moderat. Über eine Kooperation von WDR und allen möglicherweise in einer Gesellschaft vertretenen nordrhein-westfälischen Zeitungen „könnte oder müßte man hingegen reden“, sagte Schaffrath. Sollte sich der WDR allerdings „selektiv“ seine Partner suchen, stelle sich die „Kartellfrage“. Hier, so machten die Verleger deutlich, liege für sie der Ansatzpunkt der Kritik an den WDR-Absichten.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hatte kürzlich während einer Podiumsdiskussion des Deutschen Kulturrats in Unna auf die konkrete Frage „Gibt es eine elektronische Elefantenhochzeit“ erklärt: „Nein, ich würde solche Pläne nicht für gut halten.“ Auch von seiten des Bertelsmann-Konzerns war in der vergangenen Woche signalisiert worden, daß „keine Kooperation“ mit dem WDR geplant sei. Der Vertreter der WAZ-Gruppe hielt sich in dieser Frage im Gespräch mit prominenten Medien-Politikern der Unionsparteien in Bonn „bedeckt“, wie ein Teilnehmer der Runde formulierte.

Die Kritik der Zeitungsverleger bezieht sich auch auf den Entwurf eines nordrhein-westfälischen Medien-Gesetzes, das eine Verstärkung der Position des WDR zum Ziele hat. Schaffrath zu diesem Punkt: „Noch bevor durch ein nordrhein-westfälisches Medien-Gesetz Privaten der Zugang zu Hörfunk und Fernsehen überhaupt erst eröffnet wird, soll das Monopol des WDR verstärkt und diese Anstalt öffentlichen Rechts mit so umfassenden Privilegien ausgestattet werden, daß künftige private Programmveranstalter, damit also auch die Presse, praktisch keine reelle Wettbewerbschance haben.“

Dregger: Wende muß auch geistig vollzogen werden

dpa, Bonn

Der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien, Alfred Dregger, will Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in der Auseinandersetzung mit der SPD und den Grünen wieder stärker in den Vordergrund rücken. In einem Interview des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes“ meinte Dregger, Vorstellungen der Grünen von einem „deutschen Sonderweg“ fänden in der SPD Zustimmung. Die Union müsse viel stärker und offensiv auf die Annäherung der SPD an die Grünen hinweisen. Die Umweltpartei sei die „bewegende Kraft“ innerhalb der Opposition, der die SPD „mit hängender Zunge“ hinterherrenne.

Als „schlimm“ bezeichnete es Dregger, daß es der Union noch nicht gelungen sei, die politische „Wende“ vom Herbst 1982 auch geistig zu vollziehen. Von „gepredigter Angst“, „Neurotisierung und „Hysterie auf vielen Feldern“ müsse wieder zu mehr Gelassenheit, Nüchternheit und Besonnenheit gefunden werden, so in Fragen des Umweltschutzes oder der Friedenserhaltung.

Dregger äußerte sich noch einmal zu seinen umstrittenen Stellungnahmen vor dem abgesagten Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland. Dregger: „Wir haben keinen Anlaß, Herrn Honecker nachzulaufen“. Wenn der „DDR“-Staatschef zum ersten Mal vom Bundeskanzler und vom Bundespräsidenten empfangen werde, bedeute dies eine Aufwertung für ihn. Während der Diskussion um den Honecker-Besuch habe es aber fast so ausgesehen, als sei das Gegenteil der Fall.

Besorgnis über den internationalen Terrorismus

WERNER KAHL, Münster

Sie werben nicht für Taucherexpeditionen nach Antilia, der sagenhaften Insel zwischen Europa und der Karibik gelegen, sondern suchen vielmehr Unterstützung für eine linksterroristische karibische Front nach der Devise: Schafft viele Grenadas!

Das Auftauchen einer bisher unbekannten „Karibischen Aktion“ (KAT) in Frankreich beschäftigte Experten der Polizei aus europäischen Ländern, die am stärksten vom Terrorismus betroffen sind, auf einer Tagung in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup. Auf der mehrtägigen Beratung, die von der Internationalen Polizeigewerkschaft UISP veranstaltet wurde, gaben die Vertreter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Bundesrepublik ausführliche Lageberichte über den Stand der Terrorismusbekämpfung, wobei der Italiener Francesco Giuseppe Minerva einen „fast endgültigen Erfolg“ über die Roten Brigaden meldete.

Von den meistgesuchten deutschen Terroristen fehlt nach Festnahmen im Juni in Frankfurt und an anderen Orten jede Spur. Lediglich von einigen RAF-Mitgliedern, die sich schon vor langer Zeit ins Ausland zurückgezogen haben, sind die Aufenthaltsorte Bagdad, Damaskus und Südjemen bekannt. Zu dem Lagebericht in der Bundesrepublik betonte der Vizepräsident des Bundeskriminalamts Gerhard Boeden, die jüngsten Festnahmen im Sommer belegten zum einen die bisherige Rekrutierungspraxis, wonach Personen aus dem militanten RAF-Anhängerkreis zum „harten Kern“ stoßen, zum anderen gewannen die Behörden die Erkenntnis, daß auch auf Personen aus dem der Polizei nicht bekannten Unterstützerbereich zurückgegriffen wird. Der Kommandobereich dürfte sich daher nicht mehr aus nur namentlich bekannten und mit Haftbefehl gesuchten Terroristen zusammensetzen. „Dadurch wird die Bekämpfung schwieriger“, sagte Boeden.

Die Polizei schätzt die Stärke dieses Kommandobereiches auf sechs bis zehn Mitglieder. Sie suchen ihre Opfer sorgfältig aus, wägen Wirkung und Risiko ab und brauchen längere Planungsphasen. „Hier liegt auch die Chance, Mitglieder der RAF zu entdecken“, betonte der BKA-Vize. Denn während der Planung muß sich die RAF in der Umgebung des Opfers oder des Anschlagszieles sehen lassen.

In den Lageberichten der westeuropäischen Länder, die am stärksten unter dem Terrorismus leiden, taucht immer wieder die Sorge auf, daß es in absehbarer Zeit zu einem internationalen Terrorismus kommt. Nach der Definition der Fachleute bedeutet das eine einheitliche Steuerung, beziehungsweise zentrale Leitung von Anschlägen und Überfällen, ferner das Zusammenwirken unterschiedlicher Nationalitäten in Kommandos und schließlich Absprachen über Operationsziele.

Die französische Terroristenabwehr sorgt sich gegenwärtig um Verbindungen im Lande auftretender Gruppen mit italienischen Linksextremisten, die als Mitglieder der Brigata Rosso vor der Polizei geflüchtet sind. In Paris wurde kürzlich eine gemischte italienisch-französische Gruppe entdeckt. Die französische Polizei hat es darüberhinaus verstärkt mit korsischem terroristischem Separatismus, ähnlich motivierten Gruppen in der Bretagne wie auch Terroristen zu tun, die im Mittelmeerraum Kernkraftwerke und EDV-Anlagen angreifen. Um die ständigen Unruhen im französischen Baskenland einzudämmen, wurden 24 Mitglieder des militärischen Kommandos der ETA ausgewiesen.

Wie ernst die Lage im Elyséepalast offenbar eingeschätzt wird, läßt die Ankündigung des französischen Sprechers auf der Tagung erkennen, daß ein interministerieller Ausschuß unter Vorsitz des Innenministers gebildet wurde. „Es wäre sehr nützlich, ein europäisches Koordinationsbüro zu bilden“, sagte Le Mouel zu dem Chef der Gewerkschaft der Polizei, Günter Schröder.

Die Spanier bemühen sich ebenfalls um eine bessere Zusammenarbeit. Sie schickten in den letzten Tagen einen General nach Belgien und Italien zu Gesprächen mit den dortigen Behörden.

Italien ist es nach Angaben seines Vertreters Francesco Giuseppe Minerva (Genua) gelungen, die Roten Brigaden zu zermürben, organisatorisch zu zerstören und den Terrorismus auf den niedrigsten Stand zu bringen. Wer sich nicht freiwillig stellte oder verhaftet wurde, floh ins Ausland, informierte Minerva. Seit 1983 gebe es keine Opferlisten mehr. Es sei das Ziel des Linksterrorismus gewesen, mit der Stadtguerilla den Staat zu zerbröckeln und sturmreif zu schießen. Unter den führenden Mitgliedern der Roten Brigaden wollte man alle revolutionären Kräfte vereinigen und in einer Sammlung zusammenfassen, die wieder den Namen einer kämpfenden kommunistischen Partei verdient hätte. Das anschauliche Beispiel für diesen – inzwischen gescheiterten Versuch – sei Bologna mit der Universität, der größten Italiens, gewesen; eine Stadt, die von der KP regiert werde. Dort hatten die Roten Brigaden in den siebziger Jahren beschlossen, die Propagandaphase zu beenden und in das Kriegsstadium einzutreten. Die Massen in Italien hätten aber bald erfahren, was es bedeute, die Brigata Rosso zu unterstützen oder zu tolerieren: „Nur Trauer und Tote.“

Frei von neomarxistischen oder anarchistischen terroristischen Gruppenbildungen, ähnlich der Baader-Meinhof-Bande oder den Roten Brigaden, sieht der britische Superintendent Desmond Brown derzeit Großbritannien. „Dafür haben wir es in Nord-Irland mit der stärksten, seit 1969 andauernden Gewalt zu tun.“ Die Bilanz, die Brown in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup bei Münster zog: 200 Polizeibeamte bei Anschlägen seit 1969 getötet, 480 verletzt, 1680 Anschläge auf Polizeigebäude, über 8000 Explosionen. „Es geht uns darum, die Führer und Pasten der Terrororganisationen zu fassen“, sagte Brown, der als Experte für die Terrorismusbekämpfung in Nord-Irland gilt. „Ich teile die Besorgnis von Gerhard Boeden, daß die internationale Kooperation im Terrorismus nicht mehr auf sich warten läßt. Der Kampf gegen diese neue Verflechtung muß heute organisiert werden. Es ist keine Aufgabe für die Zukunft“, erklärte der Brite.

Moskaus Öl als Sprengkraft in Osteuropa

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Schwierigkeiten der Sowjets, ihre osteuropäischen Vorfeldstaaten mit Energie zu versorgen, könnten in absehbarer Zukunft zu politischen Spannungen und sogar zu Unruhen in Osteuropa führen. Diese These vertritt eine jetzt veröffentlichte amerikanische wissenschaftliche Studie.

Die Washingtoner „Brookings Institution“ spricht von drastischen Einschränkungen sowjetischer Energielieferungen an die osteuropäischen Länder. Zugleich baue aber Moskau seine Rolle als Energielieferant für Westeuropa bis in die neunziger Jahre aus. Diese sowjetische Haltung wird von der amerikanischen Forschungs-Institution mit der Tatsache erklärt, daß der vermehrte Einsatz von Erdgas in der Sowjetunion zu einer Freisetzung größerer Erdölmengen für den Export geführt habe. Die UdSSR sei aber offensichtich entschlossen, ihr Erdöl in erster Linie gegen harte Währung in westliche Länder zu exportieren. Davon seien auch gewisse Erdölmengen betroffen, die bisher an Osteuropa geliefert wurden.

Dies werde aber nicht ohne Einfluß auf die politischen Beziehungen Moskaus sowohl zu West- wie auch zu Osteuropa bleiben, sagen die amerikanischen Wissenschaftler voraus. Die Sowjetunion sei heute der zweitgrößte Produzent von Brennstoffen und Energieträgern und der größte Erdölproduzent. Als industrielle Großmacht verbrauche sie den größten Teil der von ihr produzierten Energie selber. Der Überschuß werde exportiert – davon ein Teil gegen harte Währung in den Westen, ein anderer unter komplizierteren Bedingungen nach Osteuropa und nach Kuba.

Die sowjetischen Energie- und Brennstoffexporte nach Westen hätten Moskau in den vergangenen Jahren etwa 70 Prozent aller harten Deviseneinnahmen seiner Ausfuhren nicht-militärischer Güter gebracht, heißt es in der amerikanischen Studie weiter. Die Niedrig-Preis-Exporte sowjetischer Energie in die osteuropäischen Länder und nach Kuba ermöglichten die Industrialisierung dieser Staaten und hätten ihnen erhebliche wirtschaftliche Vorteile verschafft.

Die Sowjets seien in ihren Wirtschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in gewisser Hinsicht Opfer ihrer eigenen Preis- und Handelspolitik geworden. Im RGW, so stellt die Studie fest, gebe es zu niedrige Energie- und Rohstoffpreise und relativ überhöhte Preise für Maschinen. Die amerikanischen Fachleute sehen in der Tatsache, daß die Sowjets in den vergangenen Jahren an die osteuropäischen Länder billige Rohstoffe im Austausch gegen teure Maschinen und teure technische Güter geliefert haben, auch eine politische Entscheidung. Für Moskau war die Stabilität seiner Vorfeldstaaten so wichtig, daß es sogar ungünstige Handelsbedingungen in Kauf nahm.

Jetzt aber seien die Sowjets offensichtlich durch binnenwirtschaftliche Überlegungen dazu gezwungen, das faktisch „subventionierte“ sowjetische Erdöl in Richtung Osteuropa zu reduzieren. Das könne, so meint die amerikanische Studie, die sowjetische Außenpolitik erheblich beeinflussen.

Etwa 1982, so heißt es, hätten die Sowjetführer beschlossen, die Moskauer Subsidien für Osteuropa zu kürzen. Die osteuropäischen politischen Führungen hätten alles daran gesetzt, diese Reduzierungen von ihren Ländern abzuwenden und den Sowjets die politischen Konsequenzen einer solchen Entwicklung klarzumachen.

In der Studie heißt es dann: „Wenn die Sowjetunion ihren wirtschaftlichen Druck auf Osteuropa weiterhin verstärkt, könnten politische Probleme in Osteuropa auftauchen, die erneut die Sowjetunion und die USA in einen Konflikt über die Frage der sowjetischen Kontrolle dieser Gebiete treiben werden.“

Mehr Geld oder weniger Arbeit heißt die Kernfrage

Zweite Tarifrunde für öffentlichen Dienst

GÜNTHER BADING, Bonn

In der heute nachmittag beginnenden zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes werden mit dem Angebot der Arbeitgeber – Bund, Länder und Gemeinden – die Weichen für den Verlauf der gesamten Tarifauseinandersetzung gestellt werden. Dabei geht es um die Frage, ob die Forderung nach mehr Geld oder nach dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche Priorität haben wird. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wird auch in diesem Jahr aufgrund ihrer Mitgliederstärke (1,2 Millionen) in den Verhandlungen wohl wieder den Ton angeben. Die ÖTV fordert fünf Prozent

DIE ● ANALYSE

mehr Lohn und Gehalt ab dem 1. September dieses Jahres – mindestens aber 110 Mark monatlich – sowie eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden. Diese Verkürzung soll durch Bündelung der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung um anderthalb Stunden zu insgesamt zehn zusätzlichen bezahlten freien Tagen jährlich erreicht werden.

Andere Gewerkschaften des DGB, so die Postgewerkschaft, hatte in der Vorfeld-Diskussion noch entschiedener auf die 35-Stunden-Woche gesetzt. Die Gewerkschaft der Polizei hält es dagegen für realistischer, die öffentlichen Arbeitgeber zu einer Vorruhestandsregelung zu bewegen.

Einen ganz anderen Weg beschreitet die Tarifgemeinschaft für Angestellte des Öffentlichen Dienstes unter Führung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Zum einen verlangt man nur 4,5 Prozent mehr Gehalt, weil man „in realistischer Nähe“ zum Ergebnis der Tarifverhandlungen bleiben möchte. Zum anderen hält man bei der Tarifgemeinschaft, die in der DAG, dem Marburger Bund angestellter Ärzte und der Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des Öffentlichen Dienstes (GGVÖD) immerhin auch rund 300 000 Betroffene organisiert, nichts von einem Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Die Tarifgemeinschaft setzt sich für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch eine Vorruhestandsregelung ein. Die DAG hat errechnet, daß selbst bei einer Akzeptanz von nur 50 Prozent der freiwilligen „Tarifrente“ immerhin noch etwa 50 000 neu zu besetzende Arbeitsplätze frei würden.

Verhandlungsführer und damit Sprecher der öffentlichen Arbeitgeber ist Bundesinnenminister Zimmermann. Der Bund, die Tarifgemeinschaft der Länder und der Verhandlungskreis der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) werden heute vormittag die Details des Angebots festlegen. Zimmermann steht vor der Wahl, ein substantielles Angebot für mehr Lohn und Gehalt auf den Tisch zu legen und damit die Weichen von vornherein in Richtung einer „Lohn-Runde“ zu stellen, oder sich der Forderung nach mehr Geld plus mehr Freizeit zu stellen. Ersteres würde die Doppel-Strategie der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies unterlaufen, die ganz offensichtlich versucht, die Forderung nach höheren Einkommen und das Verlangen nach Einstige in die 35-Stunden-Woche „gleichgewichtig“ zu behandeln. Das Angebot einer kräftigen Lohn- und Gehaltssteigerung würde zweierlei bewirken: Zum einen würde die unter dem Motto „Kampf gegen die Nullrunde“ bei der ÖTV-Mitgliedschaft geweckte Bereitschaft zum Arbeitskampf je nach Höhe des Angebots rasch verpuffen. Zum anderen müßte die ÖTV-Vorsitzende ihre Tarifkommission sehr bald befragen: Wollt ihr auf das bare Geld, das auf dem Verhandlungstisch liegt, verzichten, um eventuell einen, zwei oder auch drei der geforderten zehn freien Tage jährlich zu bekommen? Die sogenannten „Kampftruppen“ der ÖTV, jene Bereiche, in denen ein Abreitskampf sich niederschlagen würde, sind allerdings auch die Gruppierungen mit den geringsten Einkommen – vom Arbeiter im städtischen Bauamt, zum Heizungswerker oder Busfahrer. Dieser Gruppierung, die schon auf dem Gewerkschaftstag in München lauthals „mehr Geld“ gefordert hatte, würde einen Verzicht auf real angebotene Lohnerhöhung zugunsten einer nur noch mit dem elektronischen Taschenrechner erfaßbaren Wochenarbeitszeitverkürzung von einigen Minuten täglich kaum mitmachen.

Die Dauer der Tarifauseinandersetzung kann also davon abhängen, ob es der ÖTV-Vorsitzenden gelingt, ihre Organisation zum Verzicht auf Reallohnzuwachs zu bewegen, um dafür den Ruhm zu ernten, zusammen mit den Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier zu den Vorreitern bei der Wochenarbeitszeitverkürzung zu gehören. In der Vergangenheit, noch unter dem für das tatsächlich Erreichbare in Tarifrunden sehr sensiblen Vorsitzenden Heinz Kluncker, hatte es die ÖTV stets abgelehnt, in Sachen Arbeitszeitverkürzung zu den Vorreiter-Gewerkschaften zu gehören.

Planziel Retortenbabies erreicht

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Selbst das nüchterne SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ nahm von der liebenswerten neuen Errungenschaft stolz Notiz: Fast auf den Tag zweieinhalb Jahre nach den ersten West-Retortenbabys – auch hier besteht also „DDR“-Nachholbedarf – kamen in der seit Ferdinand Sauerbruch weltberühmten Ostberliner „Charité“ die ersten Retortenkinder im anderen Teil Deutschlands zur Welt.

André und Sascha heißen die beiden kräftigen Knaben. Die Expertengruppe, die jetzt Mutter Rosemarie zum Glück verhalf, war vor vier Jahren gebildet worden. Die Anweisung, auf diesem Gebiet zu arbeiten, kam damals, wie üblich in der „DDR“, von „ganz oben“ – als Forschungsauftrag vom Gesundheitsministerium.

Zwei Tage nach dem Geburtstag der Republik kehrte der Alltag mit seinen Problemen wieder ein: In der (Ost-)„Berliner Zeitung“, von der SED herausgegeben, nahmen neue Planübererfüllungsverpflichtungen von Brigaden und Kollektiven fast eine komplette Seite ein.

Einfallsreich im Erfinden neuer Vokabeln, die den starken Leistungsdruck in „DDR“-Betrieben blumig umschreiben, weist das Blatt auf die Arbeit nach dem „Berliner Kalender“ hin. Zum Glück nichts, was den Gregorianischen oder Julianischen Kalender ablösen soll, aber:

Wer nach dieser Vorlage rackert, muß schon am 21. Dezember sein gesamtes Jahressoll 1984 „abrechnen“.

Wenn die von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann publizierte Zeitschrift „Militärwesen“ kürzlich forderte, aus „sozialistischen Wertvorstellungen“ müsse „auch Haß auf die imperialistischen Konfrontationspolitiker“ erwachsen, illustriert die „Volksarmee“, wie man das praktisch macht.

Sie läßt einen Blick in den von der Führung geforderten tödlichen Ernst des Dienstes der „DDR“-Grenzsoldaten zu: „Sie empfangen ihre Maschinenpistolen, Munition, das Fernglas sowie die Postentabelle. Der Diensthabende informiert sie über die Lage in ihrem Abschnitt an der Staatsgrenze und erteilt ihnen den Befehl zur Grenzsicherung“, heißt es über den Dienstantritt.

Aus der Presse von drüben

Die beiden vorbildlichen Grenzer, von denen in dieser Titelblatt-Geschichte die Rede ist, haben sich der jüngsten NVA-Errungenschaft angeschlossen, der Initiative „Postenführer – Meister des Grenzdienstes“. Wenn vom harmlos ausgerüsteten Bundesgrenzschutz die Rede ist – allemal wird er nur „Gegner“ genannt.

Von ihren Vorgesetzten hätten sie „Kenntnisse über die taktischen Kennzeichen des Gegners“ erhalten. Sie wissen nun „über die Besonderheiten des Geländes“ Bescheid, wie man eine „Stellung im Abschnitt gedeckt bezieht“. Sie wetteifern, heißt es weiter, „um die exakte Bestimmung einer Spur nach Alter und Bewegungsrichtung“. Gemeint sind Deutsche, die im „Gegner“ eben keinen Gegner sehen, und flüchten wollen . . .

Jahrelang erklang in den „DDR“Medien das hohe Lied auf die „Freundschafts-Trasse“ der Pipeline durch die UdSSR. Auch mitteldeutsche Kumpels ackern hier. Im „Sonntag“, Organ des Kulturbundes, standen recht ungeschminkte Arbeiter-Interviews. Ohne den üblichen heldischen Beigeschmack.

Ein 23jähriger Baufacharbeiter: „Man möchte mal etwas erleben und so. Zum Geldverdienen sind sie ja alle hier . . . daß du hart arbeiten mußt, ist dir hier klar geworden. Wir haben erst mal Entwässerung gemacht, bei 15 Grad Minus im Wasser gearbeitet, mit den Händen und alles . . .“

Ein 37jähriger Fahrer kritisiert die Abgeschlossenheit im Lager, die „DDR“-Arbeiter von der sowjetischen Wirklichkeit weitgehend fernhält: „Das Angebot (Kultur, d. Red.) hier ist nicht zu wenig, nicht zu viel. Aber ich würde gerne noch mehr vom Land hier kennenlernen, auch andere Kollegen. Da würde sich mancher einen Tag freihalten und den eben sinnvoll nutzen. In eine andere Stadt fahren und so. Ich finde, das wäre irgendwie aktuell.“

Ein 22jähriger Küchenschichtleiter und Leiter einer „Trassen-Band“: „Vieles ist ja doch anders als zu Hause. Es ist tatsächlich so, daß ganz knallharte Leute hier plötzlich Heimweh haben, butterweich werden.“

Ein 31jähriger Kulturfunktionär verschweigt nicht den Ärger mit dem Alkohol, von dem bisher in keiner offiziellen Trassen-Idylle die Rede war: „Natürlich haben wir viele Leute, die wollen unterhalten werden, das ist normal. Auch solche, die eben zur Flasche greifen. Wir kämpfen gegen diese Passivität an. Ich glaube, das kommt eigentlich von zu Hause. Viele sind dran gewöhnt: Konsum, Feierabend, Filzlatschen, Fernsehen.“

So sieht nun einmal der Alltag gestreßter „DDR“-Industriearbeiter daheim aus.

Japanisch-deutsches Zentrum in Berlin

Kritik aus Moskau / Finanzsenator Kunz: Dem Gerede keine Bedeutung beimessen

F. DIEDERICHS, Berlin

Spätestens 1987, wenn ohnehin in Berlin die Flaggen zur 750-Jahr-Feier der Stadt gehißt werden, wird an einer der schönsten Stellen des Berliner Tiergartens ein Banner mit roter Sonne auf weißem Grund aufgezogen werden. Dort, wo 1943 Bombenangriffe ein arg beschädigtes japanisches Botschaftsgebäude zurückließen, entsteht zum runden Geburtstag der Stadt das „Japanisch-Deutsche Zentrum“, das auf dem Londoner Gipfel im Juni dieses Jahres von Bundeskanzler Kohl und dem japanischen Premierminister Nakasone vereinbart worden war.

Japan stellt Grundstück und Gebäude der ehemaligen Residenz zur Verfügung und finanziert auch den mit 35 Millionen Mark veranschlagten Wiederaufbau. Getragen wird das neue Projekt von einer deutsch-japanischen Stiftung, die sich die Förderung des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches zwischen der Bundesrepublik und Japan zum Ziel gesetzt hat.

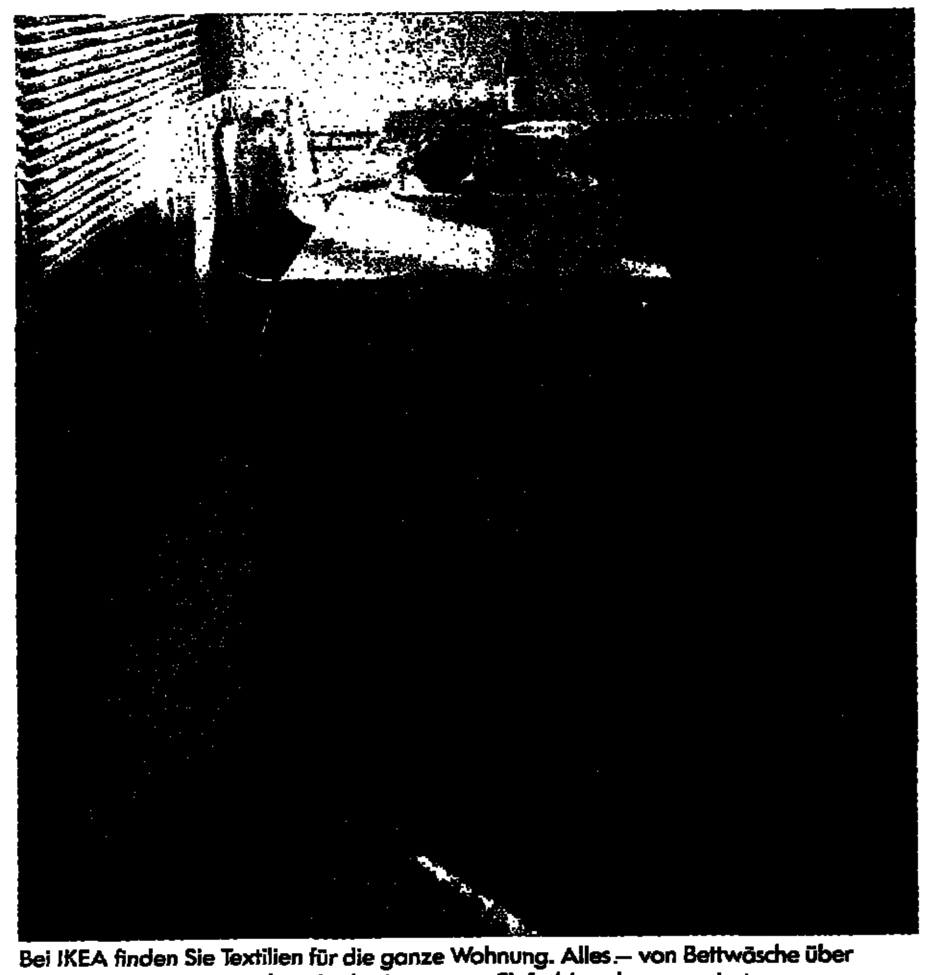
Als geistiger Vater des Japanisch-Deutschen Zentrums“ gilt der langjährige japanische Generalkonsul in Berlin, Tisato Cato, der Anfang Juli dieses Jahres mit einem Empfang in den Trümmern der früheren Botschaft die Absicht seines Landes unterstrich, das Gebäude wieder zu nutzen. Ursprünglich hatte Cato an ein japanisch-europäisches Zentrum gedacht, diesen Plan nach vehementen Protesten der Sowjetunion zurückgestellt, da diese darin einen Verstoß gegen den Viermächtestatus Berlins sah.

Auch bei den Planungen zu dem „Japanisch-Deutschen Zentrum“ wurde ähnliche Kritik im Zusammenhang mit dem Status Berlins aus Moskau laut. „Wir messen diesem Gerede keine Bedeutung zu“, hatte Berlins Finanzsenator Gerhard Kunz (CDU) die Sowjets wissen lassen und festgestellt, das Zentrum werde von einer Stiftung nach deutschem Recht getragen, deren Gremien paritätisch von Deutschen und Japanern besetzt werden sollen.

Was hat Geschmack mit Geld zu tun?



MOMENT Sofa für 556.– DM. Gibt es in vielen verschiedenen Farbkombinationen. Modernes Design. Typisch IKEA. SKANS Couchtisch in Weiß oder Schwarz, mit Spiegelglas oder lackierter Platte ab 89.– DM.



Bei IKEA finden Sie Textilien für die ganze Wohnung. Alles.– von Bettwäsche über Gardinen bis hin zu Wachstuch als Meterware. Einfarbig oder gemustert.



Einen besser sortierten Cook-Shop als in IKEAs Boutique muß man suchen. Die Marmorschalen auf dem Bild kosten z.B. nur 25.– DM pro Stück.

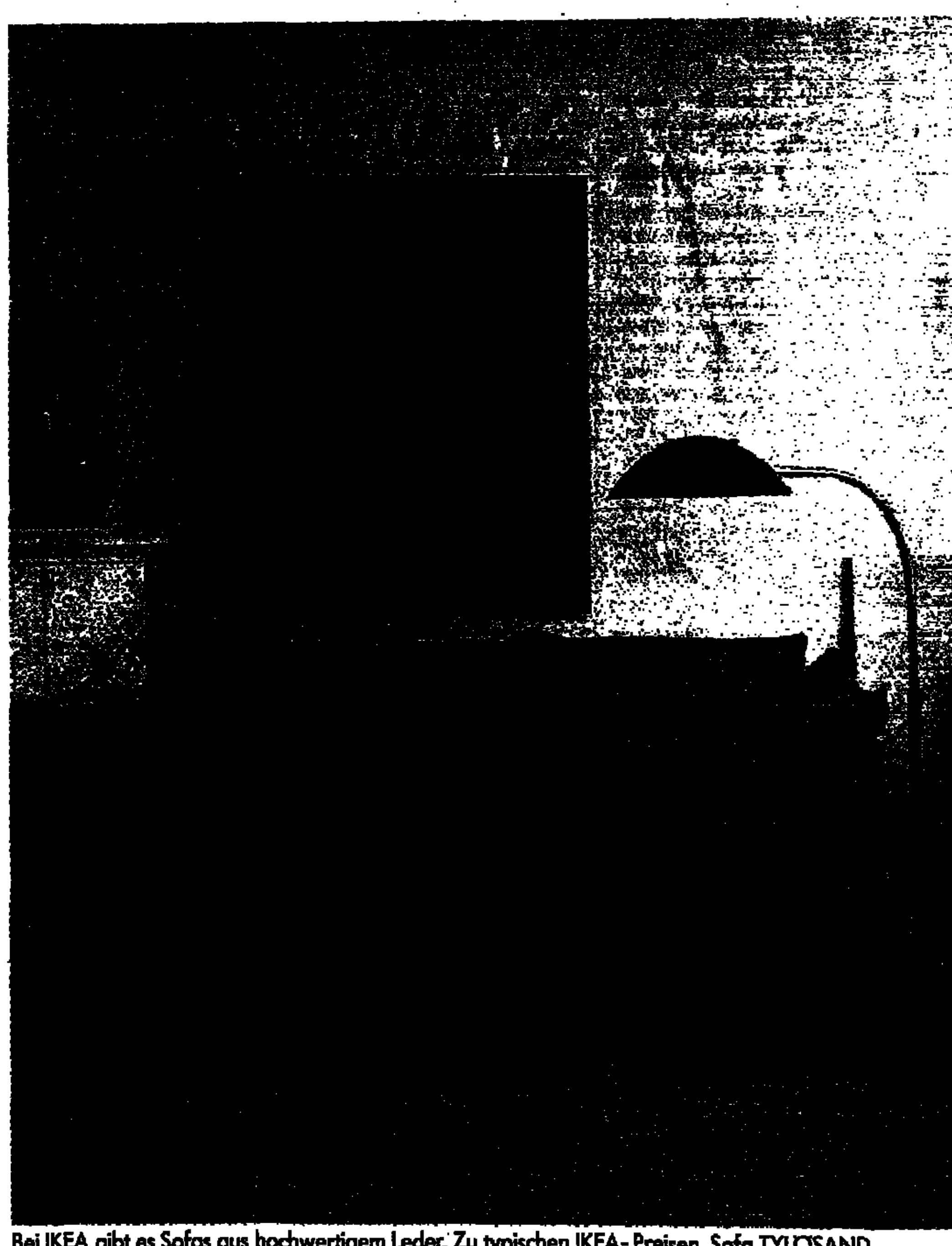


Design à la IKEA. SNITT 59.– DM.



Klassisches Design zum niedrigen Preis. Caféhausstuhl DORA 45.– DM. DORA Tisch für 56.– DM.

Möblieren mit Licht! Eine hübsche und preiswerte Art. Die PYRAMID Lampe kostet 85.– DM.



Bei IKEA gibt es Sofas aus hochwertigem Leder. Zu typischen IKEA-Preisen. Sofa TYLÖSAND kostet 1.750.– DM.

IKEA verkauft schöner wohnen auf eine andere Art und Weise.

Wir meinen nämlich, daß schön nicht unbedingt teuer sein muß.

Und billig muß nicht unbedingt schlechte Qualität heißen. Wir verkaufen modernes, schwedisches Design mit Qualität. Klein verpackt.

Das hilft uns, Lager- und Transportkosten zu senken.

Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Unsere Möbelhäuser liegen außerhalb der Stadt, weil dort die Mieten billiger sind. Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Das kann doch unmöglich stimmen!

"Möbel mit gutem Design und guter Qualität wie in dieser Anzeige können nicht so preiswert sein, nur weil IKEA Kosten spart." Richtig! Am meisten sparen Sie selbst: Sie nehmen die Möbel aus unserem Lager selbst mit, bringen sie selbst nach Hause und bauen sie selbst zusammen.

Das verringert den Preis. Aber nicht die Qualität.

Und schon am Abend genießen Sie schöner wohnen. Zu einem vernünftigen Preis.

Geschmack steckt also nicht im Portemonnaie.



Mehr Geschmack als Geld.

Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhr b. Bremen, Berlin, Großburgwedel b. Hannover, Lohne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Düsseldorf, Köln-Godorf, Walldorf b. Heidelberg, Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München. IKEA Versand: 05732/8980.
Selbst aussuchen. Selbst transportieren. Selbst aufbauen.

Heseltine: Labour ignoriert Gefahr aus dem Osten

WILHELM FURLER, Brighton

Der zweite Tag der Jahreskonferenz der britischen Konservativen in Brighton wurde von der Verteidigungs-Debatte und der anschließenden, mit einer stehenden Ovation bedachten Rede von Verteidigungsminister Heseltine beherrscht. Sämtliche Sprecher attackierten während der Debatte die Sowjetunion und deren hartnäckige Haltung, „sinnvolle Abrüstungsgespräche" zu blockieren. Auch die Labour-Partei wurde heftig dafür kritisiert, mit ihrem einstimmigen Parteitags-Beschluß für eine einseitige, nukleare Abrüstung die Bedrohung aus dem Osten einfach zu ignorieren.

Heseltine ließ ein regelrechtes Bombardement auf die Befürworter einer einseitigen Abrüstung niedergehen. Wie würde, so fragte er, die Bundesrepublik Deutschland reagieren, wenn sie in ihrer direkten Bedrohung durch die Sowjetunion alleine gelassen würde. Es gäbe keine europäische Streitkraft auf konventioneller Basis, die einem Angriff des Ostens mit nuklearen und chemischen Waffen Widerstand leisten könnte. Wie sollten darüber hinaus die USA Verantwortung für Europa tragen wollen, „wenn wir selbst sie nicht auch zu tragen bereit sind".

Den Anti-Nuklear-Befürwortern erklärte Heseltine, daß der Friede in Europa nicht an einem einzigen Tag seit der Stationierung nuklearer Flugkörper gefährdet gewesen sei. Weil die Labour-Partei die Bedrohung durch den Ostblock ignoriere, sei sie selbst „eine Bedrohung zu Hause". Mit seiner Rede hat sich Heseltine einmal mehr als möglicher Nachfolger von Premierministerin Thatcher nach ihrem Rücktritt in einigen Jahren empfohlen.

In einer Nebenpassage ging er auch auf die Vorwürfe der Opposition ein, Frau Thatcher habe während des Falkland-Krieges unnötigerweise die Versenkung des argentinischen Kriegsschiffes „Belgrano" angeordnet. Heseltine machte in Brighton unmißverständlich klar, daß das argentinische Kriegsschiff Kurs auf britische Flottenverbände genommen hatte, und daß jede andere Entscheidung des Kriegskabinetts „unverantwortlich" gewesen wäre.

Große Beachtung fanden in Brighton die Debatten über eine Senkung der Gemeindesteuern und *deren angestrebte Abschaffung sowie* über den Drogen-Mißbrauch. Der für die Gemeinde-Finanzen zuständige Minister Jenkin mußte eingestehen, daß die Suche nach einer Alternative für die von den einzelnen Gemeinde-Verwaltungen festgelegten Steuersätze ergebnislos geblieben sei. Doch werde das Verhalten der Gemeinden bezüglich ihrer Einnahmen und Ausgaben künftig strenger kontrolliert. Labour-regierte Gemeinden, die sich zur Wehr setzen wollen, müßten mit gerichtlichen Schritten rechnen.

Der Staatssekretär im Gesundheitsministerium kündigte neue Gesetze zur Eindämmung des Drogen-Mißbrauches an. Händler von harten Drogen hätten künftig lebenslange Gefängnis-Strafen zu erwarten. Außerdem würden spezielle „Drogen-Einheiten" bei der Polizei eingerichtet.

Paris will bis Juli 1985 Eingreiftruppe aufstellen

Entscheidung Mitterrands / Wehretat verabschiedet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Streitkräfte werden 1985 mehr Panzer, Hubschrauber und Kanonen erhalten als ursprünglich vorgesehen, dafür aber weniger Manöver abhalten können und beim Einziehen von Rekruten den Gürtel enger schnallen müssen. Das ist die Quintessenz des Kommentars, den Verteidigungsminister Charles Hernu wenige Stunden vor seiner Reise nach Jugoslawien und Jordanien zu seinem Wehrhaushalt 1985 abgab.

Hernu gab zu, daß die Austerity-Politik der Regierung Fabius zum ersten Mal auch voll auf den Verteidigungshaushalt durchgeschlagen habe, ohne jedoch die im Fünfjahres-Rüstungsplan (1983/1988) gesteckten Ziele zu gefährden. Das Budget in Höhe von 150,2 Milliarden Franc (rund 50 Milliarden Mark) bedeute eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 5,7 Prozent, während die Etats anderer Ressorts erheblich geringer ausgefallen seien als 1984. Daraus errechnet der Verteidigungsminister eine reale Steigerung von 2,2 Prozent trotz einer kalkulierten Inflationsrate von 5,2 Prozent für 1985, was von den Kommentatoren indes entschieden bestritten wird. Diese errechnen statt dessen einen Realverlust an Krediten von drei Prozent.

Wie dem auch sei, Hernu bestand darauf, daß die Truppe im nächsten Jahr mehr moderne Ausrüstungsgegenstände erhalten werde als im laufenden Jahr, so beispielsweise 213 (statt 152) AMX-Kampfpanzer der modernisierten Version B 2. Die seit einem Jahr in Angriff genommene Aufstellung einer „schnellen Eingreif-Streittruppe" (FAR) soll bis zum Juli 1985 abgeschlossen sein. Sie wird dann neben einer Luftlande-, einer Alpenjäger-, einer Marine-Infanterie- und einer Panzerdivision auch über eine „Aeromobile Division" (DAM) verfügen und insgesamt mit 220 Kampf- und Panzerabwehrhubschraubern, 180 leichten Radpanzern, 80 Geschützen, 120 schweren Mörsern und mehr als 500 Panzerabwehrraketen HOT und Milan ausgestattet sein.

Hernu deutete an, daß es sich bei der Aufstellung dieser Truppe um eine „operationelle Entscheidung von Staatschef Mitterrand persönlich" gehandelt habe und ihr Vorrang vor gewissen anderen Rüstungszielen eingeräumt worden sei. Der Minister erläuterte vor der internationalen Presse noch einmal die Aufgabe dieser Truppe: „Extrem mobil, für mehrere Zwecke einsetzbar, ausgestattet mit großer Feuerkraft und mit einer Taktik versehen, die auf Überraschung und Zerstörung des Gegners aus ist, ist die FAR nicht nur ein ergänzendes Element unserer nuklearen Abschreckung, sondern Ausdruck unserer Solidarität mit unseren Alliierten und Freunden, sei es in Europa oder in Übersee." Hernu wies jedoch darauf hin, daß die FAR keine „prädestinierten Einsatzorte" habe und ihr Einsatz von einer letzten Entscheidung der Regierung abhänge, daher *für den Gegner nicht kalkulierbar* sei und damit „ein zusätzliches Abschreckungselement" darstelle.

Vorrang hat im Haushalt 1985 wie in allen vorhergehenden Wehrbudgets Frankreichs seit 1962 der Ausbau der nuklearen Abschreckung, für den das Land im kommenden Jahr 23,5 Milliarden Franc ausgeben wird. Hauptpunkt ist die Indienststellung des sechsten Atom-U-Boots „Inflexible", welches als erstes 16 Raketen des neuen Typs M 4 mit je sechs Sprengköpfen im Megatonnenbereich und einer Reichweite von mehr als 4000 Kilometer tragen wird. „Damit halten wir die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckung aufrecht", sagte Hernu.

Islamische Steuerreform im Sudan

dpa/VWD, Khartum

In Sudan ist Ende September eine Steuerreform in Kraft getreten, die als Bemessungsgrundlage der Besteuerung nicht mehr einen Prozentsatz von Einkommen oder Gewinn vorsieht, sondern den Besitz. Das neue Steuersystem orientiert sich an einer Koranvorschrift, die das Almosengeben regelt, und heißt daher auch Zakat (Almosen). Es soll mehr als 20 bisher geltende Steuerarten ersetzen.

Wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation in Köln gestern berichtete, werden in dem neuen System von einem noch näher zu bestimmenden Wohlstandsniveau an Sach- und Kapitalvermögen den Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Auf die Differenz wird dann ein einheitlicher Steuersatz von 2,5 Prozent erhoben. Bei Überschreitung eines ebenfalls noch festzulegenden Wohlstandsniveaus erhöht sich dieser Satz in der Regel um weitere 2,5 Prozent.

Bei Unternehmen wird diese Steuer auch dann fällig, wenn sie Verluste machen. Erzielen sie Gewinne, müssen sie mit weiteren 2,5 Prozent Steuersatz rechnen; bei als „sehr hoch" bezeichneten Gewinnen erhöht sich dieser Satz noch einmal.

Demgegenüber wurden unter dem bisher geltenden Steuersystem Unternehmensgewinne mit bis zu 65 Prozent besteuert.

Auch für persönliche Einkünfte gilt der Zakat-Satz von 2,5 Prozent. Investitionen sollen künftig einer „Entwicklungssteuer" von zehn Prozent unterliegen, der Bergbau (einschließlich Erdöl) einer Besteuerung des Produktionswertes von 20 Prozent.

Aus Kreisen der Geschäftswelt wurde die Befürchtung geäußert, daß der von der Gewinnsituation unabhängige Besteuerungsmodus einige Unternehmen in ernste Schwierigkeiten bringen könnte.

Madrid zwingt sich zu klarem Ja zur NATO

Die Bevölkerung ist dagegen / Es bleibt beim EG-Junktim

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Wenn es so weit ist, werden wir, Regierungspartei und Opposition, schon dafür sorgen, daß die Ratifizierung des spanischen EG-Beitritts sehr rasch über die Bühne des Bundestages gehen wird. Das dürfte dann auch andere EG-Mitglieder stimulieren." Mit dieser Versicherung quittierte Bundestagspräsident Rainer Barzel bei seinem Besuch in Madrid die dankbare Genugtuung, die ihm seine Gesprächspartner, König Juan Carlos, Ministerpräsident Felipe González und Parlamentspräsident Gregorio Peces-Babpa für die feste Haltung der Bonner Regierung in der Frage des spanischen EG-Beitritts entgegenbrachten.

Barzel: „Bonn gilt in Spanien bei der Verwirklichung des historischen Wunsches, endlich aus der Isolierung herauszutreten, als der Motor."

Wichtigstes Gesprächsthema in Spanien war auch die NATO. Angesichts der entschiedenen Haltung der Bundesregierung in der EG-Frage fand sich sogar der spanische Außenminister Fernando Morán zu positiven Äußerungen über den Verbleib Spaniens in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft bereit. Morán, der eigentlich eine „sozialistische Außenpolitik" betreiben wollte und in der Opposition den NATO-Beitritt von 1982 mit aller Kraft zu verhindern suchte, sagte zu den Mitgliedern der Bundestagsdelegation: „Natürlich werden wir nach der Aufnahme in die Gemeinschaft auch anderen Verpflichtungen nachkommen." Gemeint war der NATO-Beitrag.

Diese positive Stellungnahme aus dem Munde des Außenministers ist ein Anzeichen dafür, daß die Regierung González die versprochene Volksabstimmung über den Verbleib in der NATO nicht mehr verhindern will oder kann und diese deshalb positiv beeinflussen wird. Morán allerdings sprach sich bei einer anderen Gelegenheit am Dienstag für die „französische Lösung" aus.

Der Widerspruch zur Form der NATO-Mitgliedschaft innerhalb der spanischen Regierung ist geblieben. Fest steht, daß in Spanien die „Politiker für die NATO-Mitgliedschaft und die Mehrheit der Bevölkerung aus völliger Unkenntnis der Dinge gegen sie eingestellt sind", wie ein christdemokratischer Abgeordneter meinte.

Nun wird González voraussichtlich *am 23. Oktober nach zwei Jahren sozialistischer Regierung* einen Lagebericht vor dem Parlament abgeben. Innenpolitisch gestärkt von dem soeben mit dem Unternehmerdachverband und der sozialistischen Gewerkschaft abgeschlossenen Wirtschafts- und Sozialpakt kann er auch die außenpolitische Position seiner Regierung, das heißt auch die Position zur NATO-Mitgliedschaft, festlegen.

Regierungskreise erwarten, daß sich González zur NATO-Mitgliedschaft bekennt. Aus Äußerungen aus dem Verteidigungsministerium dürfte dies auch der Anfang für den Weg in die militärische Struktur – das Kernstück der NATO – bedeuten. Voraussetzung allerdings ist der sichere EG-Beitritt.

Sehr viel wird bei dem Referendum von der Haltung der bürgerlichen Wähler abhängen. Sie teilen nicht die Meinung ihrer Politiker und denken nicht daran, mit einer positiven Stellungnahme den sozialistischen Regierungschef zu stützen.

So erscheint es durchaus möglich, daß sich nur ein geringer Teil der Bevölkerung an der NATO-Abstimmung beteiligen wird: die entschiedenen NATO-Gegner der Linken und die entschiedenen Verfechter der Regierung González, der sich nun einmal für die NATO einsetzt. Unter diesem Aspekt kann eine Mehrheit für die NATO herauskommen. (SAD)

Geldstrafen für Scargill und seine Gewerkschaft

dpa, London

Der Führer der militanten britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM, Arthur Scargill, und seine Organisation sind gestern in London wegen „Mißachtung von Gerichten" zu Geldstrafen verurteilt worden. Scargill muß 1000 Pfund (etwa 3800 Mark), und seine Organisation soll 200 000 Pfund (etwa 760 000 Mark) zahlen. Die innerhalb von 28 Tagen zu begleichenden Bußen sind ergangen, da Scargill und andere führende NUM-Mitarbeiter angekündigt hatten, sie würden gerichtliche Streikverbote in zwei Kohlerevieren mißachten. Das Verfahren gegen Scargill war von zwei arbeitswilligen Bergleuten eingeleitet worden.

Der Richter erklärte in seiner Urteilsbegründung: „Eine große und mächtige Gewerkschaft mit einer breiten Mitgliederschaft hat sich selbst über das Gesetz gestellt." Er sprach auch von „absichtlichem Ungehorsam". Dieses Verhalten könne nicht straflos bleiben. Von einer Gefängnisstrafe für Scargill sah der Richter ab.

Jugoslawien: Todesstrafe beantragt

rtr, Belgrad

Die Staatsanwaltschaft in der jugoslawischen Stadt Pristina hat nach Belgrader Zeitungsberichten in einem Prozeß gegen elf albanische Separatisten in mehreren Fällen die Todesstrafe beantragt. Das Gericht in der Hauptstadt der Provinz Kosovo wird voraussichtlich heute die Urteile verkünden. Der Anklage zufolge sind die elf Angeklagten Mitglieder einer albanischen Nationalistengruppe, die zwischen 1981 und 1984 in Pristina 14 *Sprengsätze gelegt habe*, *hieß es weiter*.

In Kosovo, einer der ärmsten Regionen Jugoslawiens, leben in der Mehrheit Albanier. Bei Unruhen im Frühjahr 1981 waren mindestens neun Personen getötet worden. Seither wurden mehr als 600 Personen wegen Beteiligung an den Unruhen oder der Gründung albanischer Separatistengruppen festgenommen.

Frankreich-Reise des Bundespräsidenten

v. K. Paris

Krönung der Aussöhnungsfeier zwischen Deutschen und Franzosen in Verdun wird der Staatsbesuch sein, den Bundespräsident Richard von Weizsäcker vom 6. bis 11. November Frankreich abstattet. Protokollarisch sind sich beide Seiten jetzt über den Ablauf der fünftägigen Reise des Gastes durch Frankreich einig geworden. Von Weizsäcker hält sich zwei Tage lang in der Hauptstadt Paris auf, wo er mit Staatspräsident Mitterrand, Premierminister Fabius, Senatspräsident Poher und dem Bürgermeister von Paris, Chirac, zusammentrifft. Danach wird der Bundespräsident Grenoble und Toulouse besuchen. Letzte Station ist Lille mit einer Besichtigung der ersten vollautomatischen Untergrundbahn und einem Besuch des Geburtshauses von General de Gaulle.

Der Papst läßt ein Volk kurze Zeit seine Sorgen vergessen

Von WERNER THOMAS

In der Dominikanischen Republik kleben Papst-Poster an den Palmen, die den 26 Kilometer langen Weg vom Flughafen zur Hauptstadt Santo Domingo säumen. Privatfirmen lassen in der Rundfunkwerbung grüßen: „Willkommen, Botschafter des Friedens", *die Regierung appelliert an die Bevölkerung in Zeitungsanzeigen*, dem Gast eine herzliche Demonstration der „Einigkeit" zu bieten.

Papst Johannes Paul II. wird heute zum zweiten Mal in der Dominikanischen Republik erwartet, um die acht Jahre dauernden Feiern von „500 Jahren Evangelisierung" des amerikanischen Kontinentes zu eröffnen. Für den Präsidenten Salvador Jorge Blanco kommt dieser Besuch wie bestellt: Das Ereignis lenkt vorübergehend von den Problemen seines Landes ab.

Der sozialdemokratische Politiker hat schwierige Monate hinter sich. 54 Menschen starben im April in den Straßen Santo Domingos, als drastische Preiserhöhungen zu blutigen Demonstrationen führten. Die tragischen Zwischenfälle lösten einen tiefen Schock aus, von dem sich die karibische Nation bis heute nicht erholt hat. Die Angst grassiert, daß die noch nicht geheilten Wunden mit neuen Austerity-Maßnahmen wieder aufbrechen. Politische Beobacher registrieren noch immer eine explosive Situation.

Blanco (58), trat bei seiner Amtsübernahme vor zwei Jahren ein schweres Erbe an. Er erinnert sich: „Schulden, leere Kassen, keine Kredite in Sicht." Eine bittere Rezessionsphase, begleitet von niedrigen Preisen für Zucker, das wichtigste Exportprodukt, schüttelte die Republik. Der neue Präsident rief trotz Kritik linker Kreise den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Hilfe, der striktes Sparen verordnete.

Um einen auf drei Jahre verteilten Kredit von fast einer halben Milliarde Dollar zu erhalten, mußte der Präsident Steuern und Preise erhöhen, Löhne und Subventionen kürzen, das Haushaltsdefizit zusammenstreichen und den Peso-Kurs freigeben. Als er nicht alle Auflagen erfüllte, verweigerte die Washingtoner Behörde Anfang des Jahres die Zahlung der zweiten Tranche. Blanco setzte seinen Austerity-Kurs fort. Er erhofft sich bald wieder den Segen der IWF-Inspekteure. Im August wagte er sogar die Erhöhung der Benzinpreise. Das Land blieb diesmal ruhig.

Santo Domingo, die älteste Stadt *des amerikanischen Kontinentes (in der imposanten Kathedrale liegen die* Gebeine von Kolumbus) zeigt die

DOMINIKANISCHE REPUBLIK

Spuren der Krise. An der Geschäftsstraße El Conde wimmelt es von Geldhändlern, die für einen Dollar bereits drei Pesos bieten, der offizielle Kurs liegt bei 1:1. Die Restaurants entlang des Boulevards Malecon wirken leerer als sonst. Kinder betteln. 700 000 der eineinhalb Millionen Einwohner hausen in Slumvierteln.

Der studierte Jurist Salvador Jorge Blanco, nach Ansicht der meisten Gesprächspartner ein schwacher und farbloser Präsident, jedoch ein integrer und ehrlicher Politiker, kämpft zudem gegen die eigene Partei. Die „Dominikanische Revolutionspartei" (PRD), seit 1978 an der Regierung, bietet ein desolates Bild der Zerstrittenheit. Sie ist in drei Fraktionen gespalten, die von Blanco, dem Senator Jacobo Majluta und Santiagos linksgewirkten Bürgermeister José *Francisco Pena Gómez kontrolliert* werden, einem Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale. Im August gab es gar zwei Senatspräsidenten der PRD, einer davon war Majluta.

Wenn der erbitterte Blanco-Gegner Majluta, der im Senat oft die Gesetzesvorlagen der Regierung blockiert, Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im Mai 1986 werden sollte, droht den Sozialdemokraten eine Spaltung.

Die „Selbstzerfleischung" der PRD – so ein Diplomat – führte zu einer anachronistischen Situation. Zwei Veteranen der schen Politik, beide Expräsidenten und angesehene Schriftsteller, Joaquin Balaguer (73), und Juan Bosch (74), ringen wieder einmal um die Macht.

Bosch, Gründer der PRD und heute Führer der weit links stehenden Dominikanischen Befreiungspartei (PLD), hat zwar geringe Chancen, die Wahlen in zwei Jahren zu gewinnen. Seine Bewegung kann jedoch die zweite politische Kraft im Land werden. Der fast erblindete Balaguer, der sich mit seiner Reformpartei (PR) *von einer rechten Position zur Mitte* entwickelte und heute christdemokratische Standpunkte vertritt, gilt als Favorit der nächsten Wahlen.

Eines der einst unruhigsten Länder Lateinamerikas, in der 31 Jahre lang (1930 bis 1961) einer der berüchtigsten Diktatoren des Subkontinentes herrschte, Rafael Trujillo, ist heute ein demokratisches Musterbeispiel. Die Militärs bekunden stolz ihre Verfassungstreue.

Die 5,6 Millionen Einwohner der Dominikanischen Republik schimpfen wohl über die Wirtschaft, den Präsidenten und die Regierungspartei. Sie sind jedoch auch stolz, in einer freien Nation zu leben. Hier gibt es keine politischen Häftlinge. Hier wüten keine Todesschwadrone. Hier wird keine Presse zensiert. (SAD)

Die „DDR“ setzt wirtschaftliche Öffnung zu China zielstrebig fort

Peking wünscht Technologie-Transfer, nicht Aufbauhilfe / Rege Reise-Diplomatie

T. W. KRAUEL, **Bonn**

Die Führung in Ost-Berlin zeigt keinerlei Scheu mehr, von Moskau beim Umgang mit Eßstäbchen ertappt zu werden. Zwar schickte Peking zum „Nationalfeiertag“ der „DDR“ keinen Vertreter. Doch sein Glückwunschtelegramm erschien im „Neuen Deutschland“ des 8. Oktober unter der Rubrik „sozialistische Staaten“, und Peking konstatierte in ihm eine „stete Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen in den letzten Jahren“. Das stimmt. Ungeachtet der zeitweiligen Abkühlung zwischen Peking und Moskau setzt die „DDR“ ihre seit über zwei Jahren eingeleitete Öffnung zu China vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet zielstrebig fort, und Peking scheint im Verlauf dieser Entwicklung de facto von seiner Propagierung der deutschen Einheit abzurücken.

Krönung dieser Entwicklung bildete der Auftritt des Politbüromitglieds Egon Krenz am vergangenen Montag auf dem Ost-Berliner Empfang zum Pekinger Nationalfeiertag. Zuvor hatte das SED-Zentralkomitee „normale Beziehungen auf gegenseitig annehmbarer Grundlage, die nicht zu Lasten Dritter gehen“, empfohlen – die Unterstützung für Vietnam ist noch nicht vergessen.

Erstmals seit mehr als zwanzig Jahren nahm damit ein Politbüromitglied an dieser Veranstaltung teil, dazu mit dem Chef des gesamten Sicherheitsbereichs einer der Mächtigsten dieses Gremiums und, als besondere Geste, kein Minister mit Politbürostatus, sondern ein reiner Parteifunktionär - sieht man von seinem Sitz im „Staatsrat“ ab.

Denn die Beziehungen auf Parteiebene waren seit dem Bruch zu Beginn der sechziger Jahre erloschen, und noch heute meidet der oberste Partei-Wirtschaftsplaner Ost-Berlins, ZK-Sekretär Günter Mittag, jede Begegnung mit chinesischen Gästen, und seien sie so ranghoch wie Chen Muhua, Politbürokandidatin und Außenhandelsministerin ihres Landes, die Ende September an die Spree reiste - so wichtigen Besuch aus China hatte die „DDR“ seit dem Mauerbau noch nie beherbergt.

Beide Seiten signierten ein auf zehn Jahre angelegtes Wirtschaftsabkommmen und vereinbarten die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsausschusses.

Für die ehrgeizigen Ziele der „DDR“ – die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit soll nach den Worten des „DDR“-Wissenschaftsministers Weiz „praktisch alle Bereiche der Volkswirtschaft“ umfassen – bestehen damit die gleichen institutionellen Rahmenbedingungen, wie China sie mit allen Ostblockstaaten im Laufe dieses Sommers eingerichtet hat. Einzige Ausnahme bildet die UdSSR.

Allerdings stellte Peking seine Bedingungen: Keine „brüderliche Aufbauhilfe“ mehr, sondern Technologietransfer.

Die neugewonnene gegenseitige Wertschätzung wird trotz mancher Hindernisse mit kleinen Aufmerksamkeiten demonstriert. Als die spektakuläre Besuchsabsage des sowjetischen Vizepremiers Archipow Anfang Mai den „DDR“-Vizeaußenminister Krolikowski sozusagen in flagranti erwischte – er befand sich gerade in Peking –, dachte der „DDR“-Emissär nicht daran, nach Ost-Berlin zurückzufliegen.

Im Gegenteil: Tags darauf suchte das SED-ZK-Mitglied Chinas Außenminister Wu Xueqian zu einem „freundschaftlichen“ Gespräch auf und besichtigte anschließend, im Westen nur wenig beachtet, ausgerechnet die kapitalistische Wirtschaftssonderzone Shenzhen bei Hongkong, Paradeprodukt des neuen Kurses unter Deng Xiaoping. Wenige Tage später landete dann noch „DDR“-Schwerindustrieminister Kersten in Peking.

Auch Peking schmeichelte seinen „DDR“-Handelspartnern. Ende Juni vermied Chinas Postminister Wen Minsheng, seinen „DDR“-Amtskollegen gleich seinem Gesprächspartner Schwarz-Schilling nur am Rande des UNO-Weltpostkongresses in Hamburg zu treffen. Vielmehr fuhr er nach Kongreßabschluß direkt über den Grenzübergang Gudow per Dienstwagen als offizieller Staatsgast nach Ost-Berlin.

Ein hoher Vertreter der Pekinger Akademie der Wissenschaften schließlich ließ sich Ende September die „Staatsgrenze am Brandenburger Tor“ zeigen. Im Hinblick auf westliche Empfindlichkeiten ist das der sensibelste Protokollpunkt, den Ost-Berlin zu vergeben hat.

Nur wenige Besucher außerhalb des Ostblocks machten bisher von diesem Angebot Gebrauch. China entschloß sich zum Kompromiß: Ein Wissenschaftler, aber an der Mauer am Brandenburger Tor, Ostseite.

Japan will in der Weltpolitik mitreden

Blaubuch fordert Auflockerung gegenüber Moskau / USA bleiben vorrangiger Partner

FRED de LA TROBE, **Tokio**

„Japan muß einen größeren Beitrag für Frieden und Wohlstand in der Welt leisten.“ Auf dieser Forderung liegt das Schwergewicht des diesjährigen „diplomatischen Blaubuchs“, welches das japanische Außenministerium jetzt veröffentlichte. Während der Rechenschaftsbericht des Ministeriums 1983 die Einheit und Stärke des Westens als wichtigstes Gebot in den Vordergrund stellte, liegt der Nachdruck diesmal auf Friedensbemühungen und nuklearer Abrüstung.

Japan wird auch nicht als „ein Mitglied des westlichen Lagers“, sondern als „eine der freien und demokratischen Nationen“ bezeichnet. Das Blaubuch wurde vom Kabinett genehmigt und entspricht dem Standpunkt der Regierung.

Die Akzentverschiebungen signalisieren nach Ansicht von Beobachtern in Tokio ein vorsichtiges Abrücken von der letztjährigen Haltung, die auf Verhandlungen mit dem Osten nur aus einer Position der Stärke ausgerichtet waren. Der weichere Kurs verrät dieser Meinung zufolge die persönliche Handschrift von Außenminister Abe.

Doch auch Ministerpräsident Nakasone, der im November von seiner Partei wieder zum Vorsitzenden und Regierungschef gekürt werden möchte, sei von seiner ausgeprägten Pro-Reagan-Linie etwas abgerückt, um eine breitere Unterstützung der verschiedenen Flügel der Liberaldemokraten sicherzustellen.

Das Blaubuch hebt außerdem hervor: „Japan kann es sich als zweitstärkste Wirtschaftsmacht des Westens immer weniger leisten, passiv auf die Ereignisse in der Welt zu reagieren und in der Rolle des Nutznießers zu verharren.“ Dieser Satz ist politischen Sachverständigen zufolge an die Adresse des Westens und an die starken gegenüber der Außenwelt teilnahmslosen Strömungen in der eigenen Bevölkerung gerichtet.

Als Aufgaben für Japans Diplomatie nennt der Bericht: Bemühungen zum Abbau der Spannungen zwischen Nord- und Südkorea sowie Friedensstiftung in Kambodscha und im Konflikt zwischen Iran und Irak. In allen drei Bereichen hat Tokio während des letzten Jahres Vorstöße unternommen, doch blieben sie bei dem gegebenen Kräftegleichgewicht in der Welt erfolglos.

Ein noch eher zu verwirklichendes Ziel des Blaubuchs ist größere Wirtschaftshilfe sowie humanitäre Unterstützung von Flüchtlingen aus Indochina und Afghanistan und von Hungersnöten bedrohten Afrikanern. Wenn es dabei bleiben sollte, würde die Substanz der japanischen Außenpolitik wie schon in den letzten beiden Jahrzehnten vorwiegend auf das Wirtschaftliche beschränkt bleiben.

Der Bericht des Ministeriums fordert auch geduldige Bemühungen zur Erneuerung des Dialogs mit der Sowjetunion auf verschiedenen Ebenen. Dabei müsse die Territorialfrage der von den Sowjets besetzten und von Japan beanspruchten Inseln gelöst und ein Friedensvertrag mit Moskau abgeschlossen werden.

Auch das Verhältnis zu Nordkorea sei verbesserungsbedürftig. Außenminister Abe deutete schon kürzlich an, daß Japan in Bälde das nach dem Bombenanschlag von Rangun – bei dem mehrere südkoreanische Minister umkamen – gegen Pjöngjang verhängte Embargo aufheben werde.

Trotz der Auflockerung gegenüber dem Osten unterstreicht das Blaubuch die Bedeutung, die der Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Demokratien zukommt.

Eckpfeiler der japanischen Außenpolitik blieben die engen Beziehungen zu den USA. Der Sicherheitsvertrag mit den USA gewährleiste eine angemessene Verteidigung der japanischen Inseln. Japan bemühe sich, seine Abwehrkraft im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Schranken zu verbessern. Die Sicherheit der Nation sei aber durch militärische Mittel allein nicht zu erreichen.

(SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Natur und Tempolimit

Als Berufspendler mit täglichen Fahrtstrecken von 130 km und fast 30jähriger Fahrpraxis fällt mir auf, daß beim Thema Waldsterben und Umweltverschmutzung durch Autoabgase immer nur die Pkw-Fahrer in die Schußlinie geraten. Es werden Anlagen zur Reduzierung der Schadstoffe und in letzter Zeit auch wieder häufiger Geschwindigkeitsbegrenzungen verlangt.

Jeder Kraftfahrer weiß aber, daß ein Großteil der Abgasbelastungen dem Lkw-Verkehr zugeschrieben werden kann. Wer hat noch nicht hinter mit viel zu hohen Geschwindigkeiten daherrasenden Lkw die Abgasschwaden der PS-starken Lkw-Dieselmotoren „genossen“?

Auf Autobahnen fahren 99 Prozent aller Lkw mit 30 Prozent überhöhter Geschwindigkeit (Zul. 80 km/h) und bringen damit Emmissionswerte zustande, die für die Allgemeinheit unerträglich sind. Besonders auffällig verhalten sich hier Lkw der Nachbarländer Niederlande und Belgien.

Von seiten der Polizei finden keine Überprüfungen statt, und der Druck auf die Lkw-Fahrer seitens der Fuhrunternehmer läßt wohl keine Änderung zum Wohle der Allgemeinheit erwarten.

Hier ist meines Erachtens der Gesetzgeber gefordert, die Geschwindigkeitsvorschriften für Lkw härter zu reglementieren und auf deren Einhaltung zu bestehen. Der Gesundheit der Bevölkerung käme dies zugute, und dem deutschen Wald wäre sicher auch geholfen.

F.-J. Joeken,
Hückelhoven

*

Tempo-Limit – dieses Thema widert einen mittlerweile an. Es wird immer wieder von den gleichen Leuten hochgespielt: kleinkarierten Spießern, ökologisch kaschierten Bundestags-Chaoten und von gewissen hochrangigen Politikern wie Bauernminister Kiechle, die ohnehin ein Tempolimit durch Ausweichen auf Bundeswehrhubschrauber angenehm umgehen können.

Im Grunde genommen ist es ja überhaupt kein Thema. Wer fährt denn schon mehr als 100 Stundenkilometer auf der Autobahn? Am vergangenen Sonntag fuhr ich von München nach Köln ständig in einer Blechlawine mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von ca. 80 Stundenkilometern (!). Sonntagsfahrerniveau.

In der Woche ist es auch nicht viel anders bei dem ungeheuren Aufkommen an europäischen Last- und Tankzügen (deren Ladung eigentlich längst auf die Bundesbahn gehörte!). Aber das heiße Eisen faßt keiner mehr an, nachdem deren Lobby bereits vor vielen Jahren einen sogenannten „Leber-Plan“ zunichte gemacht hat.

Das Übel liegt doch gar nicht bei den wenigen schnellen Fahrern (zu denen ich auch gehöre). Die Zerstörung der Natur wird verursacht von den „geballten Ladungen“, die über sie hereinbrechen: Industrie, Kohlekraftwerke und die ungeheuerliche Schadstoffemission durch den europäischen Lastzugverkehr, welch letzterer ja auch voll verantwortlich ist für den schnellen Verschleiß der Autobahnen und deren ständiges Reparaturbedürfnis in Milliardenhöhe. Also doch noch mal „Leber-Plan“? Damit wäre jedenfalls ein erheblicher Teil des Übels zu beseitigen, nicht aber mit einem geradezu albernen Tempolimit holländischer Prägung.

Mit freundlichen Grüßen
D. Gaede,
Leichlingen

*

Sehr geehrte Herren,

in der gegenwärtigen Diskussion über Geschwindigkeitsbeschränkungen vermisse ich den folgenden Gedankengang:

Wer 500 Autobahn-Kilometer mit Tempo 125 km/h fährt, braucht dafür vier Stunden. Fährt er nur mit 100 km/h, so verringert sich der Schadstoff-Ausstoß um 20 Prozent, also auf 80 Prozent, dies aber fünf statt vier Stunden lang. Fünf mal 80 Prozent ist aber ebensoviel wie vier mal 100 Prozent – wo bleibt also die Schadstoff-Verminderung?

Für eine Stadtfahrt von 30 Kilometern beim Tempo 50 km/h benötigt man 36 Minuten; für dieselbe Strecke beim Tempo 30 km/h jedoch 60 Minuten. Die auf 80 Prozent verringerte Schadstoffmenge produziert man also in einem um 24 Minuten verlängerten Zeitraum, d. h. es entstehen 1,66 mal 80 = 133 Prozent der Menge, die bei der schnelleren, aber kürzeren Fahrt produziert worden wäre. Der höhere Kraftstoffverbrauch aufgrund häufigeren Schaltens ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Hochachtungsvoll
Dr. R. Scharnberg,
Norderstedt

Wort des Tages

„Die Seele entwickeln heißt den Charakter ausprägen und zum Wissen von Gott und zur Selbsterkenntnis führen. Jedwede andere Ausbildung ohne Pflege der Seele ist unnütz und unter Umständen sogar verderblich.“

Mahatma Gandhi; indischer Politiker und Philosoph (1869–1948)

Nichts gelernt?

„Industriespione“; WELT vom 28. September

Haben wir noch nichts dazugelernt?

Dazu zwei Beispiele: Jede U-Boot-Bewegung im Mittelmeer unterlag der höchsten Geheimhaltungsstufe. Aber eine Stunde vor Anlegen der U-Boote standen die Waschfrauen an der Pier, um die Wäsche abzuholen. Das ist kein Witz, sondern harte Wahrheit.

Gekados-Meldungen wurden durch Kuriere unter fast übertriebenen Sicherheitsvorschriften zur Admiralität gebracht, genau nach Vorschrift übergeben und quittiert. Dann wurden sie von einem unteren Dienstgrad auf einen übergroßen Wandplan übertragen. Nach Feierabend hatten die Putzfrauen dann Gelegenheit, die Pläne zu fotografieren und die Papierkörbe auf auswertbare Unterlagen zu untersuchen.

Mir scheint: Bis heute hat sich nicht viel geändert.

B. Trappe,
Oberleutnant z. S.a. D.
Waltrop

Sowjet-Generale

„Kreml sandte neuen General zur NVA“; WELT vom 2. Oktober

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Generaloberst Romanow war vor seiner Ernennung zum Vertreter des Oberkommandos der Vereinigten Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten nicht Chef, sondern Chef des Hauptstabes (Generalstabes) der Heimat-Luftverteidigung.

Der Vater seines Nachfolgers Generaloberst Merezkow, der damalige Armeegeneral (seit 1944 Marschall) Kyrill Merezkow, war am 22. Juni 1941 nicht Generalstabschef der Roten Arbeiter- und Bauernarmee (RKKA), diesen Posten hatte er als Nachfolger von Marschall Schaposchnikow von August 1940 bis Januar 1941 inne. Von Januar 1941 bis zum 30. Juli 1941 war der damalige Armeegeneral (seit 1943 Marschall) Georgij Shukow Generalstabschef. Er wurde am 31. Juli 1941 wieder durch Marschall Schaposchnikow, den ehemaligen kaiserlichen Obersten i. G., ersetzt.

Wie Sowjetmarschall Sacharow schreibt, hätte es den tüchtigen Trupiers Shukow (Mongolei) und Merezkow (Finnland) an Erfahrungen in der Generalstabsarbeit gefehlt. So hätten sowohl die Mitarbeiter des Generalstabes als auch die Kommandeure der RKKA mit Befriedigung auf die Wiedereinsetzung Marschall Schaposchnikows als Chef des Generalstabes reagiert.

Mit freundlichen Grüßen
Edmund Trugly jr.
Berlin 39

Konfuse Ideen

„Es böllt“; WELT vom 2. Oktober

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

Heinrich Böll ist sicher ein begnadeter Schriftsteller. So gut er schreibt, so konfus scheinen seine politischen Überzeugungen zu sein.

Als Autor kann und soll er in einem freien Land schreiben dürfen, was ihm beliebt. Als Bürger, der sich politisch äußert, muß er es sich gefallen lassen, daß ihm der politische Gegenwind ins Gesicht bläst. Seine Äußerungen sind nicht sakrosankt, weil er ein preisgekrönter Schriftsteller ist.

Jetzt beschäftigt sich Böll mit Regierungssprecher Boenisch, weil – so Böll – dieser früher Journalist war. In Wirklichkeit möchte Böll eine frei gewählte Regierung treffen, die ihm nicht paßt. Man fragt sich, ob es überhaupt eine frei gewählte Regierung gibt, die Böll gefällt. Er findet alles schlecht, nur offenbar sich selbst nicht.

Es ist Zeit für Böll, über einen Satz nachzudenken und zu versuchen, ihn zu begreifen: „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, ausgenommen die anderen Regierungsformen, die man von Zeit zu Zeit versucht hat“ (Churchill). Daß Böll in einem unvollkommenen, aber freien Land wohnt, verdankt er der NATO und amerikanischen Atomwaffen.

Welche Konsequenz zieht Böll daraus? Er demonstriert gegen sie, und Boenisch greift er an, weil ihm vermutlich dessen Eintreten für freiheitliche Ideen mißfällt.

Wolfgang v. Bötticher,
Rosenheim/Bayern

Kein Notstand

„Schulen verschlafen die Computer-Ära“; WELT vom 25. September

Sehr geehrte Redaktion,

sicherlich ist es richtig und berechtigt, dem deutschen Schulwesen einen Rückstand im Bereich der Computertechnik zu attestieren; nur ist damit allein noch nichts verbessert. Leider zeichnen sich auch in diesem Teil des Schulunterrichts große Unterschiede von Bundesland zu Bundesland ab.

Geldknappheit bei der Anschaffung von Computeranlagen kann häufig durch die Großzügigkeit der auf Computer angewiesenen Wirtschaftsunternehmen umgangen werden. Die Schulen müssen hier ihre Skepsis gegenüber der Wirtschaft abbauen und dürfen keine Möglichkeit zu ihrer Unterstützung auslassen. Um genügend Fachkräfte für den Unterricht zur Verfügung zu haben, sind insbesondere Lehrgänge für Mathematiklehrer und Zeitverträge für außerschulische Fachkräfte anzubieten. Doch darf bei all den wünschenswerten Verbesserungen nicht übersehen werden, daß kein Grund für Krisenstimmung vorliegt und die Schule nicht zur Technologieabhängigkeit erziehen darf, sondern der Umgang mit Computern im Gegenzug, etwa im Deutschunterricht, auch kritisch hinterfragt werden muß.

Ihr Volker Streu,
Bonn 2

Personalien

GEBURTSTAGE

Ein Festakt zum zehnjährigen Bestehen der „Gesellschaft für Rechtspolitik“, die mit ihren „Bitburger Gesprächen“ führender Verfassungsrechtler zum Begriff geworden ist, wird am Samstag im Trierer Europa-Parkhotel verbunden mit der Feier des sechzigsten Geburtstags ihres Gründers und Motors, des früheren Mainzer Justizministers **Otto Theisen**. Über die Gesellschaft, deren Festschrift Professor **Klaus Stern** (Köln) vorstellt, sprechen Ministerpräsident **Bernhard Vogel** sowie Professor **Georg Droege** (Bonn). Die Laudatio auf Theisen hält der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor **Wolfgang Zeidler**.

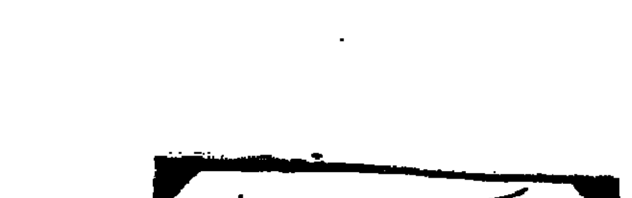
*

Dompropst **Wilhelm Gertz** vollendet am 12. Oktober in Münster sein 70. Lebensjahr. Seit 1941 ist er in der Leitung des Bistums Münster tätig. Hier sowie in mehreren Gremien der Deutschen Bischofskonferenz und des Verbandes der Diözesen Deutschlands hat Gertz an zahlreichen Entscheidungen mitgewirkt, die für die Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wichtig waren. Über seine Tätigkeit in der kirchlichen Verwaltung hinaus hat sich Dompropst Gertz für eine Förderung der kirchlichen Publizistik und des kirchlichen Schulwesens eingesetzt. Als Vorsitzender der Kirchensteuerkommission des Verbandes der Diözesen Deutschlands war er im Kontakt mit staatlichen Gremien sowie mit Vertretern der evangelischen Kirche an weitreichenden Entscheidungen maßgeblich beteiligt.

BESUCH

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird kommenden Freitag in Bonn den Regisseur **Sergio Leone** empfangen. Leone nimmt am Vorabend an der Uraufführung seines Films „Es war einmal in Amerika“ teil, der in Anwesenheit von in- und ausländischen Gästen im Stern-Kino in der Bundeshauptstadt gezeigt wird.

Einer der Pioniere des Medizinjournalismus in der Bundesrepublik und langjährige Leiter der Presseabteilung des Deutschen Grünen Kreuzes, **Dr. Walter Best**, ist in Marburg im Alter von 79 Jahren gestorben. Als Chefredakteur der Deutschen Gesundheitskorrespondenz hat er einen besonderen Stil für die Aufgaben einer modernen Gesundheitsaufklärung entwickelt, den Pressedienst behindertes Kind ins Leben gerufen und mit seinen journalistischen Beiträgen entscheidend dazu beigetragen, daß der Beruf des Medizinjournalisten als Mittler zwischen Wissenschaft, Medien und Öffentlichkeit zu einer festumrissenen Institution geworden ist. Dr. Best, der als Volontär bei der „Mainzer Tageszeitung“ gelernt und an der Universität Frankfurt Germanistik studiert hat, ist über das Theater zum Medizinjournalismus gekommen. Bis zu seinem Tod war er einer der beiden Redakteure der von ihm mitbegründeten „Alma mater philippina“, der Semesterschrift des Marburger Universitätsbundes.



FUSSBALL / Schlechteste Zuschauer-Bilanz seit Gründung der eingleisigen Zweiten Liga. „DFB unterschätzt die Probleme"

Die Sehnsucht nach der alten Regionalliga wächst

sid/DW. Bonn

Selbstverständliches und logisches Ziel im Sport ist der Sieg, ist es, erstklassig zu sein und, wenn man es noch nicht ist, zur Spitze aufzusteigen. Wo das nicht der Fall ist, kann etwas nicht stimmen. Rolf Neuhaus, Präsident des Fußball-Vereins Rot-Weiß Essen, Absteiger aus der Zweiten Liga, hat schon jetzt seine Kollegen aus dem Vorstand erschreckt, weil er auf der Jahreshauptversammlung (24. Oktober) ein Plädoyer halten will, das den normalen Motivationen im Sport (scheinbar?) widerspricht. Neuhaus wird die Amateur-Oberliga Nordrhein preisen – und damit den Verzicht auf den Aufstieg: „In der gegenwärtigen Konstellation macht die Zweite Liga die Klubs kaputt. Der DFB unterschätzt die Probleme der Vereine total."

Das Thema ist nicht neu, „Armenhaus des Fußballs" und „Pleiteliga" sind Etiketten, die der Zweiten Liga angehängt wurden, seit sie 1981 hoffnungsvoll als weitere Konzentration der Kräfte mit 20 Mannschaften bundesweit organisiert wurde. Statt 40 Vereine (ab 1974) in zwei Zweiten Ligen (Nord und Süd) waren nun nur noch 20 Mannschaften dabei. Eine Mißgeburt?

Der Essener Rolf Neuhaus will ja mit seinem Amateur-Verein nicht „auf unsere sportliche Aufstiegschance verzichten", aber am liebsten würde er in eine Liga klettern, die es seit genau zehn Jahren nicht mehr gibt: in die gute alte Regionalliga, von der es einst gleich fünf gab, in Nord, Süd, West, Südwest und Berlin.

Diese Sehnsucht nach scheinbar abgelebten Zeiten macht sich immer mehr breit. Sie ist das Ergebnis der ersten 90 Spiele in der Zweiten Liga dieser Saison, das zum Nachdenken zwingt. Die bisherige Bilanz weist Zahlen aus, die von niemandem mehr beschönigt werden können: 31 700 Zuschauer sahen die zehn Spiele der Zweiten Liga am siebten Spieltag (Durchschnitt also 3170 Zuschauer); 420 000 Besucher kamen bisher insgesamt, 81 000 weniger als im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs; statt der von allen Vereinen in ihren Etats veranschlagten 52 700 Zuschauer pro Spieltag gingen bisher nur 46 500 in die Stadien.

Bei diesen Zahlen setzt die Nostalgie ein. Rot-Weiß Essen hat in dieser Saison bei den Amateuren erlebt, wie lukrativ es einst war, als die Zuschauer noch mit dem Fahrrad zu Spielen von Nachbarn fahren konnten: Das Spiel des ehemaligen Zweitliga-Vereins beim ebenso traditionsreichen Rivalen Schwarz-Weiß Essen sahen jüngst 17 000 Zuschauer, heute fast schon ein durchschnittlicher Bundesliga-Besuch (der 1. FC Köln hat bisher einen Schnitt von 11 750 Besuchern). Marsch, Marsch zurück in den fünfgeteilten Unterbau?

Nicht nur in der regional gegliederten Amateur-Oberliga wird dieser Rückschritt als Ausweg empfunden (Martin Unger, Geschäftsführer des Konkurs-Klubs München 1860: „In der Bayern-Liga haben wir uns saniert"), auch bei Klubs der eingleisigen Zweiten Liga wird in diese Richtung gedacht. Zum Beispiel beim MSV Duisburg, zur Zeit Letzter der Tabelle und mit 2,3 Millionen Mark verschuldet. Trainer Luis Zacarias kommt zwar aus Peru, hat aber bereits gespürt, wie sich die Interessen in seiner neuen Umgebung verteilen: „Lukrative Nachbarschaftskämpfe mit einer Aufstiegsrunde am Saisonende könnten helfen. Gegen Essen oder Bocholt kämen sicherlich 8000 Zuschauer. Wer ist in Duisburg schon an Bürstadt interessiert."

Gestern schickte Karl Schlitz, Präsident von Wattenscheid 09, einen Brief an den DFB und alle Klubs der Zweiten Liga. In ihm fordert er die Wiedereinführung der Regionalligen und eine Aufstiegsrunde zur Bundesliga in vier Gruppen mit je vier Mannschaften mit zwei Endspielen, aus denen der jeweilige Sieger aufsteigt. Schlitz: „Bevor es zu einer dramatischen Zuspitzung kommt, sollten wir gemeinsam Überlegungen anstellen und Entscheidungen treffen."

In der Tat, die 12 000 Zuschauer, die am letzten Wochenende zum Amateurspiel Rot-Weiß Essen gegen den Wuppertaler SV kamen, wären in der Zweiten Liga Rekord gewesen (bester Besuch am 9. Spieltag: 8000 bei Offenbach – Nürnberg).

Hans Spick, Vorsitzender des Zweitliga-Ausschusses beim Deutschen Fußball-Bund, sagt: „Wir kennen die Problematik und waren nach dem Aufstieg von Schalke und Karlsruhe auf eine schwere Saison 1984/85 vorbereitet." Mit anderen Worten: Der DFB sieht den Grund der Misere vor allem darin, daß zwei populäre Klubs die Liga verlassen haben, die Lücke von den Absteigern Offenbach und Nürnberg nicht geschlossen werden konnte. Außerdem, so Hans Spick, seien regional völlig verschiedene Schwerpunkte zu setzen, was für den Westen vielleicht gut und naheliegend sei, werde im Süden ganz anders bewertet. Spick: „Wir stecken in einem Dilemma, und eine Patentlösung gibt es nicht."

Immerhin aber lohnt es sich, über die alten Regionalligen nachzudenken. Werner Biskup, Trainer von Hannover 96, das zusammen mit Solingen, Wattenscheid, Saarbrücken und Aachen nach neun Spielen noch eine ausgeglichene Bilanz vorweisen kann, nennt ein anderes Argument für die alten Regionalligen: „Grundsätzlich kommen die Zuschauer überall dorthin, wo guter Sport geboten wird. Aber bei der Fluktuation von jährlich sechs oder sieben Mannschaften wird die Zweite Liga immer eine Durchlaufstation für Klubs und Spieler bleiben. Sie wird nie zur Ruhe kommen." Inzwischen ist sie auch eine Durchlaufstation, an der Profis am Rande des Existenzminimums (vergeblich) auf die große Kasse warten. 1100 Mark brutto ohne Prämien zahlt der MSV Duisburg seinen Spielern.

SPORT-NACHRICHTEN

Ärger um Beckenbauer

Düsseldorf (sid) – Der VfL Bochum und der 1. FC Kaiserslautern wollten ihr am Dienstag wegen Regen abgesagtes Bundesligaspiel am morgigen Freitag nachholen. Da aber an diesem Tag das Trainingslager für Andreas Brehme (Kaiserslautern) mit der deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Hennef beginnt, hat der Deutsche Fußball-Bund (DFB) eine Austragung abgelehnt. Bochums Präsident Wüst: „Jetzt diktiert Franz Beckenbauer schon den Terminplan der Liga."

Baltic-Pokal eine Farce

Frankfurt (sid) – Der Baltic-Pokal der Gewichtheber in Forst bei Bruchsal wird immer mehr zu einer Farce: Nach der Absage des sowjetischen Verbandes teilten die Polen drei Tage vor dem Wettkampf mit, daß sie nur einen Heber und einen Trainer schikken werden. Für ein größeres Team fehle ihnen das Geld.

Mannheim will Reichel

Kaiserslautern (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Waldhof Mannheim ist an der Verpflichtung von Torwart Armin Reichel interessiert. Reichel ist beim 1. FC Kaiserlautern nur noch dritte Wahl. Der Zweitligaklub Kikkers Offenbach will im Tausch mit Libero Wolfgang Trapp Mittelfeldspieler Norbert Eilenfeldt (bisher Kaiserslautern) verpflichten.

Bob: Trainer-Kollektiv

Frankfurt (sid) – Ein Trainer-Kollektiv wird im deutschen Bobsport die Arbeit des zurückgetretenen Bundestrainers Wolfgang Zimmerer übernehmen. Ex-Weltmeister Stefan Gaisreiter und der bisherige Zimmerer-Assistent Herbert Pitka (beide Ohlstadt) sowie ein noch nicht benannter Konditionstrainer sind ab sofort für die Nationalfahrer zuständig.

Schüler verloren 0:1

Heidenheim (dpa) – Die Schüler-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) verlor ihr 125. Länderspiel vor 9000 Zuschauern in Heidenheim gegen Ungarn mit 0:1. Die Bilanz der DFB-Schülerauswahl: 62 Siege, 27 Unentschieden und 36 Niederlagen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Länderspiele: Griechenland – Israel 2:2, USA – El Salvador 3:1.

TENNIS

Turnier in Basel: Hlasek (Schweiz) – Becker (Deutschland) 7:5, 7:5, Gunnarson (Schweden) – Higueras (Spanien) 6:4, 6:2. – Damen-Turnier in Tokio: Schropp (Deutschland) – Schillig (USA) 7:5, 6:3.

STAND ● PUNKT / *Ein Signal*

Der Siegeswille ist eine der wichtigsten Eigenschaften, die ein Jockey haben sollte, wenn er ein Rennen reitet. Das Vertrauen des Wettpublikums in den Sport mit den schnellen Pferden steht auf dem Spiel. Jetzt hat der dreiköpfige Ordnungsausschuß des Galopperverbandes in Köln den Hindernisjockey Peter Belau (29) für 15 Monate gesperrt, weil er seinen 14:10-Favoriten Pascal am 15. August 1984 in Gelsenkirchen bereits nach wenigen Metern nicht daran hinderte, an einem Hindernis vorbeizugaloppieren. Das Sportgericht unter Vorsitz des Kölner Strafrichters Werner Prestin erkannte auf Grund des Rennfilms und der Aussagen Belaus (er räumte sogar Fahrlässigkeit ein) auf bedingten Vorsatz.

Die Belau-Verhandlung schrieb ein Stück Turf-Rechtsgeschichte in Deutschland. Belaus Anwalt, Eberhard Wiese, sorgte mit einem erfolgreichen Befangenheitsantrag gegen den bisherigen Ordnungsausschußvorsitzenden Johann Matthias Freiherr von der Recke dafür, daß der zugleich als ständiger Rechtsberater des Verbandes tätige Jurist in Zukunft in Verhandlungen des Sportgerichts nicht mehr auftritt, um Interessenkollisionen zu vermeiden. Wiese, selbst regelmäßiger Rennbahnbesucher, hat sich in dieser Hinsicht profiliert. Für seinen Mandanten hat er aber keineswegs eine günstigere Basis geschaffen.

Trotzdem ist die drastische Strafe gegen Belau (in 12 Jahren 90 Siege) kein Fehlurteil. Eher ein Signal für die Kollegen des Jockeys, ihren verantwortungsvollen Beruf sorgfältiger auszuüben und das ohnehin gefährdete Image des Galopprennsports nicht noch mehr aufs Spiel zu setzen.

KLAUS GÖNTZSCHE

MOTORSPORT

Monte Carlo: Rallye ist in Gefahr

sid/dpa, Paris

Zwei Nachrichten erschrecken derzeit die Motorsport-Fans: Der Große Preis von Monaco ist aus dem Kalender der Formel-1-Weltmeisterschaft gestrichen worden, die Austragung der Rallye Monte Carlo ist im nächsten Jahr gefährdet.

Ausschlaggebend für die Streichung des Grand Prix von Monaco war die Tatsache, daß der monegassische Automobil-Club als Ausrichter die Fernsehrechte in eigener Regie vergeben hat. Die Monegassen mußten sich wie alle Formel-1-Veranstalter vertraglich verpflichten, die Vergabe der Übertragungsrechte dem Automobilsport-Weltverband (FISA) und der Konstrukteurs-Vereinigung (FOCA) zu überlassen. Entgegen diesem Vertrag wurden die TV-Rechte selbständig an den amerikanischen Fernsehgiganten ABC verkauft. Die Monegassen haben sich jetzt an den französischen Gerichtshof gewandt, der in dem TV-Streit mit der FISA vermitteln und die Austragung doch noch gewährleisten soll.

Die traditionelle Rallye Monte Carlo ist in Gefahr, da der französische Automobilverband unter Berufung auf die französische Regierung von den Organisatoren für die Benutzung der französischen Straßen eine Million Franc fordert. Der Automobilklub von Monaco soll ferner bis zum 26. Oktober eine Garantie vorlegen, in der sich die betroffenen Staaten mit der Benutzung ihrer Straßen einverstanden erklären. So sieht es das Reglement der FISA vor.

Auf ihrer Sitzung in Paris hat die FISA die Verwendung tiefgekühlten Benzins, das verwendet wurde, um die Bestimmung über den maximalen Tankinhalt zu umgehen, ebenso verboten wie aerodynamische Hilfen an den Seiten der Rennwagen. Der Tankinhalt, der auch 1985 noch maximal 220 Liter betragen soll, wird in den nächsten Jahren reduziert: 1986 auf 195 Liter und 1990 auf 180 Liter. Auch der maximale Kubikinhalt der Motoren wird verringert. Während 1985 noch die alte Regel mit drei Liter für Saugmotoren und 1,5 Liter für Turbomotoren gilt, sind ab 1986 die Saugmotoren nicht mehr im Wettbewerb, denn dann gelten nur noch die 1,5 Liter für Turbomotoren.

RADSPORT

Thurau will wieder auf die Straße

sid/dpa, Frankfurt

Im November wird Dietrich Thurau 30 Jahre alt. Finanziell könnte es sich der populärste deutsche Radrennfahrer der letzten zehn Jahren erlauben, kürzerzutreten. Doch Thurau ist der harte Rennsattel noch nicht unbequem, er will noch einmal versuchen, an seine früheren Erfolge anzuknüpfen. Thurau: „Ich stehe vor dem Abschluß eines Vertrages mit einem italienischen Rennstall für die kommende Straßensaison. Ich will noch einmal den Giro d'Italia und danach die Tour de France fahren."

Wenn es zum Vertragsabschluß kommt, so plant Thurau, dann will er im Gegensatz zum Vorjahr (15 Rennen) in diesem Winter nur „vier oder fünf Sechstagerennen" fahren, um sich dann gründlicher auf die Straßensaison vorzubereiten. Zum Start am heutigen Abend in der Berliner Deutschlandhalle und danach in Dortmund ist der Frankfurter nicht dabei und darüber sehr enttäuscht. Otto Ziege, Sechstage-Chef in beiden Städten, mit dem Thurau vor zwei Jahren in Dortmund aneinandergeraten war, begründete den Verzicht auf den Berliner Hallenliebling mit „mangelnden Leistungen in diesem Jahr und zu hohen Gagenforderungen." Und weiter: „Ich habe ihn nicht gewollt, und er hat sich bei mir auch nicht mehr gemeldet." Thurau: „Ich habe in Berlin immer die Halle gefüllt, warum soll ich diesmal weniger verdienen."

Ende August, bei der Weltmeisterschaft in Barcelona, waren die Hallen-Manager übereingekommen, Stars wie Thurau nicht mehr die Gagen vergangener Jahre zu zahlen. Eine Ausnahme bildet Köln, weil der Technische Leiter Peter Kanters den Frankfurter schon im Mai zu den bisherigen Konditionen (rund 6000 Mark pro Nacht) eingekauft hatte.

In seiner Heimatstadt kann Thurau auch nicht fahren, denn 15 Tage vor dem Startschuß ist das 37. Frankfurter Sechstagerennen abgesagt worden. Veranstalter Hans Rainer Burkert: „Zwei der Haupt-Sponsoren sind abgesprungen. Damit war das finanzielle Risiko zu groß." Im Vorjahr hat es bei nur 13 000 Besuchern ein Minus von 100 000 Mark gegeben.

Peking: Erfolg für deutsche Wirtschaft

● Fortsetzung von Seite 1

digkeit eines vertieften kulturellen Verständnisses zwischen den Ländern hin. *Durch Sprachkurse und ei*nen Deutschkurs für das chinesische Fernsehen sollen die Kontakte bis hin zur wissenschaftlichen Kooperation erleichtert werden.

Die Außenpolitik spielt in der Schlußerklärung des Kanzlers eine geringere Rolle als in den Gesprächen mit Ministerpräsident Zhao Zijang, Staatspräsident Li und Deng Xiaoping. Die Sowjetunion wird nicht erwähnt, obwohl ihr innerer Zustand, ihre Rüstungs- und Abrüstungspolitik und ihr nationales Auftreten in der Vertraulichkeit der Aussprachen ausführlich behandelt worden waren. Die Chinesen sind hinsichtlich erfolgreicher Verhandlungen mit Moskau sehr skeptisch und schildern daher gern ihre „feste Haltung". Im Unterschied zu früher gehen sie aber nicht mehr von der „Unvermeidbarkeit des Krieges" aus. Deng sprach davon, daß „die Faktoren der Kriegsverhinderung" stärker geworden seien, was sich besonders auf die enge deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa bezog.

„Wir haben viele Kanonen vor der Tür stehen, aber wir lassen uns nicht von dem Weg abbringen, auf die Landreform nun eine Reform der Städte folgen zu lassen, die so wichtig ist, daß man sie eine Revolution nennen könnte", erklärte Deng dem Vernehmen nach, um den Akzent der chinesischen Politik deutlich zu machen. Er liegt eindeutig auf der Innen- und Wirtschaftspolitik, was das chinesische Interesse an einer „friedlichen Umwelt" begründet. Das Dringen der Chinesen auf ein europäisches Gegenlager zur Sowjetunion steht damit im Zusammenhang. Kohl wiederholte seine Bekundung, daß er sich nach Kräften für die europäische Einigung einsetzen werde. Ausdrücklich würdigte er vor der Presse, „daß ein Land vom Gewicht Chinas für die deutsche Einheit eintritt".

Der 80jährige Deng, dem die Zeremonienmeister des Protokolls höchste Aufmerksamkeit widmen, wirkt kräftig und frisch. Er erkundigte sich, wie alt Konrad Adenauer gewesen sei, als er aus dem Amt schied (er war 87). „Ich bleibe immer optimistisch", sagte Deng, „das ist mein Geheimnis. Auch wenn der Himmel einstürzt – dann sind wir die Riesen."

Kiep verweigert vor dem Ausschuß die Aussage

Er beruft sich auf Ermittlungen in der Spendenaffäre

STEFAN HEYDECK, Bonn

Im Flick-Ausschuß des Bundestages hat gestern erstmals ein zur Vernehmung geladener Politiker die Aussage verweigert: CDU-Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep berief sich dabei auf ein seit drei Jahren gegen ihn laufendes Ermittlungsverfahren. Der Untersuchungsausschuß *hatte ihn zu der Forderung* seiner Partei durch politische Stiftungen und Spender befragen wollen.

Der Unionspolitiker hob allerdings mehrfach hervor, daß es bei der CDU „keinerlei Spenden gegeben" hat, „die mit Auflagen irgendwelcher Art verbunden wären". *Es habe auch nie*mand auf dem Weg der indirekten Parteienfinanzierung Steuern sparen wollen. Hier sei das Motiv der Wunsch der Spender nach Anonymität gewesen. Wenn es einen Skandal gebe, dann liege dieses darin, daß das Parlament lange nicht fähig gewesen sei, bei der Parteienfinanzierung Transparenz und Offenlegung sicherzustellen.

Aufgrund einer Notiz bestätigte er, als niedersächsischer Wirtschaftsminister im August 1976 von Brauchitsch wegen steuerbegünstigter Investitionen angerufen worden zu sein. Das Ministerium, das den Vorgang „auf routineartige Weise abgewickelt" hätte, habe dann dem Bonner Wirtschaftsministerium in kurzer Zeit die Zustimmung zu dem Antrag gegeben.

Der frühere Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch hat nach Angaben des ehemaligen SPD-Schatzmeisters Friedrich Halstenberg das Daimler-Benz-Aktienpaket „immer an einen deutschen Erwerber verkaufen wollen". Mit dieser Aussage stellte sich Halstenberg gestern vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Bonn öffentlich in Widerspruch zu bisherigen Darstellungen.

Nach ihnen war 1974 bekanntgeworden, daß der Konzern das 1,9 Milliarden-Mark-Aktienpaket an Iran verkaufen könnte. Daraufhin hatte damals der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt – wie er am 29. Februar vor dem Ausschuß bestätigte – gesagt: „Ich würde den Ausverkauf der Perle der deutschen Industrie an ein instabiles System im Nahen Osten verhindern." Die Aktien wurden dann von der Deutschen Bank erworben. Flick erhielt die insbesondere von Teilen der SPD heftig kritisierte Genehmigung zur steuerbegünstigten Wiederanlage des Verkaufserlöses.

Nach der gestrigen Darstellung von Halstenberg hatte Brauchitsch, damals Geschäftsführender persönlich *haftender Gesellschafter* des Unternehmens, am 7. Juli 1975 ihm als nordrhein-westfälischen Finanzminister seinen Antrittsbesuch gemacht. Dabei habe Brauchitsch ihm erzählt, daß er „in Bonn nicht so gut zurechtkommt" mit der Erteilung der Antragsgenehmigungen nach dem Einkommensteuerparagraphen 6b. Brauchitsch habe von einer „nationalen Komponente" gesprochen. Er habe aber Halstenberg aufgefordert, „von der wirklichen Geschichtsschreibung sparsam Gebrauch zu machen", damit „Störungen" zwischen der Bundesregierung *und der Bank* verhindert würden. Er will deshalb auch weder Schmidt noch den damaligen Finanzminister Apel unterrichtet haben. Halstenberg bestätigte, daß das Düsseldorfer Finanzministerium den Flick-Konzern „steuerlich immer positiv beurteilt" habe.

Der Zeuge, der 1978 SPD-Schatzmeister wurde, betonte erneut, daß sein verstorbener Vorgänger Alfred Nau allein eine Sonderspenden-Sammelaktion für den Wahlkampf von Helmut Schmidt 1980 durchgeführt habe. Ihm von Friedrich Bohl (CDU) vorgehaltene handschriftliche Aufzeichnungen aus dem Frühjahr 1980, in denen er mögliche Spender aus Industrie und Wirtschaft aufgelistet hatte, bezeichnete Halstenberg als „Vorbereitungskladde" und „Schmierzettel". Die dort aufgeführten Verbände und Konzerne hätte er nicht angesprochen, weil Nau ihm gesagt habe: „Laß mich das allein machen." Er betonte, „nicht einen Pfennig" von der Friedrich-Ebert-Stiftung erhalten zu haben.

Auf Befragen erklärte Eberhard von Brauchitsch gegenüber der WELT, er halte an der bisherigen Darstellung fest. Er sagte: „Die Verhandlungen mit Iran sind von dem damaligen Mitgeschäftsführer Paeffgen geführt worden und können nicht bestritten werden."

Moderne Abfangjäger für Österreich

Bundeskanzler Sinowatz gibt dem Druck der Linken in seiner Partei nicht nach

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Österreich scheint sich eine neue Ära der Verteidigungspolitik und eine neue Haltung der regierenden Sozialistischen Partei gegenüber militärischen Problemen anzukündigen. Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Fred Sinowatz hat sich in der Frage der Anschaffung moderner Jagdflugzeuge für das österreichische Bundesheer – nach jahrelangem Zögern und Hinausschleppen des Problems während der Regierung Kreisky – hinter seinen Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) gestellt. 24 moderne Abfangjäger sollen zur „Luftraumüberwachung" angeschafft werden.

Die Überschallmaschinen werden die veralteten Saab-Maschinen schwedischer Herkunft ersetzen, die mit einer maximalen Flughöhe von 13 000 Metern und einer Höchstgeschwindigkeit von nur 900 Kilometern Eindringlingen in der Luft nicht gewachsen wären. Damit soll ein Zustand beendet werden, der von einem der bekanntesten Generale der österreichischen Armee einst mit dem Wort umschrieben wurde, die Neutralität seines Landes höre „drei Meter über dem Erdboden auf". Sosehr die österreichische Armeeführung über die Entschlossenheit des Kanzlers erfreut ist, dieses Problem jetzt anzupacken – innerhalb der Sozialistischen Partei hat Sinowatz Widerstand und Proteste bei Linken, Pazifisten und Jungsozialisten ausgelöst.

Die Auseinandersetzungen reichen bis in die Redaktionsräume des sozialistischen Parteiorgans „Arbeiterzeitung". Während mindestens zwei Redakteure der Wiener Parteizeitung ihre Unterschriften unter eine Anti-Ab*fangjäger-Resolution setzten* und die sozialistische Jugend als Anlaufadresse für weitere Protestresolutionen fungiert, eröffnete AZ-Chefredakteur Manfred Scheuch im sozialistischen Parteiorgan die Auseinandersetzung mit den eigenen Linken. Immer mehr verstärke sich der Eindruck, schrieb er, daß bei vielen, die „mit solcher Leidenschaft gegen die Erneuerung der Militärmaschinen auftreten", der wahre Beweggrund die „Ablehnung des Bundesheeres und unserer Landesverteidigung überhaupt" sei.

Scheuch konstatierte bei den sozialistischen Partei-Linken ein „Zwiedenken", weil sie für Österreich eine Verteidigungsbereitschaft nicht zugestehen wollten, die sie im Falle Nicaraguas begeistert bejahten. Der SPÖ-Journalist: „Es gibt kein Beispiel in der Welt, wo nicht das Bekenntnis freier Menschen zu ihrem Land Hand in Hand ginge mit der Bereitschaft, es notfalls auch zu verteidigen."

Weiter wirft das SPÖ-Zentralorgan den Gegnern des Bundesheeres in den eigenen Reihen vor, sie wollten den Offizieren und Soldaten zumuten, *sich im Ernstfall „mit* unzulänglichen Verteidigungswaffen als Opferlämmer von einem Aggressor niedermähen zu lassen". Es sei an der Zeit, sich über die sozialistische Haltung zur Landesverteidigung Gedanken zu machen. Pazifismus im Sinne von Gewaltlosigkeit sei kein „Klassikererbe". Österreich habe sich zur Verteidigung seiner Neutralität mit allen *zumutbaren Mitteln verpflichtet.*

Eindeutig sprach sich der Chefredakteur der „Arbeiterzeitung" gegen die von den Linken gerne ins Feld geführte „soziale Verteidigung" aus. Jeder, der die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs bedrohe, müsse mit einer „Levée en masse", einer allgemeinen Volksverteidigung, rechnen – und nicht nur mit passivem Widerstand, weil letzterer die Militärstrategen nicht abschrecke.

Die Konsequenz, mit der Sinowatz das Problem jetzt anpackt, hat mehrere Gründe. Da ist einmal die Furcht, Österreich könne in der gegenwärtig gespannten Lage plötzlich die Hilfe eines „großen Bruders" aufgezwungen werden – etwa nach dem Motto: Wenn ihr euren Luftraum nicht überwachen könnt oder wollt, übernehmen wir das für euch. Daß die Lösung der Luftüberwachungsprobleme seit 18 Jahren hinausgezögert wurde, hat das Ansehen der Wiener Verteidigungspolitik nicht gerade erhöht. Es gibt auch Vermutungen, daß die USA die Frage einer glaubwürdigen österreichischen Luftverteidigung in Zusammenhang mit dem Problem des Technologietransfers sehen und daran messen, ob Österreich ein Neutraler ist, der in einer Krisensituation auch militärischen Pressionen standzuhalten vermag.

Reformierte stoßen auf Widerspruch

idea, Bonn

Der evangelische Arbeitskreis „Sicherung des Friedens" hat jetzt der Resolution des Reformierten Bundes widersprochen, die EKD solle dem „militärischen Abschreckungssystem eine unzweideutige Absage erteilen". Auf seiner Hauptversammlung hatte der reformierte Bund Ende September ferner von der EKD ein „Nein ohne jedes Ja" zur Herstellung und Stationierung von Atomwaffen gefordert.

In einer einstimmig angenommenen Erklärung hebt der von Staatsminister Friedrich Vogel (CDU) und dem Bochumer Professor Günter Brakelmann (SPD) geleitete Arbeitskreis „Sicherung des Friedens" dagegen „in Übereinstimmung" mit der Friedensdenkschrift der EKD hervor, daß auch „die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise" anzuerkennen sei. Nach der theologischen Erklärung von Barmen 1934 stelle es die Aufgabe des Staates dar, gegebenenfalls unter Androhung von Gewalt, also auch durch Abschreckung, Gewalt abzuwehren, die „Recht und Frieden" gefährde.

In diesem Sinne sei ein „Abschreckungssystem" eine politische und moralische Notwendigkeit, um „in der noch nicht erlösten Welt für Recht und Frieden zu sorgen". Das gelte auch für die Abschreckung durch Atomwaffen, die gerade wegen ihrer alles vernichtenden Wirkung als Mittel der Abschreckung den Sinn hätten, jeden Krieg zu verhüten und den Krieg nicht mehr als Mittel der Politik zu verstehen. Dies habe das politisch-militärische Abschreckungssystem zwischen Ost und West bislang geleistet. Der Arbeitskreis „Sicherung des Friedens" bittet ferner die verantwortlichen Politiker, politische Lösungen anzustreben, die zu einem Abbau der Rüstungspotentiale in Ost und West führen. Der Arbeitskreis „Sicherung des Friedens" mit einer Geschäfsstelle in Bonn wurde 1980 vor allem als Reaktion auf die Aktion „ohne Rüstung leben" gegründet.

Baum: Auch ich stehe zur Verfügung

AP, Saarbrücken

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum hat sich grundsätzlich bereit erklärt, die Spitzenkandidatur *für die Landtagswahl* in Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr zu übernehmen. In einem Interview des Saarländischen Rundfunks sagte Baum: „Im Prinzip stehe ich auch zur Verfügung. Das ist eine so wichtige Sache – dieser Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen, daß sich eigentlich keiner entziehen kann, es sei denn, er hat wichtige persönliche Gründe."

Der frühere Bundesinnenminister fügte hinzu: „Ich sehe im Moment da nicht unbedingt meine Aufgabe und meine Rolle. Da gibt es andere, die das möglicherweise besser können." Aber er hoffe, daß sich der Landesvorstand am Montag „auf einen Kandidaten oder besser noch auf eine Kandidatin einigen" werde. Auf die Frage, ob er Schwierigkeiten sehe, wenn der am Wochenanfang von der Spitzenkandidatur zurückgetretene Staatsminister Jürgen Möllemann Landesvorsitzender der Partei bleibe, sagte Baum: „Darüber werden wir am Montag reden müssen. Zunächst einmal müssen wir seine Entscheidung akzeptieren und respektieren."

Straßburg gibt Rabatte frei

dpa/VWD, Straßburg

Das Europaparlament hat die Rabattgelder an Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland für 1983 freigegeben, die es als Druckmittel gegen die britische Position im Finanzstreit der EG eingefroren hatte. London kann jetzt die ungerechnet 1,7 Milliarden Mark erhalten, an die auch eine Rückerstattung von knapp 500 Millionen Mark für die Bundesrepublik gekoppelt war.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 1983 hatten die Staats- und Regierungschefs der EG beiden Ländern diese Summen versprochen, weil sie als einzige mehr an die EG zahlen als sie aus den verschiedenen Brüsseler Töpfen zurückerhalten. Die Überweisung war dann aber blockiert worden, um Großbritannien zum Einlenken bei den Verhandlungen um die Erhöhung der EG-Einnahmen und einem zinslosen Kredit zur Überwindung der Finanzkrise 1984 zu zwingen.

Mehr Mut zur Aktie

adh. – Nachdem bereits im vergangenen Jahr elf neue Namen auf die Kurszettel der deutschen Aktienbörsen kamen, hat sich das Tempo der Neuemissionen in diesem Jahr weiter beschleunigt. Zur Zeit stehen zum Gang an die Börse die Krones AG, die ASKO Deutsche Kaufhaus AG und – noch ohne zeitliche Festlegung – endlich wieder ein Textilwert, die Nino AG, an.

Immer häufiger wagen Familienunternehmen den Schritt aus der unternehmerischen Anonymität in die Publizität eines börsennotierten Aktienunternehmens. Und sie fahren in der Regel gut dabei: Die Furcht vor Abhängigkeit schwindet angesichts der problemlosen Fungibilität der Inhaberaktie; eine Tatsache, die die gerade in Familienunternehmen oft problemgeladenen Erbfälle besser überwinden hilft, als dies bei anderer Rechtsform des Unternehmens möglich wäre.

Das rege Interesse der Anleger an den Neuemissionen, das sich auch in teilweise drastischen Überzeichnungen der Aktienangebote ausdrückt, bestätigt daß der Markt für Risikokapital in der Bundesrepublik vorhanden ist. Und sie zeigen auch, wie leicht die Fantasie der Börsianer zu wecken ist – was allerdings den „richtigen" Ausgabekurs voraussetzt.

Den Unternehmen sollte weiter Mut gemacht werden, den Weg des „going public" zur Verbreiterung der Eigenkapitalbasis zu nutzen. Die Anleger haben bei den letzten Neuemissionen (wie die Leifheit AG) gezeigt, daß sie sich durch Flops (wie den der Kerkerbachbahn AG) nicht irre machen lassen. Der Mut zur Aktie ist gewachsen.

Böse Masche

Py. – Derzeit hat in Sachen Ausbildungsplätze so jeder seine Rekordmeldungen. Die nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern berichten über 105 500 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge, 7000 mehr als im Vorjahr. Die Gewerkschaften halten diesem unbestreitbaren Erfolg der Arbeitgeber den „Negativrekord" von nahezu 60 000 Lehrstellen-Suchern entgegen. Sicher hat der DGB recht, wenn er sagt, mit den IHK-Rekordmeldungen sei den vielen noch Suchenden nicht geholfen. Doch die „Rekorde" sollen ja auch nur den Jugendlichen zeigen, daß durchaus etwas für sie getan wird. Und das allen hohen Kosten- und personellen Belastungen zum Trotz. Die traurige Zahl von 60 000 Suchenden – sollte sie wirklich stimmen – noch dem Verdacht auszusetzen, sie zeige nur die Spitze des Eisbergs, ist eine böse Masche. Mit ihr könnten alle nicht ganz gesicherten Fakten zerredet werden, auch die der 60 000 Suchenden. Schließlich warten auch vielerorts Lehrherren vergeblich auf den vertragsgemäßen Dienstantritt ihres Ausbildungsbefohlenen.

USA / Im Wahlkampf spielt Frage des wirtschaftlichen Wohlstands größere Rolle

Die Mehrzahl der Bürger glaubt, daß sich ihre Lage verbessert hat

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Vor der Wahl in den USA gerät die Frage nach dem wirtschaftlichen Wohlstand der Amerikaner immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Präsident Reagan erntet meist Zustimmung, wenn er fragt: „Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor vier Jahren?". Sein Rivale Mondale hält dem entgegen, daß nur die Reichen echte Fortschritte gemacht hätten, während sich die Lage der Mittelklasse kaum verändert und der Bezieher bescheidener Einkommen verschlechtert habe.

Folgt man den Umfragen, dann sind 55 Prozent der US-Bürger überzeugt, daß sie auf der Wohlstandstreppe nach oben geklettert sind. Die neuesten Statistiken geben indes Mondale recht: Wer schon 1980, dem letzten Jahr der Carter-Administration, viel Geld hatte, besitzt heute mehr. Dagegen ist die Zahl der armen Amerikaner um sechs auf 35,3 Millionen gewachsen. Ihr jährliches Einkommen liegt unter 10 178 Dollar, dem amtlichen Existenzminimum für vierköpfige Familien.

Mehr als für andere Gruppen hat sich die Kürzung der Einkommensteuern in allen Progressionsstufen um nahezu ein Viertel für höhere Einkommen ausgezahlt. Nach Berechnungen des Urban Institute erzielte das obere Fünftel der US-Bevölkerung von 1980 bis 1984 ein reales Plus beim verfügbaren Einkommen von 8,7 Prozent. Das mittlere Fünftel gewann nur ein Prozent, während das untere Fünftel 7,6 Prozent verlor. In den vier Jahren erhöhte sich in Amerika das sogenannte mittlere Familieneinkommen, preisbereinigt und nach Steuern, um 3,5 Prozent auf 21 038 Dollar.

Das bessere Abschneiden der Reichen wird auch damit belegt, daß die durchschnittlichen Bezüge der Topmanager in der US-Wirtschaft seit 1980 um 40 Prozent angehoben worden sind. Dagegen nahm der wöchentliche Durchschnittslohn lediglich um 26 (real: 1,2) Prozent auf 295 Dollar zu.

Eine neue Untersuchung der US-Notenbank bestätigt das steile Wohlstandsgefälle in Amerika. Danach besaßen zwei Prozent der rund 60 Millionen amerikanischen Familien im vergangenen Jahr die Hälfte aller Aktien, 70 Prozent der steuerfreien Anleihen, 39 Prozent der übrigen Obligationen und ein Fünftel der Immobilien. In dieser Gruppe beträgt das Jahreseinkommen mindestens 100 000 Dollar. 1982 entfielen auf zehn Prozent der US-Familien 33 (1969: 29) Prozent des Gesamteinkommens. Die Masse der Mittelklasse, die 20 000 bis 40 000 Dollar im Jahr einnimmt, erhielt etwas weniger.

Die amtlichen Statistiken zeigen außerdem dies: Viel besser als 1980 geht es den älteren Amerikanern, deren Renten und Pensionen nominal um 51 Prozent gestiegen sind. Wegen der gesunkenen Real- und Nominallöhne sind dagegen die jungen US-Bürger zurückgefallen. Deutliche Verlierer sind die Schwarzen.

Wichtige Wirtschaftsdaten der Carter- und Reagan-Administration hat die „New York Times" gegenübergestellt. Danach ist das US-Bruttosozialprodukt unter Jimmy Carter, der von 1977 bis 1980 das Weiße Haus bewohnte, real um 13,6, unter Reagan von 1981 bis 1984 um 10,3 Prozent gewachsen. In ihrer Amtszeit betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote 6,4 und 8,6 Prozent (im Dezember 1980 waren 7,6, im Septemer 1984 noch 8,5 Millionen US-Bürger ohne Job).

Reagan ist der unbestrittene Sieger im Kampf gegen die Inflation. Unter ihm kletterte der Verbraucherpreisindex nur um 26,1 (Carter: 45,7) Prozent. Carter hinterließ andererseits im Finanzjahr 1980 eine Bundesschuld in Höhe von 914,3 Mrd. Dollar; sie schnellte unter Reagan auf 1575,6 Mrd. Dollar. Der Anteil der US-Bevölkerung, der am Rande des Existenzminimums lebt, erreichte 1983 15,2 Prozent, verglichen mit 13 Prozent am Ende der Carter-Administration.

Was Mondales Attacken und die Statistiken nicht widerspiegeln, ist das größere Vertrauen in Amerikas wirtschaftliche Zukunft, das auf Reagans Habenseite zu verbuchen ist. Die seit November 1982, dem Ende der Rezession, erzielten Beschäftigungs- und Investitionszuwächse haben ein positives Klima geschaffen.

VOLKSWAGEN

Gemeinsames Unternehmen mit China vertraglich fixiert

DOMINIK SCHMIDT, **Wolfsburg**

Die bereits vor längerer Zeit angekündigte Gründung eines deutsch-chinesischen Gemeinschaftsunternehmens, an dem die Volkswagenwerk AG und drei chinesische Partner beteiligt sind, ist gestern in Peking im Rahmen des China-Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl vertraglich fixiert worden. Die Gesellschaft soll den Namen „Shanghai-Volkswagen Automotive Company Limited" erhalten. Nach Angaben von VW ist die Vertragslaufzeit zunächst auf 25 Jahre festgelegt.

An dem Gemeinschaftsunternehmen werden die Volkswagenwerk AG zu 50 Prozent, der chinesische Automobilhersteller Shanghai Tractor and Automobile Corp. zu 25 Prozent, die Bank of China über ihre Shanghai-Tochter zu 15 Prozent und der Dachverband der chinesischen Automobilindustrie zu zehn Prozent beteiligt sein. Das Grundkapital soll 160 Mill. Renminbi, das sind etwa 200 Mill. DM, betragen. VW, die Bank of China und der Dachverband werden ihre Anteile als Bareinlagen einbringen, während die Shanghai Tractor zwei Fabriken sowie Maschinen und Anlagen zur Verfügung stellt.

Zunächst ist der Ausbau einer Fahrzeugfabrik mit einer Jahresproduktion von 20 000 Santana-Modellen ab 1989 und einer Motorenfabrik mit einer jährlichen Fertigung von 100 000 Rumpfmotoren ab Ende 1990 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt soll das jetzt vereinbarte Investitionsprogramm von rund 500 Mill. DM abgeschlossen sein. Die bereits laufende Montage des Santana in Shanghai soll dabei „schrittweise" an die vorgesehenen 20 000 Einheiten pro Jahr herangeführt worden. Die Fahrzeuge sind ausschließlich für den chinesischen Markt bestimmt. Wie es heißt, sind die technischen Kapazitäten auf 30 000 Einheiten ausgelegt worden, so daß eine Steigerung der Jahresproduktion kurzfristig möglich ist.

Mit dem Aufbau der Rumpfmotorenfertigung soll 1986 begonnen werden. Geplant ist die Produktion eines 4-Zylinder-Motors als Benzin- und Dieselversion. Die der chinesischen Santana-Fertigung entsprechende Stückzahl soll in China komplettiert werden. Die darüber hinaus produzierten rund 80 000 Motoren sind für den Export an VW vorgesehen. Logistische Probleme bei der Verwendung und dem Einsatz dieser Motoren werden bei VW nicht gesehen.

Der nationale Fertigungsanteil an der Fahrzeugproduktion in Shanghai beträgt derzeit 30 Prozent. Er beinhaltet die Montage der Autos. Bis 1991 soll dieser Anteil auf 80 bis 90 Prozent steigen. Voraussetzung dafür sei der Aufbau einer leistungsfähigen chinesischen Zulieferindustrie. Dabei handele es sich zunächst um die Zulieferung von Reifen, Radios, Gummiteilen und Fahrzeugsitzen aus lokaler Fertigung. In der neuen Gesellschaft wird VW durch zwei Direktoren (Finanz und Einkauf sowie Technik) vertreten sein.

Blick in den Weltraum

Von HEINZ HECK

Forschungsminister Heinz Riesenhuber will mehr Geld in die Weltraumforschung stecken, und er hat triftige Gründe. Es geht um eine europäische Beteiligung an einer amerikanischen Raumstation und um die Entwicklung einer neuen Generation europäischer Trägerraketen einschließlich eines neuen Triebwerks.

Mit Blick auf die gewaltigen Investitionen für die Weltraumforschung verbieten sich nationale Alleingänge ohnehin. Angesichts der neuerdings zu beobachtenden Bemühungen der amerikanischen Regierung, Westeuropa und Japan den Hahn für den Technologietransfer zuzudrehen, ist es geradezu ein geschickter Schachzug, wenn durch ein solches Gemeinschaftsprogramm wieder Anknüpfungspunkte gesucht und Konfrontationen vermieden werden.

Auch ist Riesenhubers These von der Signalwirkung solcher Anstrengungen – und möglicher Erfolge – nicht zu widersprechen. Denn darin kann sich nachdrücklich die Spitzenposition der beteiligten Industrien manifestieren, von dem zu erwartenden Technologieschub ganz zu schweigen.

Umgekehrt wäre eine Verweigerung Bonns nicht nur technologie-, sondern auch außenpolitisch von Nachteil. Nicht zuletzt deshalb macht sich auch der Bonner Außenminister für die Pläne Riesenhubers stark. Beide rechnen andernfalls mit Belastungen der transatlantischen Partnerschaft und der europäischen Einigungsbestrebungen.

Das Kabinett dürfte Riesenhubers Plänen daher seinen Segen geben. Allerdings heißt das noch nicht, daß ihm auch die angeforderten Mittel zusätzlich bewilligt werden sollten. Allein für die Jahre 1986 bis 1988 hat er knapp 1,1 Milliarden Mark geltend gemacht.

Die heranrückende Bundestagswahl 1987 wird Finanzminister Gerhard Stoltenberg wachsende Schwierigkeiten bei der Fortsetzung seines Sparkurses bescheren. Alle Ressorts melden „unabweisbare Mehranforderungen" an, und die Minister überbieten sich mit ihren Begründungen. Auch aus den Koalitionsfraktionen wird der Ausgabendruck zunehmen, nachdem man doch ein paar Jahre so erfolgreich gespart hat.

Stoltenberg wird seine ganze Überzeugungskraft aufbieten müssen, um sich dieser Anfechtungen zu erwehren. Der Sparkurs muß fortgesetzt werden. Schließlich ist auch noch nicht das letzte Wort über die Steuerreform und die Verteilung der Steuerausfälle auf Bund und Länder gesprochen. Der Finanzminister ist gut beraten, wenn er die eine oder andere Milliarde in Reserve hält. Dies gilt erst recht dann, wenn sich die Koalition - etwa aus konjunkturpolitischen Erwägungen - doch noch dazu durchringen sollte, die für 1988 geplante zweite Stufe vorzuziehen.

In dieser Situation wäre es fatal, wenn Stoltenberg die Milliardenforderung Riesenhubers bewilligen wollte. Sofort läge ein ganzes Paket weiterer Anträge anderer Häuser auf dem Tisch, und der Kassenwart geriete in Argumentationsnöte.

Aber auch in der Sache ist nicht einzusehen, warum er der Forderung nachgeben sollte. Weltraumforschung ist wichtig, kein Zweifel. Sonst könnte Riesenhuber nicht so bestechende Argumente ins Feld führen. Aber jeder Minister muß Prioritäten setzen – und infolgedessen auch Posterioritäten.

Man kann dem Forschungsminister bescheinigen, daß er in seiner zweijährigen Amtszeit bereits einen deutlichen Kurswechsel vollzogen hat: weg von der direkten Förderung bei gleichzeitigem stärkeren Engagement der Wirtschaft. Dieser Kurs ist richtig und muß weiterverfolgt werden, zumal da manchmal staatliches Engagement unvermeidlich ist - etwa in der Weltraumforschung. Hierfür muß Riesenhuber noch mehr Spielraum schaffen.

Auch darf nicht übersehen werden, daß von verstärkten Weltraumaktivitäten starke Impulse vor allem auf Automation und Robotertechnik, Materialforschung, Verfahrens- und Fertigungstechnik sowie Datenverarbeitung und Telekommunikation ausgehen, wie er in seiner Kabinettsvorlage schreibt und wie das amerikanische Beispiel gelehrt hat. Also müßten doch an anderer Stelle Einsparungen möglich sein?

„Man muß öfter nein sagen können", resümiert Riesenhuber selbst seine Erfahrungen mit der Behandlung von Förderanträgen. In dieser Haltung kann man ihn nur bestärken.

AUF EIN WORT

» Durch die Reform der Körperschaftsteuer im Jahr 1977 ist eine erhebliche Benachteiligung der gemeinnützigen Stiftungen eingetreten. Die Hoffnungen, daß durch eine politische Entscheidung zumindest diese Benachteiligung rückgängig gemacht werden würde, haben sich bisher nicht erfüllt. Die Enttäuschung darüber ist groß. «

Dr. Werner Remmers, Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Volkswagenwerk, Hannover

FOTO: FRITZ RUST

Neue Berater für Arbed Saarstahl?

VWD, **Brüssel**

Die EG-Kommission hat der saarländischen Landesregierung die Einschaltung der US-Wirtschaftsberatergruppe McKinsey nahegelegt, um der Umstrukturierungsprobleme der stark verschuldeten Arbed Saarstahl GmbH Herr zu werden. McKinsey sollte nach Brüsseler Auffassung parallel zu der bereits eingerichteten saarländischen Arbeitsgruppe tätig werden. McKinsey hat im Auftrag der Kommission bereits bei der Umstrukturierung von Stahlunternehmen in Italien, Belgien und den Niederlanden mitgewirkt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Einheitsdokument soll beim Zoll Papierkrieg beenden

WILHELM HADLER, **Luxemburg**

Über die Einführung eines „Einheitsdokumentes" im Warenverkehr haben sich die für Binnenmarktfragen zuständigen Fachminister der EG geeinigt. Es soll von 1985 an die bis zu 70 Formulare ersetzen, die noch beim Grenzübergang Verwendung finden, und damit eine erhebliche Einschränkung des kostenträchtigen und zeitraubenden „Papierkrieges" bringen. Ob das „Einheitsdokument" allerdings wirklich den Warenverkehr vereinfacht, hängt von seiner Ausgestaltung ab.

Die Regierungsexperten verhandeln seit Monaten über das Formular. Auch am Rande der Ratssitzung versuchte eine Arbeitsgruppe wieder vergeblich eine Einigung über die künftig erforderlichen Angaben zu erzielen. Immerhin gelang es, die Zahl der Rubriken von bisher 70 auf 58 zu reduzieren. Die Minister verständigten sich ferner auf eine Revision der 1978 verabschiedeten „Bilanzrichtlinie". Sie einigten sich gegen die Stimmen Frankreichs und Belgiens auf eine Aufstockung der Schwelle, die darin für die Verpflichtung zur Offenlegung der Jahresrechnung von Gesellschaften festgelegt worden ist.

Um der Inflationsentwicklung gerecht zu werden, soll diese Schwelle beim Umsatz um 60 Prozent und bei der Bilanzsumme um 55 Prozent heraufgesetzt werden. Die Bundesregierung war zunächst für eine Aufstokkung um 75 Prozent eingetreten.

Am Widerstand Großbritanniens scheiterte vorerst die Harmonisierung des Niederlassungsrechts für Handelsvertreter. Dagegen traf eine ähnliche Richtlinie für Angehörige pharmazeutischer Berufe auf harten Widerstand Luxemburgs.

MARKENFÄLSCHUNG

Die Schäden betragen fast 30 Milliarden Mark

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Zu einem Schlag gegen die „Markenpiraten" wollen die Industrieländer ausholen. Wie es am Mittwoch auf einer Fachtagung im Düsseldorfer Industrie-Club hieß, schwebt ihnen vor, die bestehenden Schutzrechte von Herstellern zu verbessern, gefälschte Produkte grundsätzlich zu beschlagnahmen, internationale Abkommen zu schließen und ein zentrales Informations- und Überwachungsbüro der Internationalen Handelskammer (Paris) einzurichten.

Die Markenpiraterie habe sich, ausgehend von Südostasien, seit den 70er Jahren wie ein Flächenbrand ausgebreitet. Gefälscht oder nachgeahmt werde heute an Gütern, Warenzeichen und Design praktisch alles von Uhren und Parfüm über Musicassetten und Tafelgeschirr bis zum kompletten Computer.

Der Umsatz mit der heißen Ware werde – nach unterschiedlichen Berechnungen von Experten – weltweit auf zwölf bis 27 Mrd. DM jährlich geschätzt, berichtete Prof. Rolf Sammet, Vorstandschef der Hoechst AG und Präsident der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer.

Die deutsche Wirtschaft werde weitaus am stärksten durch den Vertrieb gefälschter deutscher Produkte außerhalb der Bundesrepublik geschädigt. Vor allem mittelständische Unternehmen ohne eigene Niederlassungen im Ausland seien diesen Praktiken fast hilflos ausgeliefert.

Die EG-Kommission prüft auf Initiative Frankreichs bereits jetzt die Möglichkeiten für ein einheitliches Verfahren gegen Markenpiraterie, teilte Staatssekretär Rudolf Sprung vom Bundeswirtschaftsministerium mit. Auf längere Sicht werde ein entsprechendes Gatt-Abkommen angestrebt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Einzelhandelspreise 1,5 Prozent über Vorjahr

Wiesbaden (VWD) – Die Abgabepreise des deutschen Einzelhandels blieben im September gegenüber dem Vormonat unverändert. Sie lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 1,5 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Index der Einzelhandelspreise ist bei 134,2 angekommen (1976 = 100).

Plus im Berlin-Verkehr

Berlin (AP) – Mit fast 3,2 Millionen Passagieren wurden im Flugverkehr von und nach Berlin in den ersten neun Monaten dieses Jahres 2,8 Prozent mehr Reisende befördert als im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach der am Mittwoch vorgelegten Dreivierteljahresbilanz der Flughafengesellschaft verzeichnete der Linienverkehr ein Plus von 1,9 Prozent, der Pauschalflugverkehr wuchs um sieben Prozent.

Nigeria will Zinsen zahlen

London (VWD) – Nigeria will „Anfang nächsten Jahres" 220 Mill. Dollar ausstehende Zinsen für Handelsschulden bezahlen, verlautet aus London. Diese Summe decke jedoch nur die im Laufe des Jahres 1984 angefallenen Zinsen ab und betreffe auch nur solche Kredite, die von westlichen Exportkredit-Institutionen garantiert sind. Die Bereitschaft zu diesen Zahlungen hatte Nigeria vergangene Woche in Paris auf einer Konferenz mit Vertretern 17 westlicher Regierungen erklärt. Diese hatten den Nigerianern verdeutlicht, daß sie keine weiteren Eigenwechsel des Landes akzeptieren würden, ehe sich Lagos nicht mit dem IWF über ein Sparprogramm einige.

Hypothekenzinsen sinken

Frankfurt (VWD) – Nachdem erst Mitte September eine Rücknahme der Hypotheken-Zinssätze um etwa ¼ Punkt vorgenommen wurde, scheint sich nun eine Reduzierung um rund ⅛ Prozentpunkt durchzusetzen. Bereits Ende September hatten einige Institute ihre Konditionen (Auszahlung, Zinssatz) derart geändert, daß der Effektivzins ⅛ Punkt niedriger lag. Mittlerweile haben sich andere Institute angeschlossen. Einige Realkreditinstitute wie die Deutsche Genossenschafts Hypothekenbank bieten nun auch wieder Zinsfestschreibungen mit 15 Jahren Laufzeit an.

Handelsgesetz gebilligt

Washington (AP) – Der US-Kongreß hat am Dienstag ein umfassendes Handelsgesetz verabschiedet. Darin wird der US-Stahlindustrie die Modernisierung ihrer Kapazitäten angeraten, um Importbeschränkungen ausländischer Produkte überflüssig zu machen. Ländern, die Handelshemmnisse gegen amerikanischen Wein aufrechterhalten, droht künftig die Beschränkung ihrer eigenen Exporte in die USA. Schließlich werden die Zollerleichterungen für 140 Entwicklungsländer bis 1993 beibehalten und der Präsident zu Verhandlungen über ein amerikanisch-israelisches Freihandelsabkommen ermächtigt.

Neue Arbeitsplätze

München (dpa/VWD) – Der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann rechnet damit, daß bis 1989 rund 20 000 neue Arbeitsplätze in der Elektronik-Industrie des Freistaates geschaffen werden. Dafür sollen in den Jahren 1985 bis 1988 insgesamt 42 Millionen DM für die Mikroelektronik-Forschung außerhalb der Universitäten ausgegeben werden. Das Regierungskonzept zur Förderung der Elektronik-Industrie sieht ferner eine Anpassung der Ausbildungs- und Prüfungsinhalte auch bei allgemeinbildenden Schulen an die neuen technologischen Erfordernisse vor. Die Elektronik-Industrie sei, so Jaumann, mit 230 000 Arbeitsplätzen der größte Arbeitgeber des Landes.

KARTELLSENAT

Entscheidung im Verfahren Metro/Kaufhof im Oktober

dpa/VWD, **Berlin**

Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts will am 16. Oktober seine Entscheidung im Verfahren Metro/Kaufhof verkünden, bestätigte das Gericht. Dabei geht es um die Beschwerde gegen die Verfügung des Bundeskartellamtes vom Juni 1983, mit der der Metro Vermögensverwaltungs KG, Düsseldorf, die beabsichtigte Aufstockung ihrer Beteiligung am Grundkapital der Kaufhof AG, Köln, auf 25 Prozent untersagt wurde.

Die Entscheidung des Kartellsenats dürfte davon abhängen, ob er den Cash-and-carry-Großhandel, in dem die Metro nach Einschätzung des Bundeskartellamtes eine marktbeherrschende Stellung hat, als eigenständigen, abgrenzbaren Großhandelsmarkt ansieht oder ob der C&C-Großhandel im Wettbewerb zum Zustellgroßhandel und zu Großbetriebsformen des Einzelhandels, die sich auch an gewerbliche Abnehmer wenden, steht.

Von der Entscheidung des Kartellsenats, gegen die mit Sicherheit Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe zugelassen wird, dürfte eine Signalwirkung für die weitere Entwicklung im deutschen Lebensmittelgroß- und einzelhandel ausgehen. Mit Interesse wird auch erwartet, wie sich der Senat zu dem vom Bundeskartellamt angenommenen Oligopol in der Nachfrage gegenüber der Nahrungsmittel- und Genußmittelindustrie äußern wird. Das Kartellamt ging in seiner Untersagungsverfügung noch von einem Oligopol bestehend aus Aldi, Tengelmann, coop, Edeka, Rewe/Leibbrand und Metro aus, berücksichtigte hierbei aber nicht die großen Einkaufskontore.

TRANSPORT-FORUM / Seehäfen können Nachteile im Zulaufverkehr nicht ausgleichen

Ministerium sagt schnelle Hilfe zu

W. WESSENDORF, **Bremerhaven**

„Bei einer weiteren Verschärfung des Seehafenwettbewerbs mit zunehmenden Ladungsabwanderungen und Erlösverlusten muß die Erhaltung der deutschen Seehäfen zu einer zentralen Frage der nationalen Wirtschafts- und Verkehrspolitik werden", sagte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Bremischen Hafenvertretung, Helmut Detken, auf dem 10. Transport-Forum in Bremerhaven zum Thema „Die Zukunft der europäischen Seehäfen".

Die deutsche Seehafenwirtschaft sei überfordert, meinte Detken, ihre Nachteile aus den Rahmenbedingungen des binnenländischen Zu- und Ablaufverkehrs allein durch höhere Qualifikationen auszugleichen. Es gelte deshalb bis zum Jahresende hart um einen tragbaren Kompromiß zwischen Transportgewerbe und Seehäfen zu ringen.

Die Zeit dränge, weil die EG-Kommission dem Ministerrat-Rat noch im Oktober einen Vorschlag unterbreite, die Seehafenverkehre so zu stellen wie den grenzüberschreitenden Verkehr der EG; das bedeute freie Preisbildung, keine Kontingentierungen usw. Detken: „Das sind Bedingungen, die weit über die Vorstellungen der deutschen Küstenländer für den Seehafenverkehr hinausgehen."

Heinz Sandhäger, Leiter der Verkehrspolitischen Grundsatzabteilung im Bundesverkehrsministerium, erklärte: „Die Verkehrspolitik der Bundesregierung will den deutschen Seehäfen bei der Lösung dieses Problems schnell helfen."

Die Devise des Bundesministers für Verkehr laute, zunächst unterhalb der Schwelle gesetzesgeberischer Maßnahmen zu Fortschritten bei der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen im Seehafen-Hinterlandverkehr zu gelangen. Dies setze allerdings beim Straßengüterverkehrs- und Binnenschiffahrtsgewerbe freiwillige Maßnahmen voraus, die die Möglichkeiten des nationalen Ordnungsrahmens hinsichtlich einer dem grenzüberschreitenden Verkehr entsprechenden Flexibilität bei der Preisbildung voll ausschöpften.

„Wir sind skeptisch, ob das gesteckte Ziel zu erreichen ist, solange die Wettbewerbsgrundlagen in den unterschiedlichen Verkehrsordnungen der Bundesrepublik und den Beneluxstaaten nicht harmonisiert sind", meinte Bernhardt Bünck, Präsident des Bundesverbandes Spedition und Lagerei E. V., Bonn. Der Wettbewerb der Häfen werde außerdem durch eine an Bedeutung zunehmende Dispositionsfreiheit der Reeder geprägt. Es sei fraglich, ob die angestrebte theoretische Angleichung der Zu- und Ablauftarife zu den Häfen im Rheinmündungsgebiet den norddeutschen Häfen den erwarteten Nutzen bringen könne.

Was hat die Wirksamkeit einer Kopfschmerz-Tablette mit der Qualität von Sport-Reifen gemeinsam?

Informations-Logistik von Tandem.

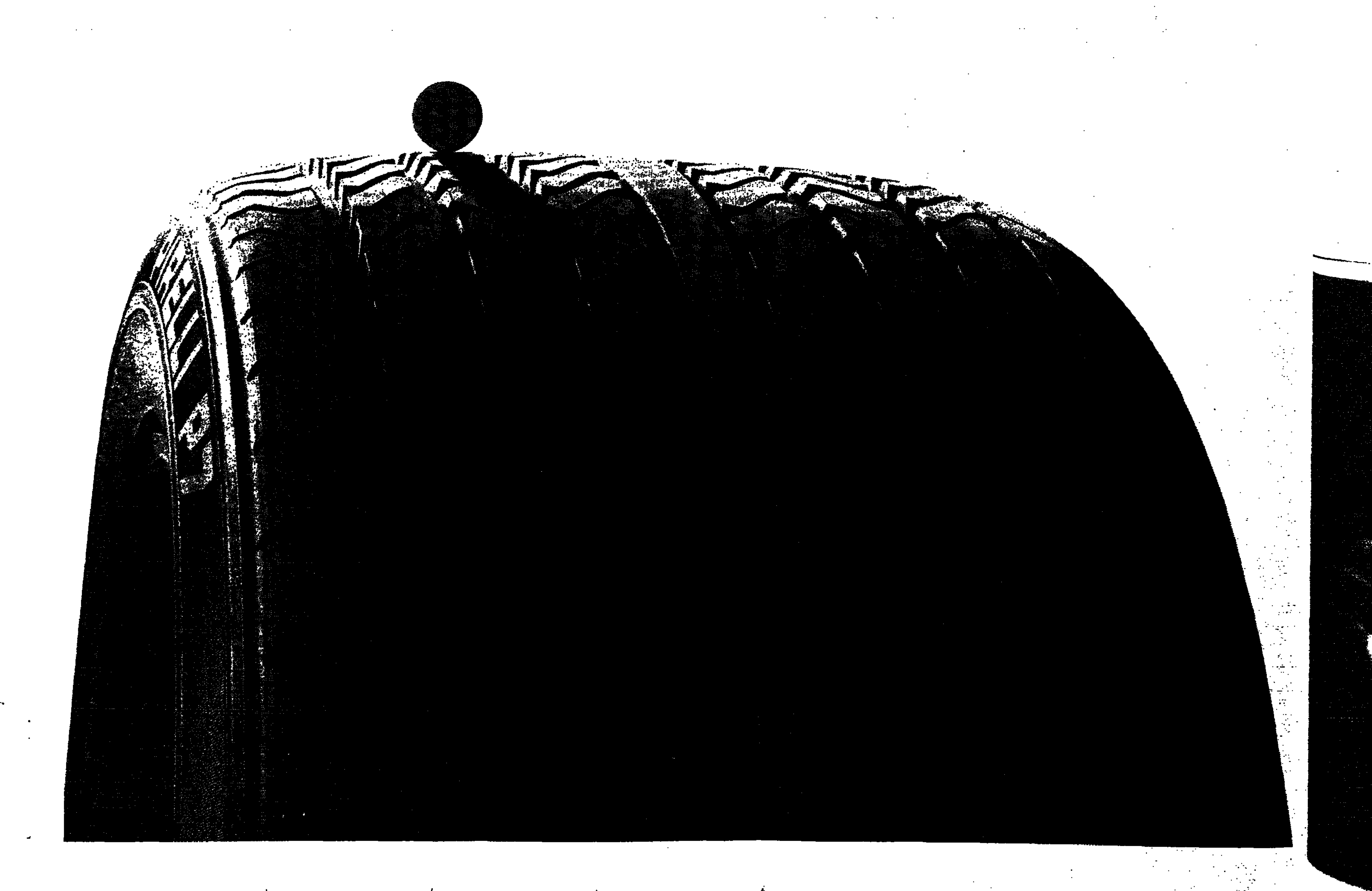
Die Qualität von Produkten, Dienstleistungen und Entscheidungen hängt davon ab, daß die richtigen Informationen zur richtigen Zeit am richtigen Ort zur Verfügung stehen. Darum haben auch so unterschiedliche Bereiche wie Reifenproduktion und Pharma-Industrie für ihren Erfolg eines gemeinsam: sie brauchen eine perfekte Informations-Logistik. Und weil die Ansprüche an Aufbereitung und Verteilung der Informationen immer höher werden, müssen die Computer-Systeme speziell für diese Logistik-Aufgaben konzipiert sein.

Tandem Computer sind perfekte Informations-Logistik-Rechner. Dafür sorgt ihr System-Konzept. Mit Schnelligkeit und Reaktionsstärke durch Transaktions-Orientierung. Mit Kommunikations-Fähigkeit für Daten, Texte und Bilder. Mit Auskunftssicherheit durch relationale Datenbanken. Mit Beständigkeit und Flexibilität durch unbegrenzte Ausbaufähigkeit. Mit leichter und sicherer Bedienung. Und das alles mit Ausfallschutz durch das einzigartige Tandem NonStop-System.

So sorgt Tandem dafür, daß Sie auch bei höchstem Informations-Tempo keine Kopfschmerzen bekommen.

Tandem-Geschäftsstellen: Hamburg, Dortmund, Düsseldorf/Hilden, Frankfurt, Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Zürich.
Tandem-Fertigung: Neufahrn bei München.

TANDEM
Wo Erfolg vom Computer abhängt, geben wir Sicherheit.



LANDMASCHINEN

Renault und IH kooperieren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach 18monatigen Verhandlungen hat der staatliche französische Renault-Konzern mit der in Frankreich stark vertretenen International Harvester einen Kooperationsvertrag für den Bereich landwirtschaftlicher Maschinen unterzeichnet. Er sieht die Gründung einer gemeinsamen Studien- und Dienstleistungsgesellschaft vor, die die näheren Bedingungen der Zusammenarbeit insbesondere für den Materialeinkauf festlegen soll.

Zur Finanzierung künftiger Investitionen und zur Konsolidierung der gegenüber dem französischen Staat und den Staatsbanken bestehenden Verbindlichkeiten soll eine weitere Gesellschaft gegründet werden, an deren Kapital von 125 Mill. Franc sich Renault und Harvester mit je 40 Prozent und der Staat mit 20 Prozent beteiligen. Die von ihr aufzubringenden Mittel würden aber bei weitem nicht den ursprünglich vorgesehenen Betrag von einer Milliarde Franc innerhalb von fünf Jahren erreichen, heißt es in Paris.

Renault-Präsident Bernard Hanon verspricht sich von diesem Vertrag die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für die Tochter Renault Matérial Agricole, die mit 2,35 Mrd. Franc Umsatz größter französischer Anbieter von landwirtschaftlichen Traktoren (18,4 Prozent Marktanteil) ist. Harvester verbuchte 1983 bei 2,2 Mrd. Franc Umsatz 400 Mill. Franc Verluste. Die Regierung stellte seit Mitte letzten Jahres etwa 550 Mill. Franc an Krediten zur Verfügung. Zu deren Konsolidierung wurde ein Rationalisierungsabkommen mit Renault verlangt. In einer Absichtserklärung vom März war die Rede von der gemeinsamen Entwicklung und Produktion von Traktorengetrieben. Das jetzt unterzeichnete Abkommen geht weniger weit.

Belgrad erhält Geld für Straßen-Ausbau

cgs. Wien

In Belgrad wurde anläßlich der Tagung des Verwaltungsrats der Europäischen Investitionsbank (Luxemburg) ein Darlehensvertrag über 60 Mill. Ecu (150 Mill. DM) unterzeichnet, der Jugoslawien den Ausbau seines Straßennetzes ermöglichen soll. Etwa 65 Mill. DM wird die Investitionsbank für den Bau des Karawanken-Tunnels zwischen Österreich und Jugoslawien zur Verfügung stellen. Der Rest von 85 Mill. DM soll für den Ausbau der Autobahnstrecken in Kroatien und Serbien auf der transjugoslawischen Magistrale – Richtung Griechenland, Bulgarien und der Türkei – verwendet werden.

Besonders dem Karawanken-Tunnel kommt nicht nur aus jugoslawischer Sicht große Bedeutung zu, weil die bestehenden Grenzübergänge über den Loibl- und den Wurzenpaß nicht wintersicher und bereits heute überlastet sind. Die Bauzeit des Tunnels, von dem 3,5 Kilometer auf jugoslawischem Gebiet liegen werden, soll bis Ende 1988 dauern. Nach Fertigstellung erwartet man eine tägliche Frequenz von 6000 bis 7000 Fahrzeugen. Die Gesamtkosten für den Karawanken-Tunnel werden mit 800 Mill. DM veranschlagt.

USA / Position des Netto-Kapitalimporteurs beruht nicht nur auf dem Zustrom von Auslandsgeldern

Amerikas Direktinvestitionen stark geschrumpft

H.-A. SIEBERT, Washington

Die hohen Renditen von Dollaranlagen und die stark geschrumpften Ausleihungen der Banken in Länder der Dritten Welt sind vor allem dafür verantwortlich, daß die USA mehr Kapital einführen als exportieren. Das belegen neue Statistiken des Investmenthauses Salomon Brothers in New York und der Federal Reserve Bank in St. Louis. Eine Untersuchung des Haushaltsbüros des Kongresses warnt zugleich vor den enormen Zinslasten, die durch die rasche Akkumulation der Washingtoner Bundesschulden entstehen.

So groß ist die Attraktivität amerikanischer Wertpapiere, daß US-Unternehmen im September zum erstenmal mehr Obligationen im Ausland als zu Hause emittiert haben. Das große Kaufinteresse der Ausländer ermöglichte es ihnen, kurzfristige Gelder durch langfristige mit festen Zinsen, die weniger riskant sind, zu ersetzen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres brachten die US-Gesellschaften 14,4 Mrd. Dollar (nahezu 44 Mrd. Mark) oder ein Drittel aller amerikanischen Unternehmensanleihen im Ausland unter – ein Rekord. Im Gesamtjahr 1983 waren es 7,3 Mrd. Dollar oder ein Zehntel und 1982 15,1 Mrd. Dollar oder 21,1 Prozent.

Folgt man der regionalen Notenbank in St. Louis, Missouri, dann muß die vorherrschende Ansicht revidiert werden, wonach ausländische Kapitalzuflüsse zur Finanzierung der US-Haushaltsdefizite Amerika zum Netto-Kapitalimporteur degradiert haben. Der Grund liege vielmehr darin, daß Ausländer sich stärker in den USA engagiert hätten als amerikanische Anleger jenseits der eigenen Grenzen, betont die Bank. Und weiter: „Die wichtigste Ursache liegt in der Entscheidung der Amerikaner, zu Hause zu investieren. Das führte zu einem drastischen Abbau unserer Investitionen im Ausland."

Die Federal Reserve Bank in St. Louis verweist darauf, daß 1983, als die USA in die Rolle eines Netto-Kapitalimporteurs schlüpften, der Zustrom ausländischen Kapitals sogar abgeebbt sei, und zwar von 95,2 (1982) auf 81,7 Mrd. Dollar. Dieser Trend habe sich im ersten Quartal 1984 fortgesetzt. Andererseits seien die US-Kapitalausfuhren gleichzeitig von 118,9 auf 49,5 Mrd. Dollar gesunken. Als bedeutendsten Faktor nennt die Bank die stark reduzierten Forderungen amerikanischer Banken gegenüber Ausländern, die aus der Schuldenkrise resultierten.

Amerikas Rückfall in die Position eines Netto-Kapitalimporteurs sei nicht von enormen Zuwächsen beim Kauf von Treasury-Papieren durch Ausländer begleitet gewesen, fährt die Bank fort. Während Ausländer 1983 mehr Schatztitel erwarben, sei ihr Anteil an der US-Bundesschuld – wie schon in den drei Jahren zuvor – geschrumpft. Die Notenbank in St. Louis hat die unten abgebildete Tabelle mitgeliefert.

Für Ausländer sind amerikanische Wertpapiere vor allem wegen der hohen Verzinsung des eingesetzten Kapitals attraktiv. Die Vorteile spiegeln sich in der Zinsdifferenz, verglichen mit Anlagen in eigener Währung, und den erwarteten US-Unternehmensgewinnen. Hinzu kommen psychologische Faktoren. Im Augenblick zeigt in den USA die Zinskurve zwar leicht nach unten; alles spricht aber dafür, daß sie auf längere Sicht ansteigt. Schuld an dieser Entwicklung ist das rapide Anwachsen des Washingtoner Schuldenberges. Wenn das Währungsrisiko nicht überhand nimmt, bleibt mithin Amerikas magnetische Anziehungskraft für Auslandskapital bestehen.

Das Congressional Budget Bureau schätzt, daß die öffentliche Verschuldung des amerikanischen Bundes 1989 nahezu 2,5 (1980: 0,7) Billionen Dollar erreicht, falls die Akkumulierung durch jährliche Haushaltsdefizite in Höhe von rund 200 Mrd. Dollar nicht gestoppt wird. Dann steigt der Anteil der Schulden, die privat gehalten werden, von 35 auf 46 Prozent des US-Bruttosozialprodukts. Damit werden die Zinskosten zum am schnellsten wachsenden Ausgabenteil: Im Finanzjahr 1983 machten sie mit 90 Mrd. Dollar elf Prozent der Gesamtausgaben aus, 1989 werden es mit 214 Mrd. Dollar 16 Prozent sein. Als Anteil am Sozialprodukt nimmt der Zinsendienst Washingtons von drei auf vier Prozent zu. Mit einem Schlage wird verständlich, warum Amerikas Zinsen so hoch sind.

Kapitalbewegungen der USA
(in Mrd. Dollar)

	1980	1981	1982	1983	1.Qu.1984¹)
US-Anlagen im Ausland (Kapitalabflüsse)	86,1	111,0	118,9	49,5	23,7
Forderungen der US-Banken	46,8	84,2	111,1	25,4	1,3
Ausl. Anlagen in den USA (Kapitalzuflüsse)	58,1	81,3	95,2	81,7	47,2
in Treasury-Papieren	12,4	8,0	12,8	15,7	4,9
US-Bundesschulden, gehalten von Ausländern, in Prozent	17,5	16,5	15,1	14,1	13,6

¹) vorläufige Jahresrate

Roenspiess will in AG umwandeln

tb. Berlin

Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und den Gang an die Börse plant die Erwin Roenspiess + Sohn Technisches Büro Service GmbH + Co. (TBS Roenspiess), Berlin. Wie die Gesellschafter mitteilten, ist die Umwandlung in eine AG 1986 vorgesehen. Der Schritt an die Börse könnte 1989 erfolgen. Das Kapital von gegenwärtig 3 Mill. DM soll dann verdoppelt werden. Denkbar ist nach Ansicht der Geschäftsleitung auch der Einstieg eines bedeutenden Büromaschinenherstellers. An dem Unternehmen sind jetzt Lothar Rowe mit 86 Prozent sowie Dieter Sohlbach und Rudolph Schlager mit zusammen 14 Prozent beteiligt.

Das Unternehmen, das in diesem Jahr sein 25jähriges Bestehen feiert, hat sich in dieser Zeit von einem Handelsunternehmen zum Farbbandhersteller für die elektronische Datenverarbeitung mit eigener Entwicklungsabteilung gewandelt. Der Umsatz für 1983 wird mit netto 31,9 (25,3) Mill. DM angegeben, für 1984 werden 35,1 Mill. DM erwartet. Der konsolidierte Umsatz der TBS-Gruppe lag 1983 bei 65 (61) Mill. DM. Beschäftigt werden bei Roenspiess 218 Mitarbeiter. Investiert werden in diesem Jahr 3,5 (1,7) Mill. DM.

Rund 85 Prozent des Umsatzes entfallen auf Farbtücher und -bänder, der Rest auf chemo-technische Bürobedarfsartikel sowie kleinere Büromaterialien. 1983 hat man durch starke Konkurrenz und Kostendruck die gesteckten Ziele nicht ganz erreicht und auch 1984 wurden die Ertragserwartungen zurückgeschraubt. Ziel ist aber nach Angaben von Rudolph Schlager eine Rendite von 8 Prozent vom Umsatz.

SECURITY '84 / Kritik an der Bauwirtschaft

Milliarden-Markt wächst

HARALD POSNY, Essen

Angesichts der ständig steigenden Zahl von Einbrüchen, Raub und Diebstahl wachsen auch Sicherheitsbewußtsein und der Bedarf an Vorrichtungen und Anlagen zum Schutz des Eigentums. Die bevorstehende 6. Internationale Sicherheits-Fachmesse „Security '84" (16. bis 19. Oktober in Essen) nutzte deren Messebeirats-Vorsitzender Helmut Ristow zu eindringlichen Appellen an die Bauwirtschaft, den Sicherheitsaspekten „rund ums Haus" mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sowohl in der Baubranche als auch schon bei Planern und Architekten bestehe ein „massiver Nachholbedarf an Kenntnissen über präventive Sicherheitstechniken".

Nach Ristow dürfe es kein Haus ohne Diebstahlsicherung geben. Dabei käme es nicht auf elektronische Alarmeinrichtungen allein an, sondern schon auf technisch sinnvolle, bei Bedarf zuverlässige und finanziell erschwingliche Sicherungen. Für vernünftige mechanische Sicherungen (Schlösser, Türen, Riegel) brauchten nur etwa 1000 bis 1500 DM aufgewendet werden, für eine komplette Gebäude-Außenhautsicherung (Bewegungsmelder und Überwachungsvideo) für ein zweigeschossiges freistehendes Einfamilienhaus müßten dagegen 10 000 bis 25 000 DM auf den Tisch gelegt werden. Zu Anfang könne man sich auch mit einzelnen Bausteinen eines Sicherungssystems behelfen.

Im privaten Baubereich seien die Versäumnisse noch am größten, im Wirtschafts- und Verwaltungssektor dagegen würde schon im Hinblick auf wertvolle EDV-Anlagen auf die Sicherheit ein weitaus größeres Augenmerk gerichtet. Dabei stünden die Ausgaben für die überwiegend langlebigen Produkte in keinem Verhältnis zum Wert der geschützten Güter. So wird der entstandene und zumeist von den Versicherungen regulierte Schaden aus Raub, Einbruch und Diebstahl pro Jahr auf mindestens 3 Mrd. DM (ohne Ladendiebstähle) geschätzt, dazu kommen noch 3 Mrd. DM für Brandschäden.

Verläßliche Umsatzangaben der Branche liegen zwar nicht vor, doch wagte Ristow die Schätzung eines Inlandsumsatzes für 1983 von rund 4 Mrd. DM, das entspräche einem Plus von 15 Prozent gegenüber 1982, dem Jahr der letzten „Security". Am Gesamtumsatz waren, so Ristow, die mechanische Sicherheitstechnik (Schlösser und Beschläge) mit etwa 50 Prozent, Dienstleistungen im Bewachungsgewerbe mit rund 30, die elektronische Gefahrenmeldetechnik mit 14 Prozent beteiligt.

Einschließlich aller an diesem Markt Beteiligten (Baustoffhersteller, Werttransporte, Fahrzeuge und Tresore) wird der Umsatz der Sicherheitsbranche auf 6 Mrd. DM geschätzt, für 1984 wird mit einem „Sicherheits"-Umsatz von 6,4 bis 6,5 Mrd. DM gerechnet, 6 bis 7 Prozent mehr als 1983. Die Branche beschäftigt in 3000 überwiegend Kleinbetrieben 90 000 bis 100 000 Menschen.

Zu der vom Angebot her vielfältigsten und von der Internationalität her bedeutendsten Fachmesse dieser Art in der Welt werden 324 (287) Aussteller aus 20 (19) Ländern erwartet. Etwa 38 (36) Prozent der Aussteller kommen aus dem Ausland.

Streikaktionen in britischen Werken

fu. London

Die britische Automobilindustrie, die in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in den Bereichen Produktivität und Ertragsfähigkeit gemacht hat, sieht sich plötzlich wieder Streikaktionen ausgesetzt. So haben die meisten der 15 000 Automobilarbeiter der britischen Opel-Schwesterfirma Vauxhall jetzt ihre Arbeit niedergelegt. Sie protestieren mit dieser Aktion gegen ein Angebot der Geschäftsführung, die Bezüge um 6,75 Prozent aufs Jahr gerechnet anzuheben, daran allerdings die Einführung neuer Arbeitsmethoden und Produktivitätsprogramme zu knüpfen. Gleichzeitig haben die Gewerkschaftsführer der 7000 Mitarbeiter bei Jaguar ein Angebot zur Anhebung der Bezüge über zwei Jahre um 21 Prozent als „unvertretbar niedrig" zurückgewiesen.

Noch in dieser Woche werden die Vertreter von 38 000 Mitarbeitern des staatlichen Automobilherstellers Austin Rover (British Leyland) eine Lohnforderung von mehr als 20 Prozent vorlegen. Und am 19. Oktober wird die Geschäftsleitung von Ford Großbritannien ihre Antwort auf die Forderung der 40 000 im Stundenlohn bezahlten Autoarbeiter nach einer Anhebung der Bezüge um 14 Prozent abgeben.

Alle drei großen Vauxhall-Werke – Luton, Ellesmere Port und das Lkw-Werk Dunstable – liegen gegenwärtig still. Während die Geschäftsführung der General-Motors-Tochter zuversichtlich ist, daß der Ausstand rasch beigelegt werden kann, hat die Gewerkschaft erklärt, ein Streikende sei nicht in Sicht, solange das Angebot der Geschäftsführung nicht deutlich verbessert werde.

LONDON / Geldmengenhöhe überrascht Finanzmärkte

Zinssenkung nicht in Sicht

WILHELM FURLER, London

Die Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende neuerliche Zinssenkung in Großbritannien haben sich vorerst zerschlagen. Unerwartet stark hat sich nämlich den jüngsten Statistiken zufolge die Geldmenge ausgeweitet. Nach Angaben der Bank von England stieg die am weitesten definierte Geldmenge Sterling M3 (sie umfaßt Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen) im letzten Bankmonat zu Mitte September um zwischen 1,25 und 1,5 Prozent.

Damit hat sich Sterling M3 seit Februar aufs Jahr umgerechnet um zehn Prozent ausgeweitet. Dieser Anstieg liegt am obersten Ende der von der Regierung Thatcher festgelegten Bandbreite. Die Finanzmärkte wurden von den jüngsten Geldmengen-Statistiken völlig überrascht. In den letzten zwei Monaten hatte sie sich entweder gar nicht ausgeweitet oder war sogar gefallen.

Entsprechend ist die Thatcher-Administration ebenso wie die Bank von England davon überzeugt, daß die längerfristigen monetären Konditionen auf weiter fallende Zinsen hindeuten. Allerdings wird der Zeitpunkt in erster Linie von der Entwicklung im bald acht Monate dauernden Ausstand im britischen Kohlebergbau abhängen.

Gegenwärtig liegen die Basis-Ausleihezinsen der britischen Geschäftsbanken bei 10,5 Prozent. Zuletzt wurden sie Mitte August um einen halben Punkt gesenkt. Im Juli waren sie aufgrund sehr schlechter Geldmengen-Statistiken und einer plötzlich einsetzenden Pfundschwäche auf Grund der Zuspitzung der Streiksituation innerhalb von nur zwei Wochen um insgesamt 2,75 Punkte auf zwölf Prozent angehoben worden.

Die Regierung Thatcher, durch steigende Arbeitslosenzahlen und Anzeichen einer sich abschwächenden Konjunkturbelebung in die Enge gedrängt, wünscht sich fallende Zinsen so rasch wie möglich. Allerdings würde ein solcher Schritt angesichts der Unsicherheit an den Finanzmärkten über den Bergleute-Streik das Pfund Sterling wahrscheinlich unter Druck setzen.

FRANKREICH / Haushalts-Angaben umstritten

Defizit höher als angegeben?

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat in ihrem Haushaltsplan für 1985 die Einnahmen überschätzt und die Ausgaben zu niedrig bewertet. Dies behauptet eine dem früheren Premierminister Raymond Barre nahestehende Expertengruppe. Das Budgetdefizit würde demzufolge statt 140 mindestens 155 Mrd. Franc erreichen und damit das von Staatspräsident Mitterrand festgesetzte Limit von drei Prozent des Bruttosozialprodukts überschreiten. Nach den vor-sozialistischen Haushaltsgrundsätzen käme man sogar auf 4,1 Prozent.

Die Untersuchung stellt den restriktiven Charakter der französischen Budgetpolitik in Frage. Die durch zahlreiche technische Tricks frisierten Staatsausgaben würden im nächsten Jahr nicht um 5,9 sondern um 7,8 Prozent steigen und damit die programmierte Zunahme des nominellen Sozialprodukts von 7,5 Prozent übertreffen. Beispielsweise sei der Schuldendienst auf 84 statt auf 100 Mrd. Franc beziffert worden.

Andererseits hält die Gruppe die Steuereinnahmen schon wegen des zu hoch veranschlagten Wirtschaftswachstums für überbewertet. Außerdem wird kritisiert, daß die Regierung die Telefongebühren-Erhöhung in den Dienst der Staatskasse stellt, und die Senkung der Einkommens- und Gewerbesteuer weitgehend durch die Anhebung von Sonderabgaben (auf Mineralölprodukte etc.) kompensiert. Die Steuerlast unter Einschluß der Sozialabgaben würde deshalb 1985 nur um 5,8 Mrd. Franc oder 0,1 Prozent des Sozialprodukts sinken und nicht um ein Prozent, wie Präsident Mitterrand versprochen hatte.

Die von den Barre-Experten betriebene „Budget-Demontage" gipfelt in der Behauptung, daß die sozialistische Regierung die Staatsfinanzen nicht mehr meistere. Mit solchen Argumenten verspricht sich Barre möglicherweise Stimmen aus dem Mittelstand bei den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1986. Gerade die Regierung Fabius jedoch verfolgt ebenfalls das Ziel, durch Steuersenkungen, die den Mittelstand begünstigen, bei diesen Wahlen zusätzliche Stimmen des Zentrums zu gewinnen.

NAMEN

Walfried W. Munz, Seniorchef der Reisser Schraubenwerk GmbH + Co, Künzelsau, feiert am 12. Oktober den 60. Geburtstag.

Ulrich Vogelsang ist aus der Geschäftsführung der Schleicher + Schüll GmbH, Einbeck, ausgeschieden. Sein Nachfolger ist **Karsten Hess**. Gleichzeitig wurde **Georg v. Pilar** per 1. Juli 1984 als technischer Geschäftsführer bestätigt.

Rolf Schmidt-Holz, Korrespondent im Studio Bonn der ARD, übernimmt Anfang 1985 bei der Bertelsmann AG die Leitung des Vorstandsbüros Information und Publizistik. Sein Vorgänger, **Manfred Harnischfeger**, ist seit Juli Geschäftsführer der Ufa Film- und Fernseh-GmbH, Hamburg.

Manfred Siebenlist, beim Erntemaschinen-Hersteller Claas oHG, Harsewinkel, zuständig für Vertriebstochtergesellschaften, Absatzwirtschaft und Personal, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsführung ernannt worden.

Prof. **Wolfgang Heiermann**, Rechtsanwalt in Frankfurt und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Baurecht e. V., Frankfurt, wurde in Fribourg zum Präsidenten der Europäischen Gesellschaft für Baurecht gewählt.

STAEDTLER

Wachstum im Ausland

dpa/VWD, Nürnberg

Bei der Staedtler Mars GmbH & Co. Schreib- und Zeichengerätefabriken, Nürnberg, wird das Geschäft 1984 hauptsächlich vom Export getragen. Wie Geschäftsführer Kurt Ebert in Nürnberg berichtete, erhöhte sich der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 14 Prozent. Die Auftragsbestände stiegen um kräftige 50 Prozent und die Auftragseingänge um 22,4 Prozent. Für das Gesamtjahr geht Ebert für das Stammhaus von einem Umsatzzuwachs von mindestens zehn Prozent auf 195 Mill. DM aus, nachdem das Vorjahr ein Umsatzplus von acht Prozent auf 178 Mill. DM gebracht hatte. Die Eigenkapitalquote bezifferte Ebert für 1983 auf rund 42 Prozent. Im laufenden Jahr soll sie auf 46 Prozent anwachsen.

Während das Inlandsgeschäft insgesamt stagnierte, legten die Exporte in den ersten neun Monaten um 18,5 Prozent zu. Die Exportquote stieg auf 76 Prozent nach 73 Prozent in 1983. Beschäftigt wurden zum 30. September im Inland 1630 (1581) Mitarbeiter. Weltweit stieg der Staedtler-Umsatz 1983 um 7,4 Prozent auf 390 Mill. DM. Für das laufende Jahr peilt Ebert hier einen Zuwachs von wenigstens zehn Prozent an. Staedtler exportierte in mehr als 150 Länder. Wichtigstes Abnehmerland wurden 1983 erstmals die USA.

Unübersichtliches Software-Angebot

dpa/VWD, Berlin

„Keine echte Begeisterung" und eine „rätselhafte Kaufzurückhaltung" wurden in Berlin zum Auftakt des Software-Kongresses „Compas '84" bei Programmen für Computer (Software) festgestellt. Nach Angaben von Unternehmenssprechern gebe es ein „verwirrendes und unübersichtliches Programmangebot" und „Werbebotschaften" der Hersteller statt „klarer Sachinformation". Das Angebot an Methoden, Verfahren und Werkzeugen bei Software sei inzwischen so vielfältig und schwer überschaubar geworden, daß die verantwortlichen Manager „total verunsichert" seien.

Nur durch eine „ingenieurmäßige, quasi-industrielle Fertigung" von Software könne das ungünstige Preis-/Leistungsverhältnis bei Programmen abgebaut werden. Software sei heute doppelt so teuer wie 1975, während Hardware innerhalb von zehn Jahren auf fünf Prozent der ursprünglichen Kosten gesunken sei. Allgemein wird damit gerechnet, daß Ende der 80er Jahre fast 90 Prozent aller Ausgaben für Datenverarbeitung für Software ausgegeben werde. Zur Zeit seien es 30 Prozent. Zum Compas '84 haben sich nach Angaben des Veranstalters, der Ausstellungs-Messe-Kongreß-GmbH Berlin, 730 Teilnehmer angemeldet.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: BEB GmbH Baustoffhandel-Erdbau, Hoisdorf; **Amberg:** Kalk- und Schotterwerk – Erdbau Hoffmann GmbH, Vilseck; **Betzdorf:** Zunfthaus Wohnungsbau GmbH, Pracht; **Duisburg:** PM-Bau GmbH; **Hamburg:** BADA Trading Handelsges. mbH; Gebr. Sülter (GmbH & Co.); Harold Keimling, Kaufmann; Peter Paul Pütz; **Hannover:** Hero M. Eden, Kaufm., Burgdorf; **Köln:** Nachl. d. Wilhelm Manfred Quante; **Lübeck:** Scheel Fuhrunternehmen GmbH, Stockelsdorf; **Mannheim:** Kerkerbachbahn Aktiengesellschaft; **Mönchengladbach:** Grevenbroicher Dentalges. mbH (GDG), Grevenbroich; **Münster:** Johannes Heeren; **Neuss:** Adolf Gürtler GmbH & Co. KG; Gürtler Verwaltungs-GmbH; **Schwarzenbek:** Nachl. d. Erich Ritzer, Geesthacht; **Wolfenbüttel:** Eisvoigt Ludwig Voigtländer GmbH & Co KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Augsburg: Heinz Steidl, Rommelsried; **Mönchengladbach:** Hörchens & Morjan GmbH.

Vergleich beantragt: Herford: H. Nienaber GmbH & Co. KG, Spenge.

PHOTOKINA '84 / Die Lichtempfindlichkeit des herkömmlichen Materials auf Silberbasis nimmt immer mehr zu

Der Film ist noch lange nicht ausgereizt

WERNER NEITZEL, Köln

Bei allen Fortschritten in der elektronischen Bildaufzeichnung macht die Photochemie auf der Basis des Silberhalogenid weiterhin von sich reden. Die Möglichkeiten der herkömmlichen Filmtechnologie sind – wie auf der „photokina Köln 1984" (10. bis 16. Oktober) erneut demonstriert wird – noch längst nicht ausgeschöpft. Das Filmmaterial ist im Farbenspektrum weiter optimiert worden, und es wird immer lichtempfindlicher, was den Spielraum für das Fotografieren deutlich ausweitet. Überdies wurde die Feinkörnigkeit verbessert. Dies ermöglicht Vergrößerungen, wie sie noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten wurden. Mit dem Filmabsatz im bisherigen Verlauf dieses Jahres sind Industrie und Handel in Anbetracht der widrigen Witterungsverhältnisse nicht unzufrieden. 1983 waren am deutschen Markt 59,9 (63) Mill. Color-Negativfilme und 22,5 (24,5) Mill. Color-Umkehrfilme abgesetzt worden, bei Schwarzweißfilmen waren es 7,3 (8) Mill. Stück.

Kodak positioniert um

Mit dem Rückhalt eines verbesserten Disc-Films, bei dem die T-Kristall-Emulsionstechnologie eingesetzt wird, will Kodak dem Absatz von Disc-Kameras neue Impulse geben. Man macht keinen Hehl daraus, daß die erhofften großen Verkaufserfolge mit der Disc-Kamera nicht realisiert wurden. Am deutschen Markt wurden innerhalb von zwei Jahren rund 700 000 Disc-Kameras an den Mann gebracht. Einen Grund für die Zurückhaltung glaubt Kodak (neben anfänglichen Mängeln des Disc-Films) in der falschen Positionierung der Disc-Kameras in zu hohen Preisklassen gefunden zu haben. Hier zieht man die Konsequenz und offeriert die zwei Kameratypen 3500 und 4000 zu Preisen (im Handel) um 70 und 100 DM. Neben einer ganzen Palette neuer hochempfindlicher Farbfilme präsentiert Kodak unter anderem auch ein neues Sofort-Dia-System, mit dem in knapp 15 Minuten ein gerahmtes Kleinbilddia erstellt werden kann. Zu sehen ist auch der von Kodak im Frühjahr auf den deutschen Markt kommende tragbare Kamera-Recorder (Kodavision) auf der Basis des neuen 8-Millimeter-Video-Systems. Das Geräteprogramm (es wird in den USA zu einem Preis von etwa 2000 Dollar verkauft) wird vom japanischen Matsushita-Konzern hergestellt, das Bandmaterial stammt von der japanischen TDK.

Neue Professional-Filme

Die seit März dieses Jahres am Markt befindliche neue Filmgeneration von Agfa-Gevaert ist nach Angaben des Unternehmens über Erwarten gut aufgenommen worden. Ab Januar nächsten Jahres soll ein Programm von acht neuen Professional-Filmen in der Bandbreite von 50 bis 1000 ASA Empfindlichkeit offeriert werden. Auf der „photokina" präsentiert Agfa überdies neue Videokassetten, unter anderem auch für Kamerarecorder des Systems 8 Millimeter. Die zwei Bandversionen (pulverbeschichtet und aufgedampft), die im Verkauf zu Preisen um 30 DM angeboten werden, haben eine Spielzeit von 60 Minuten. Seit Beginn dieses Jahres bietet Agfa im Amateursektor keine Hardware mehr an.

Polaroid mit Video-System

Polaroid, Marktführer auf dem Felde des Sofortbildes, sieht trotz des allgemein fallenden Entwicklungstrends im Amateursektor für diese Art der Fotografie noch ein gutes Betätigungsfeld. „An der Schwelle einer Ära des elektronischen Bildes stehend, befindet sich auch die Sofortbildfotografie mitten in einem technologischen Transfer", meint Joseph J. McLaughlin, Vizepräsident von Polaroid. Bei den Polaroid-Produkten haben sich Elektronik und Fotochemie längst ineinander verzahnt. Auf der „photokina" zeigt Polaroid erstmals in Europa sein neues 8-Millimeter-Heim-Videosystem, das aus der Produktion des japanischen Elektronik-Konzerns Toshiba stammt. Das Bandmaterial kommt von TDK. Über kurz oder lang will Polaroid auch mit eigenen Magnetbändern aufwarten. Markteinführung in den USA soll Ende dieses Jahres sein. Der Preis wird mit „konkurrenzfähig" beschrieben. Der Zeitpunkt für die internationale Markteinführung werde erst im nächsten Jahr bekanntgegeben. Als Umsatz nennt die Polaroid GmbH „zwischen 100 und 200 Mill. DM". In 1983 sei eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erzielt worden. Auf den Amateursektor entfallen rund drei Fünftel des Umsatzes.

Auch Fuji testet

Mit einem 8-Millimeter-Video-System, bei dem Kamera und Recorder eine Einheit bilden, wartet auch Fuji auf. Das Bandmaterial stammt aus eigener Fertigung, der Hersteller des Geräts ist vermutlich Sony. In Köln wird das System vorgestellt, um erste Reaktionen zu sammeln. Wann die Markteinführung sein soll, steht noch dahin. Außerdem bietet Fuji ein neues System an, bei dem sich der Fotofan seine Farbfotos auf dem Fernseher zu Hause anschauen kann. Hierbei werden Farbbilder oder Farbnegative magnetisch auf einer Floppy-Scheibe aufgezeichnet. Darüber hinaus kommt Fuji mit einer ganzen Reihe verbesserter Filme bis hin zur Empfindlichkeitsstufe 1600 ASA auf den Markt.

KRONES / Zehnter Börsenneuling in diesem Jahr

Vorzugsaktie zu 460 Mark

INGE ADHAM, Frankfurt

Der zehnte Börsenneuling in diesem Jahr kommt unter der Führung der Commerzbank (weitere Konsortialmitglieder Bayerische Vereinsbank, Merck, Finck & Co). Zum Emissionspreis von 460 DM je 50-DM-Aktie werden nominal 7 Mill. DM Vorzugsaktien der Krones AG, Neutraubling, vom 17. bis zum 23. Oktober zur Zeichnung angeboten. Die erste Notiz ist in München und Frankfurt für den 29. Oktoer vorgesehen.

Die stimmrechtslosen Vorzugsaktien sind mit 4 Prozent Mindestdividende (Nachzahlungspflicht), gleichzeitig mit einer garantierten vierprozentigen Mehrdividende gegenüber den Namens-Stammaktien (16 Mill. DM, die voll bei der Familie Kronseder liegen) ausgestattet. Auf der Basis des für 1984 erwarteten Gewinns (nach DVFA) von rund 50 (1983: 36,13) DM je 50-DM-Aktie errechnet sich ein Kurs-Gewinn-Verhältnis von 9,2. Damit bietet der „Spezialitätentitel" nach Ansicht von Commerzbank-Chef Walter Seipp noch ausreichend Kurspotential nach oben. Seipp, der die deutsche Aktienbörse derzeit in „grundsolider Verfassung" sieht, kündigte für sein Haus noch weitere Neuemissionen in diesem Jahr an.

Die Krones AG Hermann Kronseder Maschinenfabrikate, Neutraubling bei Regensburg, ist einer der führenden Hersteller von Etikettiermaschinen. Der weltweite Marktanteil im Bereich von Hochleistungs-Etikettiermaschinen beträgt nach Unternehmensangaben 70 Prozent. Einschließlich Tochterunternehmen (darunter eine Produktionsgesellschaft in den USA) wurden 1983 mit rund 2400 Mitarbeitern 235 Mill. DM umgesetzt und ein Gewinn nach Steuern von 9,7 Mill. DM erzielt. In der AG wird in diesem Jahr ein Umsatzplus von 10 Prozent auf rund 190 Mill. DM bei gleichzeitig 15prozentiger Gewinnsteigerung erwartet. Vor diesem Hintergrund sei die in den Vorjahren gezahlte 16 Prozent Dividende für die Familieneigner (das bedeutet 20 Prozent für die Vorzugsaktien) auch für 1984 gesichert. In die Krones-Kasse werden aus dem Emissionsvolumen von 64,4 Mill. DM gut 9 Mill. DM fließen, der Rest geht an die Familie, die Aktien aus ihrem Besitz für die Emission abgibt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Thyssen faßt zusammen

Düsseldorf (J. G.) – Zu einem einzigen Geschäftsbereich mit 1 Mrd. DM Umsatz und 6500 Mitarbeitern hat die Thyssen Industrie AG, Essen, ihre drei Geschäftsbereiche Henschel, Waggon Union und Getriebe-Kupplungswerke zusammengefaßt. Als Vorteile dieser Konzentration des Produktangebots im spurgebundenen Verkehr werden hervorgehoben: Weitere Verstärkung der internationalen Aktivitäten, Möglichkeit zum Angebot kompletter Bahnsysteme sowie eine noch engere Koordination von Forschung und Entwicklung.

Büro-Expansion

Frankfurt (adh) – Knapp 14 Mrd. DM wird nach Schätzung des VDMA in diesem Jahr die deutsche Produktion der Büro- und Informationstechnik erreichen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stieg die Inlandsproduktion der Gesamtbranche um gut ein Fünftel auf 6,8 Mrd. DM. Dabei kamen die Wachstumsimpulse nach wie vor aus der Datenverarbeitung, auf diesen Bereich entfallen 5,9 Mrd. DM, ein Plus von einem Viertel gegenüber der Vorjahreszeit. Der Export der Branche zog im ersten Halbjahr um knapp 17 Prozent auf 5 Mrd. DM an, importiert wurden Geräte für 5,8 Mrd. DM (plus 25 Prozent).

Iveco-Neubeginn

Heilbronn (VWD) – Unter dem neuen Namen „Iveco Dieselmotoren GmbH" wird die bisherige „Aifo Fiat Industrie- und Marinemotoren GmbH" von Heilbronn aus künftig Dieselmotoren von 20 bis 500 kW aus der italienischen Iveco-Produktion auf dem deutschen und österreichischen Markt vertreiben. Iveco, ein Unternehmen der Fiat-Gruppe, ist mit einer Jahresproduktion von über 260 000 Einheiten zweitgrößter Hersteller von Dieselmotoren in der Welt.

Bußgeld gegen Stahl

Brüssel (dpa/VWD) – Gegen die Badische Stahlwerke, Kehl, frühere Tochter der in Konkurs gegangenen Korf-Gruppe, hat die EG-Kommission ein Bußgeld von umgerechnet 7,5 Mill. DM verhängt. Dem Unternehmen wird vorgeworfen, im 1. Qurtal 1983 bei Walzdraht und Betonstahl die ihm von Brüssel zugeteilten Erzeugungs- und Lieferquoten überschritten zu haben.

ENKA / Bei technischen Garnen „mit Zuversicht und gestärkt in die Zukunft" – Erträge steigen wieder

Zufrieden mit der Chemiefaser-Konjunktur

J. GEHLHOFF, Wuppertal

Im nächsten Jahr dürfte es zwar im altgewohnten Rhythmus des „Textilzyklus" mal wieder abwärtsgehen. Aber 1984 liegt die westdeutsche Chemiefaserindustrie noch schön im nun zweijährigen Wiederaufschwung ihrer Produktionsmengen und Erträge. Sie dürfte ihren Gesamtversand in diesem Jahr um weitere 4 (8) Prozent auf 2,8 Mill. t steigern. Der Blick zurück auf die schon 1973 einmal erreichten 3,4 Mill. t lehrt freilich auch in dieser Erholungsphase, daß die mittlerweile zwei Brüsseler Abkommen zum Abbau von Überkapazitäten in dieser lange Jahre krisengeschüttelten Branche ihren Sinn hatten und haben.

„Für uns sind die Probleme bei textilen Chemiefasern im wesentlichen überwunden", resümiert nach der im eigenen Haus besonders radikal betriebenen Roßkur des Kapazitätsabbaus Hans Günther Zempelin, Vorstandsvorsitzender der Enka AG, Wuppertal, der großen Chemiefasertochter des holländischen Akzo-Konzerns. Einschließlich ihrer sonstigen Aktivitäten (hervorzuheben dabei vor allem die Barnag-Maschinenherstellung und die Membranenproduktion) hat die gesamte Enka-Gruppe ihren Umsatz in den ersten drei Quartalen von 1984 um 18 Prozent auf 3,4 Mrd. DM gesteigert, wobei der Chemiefaserversand um 7 Prozent wuchs. „Notwendige", bei textilen Fasern zum Teil aber noch auf der Wunschliste stehende Preiserhöhungen und insbesondere eine verbesserte Produktstruktur trugen erheblich zum steilen Umsatzanstieg bei. Der Ertrag sei nach vielen Verlustjahren nun wieder „zufriedenstellend".

Wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung hat bei diesem Chemiefaserproduzenten eine Besonderheit: Chemiefasern jenseits der textilen Einsatzzwecke, die beim Durchschnitt aller Faserproduzenten der freien Welt nur 7,5 Prozent vom Umsatz ausmachen, stellen bei Enka, dem auf diesem Feld mit einem Jahresausstoß von knapp 200 000 t weltgrößten Produzenten, die Hälfte des Chemiefaserumsatzes. Und bei diesen „technischen Garnen" sei die Konjunktur derzeit „ausgezeichnet".

Da zahlt sich nun für Enka eine lange Tradition offensichtlich aus, die die Produktinnovation auch in der Chemiefaserkrise nicht aufs Abstellgleis schob. Bei Reifengarnen beispielsweise, dem einst ersten großen Anwendungsgebiet für den nichttextilen Fasereinsatz, war die heutige Enka schon in den 30er Jahren als einer der ersten Produzenten mit von der Partie und rüstet heute 70 Prozent aller Pkw-Reifen Europas mit dem eigenen Produkt aus.

Ein neuer Anwendungsbereich für technische Garne, bei denen Enka „mit Zuversicht und gestärkt" auch die Zukunft erwartet, öffnete sich in den letzten Jahren durch die Entwicklung extrem fester Fasern (mehrmals fester als Stahl) besonders für die Armierung von Kunststoffen. Gleich zwei Werke baut die Enka-Gruppe dafür. Noch 1984 wird nach zehnjähriger Forschungsarbeit in Holland die erste Fabrik für die Hochfestfaser Aramid mit zunächst 5000 t Jahreskapazität und 0,5 Mrd. DM Investitionsaufwand in Betrieb gehen. Bei Aachen wird für 50 Mill. DM ein erster Betrieb für die Produktion der gleichfalls hochfesten Kohlenstoffasern aufgebaut.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Außer-Haus-Konsum Report 1984/85, Deutscher Fachverlag, Frankfurt, 418 S., Plastikeinband mit Ringbuchmechanik, 150 Mark plus Versandkosten und 7 Prozent Mehrwertsteuer.

Erstmals legt der Deutsche Fachverlag einen Tabellenband über einen Bereich vor, der unter dem Begriff „Außer-Haus-Konsum" zu einem Markt herangewachsen ist, der von der Verpflegung in Betrieben und Anstalten über Imbiß und Schnellgastronomie bis zur traditionellen Nobelgastronomie reicht. Umfangreiches Zahlenmaterial informiert über die heterogenen Strukturen des Verpflegungsmarktes und des Beherbergungsgewerbes, über den Großverbrauchermarkt als Absatzkanal verschiedener Produktgruppen, über Leistungskennziffern einzelner Unternehmensgruppen sowie über organisatorische und betriebswirtschaftliche Aspekte der einzelnen Verpflegungssysteme. Darüber hinaus wurden zahlreiche Daten aus der Zielgruppenforschung zum Verbraucher- und Konsumverhalten aufgenommen.

Kay Hafner: Die Möglichkeit des Home-Banking und sein Einfluß auf die Geschäftspolitik der Kreditinstitute, Fritz Knapp Verlag 1984, 176 S., 34,50 Mark.

Als personal- und kostenintensiver Dienstleistungsbereich hat das Kreditgewerbe zwar stets ein besonderes Verhältnis zu neuen Technologien gehabt, aber durch die stürmischen Fortschritte im Bereich der Mikroelektronik sieht man sich gegenwärtig einer neuen Herausforderung gegenüber, die bisherige Entwicklungen in Form der Daten- und Textverarbeitung bei weitem übertrifft. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht die Abwicklung von Bankgeschäften über kundenbediente, bankfremde Terminals, die man unter dem Ausdruck „Home Banking" zusammenfaßt. Das Buch gibt einen zusammenfassenden Ausblick über die Zukunft von „Home Banking" und zeigt Grenzen, Probleme und Auswirkungen auf die verschiedenen Teilbereiche der Geschäftspolitik der Kreditinstitute.

Dankwart Guratzsch (Hrsg.): Baumlos in die Zukunft, Kindler Verlag 1984, 272 S., 19,80 Mark.

1982, so hatte die Internationale Union der Forstlichen Forschungsanstalten errechnet, war in Mitteleuropa mehr als eine Million Hektar Wald durch vorerst „rätselhafte" Einflüsse geschädigt. Ein Jahr später hatte das Waldsterben in der Bundesrepublik ein solches Ausmaß erreicht, daß nunmehr allein hier eine ebenso große Waldfläche als „geschädigt" gilt, wie 1982 noch in ganz Europa. Jeder dritte Baum, so heißt es, sei kränkelnd oder krank. Dieses Buch will mit zwölf Beiträgen von Fachleuten aus Behörden und Universitäten, vom Bundesverband der Deutschen Industrie, vom Umweltbundesamt, vom Deutschen Forstwirtschaftsrat wie von Nationalparkverwaltungen den Weg dazu weisen, daß wir nicht „Baumlos in die Zukunft" gehen.

Herbert Jacob (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung, Gabler Verlag, Wiesbaden 1984, 188 S., 32 Mark.

Die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung verläuft kontrovers. Die Gewerkschaftsbewegung fordert eine Arbeitszeitverkürzung als Instrument für die Um- bzw. Neuverteilung eines geringer werdenden Arbeitsvolumens. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist aber in erster Linie nicht ein arbeitsmarktpolitisches Problem. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und die Konkurrenzfähigkeit im Kostenniveau, um nur zwei Beispiele zu nennen, können internationale Märkte und damit die Absatzmöglichkeiten hochwertiger Produkte sichern helfen. Neben diesem volkswirtschaftlichen Aspekt behandeln die Beiträge der Schrift die betriebswirtschaftliche und personalwirtschaftliche Seite der Arbeitszeitverkürzung. Ein Fallbeispiel aus der betrieblichen Praxis verdeutlicht die Vielschichtigkeit des Problembereichs.

Peter Oberender (Hrsg.): Marktstruktur und Wettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland, Verlag Franz Vahlen, München 1984, 694 S., 74 Mark.

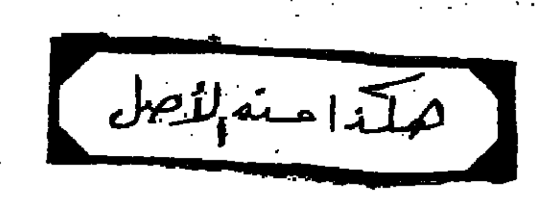
Wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung einer Volkswirtschaft vollziehen sich über Märkte bzw. in den Märkten einzelner Branchen. Die Kenntnis der branchenspezifischen Wettbewerbssituation, der jeweiligen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen ist förderlich: Dadurch wird einerseits der Handlungsspielraum der Marktteilnehmer abgesteckt, andererseits die Grundlage für die Überprüfung und Weiterentwicklung der Markttheorie geschaffen. Ziel des Werkes ist es zu zeigen, was die moderne Wettbewerbstheorie mit ihren verschiedenen Konzepten und Leitbildern für die Diagnose wettbewerbspolitischer Probleme und deren Lösungen zu leisten vermag. Die Sammlung von 16 Branchenstudien von der Landwirtschaft über die Automobilindustrie bis zum Pressewesen und Sachverständigenmarkt sollen die komplexen Tatbestände der wirtschaftlichen Realität mit Hilfe wettbewerbstheoretischer Instrumente erklären helfen. Ein hochinteressantes Arbeitsbuch für Wissenschaft und Praxis.

Bernhard Schirmers: Konditionenempfehlungen, kartellrechtliche Kontrolle und AGB-Gesetz, Carl Heymanns Verlag, Köln 1983, 109 S., (kart.), 53 Mark.

Der Autor ist der Frage nachgegangen, wie sich die kartellbehördliche Inhaltskontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen zu den später erlassenen Normen des AGB-Gesetzes verhält, die grundsätzlich für sämtliche Allgemeine Geschäftsbedingungen eine richterliche Kontrolle vorsehen. Wegen der weitgehend übereinstimmenden Ziele gelangt seine Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Prüfung der Kartellbehörde auch dem Schutz der Marktgegenseite vor unbilligen Geschäftsbedingungen verpflichtet ist.

Ingo Karsten: Internationale Bankkredite an Entwicklungsländer, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1984, 203 S. (Schriften zur monetären Ökonomie, Bd. 19)

Die finanziellen Transaktionen internationaler Banken haben besonders im vergangenen Jahrzehnt erhebliche Bedeutung im Zusammenhang mit der Kreditgewährung an Entwicklungsländer erlangt. Internationale Bankkredite stellen daher eine bedeutende Komponente privatwirtschaftlicher Transfers in die Länder der Dritten Welt dar und tragen zur Weiterentwicklung ihrer Volkswirtschaft bei. Mit den Zahlungsschwierigkeiten einzelner Entwicklungsländer (z. B. Argentinien und Mexiko) werden die Probleme der Verschuldung und die Risiken der Kreditgewährung auf den internationalen Finanzmärkten deutlich. Zahlreiche Tabellen und Schaubilder informieren über Auslandsverschuldung und die Kreditvergabe des IWF an die Entwicklungsländer. Ingo Karsten analysiert die Kreditbeziehungen zwischen internationalen Banken und Entwicklungsländern, er untersucht die Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems und bietet Lösungsansätze an, mit deren Hilfe diese dringenden ökonomischen Probleme in den Griff zu bekommen sind.



das.



Ermüdung bei den Aktien

Fehlende Auslandskäufe ließen die Kurse bröckeln

DW. – Der wieder steigende Dollar, die lustlose Tendenz an der New Yorker Börse und die neuerdings labilere Haltung des Rentenmarktes lähmten bei den Aktien die Unternehmungslust. Kaufaufträge aus dem Ausland, die noch am Vortag für Geschäft gesorgt hatten, blieben nahezu vollständig aus. Der Berufshandel versuchte in dieser Situation Kursgewinne zu realisieren, ging dabei aber so vorsichtig vor, daß größere Kurseinbußen überall ausblieben. Als empfindlich erwiesen sich wieder die Autoaktien.

Großchemiewerte, die in den letzten Tagen als Renditepapiere in den Vordergrund gestellt worden waren, bröckelten bis zu einer DM ab. Genau wie Siemens konnten sich AEG gut behaupten. Auch andere Technologiewerte wie PKI veränderten sich kaum, obwohl sich bei ihnen Glattstellungen sicherlich lohnen würden. Bankaktien fielen überwiegend leicht zurück. Versorgungswerte waren kaum noch gefragt. Maschinenbaupapiere tendierten immer noch uneinheitlich. Mit Unbehagen verfolgt man in den Börsensälen den Niedergang von SM Software, wo der Kurs abermals kräftig zurückgenommen werden mußte.

Düsseldorf: Aigner erhöhten um 10 DM und DAB um 3 DM. Kochs Adler und Buckau stockten um 5 DM und Ver. Rumpus um 12 DM auf. Nachgeben mußten Deutsche Atlanten um 5 DM und Gerresheimer Glas um 3 DM. Leffers verloren 5 DM. Bei den Versicherungen gaben Allianz Vers. um 5 DM nach. Köln. Rück stockten um 5 DM und Magdeburger Feuer um 10 DM auf.

Frankfurt: Brau AG erhöhten um 4 DM und Chemische Verwaltung gaben 11 DM ab. Deutsche Texaco verloren 10 DM und Frankfurter Hypo 45 DM. Frankona Rück verminderten um 10 DM. Hartmann und Braun Stämme stockten um 15 DM auf und Vorzüge um 10 DM. Veith Pirelli verbesserten sich um 10 DM auf 210 DM.

Hamburg: Markt und Kühlhallen stetzten ihren Kursanstieg um 8 DM fort. HEW wurden mit 80,40 DM bis 81 DM und NWK-Vz. mit 165 DM gehandelt. Schwächer lagen Haller meurer bei 157 DM. Beiersdorf gingen zu 370 DM aus dem Markt. Vereins- und Westbank blieben weiter unveränbdert mit 296 DM.

München: Etienne Aigner erhöhten um 16 DM und Agrob St. AG um 0,50 DM. Audi NSU verloren 15 DM und AKS 2,80 DM. Cassella verminderten um 5 DM und Dywidag um 3 DM. Electro gaben um 6 DM und Zahnrad Renk um 1 DM nach. Flachglas verbesserten sich um 1,50 DM und Patrizier um 3 DM.

Berlin: Kempinski konnten sich um 4 DM, DeTeWe um 2 DM, Dt. Hypobank Berlin, Herlitz Vz. und Orenstein um je 1 DM erholen. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 3 DM, Schering um 2 DM, Herlitz St. um 1,50 DM und Berthold um 1 DM.

Nachbörse: nachgebend

Welt-Aktienindex: 156,1 (156,4)
WELT-Umsatzindex: 3290 (3488)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf	10. 10.	9. 10.
AEG	111,2-1,5-2,5-1,5bG	111,5
BASF	160,8-60,5-1-60,7	161G
Bayer	178-7,5-8,5-8	178,8
Bayer. Hypo	296,5-5G	298
Bayer. Vbk.	332-2,5-1,5G	332G
BMW	382,1-2-80-81G	384G
Commerzb.	166-6,5-5,5	167
Conti Gummi	125,2-5,1-4,5G	125,5G
Daimler	584-3,5-5,5-4G	587G
Dt. Bank	348-8,5-9,5-8	349
Dresdner Bk.	170-69,5-9-8,7	170G
DUB	229G	229G
GHH	155,5-5,3-5,3G	158G
Harpener	280-79,5-79G	280G
Hoechst	178,2-8-8,5-7,8	178,7
Hoesch	105-4,5-4,2G	105,5
Holzmann	380G-83G	380,5G
Horten	171-70-70G	172G
Kali + Salz	237,5-8-8,5-8G	239G
Karstadt	236G-5,5-5,5G	236G
Kaufhof	223-1-3-1G	225
KHD	252-1-50G	241,5G
Klöckner-W.	65-4,5-3,5-3,7	66,3
Linde	375,5-6-5G	377G
Lufthansa St.	153-3G	157G
Lufthansa VA	155,5-3G	155G
Mannesmann	156-6,5-5-5,8G	157,5G
MAN	154-4G	153G
Mercedes-H.	518-7-3-3G	520G
Metallges.	220G-24G	220G
Nixdorf	537,5-7-5	538,5G
Porsche	–	–
Preussag*	261-60	261G
RWE St.	164,2-4-4bG	165G
RWE VA	165-2,5-2,5G	163,5G
Schering	399-8-8G	401
Siemens	446,5-7-8-6G	447,5
Thyssen	77,8-8-6,8G	78,7G
Veba	171,2-1-70G	172G
VEW	120bG-19,6-20G	120G
VW	181-80,5-79	181
Philips**	48,1-8-7,9G	48,1G
Royal D.**	156,2-6G	156,5
Unilever**	259bB-8G	258

Kurswert in 1000 DM

Inland

		10. 10.	9. 10.
H	AachM Beteil. 9+2,5	970G	968G
H	Aach. M. Vers. 7	360B	360G
D	Aach. Rück. 9	1040	1040T
D	Aseag *4	470T	470T
M	Ack-Gögg 4	105	106,2
H	Adca 0	118	117
D	Adler 9	290	290G
F	Adt AG 4	100,1	101,1
F	AEG-Telef. 0	111,7	110,1
D	AEG-Kabel 8	112	110
S	Aesculap 8	340	340bG
F	AGAB 5	112,5	112,5

		10. 10.	9. 10.
H	Br. H. Hypo 10	318G	318G
Hn	Brsch. Jute *0	97B	97
H	Breitenb.-C. *28	540G	540G
H	Br. Straßb. *0	500B	500B
H	Br. Vulkan 0	63,1	64
H	Br. Wolfk. 6	137,3	139,1
F	BBC 6	198,5	200
S	BSU Textil %20	1290G	1290G
D	Buckau-W. 4,1	140	135bG
D	Buderus *12	395G	395
M	Bgl. Br. Ing. *11+1	760G	760G
S	Bgl. Brh. Rav. *0	370	375
S	Calw D. **30+18	860	880

		10. 10.	9. 10.
M	En. Obertr. 4,5	300bB	295bB
M	En. Ostb. 5+1	250	250bB
H	Elkraft 0	47,8	48
B	Engelhardt 7	220B	220G
D	Enka 6,67	170	172
M	Erlus 10	505bG	500bG
M	Erste Kulmb. 9	1000bG	1000bG
S	esbi *0	14G	14,5bB
S	Essl. Masch. *6	260	260TG
M	Esterer **16	575B	580B
D	Farb. Liqu. RM 0	8,2	7,85
F	Flachglas 8	204	207
D	Ford *0	1000T	1000T
B	Forst Ebn. *4	2090T	2090T

		10. 10.	9. 10.
H	Holsten-Br. 6+1	243	244
F	Holzmann 10	380,5	380,5
D	Horten 6	171	171,2
B	Hw. Kayser *12	255T	255T
D	Hussel 8	275	271,5
D	Huta Heg. 0	76T	76bG
M	Hutschenr. 9	242bG	242bG
H	Hypo Hbg. 12,5	411bG	420T
D	RKB 7	191	192,8
S	IWKA 0	242	242,5
M	Isar-Amper 6,5+1	291bG	291bG
D	Isenbeck *9,5	150G	155bG
H	Jacobsen *8	605G	605G

		10. 10.	9. 10.
D	Mannesmann 4	156,3	156,8
F	Mannh. Vers. 8	475	474
H	Markt & K. *10+2	533	525
F	MAN St. 0	154	155
F	dgl. Vz. 0	152	154,5
F	MAN-Roland 20,2	420	420
S	M.Mlll.Weing. *4	268B	260G
D	Mauser 0	82bG	82bG
F	Mercedes 10,5+1	516	520
F	Metallges. 0	220,5	220,2
S	Met. u. Lack 0	120	121bG
S	Mllag 6,5+1	375G	375G
F	Moenus 0	75,1	75,5
M	Monachia 5	–	–

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1515,00	1875,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1265,00	1530,10
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	237,00	292,98
1 £ Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	182,00	234,84
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1065,00	1254,00
Maple Leaf	1065,00	1254,00
Platin Noble Man	1015,00	1197,00
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	246,00	307,80
20 schweiz Franken „Vreneli"	186,00	235,98
20 franz. Franken „Napoléon"	185,00	234,84
100 österr. Kronen (Neuprägung)	984,00	1185,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	245,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	103,00	134,52
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	443,00	509,62
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10⅝	5⅝–5¾	4⅝–4⅞
3 Monate	11 –11⅛	5¾–6	5⅛–5⅜
6 Monate	11⅛–11⅜	5⅞–6⅛	5⅛–5⅜
12 Monate	11⅝–11⅞	5⅞–6⅛	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt vollzog sich bei nachgebenden Dollar-Zinssätzen am 10. 10. eine weitere Befestigung des US-Dollars. Am Nachmittag überschritt er erstmals seit 3 Wochen wieder 3,10. Die Notenbank trat dem Kursanstieg weiterhin nicht entgegen. Lediglich zur amtlichen Notiz, die mit 3,0976 festgstellt wurde, nahm sie nach einer Pause von mehreren Tagen ihre ausgleichende Tätigkeit wieder auf und stellte US-Dollar 12,95 zu Verfügung. Die anderen amtlich notierten Währungen zeigten das bei fester Leitwährung gewohnte BILD. Durchweg höbere Notierungen wurden erreicht. Die größten Plusveränderungen hatten der Canadische Dollar, die norwegische Krone und der japanische Yen. US-Dollar in: Amsterdam 3,4895; Brüssel 62,5675; Paris 9,4935; Mailand 1915,75; Wien 21,7440; Zürich 2,5476; Ir. Pfund/DM 3,103; Pfund/Dollar 1,2248; Pfund/DM 3,794.

Ostmarkkurs am 10. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei nachgebenden Dollar-Zinssätzen wurden am 10. Oktober alle Dollar-Deports zu deutlich geringeren Deports gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,40/1,30	4,12/4,02	8,15/7,95
Pfund/Dollar	0,01/0,02	0,20/0,23	0,58/0,63
Pfund/DM	2,30/0,90	5,00/3,00	8,80/7,40
FF/DM	24/8	55/39	106/90

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10. 10.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 10. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,50)–7,00 (7,50)–7,25 (7,75)–7,75 (8,00)–8,00 (8,25)–8,50 (8,50). Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,50)–5,97 (6,47)–6,37 (6,87)–6,68 (7,12)–6,91 (7,31)–7,13 (7,48) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,90, 2 Jahre 6,44. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,80, Rendite 7,05.

Anleihen geben leicht nach

Die undurchsichtige Zinssituation in den USA sowie der festere Dollar haben die Nachfrage nach öffentlichen Anleihen auch aus dem Ausland stark gedrosselt. Gewinnmitnahmen konnten während der Börsenzeit im öffentlichen Bereich nur zu Kursen durchgeführt werden, die um 0,20 Prozentpunkte unter denen der Dienstagbörse lagen. Die feste nachbörsliche Tendenz am Dienstag dauerte nur wenige Stunden. Offensichtlich reizt das jetzt erreichte Zinsniveau zunehmend zu Gewinnmitnahmen. Bei den Pfandbriefen ergaben sich kaum Veränderungen.

Bundesanleihen

		10. 10.	9. 10.
F 6 Bund 78 IV	12/84	99,9	99,9
8¼ dgl. 79	1/85	100	100,05
8½ dgl. 73 I	3/85	100,95	101
7 dgl. 79	4/85	100,35	100,4
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,75	100,75
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,05	101,15
8 dgl. 78 IV	10/85	101,65	101,7
5½ dgl. 78 II	3/86	99,45	99,66
5¾ dgl. 78	5/86	99,2	99,2
7½ dgl. 78 I	12/86	101,3G	101,3
6½ dgl. 79	1/87	99,85	99,85
7¼ dgl. 78 II	1/87	101,5	101,3
6¼ dgl. 77	4/87	100,4	100,4
6½ dgl. 77	7/87	99,8bG	99,8
6 dgl. 77	10/87	98,7	98,8
6 dgl. 78 I	1/88	98,35	98,4
6½ dgl. 78 I	9/88	99,1	99,1
6½ dgl. 78 II	12/88	99	99
6¾ dgl. 79	1/89	99,05	98,85
7¾ dgl. 79 I	4/89	100,5	100,4
10 dgl. 81	4/89	109,8	109,5
7½ dgl. 79 I	6/89	101,4	101,6
8 dgl. 79 I	7/89	103,05	103,05
8 dgl. 79 II	8/89	103	102,9
7½ dgl. 79 II	9/89	101,35	101,3
7¾ dgl. 79 II	11/89	102,35	102,45
7¾ dgl. 80 I	1/90	101,95G	101,95
10 dgl. 80	4/90	110,9	110,9
5¾ dgl. 78	6/90	94,85	94,8
8¾ dgl. 80 I	7/90	104,3G	104,3G
8¾ dgl. 80 II	11/90	104,3G	103,85
7¾ dgl. 82	11/90	102,15	102
9 dgl. 81	2/91	107	107,05
10½ dgl. 81	7/91	113,25	113,25
10¾ dgl. 81	8/91	116,05	116,1
10 dgl. 81 II	12/91	112,6	112,6
9¾ dgl. 82 I	1/92	111	111,1
9¾ dgl. 82 II	3/92	111,15	111,25
6 dgl. 78 II	3/93	93,3	93,3
9,5 dgl. 82	4/92	109,65	109,65
9 dgl. 82	5/92	107,05	107
8½ dgl. 82	6/92	104,45	104,55
9 dgl. 82	8/92	107,2	107,15
8¾ dgl. 82	9/92	106,05	106,1
7¾ dgl. 82	12/92	101,55	101,45
7½ dgl. 83	1/93	100,15bG	99,95
7½ dgl. 83 II	3/93	100,1bG	99,95
7½ dgl. 83 III	6/91	100,9	100,85
8¼ dgl. 83	6/93	104,3	104,25
8 dgl. 83	7/93	102,7	102,7
8¼ dgl. 83 II	8/93	104,3	104,3
8¼ dgl. 83 III	10/93	104,4	104,35
8¼ dgl. 83 IV	11/93	104,35	104,3
8¼ dgl. 83 V	12/93	104,3	104,3
8¼ dgl. 84	1/94	104,35	104,35
8¼ dgl. 84 II	2/94	104,35	104,35
8 dgl. 84	3/94	102,8	102,85
8¼ dgl. 84	6/94	104,35	104,35
8¼ dgl. 84 IV	–	104,35	104,35
8¼ dgl. 84 V		104,4	104,4
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,2	100,2
8 dgl. 80 S.2	2/85	100,6	100,7
8½ dgl. 80 S.3	2/85	100,7	100,8G
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	101,1	101,1
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,1	101,15
8½ dgl. 80 S.6	5/85	101,1	101,15
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,05	101,05
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,95	101
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,9bG	101,95
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,8	102,8
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,9bG	102,85
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,45	104,45G
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,8	104,8
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,25	104,3
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,85	104,85
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,95	105,95
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,35	107,35
10½ dgl. 81 S.18	10/86	106,95	106,95
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,85	106,05
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,3	105,3G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,75	106,75
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,3	106,35
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,1	105,15
9½ dgl. 82 S.24	1/87	105,85	105,85
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,7	105,7
9½ dgl. 82 S.26	4/87	105,35	105,35
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,75	104,75
8¾ dgl. 82 S.28	5/87	103,85	103,85
9½ dgl. 82 S.29	7/87	106,45	106,45
9 dgl. 82 S.30	8/87	105,45	105,45
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	104,85	104,85
8½ dgl. 82 S.32	10/87	103,7	103,75
8 dgl. 82 S.33	11/87	103,15	103,15
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	102,45	102,45
7½ dgl. 82 S.35	12/87	101,85	101,9
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	100,95	100,9bG
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	99,7	99,7
7 dgl. 83 S.38	5/88	100,1bG	100,15
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	100,6	100,6
7½ dgl. 83 S.40	6/88	101,15	101,15
8 dgl. 83 S.41	8/88	102,8	102,75
8 dgl. 83 S.42	9/88	102,95	102,95
8 dgl. 83 S.43	12/88	102,9	102,85
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	103,8bG	103,75
8 dgl. 84 S.45	3/89	102,95bG	102,95
7¾ dgl. 84 S.46	4/89	101,15G	101,95
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	101,85	101,85
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	101,85	–

Bundesbahn

		10. 10.	9. 10.
F 8 Bdbahn 78 III	11/84	100G	100G
6½ dgl. 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl. 73	2/85	100,65	100,7
7 dgl. 77	2/87	100,6	100,5
6 dgl. 77	8/87	98,75	98,65
6 dgl. 78 II	7/88	97,4	97,45

		10. 10.	9. 10.
F 6½ dgl. 77	5/89	97,45bG	97,8
8 dgl. 79 I	7/89	103	102,9
6 dgl. 78 I	2/90	95,8	95,95
8 dgl. 80 II	7/90	102,55G	102,55
9 dgl. 81	3/91	107G	107
10½ dgl. 81	9/91	114,55	114,4
10¼ dgl. 81	11/1	113,8	113,45G
8 dgl. 80 I	2/92	102,45G	102,4G
10 dgl. 82	2/92	112,4	112,4
9½ dgl. 82	7/92	110,15	110,15
8 dgl. 82	11/92	102,8	102,7
7¾ dgl. 83	1/93	101,2bG	101,1
8¼ dgl. 83	10/93	104,35G	104,25
8¼ dgl. 84	6/94	104,35	104,3

Bundespost

		10. 10.	9. 10.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99,6G	99,5G
8 dgl. 72 I	9/87	102,65	102,45G
10 dgl. 81	3/89	109,55	109,25
10¾ dgl. 81	8/89	111	110,7
8 dgl. 80	3/90	102,4	102,4
7¾ dgl. 80	9/90	101,9	101,85
8¾ dgl. 80	12/90	105,9	105,9
10½ dgl. 81	10/91	114,55	114,6
9¾ dgl. 82	2/92	110,7	110,7
8¾ dgl. 82	6/92	106G	106
8½ dgl. 82	10/92	104,7	104,7
7¾ dgl. 83	2/93	101,2	101,7
8½ dgl. 83	9/93	104,95G	104,9bG
8¼ dgl. 84	2/94	104,3	104,3
8 dgl. 84		102,75	102,85

Länder – Städte

		10. 10.	9. 10.
S 6½ Bd.-Württbg. 78	88	99,5	99,5
8¼ dgl. 82	92	103,8	104
M 7 Bayern 65	85	101,5G	101,5G
6½ dgl. 67	87	102,25	102,25G
6 dgl. 68	85	99,75	99,75
6 dgl. 78	86	97,4	97,3
8¾ dgl. 80	90	105G	105G
8¾ dgl. 82	92	105,3	105,45
7½ dgl. 83	93	99,5	99,5
8 dgl. 84	94	102	101,45
B 8½ Berlin 70	85	102G	102
8 dgl. 72	85	101,2G	101,2G
7 dgl. 77	85	100,2G	100,2G
6½ dgl. 78	88	98,6	98,25G
8¾ dgl. 80	88	104,85	105G
Br 7¾ Bremen 71	87	101,85G	101,85G
8 dgl. 72	87	102,25G	102,25G
7½ dgl. 83	93	99,5	99
H 8½ Hamburg 70	85	101,9	101,9G
6¼ dgl. 77	92	98,4G	98,4G
8 dgl. 80	92	101,8G	101,8
9¾ dgl. 82	92	110G	110,25
7½ dgl. 83	92	99,5G	98,75G
8¼ dgl. 84	94	102,8	103,1
F 8 Hessen 71	86	101,6G	101,5G
6¼ dgl. 78	88	97,4	97,4
Hn 8½ Niedersa. 70	85	102,1	102,1G
7½ dgl. 72	87	101G	101G
8 dgl. 72	87	102,1	102,1
7½ dgl. 79	87	101,5G	101,5
7¾ dgl. 82	92	100,75	100,6G
8 dgl. 83	93	101,8	102
8 dgl. 84	94	101,75	101,75
7¾ dgl. 84	94	100,5	–
D 7½ NRW 83	93	99,25	99,25
7¾ dgl. 83	93	100,3G	100,3
8½ dgl. 83	93	105	105
8¼ dgl. 83	93	103,75	103,75G
8¼ dgl. 84	92	103,25G	103,15G
F 8 Rhld.-Pf. 71	84	102,25	102,25
F 8½ Saar 70	85	101,9G	101,9
7 dgl. 72	87	100,25G	100,25
6 dgl. 78	88	96,6	97G
H 7¼ Schl.-H. 72	87	100,75	100,75
8½ dgl. 73	85	100,5	100,7
8 dgl. 84	94	102	102
D 7 Essen 72	85	100G	100G
S 7½ Stuttgart 71	86	101bG	101bG
7¾ dgl. 72	87	101,1G	101,1G
8 dgl. 83	93	101,5	101,5

Bankschuldverschreib.

	10. 10.	9. 10.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1.	84,5G	84,5
6½ dgl. Pf 5	90	90G
7 dgl. Pf 2	100,5	100,5
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 108	104,95G	104,95G
10 dgl. Pf 109	109,4G	109,4G
7 dgl. KS 132	97,8G	97,8G
8 dgl. KS 155	100,8G	100,8G
9 dgl. KS 169	102,55G	102,55G
M 5½ Bayer.Haba Pf 14	98G	95,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	99G	98,5G
7 dgl. Pf 3	98,75bG	98,75bG
6½ dgl. KS 14	98,75G	98,75G
7¾ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123G	123G
5½ dgl. Pf 11	129,5G	129,5G
6 dgl. Pf 34	78,5G	78,5bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	84bG	84bG
6 dgl. KS 1	99,8G	99,8G
M 6 Lds. Anst. IS 15	99G	99G
6 dgl. IS 16	98,2G	98,2G
6 dgl. IS 17	97,6bG	97,5G
6¼ dgl. KO 49	101,7bG	102G
8½ dgl. KO 48	101,6G	101,8G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	101,5G	101,5G
8½ dgl. IS 726	100,75G	100,75G
M 5 Bayer. Vsrbk. Pf 11	119,5G	119,5G
6 dgl. Pf 4	94TG	94TG
6½ dgl. Pf 3	98,75G	98,75G
5½ dgl. Pf 12	89,25bG	89bG
M 7 dgl. Pf 20	99G	99G
B 5 Bad. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,5bG	99,5G
6 dgl. Pf 34	96,25G	96,25G
6½ dgl. Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	100,25G	100,25G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	91,75G	91,5G
7½ dgl. Pf 87	97G	97G
6 dgl. KS 29	83,5G	83,5G
7 dgl. KS 30	100,2G	100,2G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	90G	90G
6½ dgl. Pf 141	87,5G	87,5G
7 dgl. Pf 143	95G	95G
7 dgl. KO 113	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 217	100exZh	100exZh
9 dgl. KO 215	100,5G	100,5G
9¾ dgl. KO 218	100,25G	100,25G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	117,5G	117G
5¼ dgl. Pf 50	75G	74G
9 dgl. KS 139	109,4G	109,4G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 218	101,3G	101,3G
9 dgl. Pf 239	104,5G	104G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	110,5G	110G
7 dgl. KS 35	100,75G	100,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	96G	95,35T
6¼ dgl. IS 73	99,3G	99,1
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	85,5G	85,5G
6 dgl. KO 48	81G	81G
7 dgl. KO 97	100G	100G
7½ dgl. KO 185	100,3G	100,3G
9 dgl. KO 129	101G	101G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	79G	79G
7 dgl. KS 101	100,35G	100,35G
10 dgl. KS 134	100,5G	100,5G
8¾ dgl. KS 140	100,85G	100,85G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 258	98,55G	98,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	75G	75G
5½ dgl. Pf 59	82G	82G
6 dgl. Pf 182	81G	81
B 9 Dt.Pf.Wl. Bd. 482	107,25G	107,25G
Br 5½ Dt. Schiffbk. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,85G	98,85G
8¼ dgl. Pf 80	98G	97,65G
6¼ dgl. Pf 74	99,7G	99,8G
6¾ dgl. Pf 76	98,6G	98,65G
Br 6½ dgl. Pf 77	97,15G	96,3G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,7G	101,7G
F 5 Frk. Hypobk. Pf 66	71,5T	71,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	79,25G	79,25G
6 dgl. Pf 130	95,2G	95,4G
6½ dgl. Pf 133	89,1G	89,1G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	93,5G	93,5G
6 dgl. 47	84	83,5G
F 5 Helaba Pf 8	112G	112G
6 dgl. Pf 80	87,25G	92,25G
8 dgl. Pf 73	102,15G	102,15G
4 dgl. KO 5	109G	109G
H 5 Hyp.LHbg. Pf 96	85,25	85,25G
6½ dgl. Pf 80	93,5	93,5
8 dgl. Pf. 248	100,05	100,05G
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,75	101,75G
9 dgl. KO 259	103G	103
9¾ dgl. KO 262	–	–
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	117G	116,5G
5 dgl. Pf 12	98,25G	71G
7 dgl. Pf 25	97,75T	96,75G
10 dgl. Pf 40	100G	100G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	100,45G	100,45G
F 5½ Lbk. Saar Pf 11	91,25G	91,25G
7 dgl. Pf 12	94,75G	94,75G
4½ dgl. KO 8	100	100
8½ dgl. KO 81	103G	102,8G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	102,65G	102,5G
6 dgl. Pf 28	92G	92G
6 dgl. Pf 49	88,5G	88,5G
8¼ dgl. KS 8	102,2G	102G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	85,5	84
7 dgl. Pf 97	94,25G	94,25
10 dgl. Pf 33	100,7G	100,7G
6½ dgl. KS 78	99,5G	99,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 98	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	87,5G	87,5G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	105	105
6½ dgl. Pf 42	99,9G	99,9G
Ha 7 Nord. Lbk. Pf 1	97,6G	97,6G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
Hn 8 dgl. Pf 10	100,8G	100,8G
9 dgl. KO 53	101,3G	101,3G
7½ dgl. IS 6	101,5G	101,5G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	88,3G	86,8G
6 dgl. Pf 95	79G	78G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G
5¼ dgl. K	109,5G	109,5G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	96,3G	96,3G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5¼ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	–	–
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	73,5G	73G
7 dgl. Pf 125	100,5G	100G
7 dgl. Pf 128	94G	93G
8 dgl. Pf 177	103G	103G
6 dgl. KS 77	82,5G	81,5G
8½ dgl. KS 80/1	–	–
8¼ dgl. KS 110	103,75G	103G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	123G	123G
5¼ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 35	91G	89,5G
5¼ dgl. Pf 43	89,75G	88,25G
6 dgl. Pf 56	82,25G	80,75G
7 dgl. Pf 61	91,75G	90,25G
8 dgl. Pf 70	102,3G	102,1bG
9 dgl. Pf 88	101G	101G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	–	–
M 6 Süddboden Pf 41	92,5G	92G
5¼ dgl. Pf 57	81bG	79G
6½ dgl. Pf 143	98,25G	98,25G
7 dgl. Pf 87	97bG	97bG
7½ dgl. Pf 104	98,5bG	98,5G
7 dgl. KS 49	95,5G	95,5G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,75G
8 dgl. KS 133	100,5G	100,5G
8½ dgl. KS 132	100,35bG	100,5G
9 dgl. KS 185	103,75G	103,75G
9½ dgl. KS 171	105,75G	105,75G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	79TG	78,5G
7 dgl. Pf 100	100,7G	100,7G
D 8 WestLB Pf 350	101,05G	101,05G
6¾ dgl. Pf 403	99,6G	99,6G
9½ dgl. Pf 1007	108,4G	108,4G
8 dgl. Pf 1015	101,95G	101,95G
7 dgl. KO 556	100,1G	100,25G
6¼ dgl. KS 420	98,4G	98,4G
9½ dgl. KO 1301	107,4G	107,4G
8½ dgl. KS 1278	101,2G	101,2G
8 dgl. IS 1512	102,85G	102,85G
9¼ dgl. IS 1520	101,25G	101,25G
6½ dgl. IS 679	97,8G	97,8G
7½ dgl. IS 1503	–	–
D 4 Westf. Land. Pf 4	–	–
6 dgl. Pf 16	97G	97G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,1G	101,1G
8¼ dgl. Pf 584	103,5G	103,5G
8¾ dgl. KS 294	101,6G	101,8G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Württ. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100,5G	100,5G
S 6½ Württ. Kola Pf 1	82,55G	91,65G
7 dgl. Pf 5	–	–

Sonderinstitute

	10. 10.	9. 10.
D 6 DSLB Pf 28	88,5G	86,5G
6 dgl. Pf 47	82,5G	82,5G
7 dgl. Pf 63	92G	92G
7½ dgl. Pf 99	96G	96G
8 dgl. Pf 104	101G	101G
8 dgl. Pf 165	102G	102G
5½ dgl. RS 45	99,25G	99,25G
6 dgl. RS 73	98G	98bG
8 dgl. RS 120	102G	102G
8½ dgl. RS 153	102,25G	102,25G
7 dgl. RS 162	99,5G	99,5G
9½ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl. RS 186	106G	106G
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	106,85G	106,85G
F 7½ KFW 70	100,5G	100,5G
8 dgl. 70	101,45G	101,45G
7¾ dgl. 79	100,85	100,85
8 dgl. 84	101,55	101,55
F 10 Kredit 81	111	111
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	104,1	104,1G
7½ dgl. 83	101,1G	100
8¼ dgl. 83	103	103G
7½ dgl. 84 I	100,75T	100,75T
7½ dgl. 84 II	100,75T	100,75T
F 6 Lwd.Rentbk. RS 14	98,7G	98,7G
6 dgl. RS 15	99,1G	99
6 dgl. RS 16	99,05G	99G
6 dgl. RS 19	98,6G	98,5G
6 dgl. RS 20	–	–
6 dgl. RS 21	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 26	99,95G	99,95G
F 7¼ dgl. RS 27	101,25G	101,25G
6½ dgl. RS 60	99,25G	98,75G
7 dgl. 94	99,25G	98,75G
7 dgl. 99	100,25	100,3G
8 dgl. 101	101,5G	102,75G
7½ dgl. 102	100,5G	100,25G
9½ dgl. 126	105,35G	105,35G
D 8 LAG TS 76	101,8G	101,8
6½ dgl. TS 77	99,2	99,1G
5½ dgl. 78	96,7	96,8
7 dgl. 79	100,2	100,2

Industrieanleihen

	10. 10.	9. 10.
F 8 Badenwerk 76	96,5	96,5G
5 Bayernw. 59	99,85	99,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,8G	100,5
7¾ Cont. Gum. 71	100,25G	100,5
5¾ HEW 62	97,5G	97,5G
7½ dgl. 71	100,25	99,75G
4½ Harpen 59	202G	202G
6 Hoesch 64	99,8T	99,8T
7½ dgl. 71	100G	100G
7½ Karstadt 71	99,9G	99,9G
7½ Kaufhof 71	99,95	99,9G
7¾ dgl. 71	100,8	100,8
7½ dgl. 76	100,5	100,5
7½ Klöckner W. 71	99,75G	99,75
8 dgl. 72	100,1G	100,45
8 MWK 61	98,75G	98,75G
6 dgl. 62	97,25G	97,25G
6 ObDon. Krwk. 64	96G	96G
F 6 Rh.Braw. 63	96,75T	96,5T
6 dgl. 65	96,6T	96,5T
6 RWE 63	96,5T	96,75T
6 dgl. 65	97,5	97
7¾ dgl. 71	100,75G	100,75
7 dgl. 72	99,25G	99,25G
6 Rh.-M.-Don. 62	98,75G	98,75G
6½ dgl. 68	101,25G	101,25G
8 Schleswag 71	100,6G	100,6
7½ Thyssen 71	100,1G	100,1G
8 dgl. 72	100,5	100,5
7¼ dgl. 77	98,6	98,5T
8 VEW 71	103bG	102T
6¾ dgl. 77	97,75G	97,5G
7 VW 72	99,25G	99,25

Optionsscheine

	10. 10.	9. 10.
F 11 BASF Over Zee 82	63,9	64,8
7¼ Bayer Fin. 79	74,6	75,6
10½ Bayer Fin. 82	85,9	87
7½ BHF Bk. Int. 83	103,5	103,5
6¾ Ciba-Geigy 75	1240	1235
3½ Commerzbk. 78	41,8	42
7 Combk. Int. Lux. 83	49,5bG	50,3
Combk. Int. Lux. 84	64,5	64,8
4½ Dt. Bk. Comp. 77	142	145
3½ Dt. Bk. Int. 83	153,6	153,5
8¼ Degussa 83	161	168,5
4 Dresdner Bk. Int. 83	44,9	44
4 dgl. 83 II	50,4	49,8
10 Hoechst 75	367	354T
6¾ dgl. 79	80,8	81
8 Hoechst 83	95,9	96
Itoh Fuel 84	370	367G
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2299	2300
5¾ Jusco 83	3700	3700
Kansai Paint 84	440G	440
Mitsubishi 84	596	590
Mitsui 82	175bG	175
Nippon Fluor 84	560G	560bG
Rhythm W	1790	1790G
7¾ Siemens 83	239,2	239,6
6,875 Schering 83	129,9	130
Tsumura „A 84	220	220
dgl. „B 84	248	245
4 Veba 83	57	59
6½ Wella F. 73	402	405
F 8½ BASF 74	69,8	69,8
Bayer 84	74,8	75,2
5 Conti 84	59,5	60
Stumpf 78	65bG	65bG

Optionsanleihen

	10. 10.	9. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	106,4G	106,4G
7½ dgl. 83 oO	77,75G	77,75G
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	111,4G	111,4G
F 3½ dgl. 78 oO DM	92,5	93,5G
4¾ C F DT. Bk. 77 mO S	122G	122G
4½ dgl. 77 oO S	82,5	81,75bG
3¾ Dt. Bk. 83 mO	133,25	133,25
3¾ dgl. 83 oO	87,75bB	87,65
6¼ Dt. Bk. 83 mO	106,1G	105,2G
6¼ dgl. 83 oO	72,25	72
4 Dresd. Bk. 83 mO	106,75	107
4 dgl. oO	90,25	90,25
3½ Itoh Fuel 84 mO	96,25G	96G
3½ dgl. 84 oO	88,5G	88,75
7½ Jap. Synth. 82	190G	190G
7½ dgl. 82 oO	100,5	100,1G
5¾ Jusco 83 mO	150G	150G
5¾ dgl. 83 oO	95,25G	95,15
F 3½ Kansai Paint 84 mO	97G	97G
3½ dgl. 84 oO	89G	89G
3½ Mitsubishi 84 mO	102bG	102bG
3½ dgl. 84 oO	90,7bG	90,65
3½ Nippon Flour 84 mO	99	98
3½ dgl. 84 oO	89,5G	89,5bG
5¾ Rhythm Watch 84 mO	137G	137G
5¾ dgl. 84 oO	95	96T
3¼ Tsumura Juntendo 84 mO	98	98
3¼ dgl. 84 oO	88,6G	89
4 Veba 84 mO	130	130,75
4 Veba 84 oO	84	84
F 6½ Wella F. 73 mO DM	133G	133G
6½ dgl. 73 oO DM	95,5G	95,5G
F 8½ BASF 74 mO	148,5T	148,5
8½ BASF 74 oO	101,9	101,9G
3¼ Bayer 84 mO	132,75	133,5
3¼ Bayer 84 oO	80,35	80,4
5 Conti 84 mO	144	144bG
5 Conti 84 oO	85,5	85,5
M 3½ Stumpf 88 mO	158TB	158TB
M 3½ Stumpf oO	97,5G	97,5G

Währungsanleihen

	10. 10.	9. 10.
6¼ Kopenhagen 72	97,5G	97,5G

Wandelanleihen

	10. 10.	9. 10.
H 8 Beiersdorf 82	178G	180G
D 9 Girmes 74	124bG	124,95
6½ KSB 83	125T	121
F 6 Pfaff 84	120	121

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

	10. 10.	9. 10.
D 8¼ Aeroport 82	101,5bG	101,25G
7½ B.N.D. 79	98bB	97,5T
7½ Bayer Cap. 82	103,15G	103,5
8½ Caisse N.T. 70	102,5G	102,5bG
7¾ CFE 77	98,5	100bG
6¾ CFE 78	94,75	94,5bG
8½ Cons. Cred. 70	103,25G	103,25G
6½ Cred. Nat. 79	97,75G	97,75
6¾ Dänemark 72	99,25G	99,25
8½ Dänemark 74	103,5	103,25
7¾ Dänemark 77	100,15	100,15
8 Dänemark 78	96	95,6bG
5¾ Dänemark 79	99,76	99,7G
6½ Dänemark 79	96	95,8G
7½ Dänemark 80	101bG	101,25
8½ Dänemark 80	101,75	101,75
10 Dänemark 82	105,5	105,25
10½ Dänemark 82	112bG	113
7¾ Dänemark 83	101,7	101,5
8 Dänemark 83	100,5T	100,25G
7¾ Dänemark 84	101,85	101,75
7½ Dänemark 84	99,15	99,1
6¾ DenNorsk. 78	98,75G	98,75G
6 DenNorsk. 78	96G	96G
8½ ENEL 82	104,5bG	104,5G
7¼ Fuji Int. 84	99,85bG	100bB
10¼ GZ Wien 81	116T	115,5T
7½ H.-Bk. Dän. 69	100G	100G
7 H.-Bk. Dän. 73	99bG	99bG
8½ H.-Bk. Dän. 80	103,25	104,25
10½ H.-B. Dän. 81	110,25	110G
8½ H.-Bk. Dän. 83	103,25G	104
8 Imatran. 72	100,5	100,5
7¾ ISCOR 71	99,8G	99,8bG
7 ISCOR 72	99bB	98,5
7 ISCOR 73	98,1bG	98,1bG
8½ ISCOR 78	100,75G	100,75
9 ISCOR 83	104,5bG	104,5bG
7¾ Island 77	101,5T	101TG
9¾ Island 82	105	106T
6½ Light-S. 78	96,95	96,5bG
6¼ Light-S. 80	95,5bG	95,5
7¾ Manitoba 83	101,1bB	101,1bB
6¾ Manit. Hyd. 72	99,5bG	99,5bG
7 Metrop. 73	98,5G	98,5bG
8 Nat. West. 73	102	101,56T
11 Nat. West. 81	115	114,5
9¾ Nat. West. 82	108,5bG	108,75
7¼ Nipp. Cred. 83	96,5	96,5
7¾ Norges H. 77	99,5	99,5G
8 Norges H. 78	95,8G	95,8bG
6½ Norges K. 70	102G	103
7 Norges K. 77	99bG	99,25G
6 Norges K. 77 I	98,9	98,25
6 Norges K. 77 II	97G	97,25
6 Norges K. 78	97,35	97,05
6¼ Norges K. 79	99bG	98,75bG
7¾ Norges K. 79	101,25	101,3
8¼ Norges K. 79	103,25	103,5
7¾ N. Scotia 71	102,25T	102
7 N. S. Pow. 72	100,25G	100,5bB
6¾ Occid. Fin. 78	96bG	96,25G
7 Petrobas 78	93	95,25
8 Petrobas 79	95,2	95,3
6¼ Pyhm Autob. 77	97,4	97,4
8½ Queensl. A. 70	101	102T
7 RENFE 79	98,35	98,6bG
10 RENFE 82	110,5	110
8¼ RENFE 83	102,8G	102,6bG
8¾ Stockh. G. 75	101G	101,5
7¾ Sumito F. 82	100,75	100,75
7¾ Sus Int. 73	100	100,75
7¼ Svenska C. 73	99,5G	99,5G
9½ Svensk Ex. 80	101,9	101,9
10½ Svensk E. 81	108bG	108,5bG
9½ Svensk Ex. 82	105,5T	105T
5½ Tauernaut. 78	90,25G	90,7
9¾ Tauernaut. 82	111T	110T
7¾ Tokyo El. 69	100bG	100G
6½ Tokyo El. 79	100T	100bG
6 TVO-Kraftw. 78	96G	96bG

Wandelanleihen

	10. 10.	9. 10.
F 4¾ AKZO 69	84T	84T
F 5 Asics Corp. 83	102,5G	102,5G
F 3¼ All Nippon 78	106	108
F 3½ Asahi Opt. 78	126G	125,25G
F 4¾ Canon Inc. 77	478G	478G
F 3½ Cas. Comp. 78	351G	350G
F 5¾ Daiei Inc. 80	132G	132G
F 3 Daikin Ind. 84	99	98,85bB
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	820G	820G
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	125G	124G
F 3½ Jusco Co. 78	108G	108
F 6 Komatsu 76	157T	157T
F 6 Konishiroku Pho. 81	123G	122
F 6¾ dgl. 82	117G	117
F 3½ Koralasen 78	104,5	103G
F 7¾ Kraft Inc. 70	153,5	149,25G
F 3½ Marudai F 78	100G	100G
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	232,5G	231,5G
F 4 dgl. 79	178,25G	178,25
F 6,75 Mitsub. H 81	151T	151bG
F 6 dgl. 81	113	113
F 6 Nichii Co Ltd 80	144G	143G
F 3¾ Nippon Sh. 78	136G	139G
F 3½ Nissan Mot. 78	97,25G	97
F 4 Nisshin Steel 78	170G	170G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	110T	110T
F 3½ Olympus 78	275G	275G
F 3¾ Omron Tat 79	510T	510T
F 4¾ Orient Fin 79	240G	240G
F 3½ Ricoh Comp 78	223G	223G
F 6¼ Rothm. Int. 72	111G	111bG
F 3¾ Sanden Corp. 78	127,5G	127,5
F 6¼ Sekisui 78	148G	148G
F 3½ Stanley 78	223G	223G
F 6 Taiyo Yuden 82	140	141,5
F 5 Texaco Int. 66	97,75	97,8
F 3½ Tok. Elec. 78	450G	450G
F 4 Tokyu Land 78	104G	104G
F 3½ Trio Kenw. 78	100,5G	100,5G
F 6½ Uny Ltd. 79	230G	230G

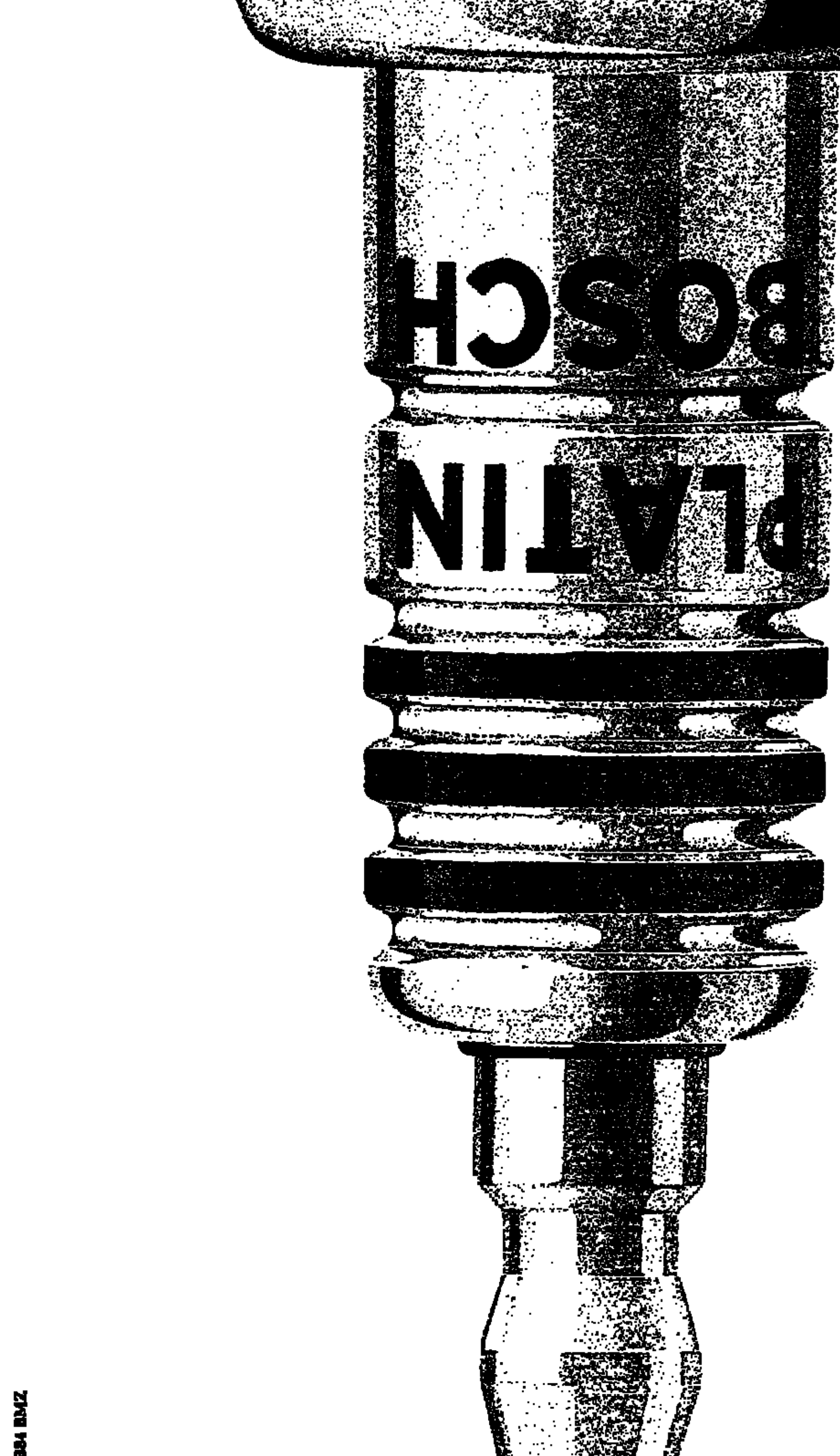
Anmerkungen: * Zinsen steuerfrei; Pf = Pfandbriefe, KO = Kommunalobligationen, KS = Kommunalschuldverschreibungen, IS = Industrieschuldverschreibungen, RS = Rentenschuldverschreibungen, S = Schuldverschreibungen (Kurse ohne Gewähr), B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

	10. 10.	9. 10.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	85,9	85
F Alcan	82	81,5
F Alcoa	100	101
F Alg.Bk.Nederl.	310	300
F All Nippon Air	4G	4
F Allied Corp.	109T	108G
M ALPS El.	29,9	29
F Amax	55,8	55,8
F Am. Cyanamid	146	145
F Ameritech	222,5	223,5
D American Expr.	101,5	99,8bG
D Am Motors	13,3	13
F Am. T & T	57,1	56,9
F Amro Bank	57,7	57,5
F Anglo Am. Corp.	42,1	42,5
M Anglo Am. Gold	29	28,5bG
F Arbed	74G	73,5
D Armco	31,9	32
F Asahi Chem.	6,4G	6,4G
M Atl. Richfield	158	156,6
H Atlas Copco	39G	39G
M Avon	72	72,7
D Baker Int.	53	53G
F Ball Canada	23,4	23,1
F Banco de Bilbao	32,8	33,1
F Banco Central	32,1	33
F Banco Hisp. Americ.	22,8bB	22,8
F Banco de Santander	23,1	23,9
F Banco de Vizcaya	39,2	40,8
F Barlow Rand	20,5	20,5
M Baxter Trav. Lab.	42,4	42,3bG
D Beatrice Foods	84G	89G
F Bell Atlantic	231,2	230,5
D Bell Canada	77,5TG	75TG
F Bell South	95	96
D Bethlehem Steel	55,5	54,3bG
F Black & Decker	61,1	61
F Boeing	159,9	159
M Bougainville Copper	4,6	4,56
F Bowater	6,75	6,75
D BP	18,6	19
M Broken Hill	26,1	26,4
F Bull	10,85T	10,85T
F Can. Pacific	108	106,5
F Canon	18,4	18,1
F Casio Comp.	19,3	19,3
F Caterpillar	97	97,5
D Ch. Manhattan	124,5	123,5
F Chrysler	89	89,8
M Citicorp.	105,5	104,4
F City Investing	122,9	122
F Coca-Cola	185	186,5
D Colgate	77,5	79,5
M Commodore Int.	77	76,4
M Comm. Satellite	78	77,9
F Cons. Gold F.	19,5	19,25
D Cont. Group	178G	175G
F Control Data	81	92bG
H Courtaulds	4,95B	4,95B
M CRA	12,3	12,4
M CSR	7,9bG	7,75bG
F Daiei	7,7G	7,7G
F Dart & Kraft	241	240G
M De Beers Cons.	15,8	15,8
F Deere Comp.	85,1	86
F Delta Air Lines	98,5	100,5
F Diam. Shamrock	57,5	57,5
M Digital Equipm.	294,9	281,5
M Disney Prod.	176,1	170
H Distillers	10,25G	10,25G
M Dome Petroleum	6,6	6,65
D Dow Chemical	85G	85
D Dresser	62,5	63
M Driefontein Cons.	90,5	92
D DuPont	147G	146G
H Dunlop	1,55G	1,55G
D Eastern Air Lines	15,6	14,1
F Eastman Kodak	220	219
F Eaton	147T	145
F Elf Aquitaine	81,6	82
F Emhart	92G	92G
D Ericsson	119T	117T
D Exxon	138	139
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	2,85	2,85
D dgl. Vz.	2,55	2,55
F Finsider	0,09B	0,09
D Fisons	8,7T	8,5T
M Fluor	54,4	54
D Ford	135G	134
F Fujitsu	17,5	17,1
F General Electric	166	164
F General Foods	172T	172T
F General Mining	44	44
D General Motors	232G	233
D Gen. Shopping	375G	376T
D Genstar	172G	175G
F Goodyear	75	75,5
H Grace	129	128,5
F Greyhound	68T	68T
D GKN	6,5T	6,5T
F Gulf Canada	44,5	45
D Halliburton	97,5	98,5
F HCA Hospital	124	124
M Hewlett Packard	108bG	108,4
D Highveld Steel	8,7T	8,7T
D dgl. o.O.	8,7T	8,7T
F Hitachi	109B	1095
M Holiday Inns	112,2	111,2
F Homestake	79	80,1
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,55	2,55
D Hoogovens	56,2	55,5
D Hughes Tool	45,5	45
F IBM	372	372,7
F ICI	24,5	24,5
M Impala Plat. Hold.	39,8	39,7
M Imperial Oil	101,8	101
M Intern. Harvester	20,3	20,3
F Inco	32,1	33
F Int. T & T	86,6	84,5
D Istituto Fin. Ind.	7,5G	7,5G
F Italcementi	82	81
F Izumiya	11T	11G
F Japan Line	1,4	1,4T
D Jusco	9T	9T
F Kawasaki Kisen	1,4G	1,4G
F Kawasaki Steel	1,95	1,95
M Kloof Gold Min.	128	125,1
F Komatsu	5,55	5,55
D KLM	–	173
F Konishiroku Photo	7,2G	7,3G
F Kubota	3,8G	3,8exD
D Lafarge	111G	111G
D Litton Ind.	201	198
F Lone Star	72	73,5
D LTV	35,1	34,9
M M.I.M. Hold.	7,3	7,31
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,66	3,66
F Marudai Food	7,6	7,5G
D Matsushita El.	20,5	20,5
M McDonald's	155G	155
M Merrill Lynch	86,7	85
F McDonnell D.	205	208,5
M Minerals & Res.	21,7	21,7
D Minnesota M.	238G	235G
D Minolta Camera	7,5T	7,5T
F Mitsubishi Chem.	3,6G	3,7T
F Mitsubishi El.	5,2T	5,1T
F Mitsui Bk.	11,1T	11,4
F Mitsui & Co.	3,8G	3,9G
F Mitsui Engin.	1,7G	1,7G
F Mitsui O. S. K.	1,7T	1,7T
F Mitsumi El.	17,5	16,7bB
H Mobil Corp.	87	87,5
F Monsanto	144,5	144
F Montedison	1,88	1,87
F Murata	37,5G	37,5G
M Nat. Semicond.	37,8	36,8
D Nat. Westminster	20,2T	19,9T
M NEC Corp.	15,9	16
F Nestlé	6350	6418
D Nikko Sec.	6,26	6,26
F Nippon Kokan	1,6bG	1,6bB
F Nippon Shinpan	6,35G	6,35G
F Nippon Yusen	2,55G	2,55G
F Nissan Motor	7,8G	7,6T
F Nisshin Steel	2,1T	2,1T
F Nissho - Iwai	2,8T	2,8T
D Nl. Industries	39,7	40T
F Norsk Hydro	44	44,4
F Novo Ind.	525	525
F Nynex	214	213
H Occ. Petroleum	93,5	92,5
F Océ v. d. Grint	228G	229
F Olivetti St.	9,45	9,4
F Olivetti Vz.	7,85	7,85bB
F Olympus Optical	12,5G	12,5
H v. Ommeren	23G	23G
F Omron Tateisi	28,5G	28,5G
F Pacific Telesis	193,5	192
F Pakhoed	51,6	52
F PanAm	14,95	14,55bG
D Parker Drilling	22,3	22,5bG
F Parker Hannifin	91,5G	91,5G
F Peko Wallsend	12,5G	12,6
M Pepsi	127	129
F Pernod-Ricard	255T	255T
F Peugeot	68,5	69
F Philip Morris	229G	229G
H Philips	47,8	48
D Phoenix Ass	–	–
M Pioneer El.	30,6	30,7
F Pirelli	2,8	2,8
M Polaroid	81,2bG	81,8bG
M Prime Computer	46,5	47
F Procter & G	164	163G
D Ramada Inns	19,6	20,3bG
M Ranger Oil	20,7	21,5
F Ricoh	11,6	12G
F Rio Tinto NA-St.	22,5bB	22
F Rio Tinto Kom.	22,5G	22,5G
H Robeco	60	59
F Rockwell	86	85
H Rolinco	57,5	56
F Rorento	190T	185G
F Rothmans Int.	6	5,95G
D Rowan Cos.	34,5	34,5
H Royal Dutch	156	155,5
M Rustenburg Plat. Hold	28bB	28,3
F Sanko Steamship	1,6G	1,6G
F Sanden Corp	7,3T	7,3T
M Santos	17,2	16,9
F Sanyo Elec.	6,2	6,2
F Sanwa Bk.	12T	12,5G
M SASOL	8,8	8,8
F Schering Plough	107,5	108
F Schlumberger	138,5	138
F Schw. Alum.	921	910
F Schw. Bankverein PS	344,5	342
F Schw. Bankverein OR	8,3	8,3bG
M Sears, Roebuck	99,2	98,7
F Seiyu Stores	7,8T	7,8T
F Sekisui House	6,7T	6,7T
F Selected Risk	47G	47G
F Shell Canada	60	61,5
H Shell T & T	25B	25B
D Singer	97	97
F Snia Bpd.	2,87	2,86
D Solvay	212T	212T
D Sony Corp	48,7	48,5
F Southwestern Bell	195,5	194
D Sperry Corp.	109,5G	109G
F Squibb	142	140G
F Standard Oil	143,5	141,5
F Stanley Elec.	12,3T	11,8G
F Steyr-Daimler-P.	20,7	20,7
F Sumitomo	6,2T	6,2T
F Sumitomo Heavy	2,55T	2,55T
D Sumitomo Metal	1,8T	1,8T
D Sun	149G	149G
M Sunshine Mining	31	30,4
F Swissair	1160	1160G
F Taisei Kens.	2,3G	2,3G
M Tandy	76,9	77,7
F Tayo Yuden	14,5T	14,5T
F Tenneco	111,5	110G
D Texaco	108,5	108
F Texas Instruments	387	375
D Thomson-CSF	–	122
D Thorn Emi	16T	16T
F Tokyo El	17,3T	17,3T
D Tokyo Pac	415G	409G
F Tokyo Sanyo El.	8,8T	8,8T
D Toray	5,2G	5,3
D Toshiba	5,65T	5,4
D Trans World Airlines	29	29T
F TRIO Kenwood	6,5G	6,3G
F TRW	207G	207G
F Tsumura Juntendo	18G	18,7G
D UAL	115T	117T
H Unilever	257	258
F Union Carbide	152	153,5
D Uniroyal	44G	44
F United Techn.	113,5	111
F US Steel	71	71,5
F US West	194,1	192,6
M Vaal Reefs Expl.	30,9	31G
D Volt-Stork	114	113,5G
D Volvo A	90T	90T
D dgl. Nam B	88T	88T
F Warner Commun.	59,9	58,1
F Warner Lambert	94,5	94G
F Wells Fargo	128	127,9
M Western Deep L.	135,4	136,8
M Western Mining	8,2	8,3
M Westinghouse El.	78	77
F Westl.-Utrecht H.	89	88
D Xerox Corp.	117,5	116,5

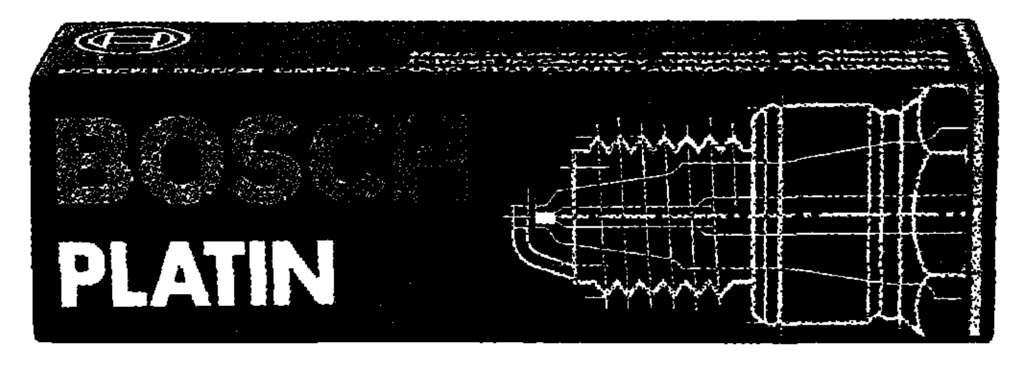






Unter dieser zündenden Überschrift berichtet die Zeitschrift test in ihrer aktuellen Ausgabe über einen großangelegten Zündkerzentest.

Darin wird bescheinigt, daß Bosch mit der neuartigen Platin-Mittel-Elektrode ganz offensichtlich einen guten Griff getan hat. So nimmt die Bosch Platin bei der Resistenz gegen Verrußung – lt. Stiftung Warentest von überragender Bedeutung – eine Spitzenposition ein und empfiehlt sich insgesamt als die Nummer eins der Untersuchungen.



Wenn Sie's genauer wissen wollen, empfehlen wir Ihnen den ausführlichen Testbericht in „test" 10/84. Wenn Sie's ganz genau wissen wollen: Fahren Sie die Bosch Platin selbst. Mit ihrer Mittel-Elektrode aus 99,9 % reinem Platin bringt sie eine Reihe bemerkenswerter Vorteile: zum Beispiel vom Start weg runden Motorlauf, auch im strapaziösen Stadt- und Kriechverkehr.

Daß sich die Bosch Platin so schnell freibrennt, hilft Ihnen übrigens besonders in der bevorstehenden kalten Jahreszeit: Sie können problemlos niedertourig fahren, also frühzeitig den höheren Gang einlegen.

Die Bosch Platin erhalten Sie in Werkstätten und im Fachhandel.

Eins ist sicher.





Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Weniger kräftig als bei den Edelmetallen waren die Einbußen bei Kupfer. Während Kaffee fester notierte, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	9. 10.	8. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	348,75	348,75
März	356,75	356,25
Mai	355,50	355,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif, St. Lawrence 1 CW	geschl.	238,80
Amber Durum	geschl.	250,25
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	140,40	geschl.
Dez.	144,00	geschl.
März	150,70	geschl.
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	119,10	geschl.
Dez.	119,40	geschl.
März	122,80	geschl.
Hafer Chicago (c/bush)	9. 10.	8. 10.
Dez.	177,00	176,50
März	178,25	177,50
Mai	176,25	175,75
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	278,50	278,75
März	283,25	284,00
Mai	287,75	288,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	9. 10.	8. 10.
Okt.	130,50	geschl.
Dez.	127,80	geschl.
März	131,60	geschl.

Genußmittel

	9. 10.	8. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	134,75	134,30
März	133,95	133,80
Mai	133,20	132,85
Kakao New York ($/t)	9. 10.	8. 10.
Terminkontr. Dez.	2199	2215
März	2178	2182
Mai	2188	2200
Umsatz	–	2906
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,49	5,35
März	6,12	5,92
Mai	6,45	6,26
Juli	6,74	6,54
Sept.	7,02	6,80
Umsatz	11 365	14 530
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	9. 10.	8. 10.
	4,82	4,68
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Nov.	9. 10.	8. 10.
	2336–2337	2320–2321
Jan.	2285–2288	2270–2271
März	2210–2212	2202–2203
Umsatz	2301	1511
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1890–1891	1890–1892
März	1856–1858	1858–1859
Mai	1862–1863	1861–1866
Umsatz	2998	3701
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	144,60–145,00	146,60–147,00
März	161,20–161,40	163,20–163,40
Mai	167,60–167,80	170,20–170,40
Umsatz	–	2995
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	9. 10.	8. 10.
schw. Sarawak spez.	450,00	445,00
weißer Sarawak	700,00	690,00
weißer Muntok	707,50	697,50
Orangensaft New York (c/lb)	9. 10.	8. 10.
Nov.	176,90	179,00
Jan.	180,00	181,40
März	180,10	181,50
Mai	179,80	180,95
Juli	179,80	181,00
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

	9. 10.	8. 10.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	geschl.	35,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	30,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Okt.	27,20	27,25
Dez.	25,20	25,23
Jan.	24,65	24,75
März	24,45	24,45
Mai	24,25	24,25
Juli	23,97	34,00
Aug.	23,75	23,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	26,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	30,00
Choice white hog 4% fr. F.	geschl.	21,25
Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	21,50
fancy	geschl.	21,25
bleichfähig	geschl.	19,50
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	17,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	44,30	44,15
Dez.	46,60	46,55
Febr.	48,85	48,72
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,10	65,40
März	64,65	65,00
Mai	65,85	65,80
Rinder Chicago (c/lb)	9. 10.	8. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	67,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	53,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	600,00	595,50
Jan.	610,50	606,00
März	624,00	620,00
Mai	636,50	633,00
Juli	643,00	638,00
Aug.	643,50	638,00
Sept.	636,00	631,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Okt.	144,50	143,50
Dez.	151,00	150,00
Jan.	153,80	152,80
März	159,50	158,20
Mai	163,50	162,50
Juli	168,50	166,00
Aug.	167,00	165,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	9. 10.	8. 10.
Okt.	347,50	geschl.
Dez.	355,50	geschl.
März	369,00	geschl.
Kokosöl New York (c/lb)	9. 10.	8. 10.
Westküste fob Werk	geschl.	67,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	10. 10.	9. 10.
jegl. Herk. cif	845,00	845,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	625,00	625,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	640,00	650,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nieder. fob Werk	243,00	243,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1370,00	1380,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,00	290,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	9. 10.	8. 10.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	64,45	64,80
Dez.	64,85	65,00
März	66,85	66,80
Mai	67,97	68,00
Juli	68,90	69,05
Okt.	69,21	69,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	44,00	44,25
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	9. 10.	8. 10.
Okt.	505	500–502
Dez.	505–507	505–508
Jan.	507–508	506–509
Umsatz	30	71
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	9. 10.	8. 10.
Okt.	51,60	unerhältl.
Dez.	51,40	unerhältl.
März	53,10	unerhältl.
Mai	53,40	unerhältl.
Umsatz	0	0
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	9. 10.	8. 10.
Okt.	560,5–565,0	560,0–565,0
Dez.	566,6–568,0	566,1–567,0
März	579,0–581,5	–
Umsatz	14	20
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	9. 10.	8. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	9. 10.	8. 10.
Okt.	13 231	13 230
Nov.	13 188	13 140
Kautschuk London (p/kg)	9. 10.	8. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,00–64,00	62,00–65,00
Nov.	58,00–59,50	60,00–61,00
Dez.	58,50–60,00	61,00–62,50
Jan.	63,50	62,00–64,00
		Tendenz: ruhig leichter
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	9. 10.	8. 10.
Nov.	209,00–209,50	206,50–207,50
Dez.	208,50–209,00	209,00–209,50
Nr. 2 RSS Nov.	196,00–197,00	195,50–196,50
Nr. 3 RSS Nov.	192,50–193,50	192,00–193,00
Nr. 4 RSS Nov.	185,50–186,50	185,00–186,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	9. 10.	8. 10.
BWC	810,00	810,00
BWD	795,00	795,00
BTC	810,00	810,00
BTD	795,00	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	10. 10.	9. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	125,24–125,43	124,12–124,31
drittfolg. Monat	127,14–127,33	125,64–125,83
Zink: Basis London		
laufend. Monat	230,34–230,53	231,57–231,76
drittfolg. Monat	228,82–229,01	229,01–229,20
Produz.-Preis	279,14	289,17
Feinzinn 99,9 %	4059–4106	4047–4087

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	10. 10.	9. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	393,78–395,68	394,54–396,43
Blei in Kabeln	133,00–134,00	131,75–132,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	10. 10.	9. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	382	382–383
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	426–430	428–430
MS 63	411–416	412–416

Zinn-Preis Penang

	9. 10.	8. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	10. 10.	9. 10.
Leg. 225	345–363	345–363
Leg. 226	347–365	347–365
Leg. 231	377–395	377–395
Leg. 233	387–405	387–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	10. 10.	9. 10.
Platin (DM je g)	34,40	34,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 100	34 100
Rücknahmepr.	33 350	33 350
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 340	34 370
Rücknahmepr.	33 480	33 520
verarbeitet	36 020	36 060
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 720	33 750
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	726,20	734,00
Rücknahmepr.	704,90	712,40
verarbeitet	758,10	766,20

Internationale Edelmetalle

	10. 10.	9. 10.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	337,75	341,25
15.00	337,75	341,00
Zürich mittags	337,70–338,20	340,70–341,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 300	103 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	579,50	587,20
3 Monate	594,40	602,05
6 Monate	608,90	616,35
12 Monate	639,40	646,85
Platin (£-Feinunze) London	9. 10.	8. 10.
fr. Markt	261,15	261,15
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	112,35	112,35

New Yorker Preise	9. 10.	8. 10.
Gold H & H Ankauf	341,00	geschl
Silber H & H Ankauf	714,00	geschl
Platin fr. Händlerpr.	326,00–328,00	326,00–328,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,00–139,00	138,50–139,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	712,00	729,50
Nov.	717,20	735,20
Dez.	723,00	741,00
Jan.	730,10	748,30
März	743,00	761,00
Mai	756,00	776,40
Juli	775,00	791,00
Umsatz	20 000	12 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	9. 10.	8. 10.
Okt.	55,25	55,65
Nov.	55,65	56,10
Dez.	56,20	56,55
Jan.	56,90	57,35
März	58,00	58,55
Mai	59,30	59,75
Juli	60,45	60,90
Umsatz	4000	2900

Londoner Metallbörse

	10. 10.	9. 10.
Aluminium (£/t)		
Kasse	796,00–797,00	792,00–793,00
3 Monate	819,00–819,50	815,50–816,00
Blei (£/t) Kasse	329,50–330,00	326,00–327,00
3 Monate	334,50–335,00	330,50–331,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1023,5–1024,0	1028,5–1029,0
3 Monate	1046,5–1047,0	1052,0–1052,5
abends Kasse	–	1024,5–1025,5
3 Monate	–	1047,5–1048,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1026,0–1027,0	1030,0–1032,0
3 Monate	1045,0–1046,0	1048,5–1049,0
Zink (£/t) Kasse	605,00–606,50	680,00–690,00
3 Monate	602,00–602,50	652,00–655,00
Zinn (£/t) Kasse	9655–9660	9645–9655
3 Monate	9600–9601	9600–9605
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–87

Ihr Werk war ihr Leben

Elise Topell

† 8. 10. 1984

Elise Topell
Couture

Im Namen ihrer Mitarbeiter
Sigrun Grund
Marianne Nagell

Wiesbaden, Wilhelmstraße 17

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 12. Oktober 1984, um 15.00 Uhr in der Kapelle des Südfriedhofes statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
-39 42 oder -42 30

Berlin
(0 30) 25 91-29 31

Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d

Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

---

†

Mein innig geliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater

Alfred Egon Reichsfreiherr von Fürstenberg

Ehren- und Devotionsritter des souveränen Malteser-Ritterordens

* 8. 4. 1907 † 7. 10. 1984

wurde heute von Gott zur Seligkeit berufen.

Seine Redlichkeit und Güte werden uns immer Vorbild sein.

Margret Freifrau von Fürstenberg geb. von Gescher
Alexander Freiherr von Fürstenberg
Andrea Freifrau von Fürstenberg geb. Meier-Sterner
Constantin Freiherr von Fürstenberg
Bernadette Freifrau von Fürstenberg geb. Freiin von Allmayer-Beck
Mariette Turnauer geb. Freiin von Fürstenberg
Max Turnauer
und 8 Enkel

4400 Münster, Hohenzollernring 53

Das Requiem feiern wir am Montag, dem 15. Oktober 1984, um 11.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Mauritz. Die Beisetzung ist anschließend vom Tor des alten St.-Mauritz-Friedhofes aus.
Es wäre im Sinne des Verstorbenen, an Stelle von Blumen und Kränzen den Malteser-Hilfsdienst in Hamburg, Postscheckkonto Hamburg Nr. 2611 75-201, zu bedenken.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin

von — Erstsemester — nach

1 Aachen – Erlangen
2 Aachen – Freiburg
3 Aachen – Göttingen
4 Aachen – Hannover
5 Aachen – Heidelberg
6 Aachen – Köln
7 Aachen – Münster
8 Aachen – Uni München
9 Aachen – Mainz
10 Aachen – Würzburg
11 Bochum – Erlangen
12 Bochum – Freiburg
13 Bochum – Gießen
14 Bochum – Heidelberg
15 Bochum – Köln
16 Bochum – Münster
17 Bochum – TU München
18 Bochum – Uni München
19 Bochum – Mainz
20 Bochum – Regensburg
21 Bochum – Saarbrücken
22 Bochum – Tübingen
23 Bochum – Würzburg
24 Düsseldorf – Erlangen
25 Düsseldorf – Köln
26 Düsseldorf – Münster
27 Düsseldorf – TU München
28 Düsseldorf – Uni München
29 Düsseldorf – Regensburg
30 Essen – Aachen
31 Essen – Bochum
32 Essen – Düsseldorf
33 Essen – Erlangen
34 Essen – Göttingen
35 Essen – Hannover
36 Essen – Heidelberg
37 Essen – Köln
38 Essen – Uni Kiel
39 Essen – Münster
40 Essen – TU München
41 Essen – Uni München
42 Essen – Mainz
43 Essen – Regensburg
44 Essen – Würzburg
45 Gießen – Göttingen
46 Gießen – Hannover
47 Gießen – Köln
48 Gießen – Münster
49 Gießen – Uni München
50 Gießen – Mainz
51 Gießen – Tübingen
52 Gießen – Würzburg
53 Göttingen – Freiburg
54 Göttingen – Heidelberg
55 Göttingen – Münster
56 Göttingen – Tübingen
57 Hannover – Freiburg
58 Hannover – Heidelberg
59 Hannover – Tübingen
60 Heidelberg – Freiburg
61 Heidelberg – Uni München
62 Heidelberg – Mainz
63 Heidelberg – Tübingen
64 Heidelberg – Würzburg
65 Uni Kiel – Gießen
66 Uni Kiel – Göttingen
67 Uni Kiel – Münster
68 Uni Kiel – TU München
69 Uni Kiel – Uni München
70 Uni Kiel – Tübingen
71 Uni Kiel – Würzburg
72 Uni München – Erlangen
73 Uni München – Münster
74 Mainz – Köln
75 Mainz – Würzburg
76 Regensburg – Erlangen
77 Regensburg – TU München
78 Regensb. – Uni München
79 Regensburg – Würzburg
80 Saarbrücken – Erlangen
81 Saarbrücken – Freiburg
82 Saarbrücken – Hannover
83 Saarbrücken – Heidelberg
84 Saarbrücken – Köln
85 Saarbr. – Uni München
86 Saarbrücken – Mainz
87 Saarbrücken – Tübingen
88 Saarbrücken – Würzburg
89 Würzburg – TU München
90 Würzburg – Uni München

Architektur

von — Erstsemester — nach

1 Aachen – Darmstadt
2 Braunschweig – Aachen
3 Braunschweig – TU Berlin
4 Braunschweig – Darmstadt
5 Braunschweig – Hamburg
6 Braunschw. – TU München
7 Braunschweig – Stuttgart
8 TU Berlin – Aachen
9 TU Berlin – Darmstadt
10 TU Berlin – Dortmund
11 TU Berlin – Hannover
12 TU Berlin – Hamburg
13 TU Berlin – Karlsruhe
14 TU Berlin – TU München
15 TU Berlin – Stuttgart
16 Darmstadt – TU München
17 Karlsruhe – Aachen
18 Karlsruhe – TU München
19 Karlsruhe – Stuttgart
20 Kaiserslautern – Aachen
21 Kaiserslautern – Darmstadt
22 Kaiserslautern – Dortmund
23 Kaisersl. – TU München
24 Stuttgart – Hannover
25 Stuttgart – TU München

Agrarwissenschaften

von — Erstsemester — nach

1 Bonn – Göttingen
2 Uni Kiel – S-Hohenheim
3 TU München – Bonn
4 TU München – Gießen
5 TU München – Göttingen
6 TU München – Uni Kiel
7 TU München – S-Hohenh.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Martin Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners (z. Z. im Urlaub)

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Die Contergan-Katastrophe war der Auslöser: 20 Jahre Aktion Sorgenkind

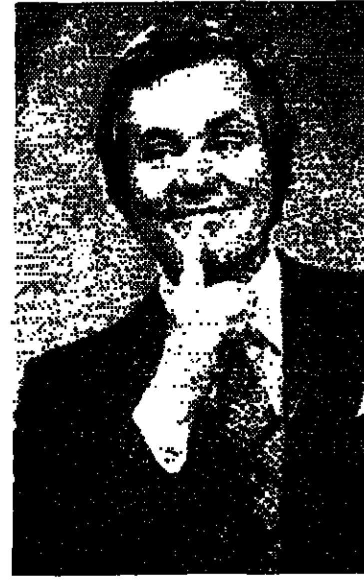
Unterhaltung mit gutem Gewissen

Sie kamen ohne Arme, ohne Beine auf die Welt, robbengliedrig, gehörlos, im Gesicht gelähmt. Vor zwanzig Jahren sprachen deutsche Wissenschaftler von der „schlimmsten Katastrophe in der Geschichte der *modernen Arzneimitteltherapie*".

Contergan, das angeblich so harmlose Schlafmittel, brachte furchtbares Leid und Elend über zahlreiche Familien. Allein in der Bundesrepublik waren 5000 Kinder im Mutterleib deformiert. Viele starben im Säuglingsalter, heute leben in der Bundesrepublik noch rund 2700 Contergan-Geschädigte.

Ein Drittel dieser behinderten jungen Leute ist in der Ausbildung, die meisten in speziellen Lehrstätten. Daß sie trotz ihrer schweren und schwersten Behinderungen ihr Leben selber gestalten können, verdanken viele von ihnen der Spendenaktion „Sorgenkind". Während in den 60er Jahren Väter und Mütter noch bei Behörden und Ministerien um Abfindungen rangelten, ergriff angesichts dieses schweren Schicksalsschlags das ZDF die Initiative, versuchte in Verbindung mit Behindertenorganisationen und Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege schnelle und unbürokratische Hilfe für die leidgeprüften Eltern zu bringen.

Damals, am 9. Oktober 1964 – also vor 20 Jahren – forderte nämlich die Fernsehanstalt unter dem Namen „Aktion Sorgenkind" zur Hilfe für körperlich und geistig behinderte Kinder und Jugendliche auf: Peter Frankenfeld mit dem Lotteriespiel



Von Anfang an dabei: Showmaster Wim Thoelke FOTO: ZDF

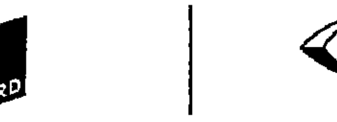
„Vergißmeinnicht" und Hans Mohl als Initiator der Spenden- und Informationskampagne. Sechs Jahre später, *1970, wurde das Spiel durch die* ZDF-Sendung „Drei mal Neun" mit Wim Thoelke und der bekannten Trickfigur „Wum" abgelöst, vier Jahre später setzte die Sendereihe „Der Große Preis" die erfolgreiche Reihe der Lotterieratespiele fort. Aufgerüttelt durch die Fernsehberichte, beteiligten *sich Millionen von Fernsehzu*schauern an diesen hilfreichen Aktionen.

Die Lotteriereinerlöse und Spenden ermöglichen es seitdem, tausendfach Hilfe zu leisten. Wurden anfangs nur Einrichtungen für behinderte Kinder und Jugendliche gefördert, so kamen später gezielte Hilfsmaßnahmen bei der Vorsorge und Früherkennung von Behinderungen hinzu. Mit *mehrsprachigen TV-Spots*, Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft, wurden Eltern informiert und zur aktiven Vorsorge angeregt. Mit den Millionenbeträgen wurden freie gemeinnützige Einrichtungen unterstützt – sowie Bau und Ausbau von Sonderschulen, Sonderkindergärten, Tagesstätten, mit speziellen Fahrzeugen und Sportanlagen finanziert.

Heute, am 20. Jahrestag dieser Aktion, läßt sich eine erfolgreiche Bilanz über die bisher größte Bürgerinitiative für den behinderten Menschen ziehen: Der Reinerlös der Lotterien und Spenden ergab seit 1964 mehr als eine Milliarde Mark. Davon kamen rund 800 Millionen Mark aus den drei ZDF-Lotterien. Mit Hilfe dieser Milliarde konnten bisher mehr als 10 000 Anträge auf Zuschüsse positiv entscheiden werden.

Mit neuen Schwerpunkten will die Aktion Sorgenkind als „Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind" ihren Hilfskatalog erweitern: Sie steht nämlich künftig für alle Behinderten offen, ob alt oder jung. Hans Mohl, der Initiator: „Wir konnten *Notstände in der Behindertenhilfe* abbauen und die Lebenssituation der behinderten Kinder und Jugendlichen deutlich verbessern."

ROSE-MARIE BORNGÄSSER





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Fußball-Bundesliga
10.35 Mode, Mädchen, Manager
11.20 Kulturweltspiegel
12.10 Kennzeichen D
Die Schönheiten an der Saale
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 Tagesschau
16.10 Afrikas Tiere überwinden die Trockenzeit
Afrikanische Tiere haben sich durch zahlreiche Veränderungen am Körper und im Verhalten längst an die besonderen klimatischen Bedingungen in ihrem Lebensraum angepaßt. Professor Grzimek untersuchte einige dieser hilfreichen Einfälle der Natur und berichtet in der heutigen Sendung über Tricks, die selbst den geübten Pfadfinder überraschen werden.
16.55 Die Spielbude
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Gott segne Amerika
Reagan oder Mondale – die USA vor der Wahl
Fritz Pleitgen und Erhard Thomas berichten über die Wählergruppen der Demokratischen und Republikanischen Partei Amerikas und über deren innen- und außenpolitische Positionen.
21.00 ARD-Wunschkonzert
Mit Dagmar Berghoff und Max Schautzer
22.30 Tagesthemen
23.00 Unser Land
Fernsehspiel von Dieter Meichsner
Mit Uwe Friedrichsen u. a.
Regie: Dieter Wedel
Schmidt hat einen raffinierten Plan ausgetüftelt, um die Mineralölsteuer zu umgehen und somit indirekt an der Ölkrise zu verdienen. Doch Zollfahnder Zaluskowski heftet sich sofort an seine Fersen . . .
0.35 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Die Buschtrommel
Ein Radio auf zwölf Einwohner und nur eine Zeitung auf zirka tausend sorgen für die Information der afrikanischen Bevölkerung. Das ZDF beschäftigt sich nun mit der Bedeutung und der Entwicklung der Medien in Afrika, die sowohl zur Volksbildung als auch zur Propagierung von ideologischen Zielen genutzt werden.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kleine Abenteuer
Die streng geheime Joanne
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Bellamy Brothers, Tony Marshall
17.50 Zwei schwarze Schafe
Letzte Folge: Die Heilquelle
Zweiter Teil: 18.50 Uhr
Dazw. heute-Schlagzeilen
Ab nächsten Donnerstag: „Ein himmlisches Vergnügen"
19.00 heute
19.30 Laß das mal den Tony machen
Die Tony-Marshall-Show
21.00 Telemotor
Vom Gelände der Automobilausstellung in Berlin aus beschäftigt sich Harry Valérien diesmal mit der Einführung des Katalysators, mit einem neuen Versicherungstarif für Frauen und im Rahmen des Autotests mit dem neuen Citroën BX 16 RS.
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Tempolimit:
Sind die Deutschen zu bremsen?
Moderation: Klaus Bresser und Horst Wünsche
Anschl. heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Die Pariserin
Französischer Spielfilm (1958)
21.45 Der rote Bär in Ravensberg
Die sowjetische Militärmission
22.15 Ein Pariser Baumeister aus Köln
23.00 Literatur im Römer (2)

NORD
19.15 El Peru – Peruaner beschreiben ihr Land (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Nashville Lady
22.15 Bücherjournal
23.05 Protokoll einer Uraufführung
0.05 Nachrichten

HESSEN
19.00 Der Fischer von Louisiana
Amerikanischer Spielfilm (1950)
20.50 Bücher-Report
21.45 Die verratene Revolution
22.50 Der Schrecken des Krieges (4)
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST
19.30 Männersache
20.50 *Literaturmagazin*
Frankfurter Buchmesse
21.45 Drehort: Mein Ort
Club der Filmamateure

BAYERN
20.20 Johann Sebastian Bach
20.40 Z. E. N.
20.45 Christsein im Alltag
2. Geschenke
21.15 Geistliche Musik (2)
22.45 Der verkehrte Sherlock Holmes
0.10 Rundschau
0.15 Actualités

Die Triennale des Kunsthandwerks in Frankfurt

Schmuckes aus Draht

In Frankfurts ehemaligen Karmeliterkloster ist zu besichtigen, was eine Jury als beispielhaft für das deutsche Kunsthandwerk ansah. Von 419 Bewerbern wurden 170 mit 350 Beispielen für die dritte Triennale *„Zeitgenössisches deutsches Kunsthandwerk"* ausgewählt. Diesmal blieb man – anders als 1978, als niederländische, und 1981, als britische Kollegen zu Gast geladen waren – ganz unter sich. Dafür ist diese Übersicht diesmal nicht nur in Frankfurt zu sehen, sondern wird anschließend auch im Kestner-Museum in Hannover gezeigt.

Beteiligt sind alle Zweige des Kunstgewerbes: Schmuck und Schmiedeeisen, Keramik und Glas, Holz und Textilien, Korbflecht- und Buchbindearbeiten sowie – zum ersten Mal – Photographien, die kunsthandwerkliche Arbeiten abbilden. Es ist wie immer eine Auswahl, die sich nicht auf einen Nenner bringen läßt. Und selbst beim „Entdecken" von Trends muß man vorsichtig sein, weil für das Vorherrschen bestimmter Werkstoffe oder Stilformen leicht die Vorlieben der Jury entscheidend gewesen sein können.

Immerhin bestätigt sich hier, was sich bereits bei vorhergehenden Keramikausstellungen andeutete: Das nachlassende Interesse für plastische Arbeiten und das verstärkte Bemühen um schöne Gefäße sind nicht zu verkennen. Dabei treten erneut junge Töpfer hervor, die bereits bei anderen Gelegenheiten auffielen. So z.B. Thomas Naehte mit seinen ziegelsteinrauhen Vasen und Flaschen oder Guido Sengle mit sehr schönen Glasuren. Ein ungewöhnliches Stück ist die Kugelvase von Gabriele Koch mit ihrer glatten Oberfläche, die durch scheinbar zufällige Ritzungen Eigenleben gewinnt. Und als ein vielseitiger Keramiker erweist sich Horst Göbels mit seinen „Gefäßfragmenten", Bechern, die seitlich durch ein fragiles Gitterwerk strukturiert sind.

Beim Schmuck gewinnen Broschen und Anstecknadeln aus dünnem Draht in phantasievollen Formen, wie sie Georg Dobler, Rita Grosse-Ruyken, Friedrich Knupper oder Horst Max Lebert entwerfen, offenbar an Beliebtheit. Nicht anders scheint es mit den Marmor- und Tunkpapieren zu sein, die man lange Zeit nur noch als Vorsatzpapier in alten Büchern fand und die jetzt immer mehr Buchbinder – hier Julia Jonda – wiederentdecken. Die Drechsler kehren dagegen zu den schlichten Formen zurück. Sie drehen Dosen, die vor allem durch die Holzmaserung Schönheit gewinnen.

Nach den allzu modischen Stuhlformen aus Rattan, die Friedrich Wilhelm Reese 1978 zeigte, stellt er diesmal, neben ausnehmend gelungenen Körben in alten einfachen Formen, auch eine Sitzbank aus Peddigrohr aus, die durch ihre Schönheit bei einer sehr schlichten Linienführung besticht. Zusammen mit Horst Döring verkörpert Reese die Kontinuität dieser Triennale, denn beide Korbflechter waren bei allen drei Veranstaltungen dabei.

Inzwischen gelangten auch zwei Pfeifenmacher – Bertram Safferling und Ingo Garbe – zu Triennale-Ehren, obgleich ihre Arbeiten wohl nur ein passionierter Pfeifenraucher so recht zu würdigen weiß. Ein neues, heiteres Element bringt Stefan Tümpel durch seine geschnitzten Marionetten mit ihren erstaunten Gesichtern und den langfingrigen Händen in die sonst recht ernsthafte Versammlung, die immerhin eines deutlich werden läßt: um die Zukunft des gediegenen Kunsthandwerks braucht man sich offenbar keine Sorgen zu machen. (Bis 28. Okt.; Hannover: 15. Nov. bis 13. Jan.; Katalog 25 Mark.)

PETER JOVISHOFF



Mann mit Weste: Marionette von Stefan Tümpel FOTO: KATALOG

KRITIK

Mit Kleist auf der Suche nach sich selbst

Berlin, Savignyplatz. Ein Regisseur, getrieben von Obsessionen. Figuren des Stückes, das er inszenieren möchte, rasen schreiend über den maroden S-Bahnhof. Realität und Phantasie durchdringen einander: Jemand von heute sieht sich belagert durch ein Stück von gestern mit Helden von vorgestern.

Kurz: Hans Neuenfels, vielleicht der genialste Exzentriker des deutschen Gegenwartstheaters, inszeniert Heinrich von Kleist mordrasendes Trauerspiel „Penthesilea". Über diese Arbeit, die er 1981 für das Berliner Schillertheater leistete, hat er einen Fernsehfilm gedreht, dessen Titel **„Heinrich Penthesilea von Kleist"** (ZDF) schon so etwas wie ein Programm ist: Für Neuenfels sind Kleist und seine Titelheldin identisch. Kein Fernsehabend für Normalverbraucher.

Verwirrend, gräßlich, hinreißend schön und überkandidelt. Neuenfels erzählt fast soviel von sich selbst und seiner Theaterbesessenheit wie von Kleist und „Penthesilea". Neuenfels erzählt von Leidenschaften in der Antike, zu Preußens Zeiten und heute. Das Pathos und das Triviale. Das Edle und das Banale. Die Konvention und die Raserei. Der Alltag und der Tod.

Neuenfels sehnt sich nach der Leidenschaft des antiken Lebensgefühls und nach der romantischen Zärtlichkeit Kleists. Aber er arbeitet heute und in Berlin. Und darum erhöht er das Triviale durch Ritualisierung, wendet das Pathos ins Exzentrische. Das ist aufregend, schwierig und manchmal auch albern.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Dann lieber doch Karat

A.W. – Volle vierunddreißigmal erscheint das Porträt des „großen und geliebten Führers" Erich Honecker in der sechzehnseitigen Festausgabe des „Neuen Deutschlands" vom 8. Oktober, in der über die Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der „DDR" berichtet, nein, gejubelt wird. Vergleichbaren Personenkult leistet sich zur Zeit im Ostblock nicht einmal mehr Ceaușescu, höchstens noch Kim Il Sung von Nordkorea.

Bleibt daneben überhaupt noch Platz zum Lobpreis anderer „verdienter Werktätiger"? Nun, die zwei Tage vorher bekanntgegebene Liste der diesjährigen Nationalpreisträger tendiert in der Tat dazu, alle übrigen in die Anonymität der Masse zu rücken, auf daß der Stern des Großen Vorsitzenden besonders hell erstrahle. Die Zahl der pauschal dekorierten Kollektive ist ungewöhnlich groß, und bei den Einzelpersonen handelt es sich fast durchweg um „verdiente Veteranen", deren Großtaten schon lange zurückliegen, bzw. sich durch mausgraue Konformität auszeichnen.

Nehmen wir nur die Schriftsteller: Den Nationalpreis erster Klasse nebst hunderttausend Ostmark erhielten das Politiker-Ehepaar Ruth und Max Seydewitz für ihre Memoiren und Erwin Strittmatter „für sein Gesamtwerk"; in der zweiten Klasse gab es keinen Schriftsteller, den Nationalpreis dritter Klasse nebst fünfundzwanzigtausend Ostmark erhielten der Feuilletonist Lothar Kusche, der NVA-Schreiber Günter Hofé und der FDJ-Schreiber Horst Bastian, alle drei notorische Konformisten, die in ihrer Karriere noch keinen einzigen eigenen Gedanken riskiert haben.

Das ist, mit Verlaub, eine sehr, sehr dünne Ausbeute. Aber was sollen die Preisrichter denn machen? Die Autoren von Rang sind entweder in den Westen abgeschoben oder sitzen im Schmollwinkel oder stehen auf der Ausreiseliste. Da hält man sich doch besser an die Musik, zum Beispiel an das Kollektiv der Rockgruppe „Karat". Sie wurde ausgezeichnet für die „Maßstäbe", die sie „international" gesetzt hat.

Der „Cid" in Vicenza

Ein Hamlet siegt über die Mohren

Das Teatro Olimpico ist ein Theater der Alten, im kleinen realisiert und unaussprechlich schön", schrieb Goethe nach dem Besuch von in dem von Palladio entworfenem Theater in Vicenza. Wie hätte er sich mit uns geärgert, vor dem festen Bühnenbild der Straßen von Athen korinthische Säulen aus Polyester zu finden. Giorgio Albertazzi, eines der „Heiligen Monster" der italienischen Bühne, hat zum 300. Todestag Corneilles hier den „Cid" inszeniert. In den 50er Jahren hatte Jean Vilar mit Gérard Philipe als Cid im Olimpico gastiert. Wer das erlebt hat, hat es nie vergessen. Die Gruppe des Teatro Veneto mußte also gegen große Erinnerungen anspielen.

Es geht um den Konflikt zwischen Ehre und Liebe. Er sitzt tief im Herzen der spanischen Grandentochter Ximene. Sie verlangt den Tod ihres geliebten Rodrigo, genannt der Cid, weil er ihren Vater im Duell getötet hat, um den eigenen gekränkten Vater zu rächen. Je verzweifelter sie darauf besteht, desto weniger kann sie ihre Liebe verbergen. Albertazzi, der selbst den König spielt, hat Ximene, nicht dem Cid, die wichtigste Rolle aufgetragen und damit das Stück verfremdet. Das erwies sich in der sonst eher blassen Inszenierung als die beste Idee. Denn die bisher wenig bekannte Benedetta Buccellato sprengte als Ximene die strenge aristotelische Einheit von Zeit, Ort und Handlung mit Herztönen zeitloser Gefühle.

Ihr bewegendes Spiel verwandelte das fast unerträgliche Pathos heroischer Szenen in Erschütterung. Wenn der Cid ihr knieend den blutigen Degen reicht und sie bittet, ihn zu töten, wenn sie ihn später anfleht, den Rivalen zu besiegen, dem sie als Preis für seinen Sieg ihre Hand versprochen hat, rezitiert sie nicht klassische Verse. Sie ist ein junges Mädchen, dem man seine Verzweiflung und seine Liebe abnimmt.

Giovanni Crippa, der Cid, der, schlohweiß gekleidet, mit dem Buch „El Cid" in der Hand, zunächst mehr einem verträumten Hamlet als dem kühnen Mauren-Besieger ähnelt, hat zwar „le physique du rôle", aber ihm fehlt die warme Leuchtkraft. Erst im letzten Bild wird er zu Corneilles Held. Mit dem Auftrag des Königs, die Ungläubigen in ihrem Land zu bekämpfen und – falls er lebendig heimkehrt – als Retter des Vaterlands Ximenes Vergebung und Hand zu verdienen, schreitet er, in einen schimmernden Panzer gehüllt, durch die Straße von Athen in die Ferne. Fort von uns und den Polyestersäulen. MONIKA von ZITZEWITZ

Respekt vor Leistungen: Interview mit Berlins Kultursenator V. Hassemer

Ohne Risiko kein Wandel

WELT: Sie sind jetzt etwas mehr als ein Jahr im Amt und haben in dieser kurzen Zeit eine ganze Menge Kritik auf Ihr Haupt gehäuft. War die Berufung von Herrn Sasse zum Nachfolger Boy Goberts nicht eine zu kurzatmige Entscheidung?

Hassemer: Viel Zeit hatte ich für meine Entscheidung in der Tat nicht, zumal ich ja davor noch andere wichtige Berufungsfragen klären mußte, wie etwa die Intendanz im Theater des Westens, die Leitung der Filmfestspiele und die Leitung der Berliner Festspiele. Dennoch glaube ich, so zahreiche Informationen gesammelt zu haben, wie das kaum jemals bei der Berufung eines Theaterleiters geschehen ist. Ich stehe nach wie vor zu meiner Entscheidung, obwohl ich nicht verkenne, daß man dagegen Argumente finden kann.

Ich habe nicht von dem normalen Spitzenangebot, das in der Szene gehandelt wird, den Obersten weggenommen, sondern ich wollte einen Generalintendanten berufen, der den besonderen Verhältnissen Berlins und der Staatlichen Bühnen gerecht wird. Bei der Größe des Hauses brauchen wir in Berlin einen Mann, der bereit ist, sich diesem gewaltigen Apparat zu stellen. Dieser Mann muß die Größe und die Selbstverleugnung besitzen, seine künstlerischen Ambitionen als Regisseur und Schauspieler zugunsten seiner Führungsaufgaben hintan zu stellen. Das ist durchaus nicht jedermanns Sache.

Herr Sasse legte ein Strukturkonzept vor, das meiner Auffassung nach eine zutreffende Antwort auf diese Problematik ist. Er will sich nicht nur selbst künstlerisch verwirklichen, sondern er will unter sich eine Ebene einziehen, auf der Regisseure und Dramaturgen die künstlerische Kontinuität des Hauses mittragen. Die Verantwortung bleibt dabei bei ihm, so daß ich hierin eine Weiterentwicklung des gescheiterten Direktoriums-Modells sehen kann. Außerdem hat Herr Sasse am Renaissance-Theater, das weitgehend sein Gesicht verloren hatte, künstlerisch, organisatorisch und in der Gunst des Publikums einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Auch das hatte ihm vorher niemand zugetraut.

WELT: Sind nicht die Namen, die von Herrn Sasses ursprünglichem Konzept übriggeblieben sind, doch ein wenig enttäuschend. Muß da ein Kultursenator nicht unruhig werden?

Hassemer: Solche Enttäuschungen haben auch andere Intendanten erlebt. Der kleine Unterschied: Sie werden nicht publizistisch behandelt. Der Druck von außen, der ein bißchen darauf hinausläuft, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, macht die Vorbereitungen von Herrn Sasse nicht gerade leichter. Ich bin aber überzeugt davon, Herr Sasse wird seine Mannschaft finden. Ich stehe dazu, daß es ohne Risiko keine Veränderung gibt.

WELT: Auch bei den Auseinandersetzungen zwischen Karajan und den Berliner Philharmonikern haben Sie Kritik herausgefordert. Selbst wenn es jetzt so scheint, als sei der Konflikt ausgestanden, muß man doch die Frage stellen, ob nicht die Art von Mitbestimmung, die in Berlin praktiziert wird, künstlerisch schädlich ist.

Hassemer: Ich bin nach wie vor ein Verfechter des Modells, daß das Orchester auch selbst für seine künstlerische Weiterentwicklung verantwortlich ist. Ich finde, das hat nichts mit Mitbestimmung zu tun. Das hat ja auch lange gut funktioniert. Aber dieses Modell traf nun auf einen Chefdirigenten, der die großen späten Jahre seiner Arbeit selbst bestimmen wollte und will. Das ist natürlich auch legitim. Und ich wollte mich nicht damit abfinden, daß diese beiden Dinge nicht zusammenpassen sollten, weil aus beiden Ressourcen doch jene Funken geschlagen werden könnten, die das Außerordentliche hervorbringen.

WELT: Aber die Spannungen und Auseinandersetzungen haben doch gezeigt, daß die Mitbestimmungsstrukturen durchaus kunstfeindlich sein können.

Hassemer: Ich meine für diesen Fall ganz das Gegenteil. Es sind vielmehr solche Modelle erforderlich, damit etwas Außerordentliches zustande kommt. Gerade die Diskussionen im Orchester haben zu einer neuen Souveränität geführt. Die Anspruchshaltung, die die Musiker nach außen vertreten, haben sie auch nach innen. Und hier geht es nicht um Mitbestimmung, sondern um die Mitverantwortung des einzelnen Orchestermitglieds an der eigenen künstlerischen Entwicklung. Insofern hat die Auseinandersetzung auch positive Seiten gehabt. Die geistige Erregung erzeugte jenes Vibrieren, das eine Triebfeder zu besonderer Leistung ist. Und nun stehen sich zwei Partner gegenüber, die ihre Position durchdacht und geklärt haben, auf einer völlig neuen Ebene. Ich glaube, wir können für die Zukunft viel von dieser Zusammenarbeit erwarten.



Kulturpolitik verlangt Sensibilität: Berlins Kultursenator V. Hassemer FOTO: KLAUS MEHNER

WELT: Ein drittes Problem sind die Vorbereitungen auf die 750-Jahr-Feier in Berlin. Haben Sie nicht auch hier Fehler gemacht, was die Berufung der Führungsspitze bei den Vorbereitungsgremien angeht?

Hassemer: Die 750-Jahr-Feier besteht aus einem Bündel von Ereignissen. Wir müssen und wollen die Stadt nicht nur herausputzen, sondern auch das Ereignis zum Anlaß nehmen, historische Teile wiederherzustellen. Grundsätzlich muß man bei der Vorbereitung der Feiern davon ausgehen, daß es sich hier nicht um ein Ereignis handelt, das von einer Partei bestimmt wird. Es muß vielmehr von der ganzen Stadt, von allen Bürgern mit ihren unterschiedlichen Wünschen und Positionen, getragen werden. Die zentrale Berlin-Ausstellung zum Beispiel im Gropiusbau muß in der Vorbereitung darauf Rücksicht nehmen, daß wir Verantwortung für alle Berliner haben, für die allgemeine Akzeptanz dessen, was dort gezeigt wird. Darin sind auch unsere Personalentscheidungen begründet. Außerdem sind hier noch nicht alle Würfel gefallen.

WELT: Dass führt uns zu einer grundsätzlichen Frage: Ist es ein Prinzip der Berliner CDU-Kulturpolitik, einem Pluralismusdenken zu folgen, das es jedem recht machen will?

Hassemer: Keineswegs. Kulturpolitik bedeutet nicht Parteilichkeit im Sinne einer regierenden Partei. Dieses eher liberale Element zeichnet uns gegenüber der SPD-Kulturpolitik aus. Diese Liberalität hat weniger mit Pluralismus zu tun als vielmehr mit Respekt und Achtung vor der künstlerischen und wissenschaftlichen Leistung. Wir haben lange genug die Politisierung der Wissenschaft und Kunst von links beklagt.

Ich halte allerdings eine Denkweise für fatal, die Kunst als Widerstandsfeld gegen die Regierung und den Staat begreift. Wir wollen den Raum für die Kultur erweitern und die Entwicklungschancen der Künstler verbesseern. Ich sorge dafür, daß der kulturelle Anspruch nicht vergessen wird. Ich habe zum Beispiel überhaupt keine Hemmungen, auch in der Kunst den Leistungsbegriff zu vertreten. Ich bestehe auf Leistung, schon im Interesse der Künstler selbst. Ich nehme mir zwar nicht das Urteil heraus zu sagen, was Kunst ist, aber ich nehme mir die Frage heraus und besorge mir, wenn Sie so wollen, die Antwort. Kulturpolitik verlangt Sensibilität für sich entwickelnde Kräfte und Leistungen, und sie verlangt die Bereitschaft, darauf unvoreingenommen einzugehen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Uraufführung in Stockholm: Sandströms Oper „Kaiser Jones" nach O'Neill

Großes Solo im tiefen Dschungel

Was sind unsere Widersacher? Fetischtrottel! Nur gradverschieden. Nicht artverschieden. Nigger sind wir – alle", schrieb Alfred Kerr 1924 nach der deutschen Erstaufführung von Eugene O'Neills „Kaiser Jones". Der Einakter hatte sich bei der New Yorker Uraufführung als so erfolgreich erwiesen, daß es wenig später von einem Broadway-Theater übernommen wurde. Besondere Faszination übt der Text auf Komponisten aus. Bereits 1933 wurde an der Metropolitan Oper in New York herausgebracht eine erste Opernfassung des russisch-amerikanischen Komponisten Louis Gruenberg aufgeführt. Nun hat sich der 1942 geborene Sven-David Sandström, vermutlich der bekannteste moderne schwedische Komponist außerhalb seiner Heimat, des Einakters angenommen. Seine Oper „Kaiser Jones" wurde jetzt von der Königlichen Oper in Stockholm uraufgeführt.

Sandström hat bisher neben Orchester-, Kammer- und Chormusik auch szenische Werke geschrieben. In Schweden kennt man vor allem sein *Requiem aus dem Jahr 1979*. „Kaiser Jones" ist jedoch seine erste Oper. Sie ist, was die Orchestrierung betrifft, ungewöhnlich. Nur vier Musiker sind vorgesehen. Sie bedienen lediglich das Schlagzeug. Der Librettist, der schwedisch-finnische Regisseur Lars G. Thelestam, hat sich eng an O'Neill angelehnt. Das bedeutet, daß die Oper zu einem großen Solo für den Kaiser selbst wird. Andere Rollen und der Chor fallen demgegenüber ab.

Die Hauptfigur ist der Neger Jones, ehemals Schlafwagenschaffner, der zwei Morde begangen hat und deswegen in die Tropen geflohen ist. Durch dunkle Machenschaften hat er die Macht in einem Negerstaat an sich gerissen und sich zum Kaiser machen lassen. Als Usurpator herrscht er mit Prunk und Pomp. Das Volk aber revoltiert, so daß der Tyrann Hals über Kopf in den Dschungel fliehen muß. Während der Flucht – und das ist die Haupthandlung der Oper – begegnet er abscheulichen Episoden der eigenen Vergangenheit. Der der Natur entfremdete Zivilisationsmensch erlebt durch die Geräusche des Dschungels und die Trommelsignale seiner Verfolger in angsteinflößenden Visionen das Fegefeuer. Sein schlechtes Gewissen überwältigt ihn, bis schließlich sein Untergang besiegelt ist.

Der Kaiser wird von dem Tenor Kolbjörn Höiseth gesungen. Sein rauher Stimmklang und der kräftige Körperbau könnten kaum angemessener für die Rolle sein. Dank seiner großen Bühnenerfahrung, seiner Phantasie und szenischen Intelligenz gibt er dem Tyrannen eine lebendige Gestalt. Die Entwicklung vom Machtrausch über die sich verstärkende Angst bis hin zum endgültigen Zusammenbruch gestaltet er mit musikdramtischen Mitteln auf höchstem Niveau.

Die zweite Hauptrolle ist die des kaum weniger gewissenlosen Geschäftsmanns Henry Smithers. Anfangs war er Partner von Jones; als er aber die Revolution kommen sieht, zieht er sich schlau und schadenfroh zurück. Staffan Sandlund läßt ihn mit einem wohlklingenden und prägnanten Bariton lebendig werden.

O'Neill hatte für sein Drama Trommeln als Hintergrundgeräusch vorgeschrieben. Es lag nahe, daß Sandström diese Regieanweisung aufgriff. Mehr noch: Die vier Schlagzeuger erzeugen die ganze Musik für die Oper. So entstand eine geschickte Kombination aus herbem Sologesang, fast belcantischem Chorgesang und ausgeprägt rhythmischer Orchestermusik. Björn Hallman am Pult hat all das einfühlsam zusammenfließen lassen.

Das Bühnenbild ist karg: drei Kreise, magische Symbole. Sie deuten den heiligen Platz im Walde an, den man nicht betreten, sondern nur hoheitsvoll umkreisen darf. Jones aber trampelt mit seinen Stiefeln darüber weg – und vernichtet seine eigene Herkunft.

„Kaiser Jones" wird auf der zweiten Bühne des Opernhauses gespielt, der sogenannten „Rotunda", einem verstellbaren Zuschauerraum, der diesmal als Arena aufgebaut ist. Die Geschlossenheit dieses Rahmens trug erheblich zum erschütternden Eindruck bei, den dieses Werk und seine Ausführung hinterließen. Großer Jubel beim Premierepublikum.

LARS HOLMERT

KULTURNOTIZEN

Die Zahl der Habilitationen ist zurückgegangen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren es 1983 953 abgeschlossene Verfahren und damit 63 weniger als im Jahr zuvor.

Einen Telefonservice für Architekten wurde mit „Architel" jetzt in Frankreich eingeführt. Dieser Telefondienst gibt Auskunft über neue Bauvorhaben, Wettbewerbe und Fachpublikationen.

Kreuzberger Tage finden bis zum 28. Oktober in Ingelheim am Rhein statt. Gezeigt werden u.a. Bilder von Zille bis zu den „Berliner Malerpoeten" sowie KPM-Porzellan des 18. bis 20. Jahrhunderts.

Orientalische Stickereien werden in einer Sonderausstellung des Orientteppich-Museums in Hannover bis zum 30. November gezeigt.

Günther Sydow stellt zehn Doppellicht-Arbeiten aus seinem Venedig-Zyklus in Neapel aus.

„Momo" von Michael Ende ist jetzt vom Kinderbuchverlag in Ost-Berlin für die „DDR" übernommen worden.

Das Serkin-Konzert zur Eröffnung der Bonner Kammermusikwoche muß wegen Erkrankung von Rudolf Serkin verschoben werden. Die Karten behalten ihre Gültigkeit.

Carl Joachim Friedrich, einer der Begründer der Politikwissenschaft in den Nachkriegsjahren, ist 83jährig in Lexington (Massachusetts), wo er zuletzt lehrte, gestorben. Friedrich wurde vor allem durch seine Totalitarismusforschungen bekannt.



Auf der photokina dokumentiert: Photo von Heinz von Perckhammer aus dem Jahrbuch „Das deutsche Lichtbild" von 1936 FOTO: PHOTOKINA

photokina-Bilderschauen: „Das gedruckte Photo"

Reigen des Zufälligen

Die Bilderschauen der photokina in Köln sind in die Messehallen zurückgekehrt. Aber die Heimkehr des verlorenen Sohnes, der sich viele Jahre lang in der Sonne des eigenen Kunstwertes in der Kunsthalle sonnte, wurde nicht mit einem Fest für die Augen belohnt. Eher gleicht das, was da im Rheinsaal und den beiden Glaspavillons am Auen- und am Uferplatz als „photokina '84" aufgebaut wurde, einem verlegenen Alibi.

Am Thema liegt das gewiß nicht. „Das gedruckte Photo" könnte ein wesentliches Kriterium der Photographie bewußt machen: die Reproduzierbarkeit. Denn die Photographie muß nicht an Audrucksfähigkeit und Gewicht verlieren, nur weil sie in einer Zeitschrift oder in einem Buch vervielfältigt wird. Doch solche grundsätzlichen Betrachtungen hat die Ausstellung nicht im Sinn. Sie begnügt sich damit, mit meist dürftigen Beispielen zu belegen, daß es seit der Erfindung der Autotypie möglich wurde, Photographien als Druckvorlagen zu benutzen.

Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn das sozusagen nur die Präliminarien wären. Doch was sich daran anschließt, ist ein zufälliges Sammelsurium. Da hängen Filmplakate, die von Photos ausgehen, ohne erkennbare Ordnung, da sieht man Anzeigen mit Photos, eine Handvoll Modeaufnahmen, fünf Photokalender und Briefmarken zum Thema Photographie oder nach photographischen Vorlagen. Warum diese Beispiele ausgewählt wurden, wird nicht deutlich. Und vollends schlägt das Ausstellungsprinzip ins Groteske um, wenn unter der großspurigen Überschrift „Photokunst" lediglich sechs Polaroids von Kishin Shinoyama, Neal Slavin, Jeanloup Sieff, Monique Jacot, John Thornton und Helmut Newton hängen.

Daran schließt sich die Koje „140 Jahre Photobuch" mit dem Ergebnis einer Umfrage unter dreizehn Fachleuten nach Büchern, die die Entwicklung der Photographie beeinflußten, an. Und man findet noch Bilder zum Thema „Theaterphotographie" und schließlich, in verwinkelte Gänge gequetscht, mit jeweils einem Dutzend Photos eine Übersicht über die fünf wichtigsten Photojahrbücher aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den USA.

In dem einen Glaspavillon werden „Entdeckungen" versprochen. Aber gezeigt wird nur die Selbstdarstellung von 14 deutschsprachigen Photozeitschriften. In dem anderen Pavillon werden die Träger des Dr.-Ernst-Salomon-Preises vorgestellt. Das reicht vom dpa-Bilderdienst bis zu Epoca und National Geographic. Aber die einzelnen Zeitschriften stellen sich nicht mit den Ausgaben vor, für die sie den Preis erhielten, sondern mit aktuellen Nummern. Auch da überflügelt die Eigenwerbung die Dokumentation.

In dieser Reduktion auf PR-Effekte wird das Elend der Bilderschauen so recht deutlich. Bei L.Fritz Gruber, der sie dreißig Jahre lang eigenwillig gestaltete, wechselten Themengruppen mit der Präsentation von einzelnen Photographen. Manfred Heiting, der 1982 nach Grubers Rücktritt diese Aufgabe übernahm, stellte 18 Photographen der letzten sechs Jahrzehnte vor. Da waren wirklich noch Entdeckungen zu machen. Jetzt aber war man offenbar diese unabhängigen Ausstellungsorganisatoren leid. Man beauftragte Männer, die sonst Aufgaben in der Industrie wahrnehmen. Das Ergebnis kann sich nicht sehen lassen. (Bis 28. Okt.; Katalog 20 Mark)

PETER DITTMAR

Film: „Mann ohne Gedächtnis" von Kurt Gloor

Das Sprechen verweigert

Hier hat noch jeder geredet", sagen sie auf der Polizeiwache, im Gefängnis und in der Klinik. Doch jener Unbekannte, der sich auf einem Rastplatz fast widerstandslos festnehmen ließ, bleibt stumm. Damit fordert er die schweizerische Staatsgewalt heraus. Kein Ausweis, keine Identität, nur wache Augen und ein sensibles Gesicht. Dieser Niemand könnte alles mögliche sein, das Opfer eines Verbrechens, aber auch ein gesuchter Terrorist oder ein trickreicher Reporter, der sich unter der Tarnkappe des Sprachverlustes ins psychiatrische Krankenhaus schleichen will.

Regisseur Kurt Gloor vertraut zunächst der gewohnten Dramaturgie des Kriminalfilms und läßt den Zuschauer wie die Behörden im dunkeln tappen. Doch wenn der Stumme in seiner Zelle allein ist, schießen schreckliche Assoziationsblitze durch sein Hirn. Sie lassen jenes Grauen ahnen, das ihn zwang, sein Gedächtnis abzuschalten und die Vergangenheit zu löschen. Auf diese Weise wird das Publikum plötzlich zum Komplizen des gequälten Titelhelden.

Überhaupt hat Gloor, der mit Werken wie „Die plötzliche Einsamkeit des Konrad Steiner" oder „Der Erfinder" sein Scherflein zum eidgenössischen Kinowunder beitrug, diesen Film mit überraschenden Widerhaken gespickt. Zu Beginn wirkt die Geschichte wie ein freundliches Gegenbild zu harten Psychiatrie-Thrillern, wie *Samuel Fullers „Shock Corridor"*. Der bullige Pfleger offenbart ein sanftes Gemüt, die aparte Oberärztin (Hannelore Elsner) lehnt die Wahrheitssuche per Elektroschock resolut ab.

Doch man atmet zu früh auf. Denn je länger der Patient wortlos den Wissenschaftlerstolz der Ärzte verletzt, desto schneller wachsen ihre Aggressionen. Bis sie ihm dann doch die Wahrheitsdroge spritzen. Solche Schocks gehen unter die Haut, weil sie seltene Strudel in einem bedächtigen Erzählfluß bleiben. Doch Gloor vermeidet nicht nur die inflationären Effekte moderner Horrorfilme, er sperrt sich auch gegen plumpe Propaganda. Er blickt zwar in die Schreckenskammer des seelischen Terrors, entwirft jedoch zugleich mit der Figur der behutsamen Ärztin Lisa die Utopie einer menschenwürdigen Psychiatrie.

Dieser Regisseur weiß, daß schon Werner Herzogs „Kaspar Hauser" die Hilflosigkeit des Sprachlosen erfahren hat. Statt dies nun mit akademischem Ernst zu widerholen, flirtet er gekonnt mit der Satire. Da wird das kleinkarierte Kästchendenken der Bürokraten entlarvt, während die Fluchtversuche des Eingesperrten für freche Situationskomik sorgen. Diese facettenreiche Regie funktioniert nur, weil Hauptdarsteller Michael König nie der Versuchung erliegt, den Titelhelden als apathischen Zombie zu spielen. Indem er mit fein abgestufter Mimik Schmerz, Angst und Hoffnung spiegelt, plädiert er eindringlicher für Toleranz, als es jede wortreiche Resolution könnte.

HARTMUT WILMES

JOURNAL

Langfristige Projekte der Forschungsgemeinschaft

DW. München

27 geisteswissenschaftliche Langfristprojekte stellt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) in der Ausstellung „Geschichte, Kunst und Altertum" in der Bayerischen Staatsbibliothek in München vor. Dazu gehören z. B. Ausgrabungen antiker Stätten, die Edition der Werke Luthers, historisch-kritische Ausgaben von Heine und Klopstock, ein schlesisches Urkundenbuch oder der Tübinger Atlas des Vorderen Orients. Die DFG, die jährlich rund 150 Millionen Mark allein für geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte ausgibt, will damit ein Arbeitsgebiet vorstellen, das im Schatten der naturwissenschaftlich-technischen Grundlagenforschung steht.

Handbuch: Wer forscht über die „DDR"?

DW. Bonn

Einen Überblick über die Universitäten, Stiftungen und Gesellschaften, die sich ganz oder in Teilbereichen wissenschaftlich mit der „DDR" beschäftigen, hat jetzt das Gesamtdeutsche Institut in Bonn erarbeitet. Der Band „DDR- und Deutschlandforschung in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West)", herausgegeben von Ernst Lange, führt nicht nur die einzelnen Forschungsinstitute auf, sondern erschließt deren wissenschaftliches Potential zusätzlich durch Register der Sachgebiete und der Forscher. Zugleich enthält der Band in den Selbstdarstellungen der Institutionen wissenschaftlicher Forschung und Kommunikation reichhaltige bibliographische Angaben von Publikationen über die „DDR".

Kompositionswettbewerb für geistliche Musik

DW. Genf

Ein „Internationaler Kompositionswettbewerb geistlicher Musik" wurde für das „Festival geistlicher Musik" 1986 im schweizerischen Freiburg ausgeschrieben. Für ein A-capella-Werk sind drei Preise in Höhe von 5000, 2000 und 1000 sfr ausgesetzt. Die Partituren sollen sich an sakralen Texten der christlichen Tradition orientieren. Einsendeschluß an die Maison de la Radio, Case postale 233 in CH-1211 Genève 8, ist der 1. August 1985.

Was der Historische Verein für Ermland plant

ma. Münster

Eine umfassende Geschichte des Ermlandes plant, wie bei der Jahrestagung in Münster bekanntgegeben wurde, der „Historische Verein für Ermland". Außerdem wurde angeregt, eine handliche Broschüre zu publizieren, in der Touristen auf abweichende Punkte zur polnischen Geschichtsschreibung hingewiesen werden. Noch in diesem Jahr erscheint ein Lebensbild von Eduard Gehrmann, der als Privatsekretär der Nuntien Pacelli und Orsenigo über intime Kenntnisse der vatikanischen Diplomatie gegenüber dem heraufziehenden Naziregime verfügte.

Kunst aus Polen in der Stadtsparkasse

wm. Marburg

Einen Einblick in die vielfältigen Strömungen des gegenwärtigen künstlerischen Schaffens in Polen vermittelt eine Ausstellung, die der Marburger Kunstverein in der Galerie der Stadtsparkasse bis 16. Nov. zeigt. Es handelt sich vor allem um handwerklich hervorragende, thematisch sehr heterogene Arbeiten von zeitgenössischen polnischen Künstlern, die außerhalb des offiziellen Künstlerbundes „ars Polonia" arbeiten. Die meisten Aussteller sind Absolventen der Warschauer Kunstakademie, die wiederholt an nationalen und internationalen Ausstellungen beteiligt waren und zum Teil mit bedeutenden Preisen ausgezeichnet worden sind. Der Erlös der Ausstellung wird einem Hilfsfonds für polnische Künstler zugute kommen.

Hugo Kükelhaus †

Mit seinen „Geschichten vom Träumling" schuf er eine liebenswerte Gestalt, die die Freuden des Lebens im Umgang mit der Natur entdeckte. Der Träumling war sozusagen das Alter ego des Malers Hugo Kükelhaus, der schon lange bevor es grüne Mode wurde, für eine natürliche „organfreundliche Technik" eintrat. Bei Kükelhaus geschah das in einer freundlichen Art ohne jeden sektiererischen Eifer. Dabei stand für den vielseitigen Mann die handwerkliche Praxis immer obenan. Er selbst arbeitete auch als Schreiner, Zimmermann und Kunsthandwerker. Und immer wieder hielt er Vorträge, lehrte Kinder den Umgang mit natürlichen Materialien. Zuletzt realisierte er das zusammen mit einem Freund in Herrischried, wo mit dem „Haus Graubner" eine Lehrstätte für die Ideen Kükelhausens entstand. Dort ist er nun 84jährig gestorben. P.D.

USA erproben ihre kosmische Super-Tankstelle

A. BÄRWOLF, Hamburg

Autofahrern, denen zur Unzeit der Sprit ausgeht, mögen zwar schlecht dran sein, sind aber in aller Regel nicht in Lebensgefahr. Ganz anders würde es Astronauten ergehen, in deren Raumschiff die rote Lampe aufleuchtete. Aber auch das soll in wenigen Jahren passé sein, wenn bewegliche orbitale Tanker zur Verfügung stehen.

Das erste Experiment unternahmen die Sowjets schon vor sechs Jahren. Im Januar '78 dockte das unbemannte Tankfahrzeug Progress-1 mit der bemannten experimentellen sowjetischen Raumstation Saljut 6. Damals wurden – 300 Kilometer über der Erde – hochgiftige Treibstoffe in die Station gepumpt. Ein schwieriges Unternehmen. Erst nach tagelanger Arbeit konnten die hochspezialisierten kosmischen Tankwarte von Sojus 26, Romanenko und Grechko, Erfolg siganalisieren.

Die Sowjets, die sich nach dem kürzlich beendeten 238tägigen Rekordflug ihrer Kosmonauten so langsam an den Mars-Flug von vielleicht 500 oder 600 Tagen herantasten dürften, werden dafür freilich ihre Betankungsmethoden umstellen müssen: von dem lagerbaren Raketentreibstoff Hydrazin auf noch schwieriger zu handhabende superkalte Treibstoffe. Falls es sich um atomgetriebene Marsschiffe handelt, werden sie wahrscheinlich Flüssigwasserstoff von minus 253 Grad Celsius verwenden. *Dabei dürfte sich wegen der* Sonneneinstrahlung das Problem der Isolierung als enorm schwierig erweisen. Wahrscheinlich werden die Tankstellen im All mit ihrem oktanreichen superkalten Brennstoff nicht ohne kosmische Sonnenschirme auskommen.

Auf diesem 13. Flug eines Space Shuttle widmen sich nun auch die Amerikaner der kosmischen Betankung. Während die Russen mit einem unbemannten Tanker ein bemanntes Raumschiff auftankten, wollen die Amerikaner umgekehrt mit einem bemannten Tanker ein unbemanntes Raumschiff versorgen. Von 1986 an sollen militärische Aufklärungssatelliten betankt werden. Den Treibstoff brauchen sie für ihre „Fotosafari" über der Sowjetunion.

Diese Betankung wollen die Astronauten Leestma und Sullivan heute in der offenen Ladeluke von „Challenger" simulieren – mit 86 Kilo Hydrazin. Assistiert von K. Kathryn Sullivan, der ersten Amerikanerin, die außerhalb der Druckhülle eines Raumschiffes arbeitet, wird Korvet*ten-Kapitän David Leestma die* Hauptarbeit zur Verbindung der beiden Tanks verrichten: entfernen von Tankkappen, Sicherheitsstiften, Schmutzfiltern und Montage eines biegsamen Leitungsstutzens. Nach Rückkehr der beiden in die Kabine wird das Hydrazin durch Druck von der Tankstelle in den leeren Tank gepumpt.

Weg vom Fernsehen, hin zum Spielchen

„Zweite deutsche Spielertage" in Essen / Gipfeltreffen der Branchenprofis und Erfinder

GABRIELE HERLYN, Essen

Die Deutschen – ein Volk von Spielern? Essen, die Metropole des Ruhr*gebiets – ein Las Vegas? Wer im ver*gangenen Herbst die „Ersten Deutschen Spielertage" besuchte, weiß, daß diese Gegensätze nur scheinbar sind. Mehr als 5000 Besucher wollten damals spielen, diskutieren, lernen, sich informieren. Kein Wunder, daß die Organisation fast zusammenbrach. Und an diesem Wochenende (Öffnungszeiten: Freitag von 12 bis 23 Uhr, Samstag 9 bis 23 Uhr, Sonntag 9 bis 18 Uhr) werden schon 15 000 Teilnehmer erwartet.

Weg vom langweiligen Fernsehabend heißt der Trend, hin zum Spiel in der Familie. Oder auch: „Ein Spielchen ist machbar, Herr Nachbar".

Die allgegenwärtigen Meinungsforscher haben auch diesen Winkel deutschen Lebens aufgespürt. „Mensch ärgere Dich nicht", „Mühle", „Dame", „Halma" gehören zur Grundausstattung der Wohnung, jeder dritte Haushalt gibt an, auch Schach zumindest zu besitzen. Neben allerlei Kartenspielen reizt „der" Deutsche am liebsten Skat, wenn auch nicht so gern zu Hause, lieber in der Kneipe nebenan. Zu Hause ist was für „Canasta" und „Rommé", für „Doppelkopf" (Tendenz steigend) oder gar für das ehedem vornehmeren Kreisen vorbehaltene „Bridge".

Spiel – das haben die Freizeitpsychologen längst erforscht – ist mehr als Würfeln, Glück haben, Karten legen, Erholung vom Streß. Es fordert die Geduld heraus, erzieht zum Gewinnen- und Verlieren-Können, strengt den Geist an und fördert die Kombinationsgabe. Spiel – das ist vor allem die unendliche Welt der Phantasie, die sich auftut wie für Balthasar Bux die „Unendliche Geschichte".

Die Organisatoren der „Zweiten Deutschen Spielertage" haben sich gründlich auf den Andrang vorbereitet. Sie nehmen nicht nur die Volkshochschule wie im Vorjahr in Beschlag, sondern das angrenzende Humboldt-Gymnasium samt Schulhof gleich mit. Immerhin wollen 63 Hersteller ihr Angebot nicht nur zeigen. Die Besucher sollen vor allem auch anfassen und selbst spielen dürfen. Nebenbei suchen die Verlage Heyne und Ravensburg 216 Interessierte für ein Guinnessbuch-verdächtiges „Superstarpuzzle".

Und in den 24 Stadtteilbibliotheken sind schon von heute an nicht Bücher die Attraktion, sondern Ravensburgs Spiel des Jahres '83, „Scotland Yard" – als Hauptgewinn lockt eine Reise nach London zum echten Yard. Der Deutsche Kritikerpreis '84 fällt an das Spiel „Dampfroß", das der 52jährige Erdkundelehrer David Watts erfand. Es erfordert strategisches wie ökonomisches Denken beim Bau einer Eisenbahnlinie.

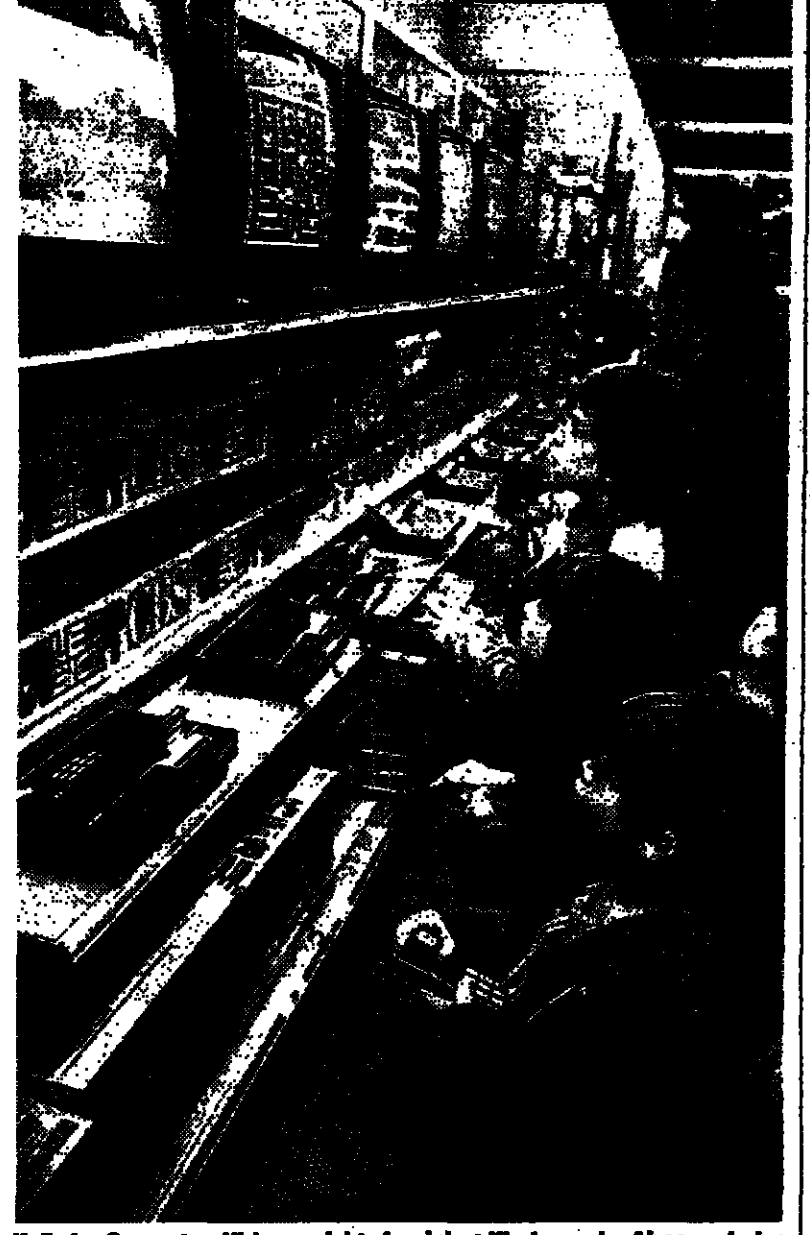
Realitätsbezogene Spiele werden immer häufiger verlangt und lösen den Vorjahresrenner „Hase und Igel" ab. Etwa: „Metropolis" – ein kommunikatives Spiel, bei dem man nicht das gemeinsame Ziel aus den Augen verlieren darf, wenn es bei Grundstückskauf, Stadtplanung und Bebauung den goldenen Mittelweg zwischen persönlichen und allgemeinen Interessen zu finden gilt.

Diese „Modellstadt im Idealfall" hat Sid Sackson ausgedacht. Der New Yorker gehört zu den wenigen, die zu Recht als Beruf „Spieleerfinder" angeben dürfen, wie auch der Bostoner Alexander Randolph, der den Durchbruch mit dem berühmt gewordenen „Twixt" schaffte, oder der kreative und eigenwillige Deutsche Reinhold Wittig. Sie alle kommen, und das ist erstmalig, zu einem Gedankenaustausch nach Essen und wollen mit dem Publikum über Spiel und Spielen diskutieren.

Dabei aber auch Istvan von Csonth, der alle Interessenten einlädt, sein „VIP Game" mit ihm persönlich durchzuspielen. Er tat das im vergangenen Herbst schon einmal und reiste nach drei Tagen völlig erschöpft wieder ab. Oder der Ingenieur Dieter Droksch, der so nebenbei sein Wissen in formschöne Spiele wie „Kugelkipp" und „Kugelsnap" umgesetzt hat.

Aus dem In- und Ausland haben sich schon weit mehr als 1000 Teilnehmer für etwa *90 Lernkurse* angemeldet, die „Konquest" (Eroberung einer Inselwelt), „Diplomacy" (Europa um 1900, Verhandlungen, Versprechungen, Verrat) oder Tarock und Computerspiele lernen wollen. Auch Mannschaftsmeisterschaften für „Abilene" (Hexagames), „Dampfroß" (Schmidt-Spiele), „Dschungel" (Spear) und „Quibbix" (Ravensburg) sollen ausgetragen werden.

Wirklich neue Spiele können Jahrhundertereignisse werden, wie „Malefiz" beweist, das einem Dortmunder Bäckermeister über Nacht einfiel. Randolph scheint mit „Geister" noch einmal etwas Ähnliches gelungen zu sein. Es fasziniert sogar Schachspieler, die gemeinhin schwören, an keinem anderen Spiel interessiert zu sein. „Geister" ist Bluff, Psychologie und Präzision, eine Kombination aus Schach und Poker.



Knöpfe, Computer, Video – nichts fasziniert Kinder mehr. Aber auch das häusliche Familienspiel erlebt einen Boom. FOTO: M. VOLLMER

Grundsatzurteil: Vermieter muß fast alles dulden

dpa, Karlsruhe

Wohnungsmieter haben grundsätzlich das Recht, ihr Privatleben in den „eigenen vier Wänden" nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Mieter, die sich nachträglich zur Bildung einer „Wohngemeinschaft" mit anderen Personen entschließen, können hierfür die Einwilligung des Vermieters verlangen, wenn sie ein „berechtigtes Interesse" nachweisen können, heißt es in einem gestern vom VIII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) in Karlsruhe veröffentlichten Grundsatzurteil. Ihm lag ein Fall zugrunde, in dem ein mit seiner Lebensgefährtin zusammenlebender Architekt einen Rechtsanwalt und dessen Freundin in seine Mietwohnung aufnehmen wollte. Der Entschluß, in Gemeinschaft mit anderen zu leben, genießt, so der BGH, den Schutz der Grundrechte. Jedoch könne der Vermieter die Zustimmung zu einer derartigen Nutzung der Mietwohnung verweigern, wenn dies aus sonstigen Gründen unzumutbar sei: beispielsweise bei einer Überbelegung der Wohnung.

20 Menschen gerettet

dpa, Saarbrücken

Nur mit Schlafanzug oder Nachthemd bekleidet sind in der Nacht zu gestern 20 Menschen von der Feuerwehr aus einem brennenden Mehrfamilienhaus in der Saarbrücker Innenstadt gerettet worden. Nach den ersten Ermittlungen waren aus bisher noch unbekannten Gründen im Keller des Hauses Matratzen, Möbel und Sperrmüll in Brand geraten. Der Schaden wurde auf 100 000 Mark beziffert.

Super-Hotel pleite

SAD, Paris

Das teuerste Hotel von Paris, das erst vor drei Jahren eröffnete „Nova Park Elysée", dessen teuerste Suite 10 000 Mark pro Nacht kostet, ist pleite. Das Super-Luxushotel, das hauptsächlich auf die Besuche von Millionären und Ölscheichs aus war, machte in diesem Jahr einen Verlust von rund fünf Millionen Mark.

Segler verschollen

dpa, New York

Der amerikanische Einhandsegler Bill Dunlop, der die Erde mit einem nur drei Meter langen Boot umrunden wollte, hat seinen Rekordversuch vermutlich mit dem Leben bezahlt. Der 42jährige, der im Juni die Cook-Inseln im Pazifik mit Ziel Australien verlassen hat, ist seit zwei Monaten überfällig. Dunlop war im Juli vergangenen Jahres im US-Bundesstaat Maine gestartet. Er wollte einen Rekord für das kleinste Boot aufstellen, in dem jemals die Erde umrundet wurde.

„Punkt" wurde Sieger

AP, Bonn

In einem bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb ist die Stuttgarter Schülerzeitung „Punkt" als erster Preisträger ermittelt und gestern in Bonn ausgezeichnet worden. An dem Wettbewerb beteiligten sich 130 Schülerzeitungen. Der amerikanische Botschafter Arthur Burns beglückwünschte die Sieger, die zu einem zehntägigen Informationsbesuch in die USA eingeladen wurden.

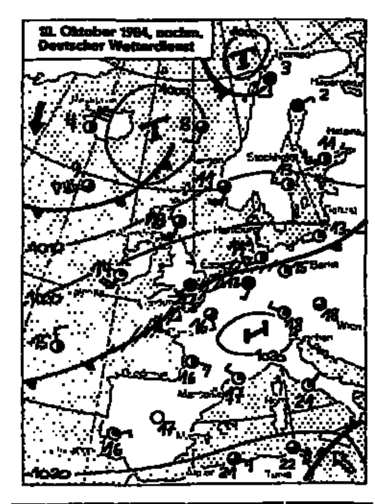
Absturz überlebt

dpa, Innsbruck

Sich mehrmals überschlagend stürzte gestern im Osttiroler Virgental ein mit drei Personen besetzter niederländischer Pkw 100 Meter in die Tiefe. Die Insassen überlebten und kamen mit Verletzungen ins Lienzer Bezirkskrankenhaus.

ZU GUTER LETZT

„Vorsicht, sonst werde ich stocksauer!" Der angeklagte Karl-Heinz Hoffmann, Chef der gleichnamigen Ex-Wehrsportgruppe, zum Staatsanwalt, der eine Reihe von Fragen hatte. Der 40jährige Hoffmann muß sich für den Erlanger Doppelmord verantworten.



Bildhübsch und doch nicht angekommen über das Pantoffel-Kino: Ornella Muti. FOTO: DPA

Erotik war nicht gefragt

Ornella Mutis schlechter Start im italienischen Fernsehen

KLAUS RÜHLE, Rom

Ornella Muti, Italiens schönste Filmschauspielerin, hat einen bösen Reinfall erlebt. Sie war das große Zugstück der ersten Sonnabend-Abendshow „Premiatissimo" (auf deutsch: Superpremiert) des privaten Supernetworkkanals 5, einer Senderkette, die dem staatlichen Fernsehen in Italien harte Konkurrenz macht. Mit diesem Zugstück wollte Silvio Bernasconi, Boß der privaten Networks, dem ersten Programm der RAI das Wasser abgraben, insbesondere der staatlichen Wochenendsendung „Fantastico 5" das Publikum abspenstig machen. Daher die gleiche Sendezeit.

Die RAI-Sendung vertraute auf ihren bewährten Showmaster Nummer eins, Pippo Baudo, und verstärkte dessen Popularität noch durch die hübsche akrobatische Tänzerin und Soubrette Heather Parisi. Bernasconi verpflichtete seinerseits den bildschönen Filmstar Ornella Muti. Sie sollte der Show unter der Leitung des Teleconférenciers Jonny Dorelli Glanz verleihen. Die Millionen von Italienern, die am Wochenendabend vor der Mattscheibe sitzen, sollten dazu bewogen werden, von RAI 1 auf Kanal 5 umzuschalten.

Das taten aber nur wenige, wie der allgemein anerkannte „Metertest" ergeben hat. Die RAI-Showsendung sahen sich im Durchschnitt 12 Millionen (mit Spitzen bis zu 18 Millionen) an, während auf die Parallelsendung von Kanal 5 nur 2,6 Millionen entfielen. Dabei gab sich Ornella Muti die erdenklichste Mühe. Sie bot unter anderem einen orientalischen Bauchtanz und präsentierte sich auf spanisch in einer Robe mit klaftertiefem Dekolleté. *Es half alles nichts.* Nicht wenige Italiener sind nämlich der Auffassung, die Schauspielerin solle sich um ihr Baby kümmern, statt Erotik zu produzieren.

Die nächsten Folgen der beiden Parallelsendungen werden zeigen, ob der Einsatz der Muti eine kostspielige Fehlspekulation war.

LEUTE HEUTE

Radetzkys später Sieg

Alte Namen, untrennbar verbunden mit ruhmreichen Taten, die der Geschichte ihren Stempel aufzudrücken wußten, gelten noch etwas in Österreich. Auch wenn ihre Träger so gut wie nichts mehr vom einstigen Glanz an sich haben. Wie etwa **Joseph Radetzky** (74), dessen Stammbaum bis ins Jahr 1393 zurückreicht. Der Urenkel des wohl populärsten Feldherrn der alten kaiserlich-königlichen Armee, des Feldmarschalls Jahann Joseph Wenzel Graf Radetzky zu Radetz, dem Johann Strauß Vater seinen bekanntesten und wohl schönsten Marsch widmete, lebt in Wien und fristet als Sozialhilfeempfänger seinen Lebensabend. Seinen Stolz aber hat er deshalb nicht verloren. Das zeigte sich, als ihm ein Freund eines Tages ein kleines Präsent aus Deutschland mitbrachte, auf dem sein Name und sogar das gräfliche Wappen derer von Radetz prangte. Das Präsent war eine Flasche Wein, genauer gesagt ein Gewürztraminer. Der alte Mann war empört, sah er seinen berühmten Namen doch zum bloßen Werbeträger degradiert. Radetzky zog – das Armenrecht in Anspruch nehmend – vor die Schranken des Landgerichts in Bremen. Dort sitzt der Weinhändler, der aus dem klingenden Namen Kapital schlagen wollte. Doch wie dem gräflichen Urgroßvater im Juli 1848 in der Schlacht bei Custoza so war auch dem Nachkommen das Glück hold. Er bekam im Vergleich nicht nur das alleinige *Recht auf seinen Namen zugesprochen*, sondern dazu auch noch die fürstliche Summe von 30 000 Mark.

Das falsche Ohr

Glücklich darf sich schätzen, wer das Ohr **Ronald Reagans** hat. Ein amerikanischer Fabrikant von Hörgeräten nahm dies jetzt allzu wörtlich und ließ in einer Werbekampagne den leicht schwerhörigen Präsidenten als stolzen Träger seiner Gehörhilfe abbilden. Womit er nicht gerechnet hatte: Noch vor potentiellen Kunden war der Staatsanwalt von dieser Art von Anzeige derart beeindruckt, daß er sie kurzerhand aus dem Verkehr ziehen ließ.

WETTER: Sehr mild

Wetterlage: Der über dem mittleren Deutschland liegende Tiefausläufer löst sich auf. Von Südwesten her setzt sich allmählich Hochdruckeinfluß durch.

11. Oktober 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C; ● bedeckt, still; ≡ Nebel; • Sprühregen; ● Regen; * Schneefall; ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:

Morgens Nebel und Hochnebel, der sich teilweise nur zögernd auflöst; im Mittelgebirgsraum noch strichweise Regen. Am Tage wolkig, örtlich auch Aufheiterungen und weitgehend trokken. Höchsttemperaturen zwischen 14 Grad an der Küste und 20 Grad im Voralpenraum. Tiefstwerte nachts 11 bis 6 Grad. Schwach windig.

Weitere Aussichten:

Trocken, tagsüber sehr mild.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	33°
Bonn	16°	Kopenh.	14°
Dresden	*14°*	*Las Palmas*	*27°*
Essen	13°	London	13°
Frankfurt	16°	Madrid	17°
Hamburg	14°	Mailand	16°
List/Sylt	14°	Mallorca	20°
München	18°	Moskau	12°
Stuttgart	17°	Nizza	20°
Algier	21°	Oslo	10°
Amsterdam	14°	Paris	16°
Athen	28°	Prag	15°
Barcelona	20°	Rom	21°
Brüssel	16°	Stockholm	13°
Budapest	*17°*	*Tel Aviv*	*36°*
Bukarest	21°	Tunis	22°
Helsinki	11°	Wien	18°
Istanbul	25°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.40 Uhr, Untergang: 17.36 Uhr; **Mondaufgang:** 18.38 Uhr, Untergang: 9.07 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Sie war Auge, Ohr und Gewissen des Präsidenten

dpa, Washington

Daß sie einmal die populärste und meistbewunderte Frau Amerikas werden sollte, hat ihr niemand an der Wiege gesungen. Im Gegenteil. Als *Eleanor Roosevelt am 11. Oktober* 1884 in New York geboren wurde, war ihre Mutter leicht entsetzt, weil sie ausgesprochen häßlich war, ein Makel, den sie das kleine Mädchen immer wieder spüren ließ. Nach dem frühen Tod ihrer Eltern wuchs Eleanor bei Verwandten auf, die den Backfisch schließlich auf ein englisches Internat in der Nähe Londons schickten. Hier, so hat sie später berichtet, sei sie zum ersten Male glücklich geworden. Das scheue Mädchen überwand seine Komplexe, lernte, aus sich herauszugehen, wurde eine Persönlichkeit.

Nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten wurde Eleanor, die aus einer der reichsten und einflußreichsten amerikanischen Familien stammte – Präsident Theodor Roosevelt war ihr Onkel –, schnell bewußt, daß ihr der traditionelle Lebensstil ihrer Gesellschaftsschicht nicht genügen würde. Einem anderen Familienmitglied ging es ähnlich: Der junge Rechtsanwalt Franklin Delano Roosevelt, ein Vetter, strebte heraus aus dem „goldenen Käfig" des Familienclans. 1905 heirateten beide.

Die nächsten Jahre waren wohl die „normalsten" in ihrem Leben. Ihr *Mann wandte sich der Politik zu, erst* in New York, später in Washington, wo er im Ersten Weltkrieg Unterstaatssekretär im Marine-Ministerium wurde. Sie arbeitete als Lehrerin an einer Privatschule und brachte fünf Kinder zur Welt. Dann kam die Katastrophe: Ihr Mann, 39 Jahre alt, erkrankte plötzlich an Kinderlähmung.



First Lady im wahrsten Sinn des Wortes: Eleanor Roosevelt FOTO: UP

Nach erster Verzweiflung und vielen Aussprachen wurden sich beide einig: Dies konnte, dies durfte nicht das Ende sein. Ihre fast unerschöpfliche Energie schaffte das na*hezu Unmögliche: Er konnte wieder* arbeiten und seine politische Karriere fortsetzen, die nun steil aufwärts ging: Gouverneur des Staates New York und 1933 Präsident der Vereinigten Staaten. Eleanor Roosevelt zog als „First Lady" ins Weiße Haus ein.

Hier fand sie an der Seite des Präsidenten das Wirkungsfeld, von dem sie immer geträumt hatte. Fast von einem Tag zum anderen wurde sie die populärste Frau Amerikas. Sie schrieb zahlreiche Zeitungsartikel, hatte eine regelmäßige Sendung im Rundfunk und brachte damit die Gedanken ihres Mannes und die Ziele seiner Politik buchstäblich „unter das Volk". Sie war für Roosevelt, obwohl die Ehe nicht mehr glücklich war, unentbehrlich. Sie war das Auge, das Ohr und der Mund des Präsidenten. Sie war, vor allem in sozialen Fragen, auch sein Gewissen.

In politischen Fragen waren Franklin und Eleanor durchaus nicht immer einer Meinung. Nach ihrem Tod wurden Aufzeichnungen veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß sie vor allem in außenpolitischen Fragen oft anders dachte als der Präsident. Wenn es nach ihr gegangen wäre, wären die USA schon viel früher in den *Krieg gegen Deutschland eingetreten.* Aber diese Zweifel an der Politik des Präsidenten behielt sie für sich. Sie hat, darüber sind sich die Historiker einig, nicht versucht, ihren Mann zu beeinflussen.

Der Tod Roosevelts 1945 änderte nichts an ihrer Stellung im öffentlichen Leben. Sie blieb „First Lady". Ihre Popularität wuchs eher noch. Sie schrieb weiter für Zeitungen, sprach im Rundfunk und reiste von Vortrag zu Vortrag. Sie war das einflußreichste Mitglied der amerikanischen UNO-Delegation bei den Vollversammlungen von 1946 bis 1952. Von 1947 bis 1951 war sie Vorsitzende der UNO-Menschenrechtskommission. Die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen wurde von ihr angeregt und in der Vollversammlung durchgesetzt.

Als Eleanor Roosevelt am 7. November 1962 in New York im Alter von 78 Jahren starb, gingen die Fahnen nicht nur in den USA, sondern auch vor der UNO auf halbmast.